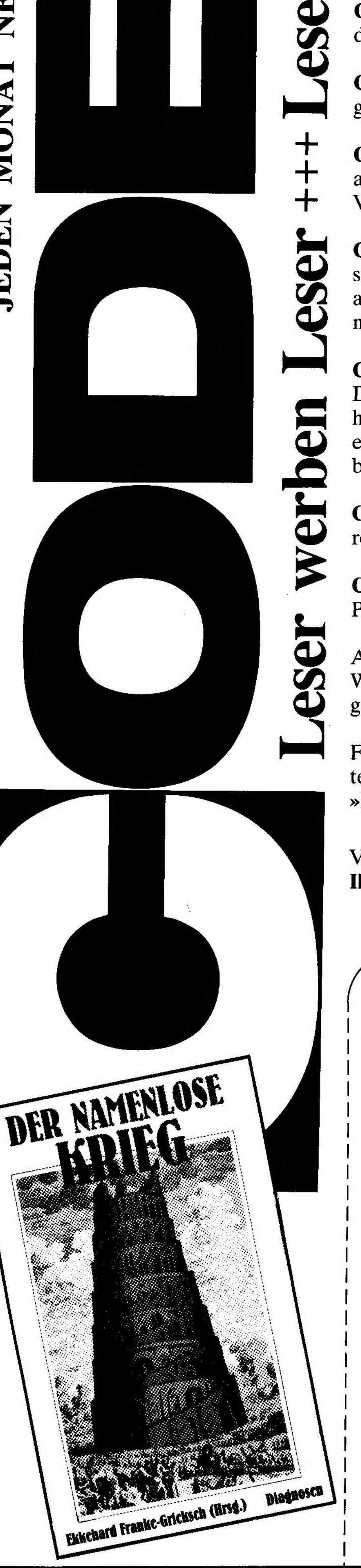


DM 10,–
Nr. 11
November 1992
E 8080 E
CODE
Das andere deutsche Nachrichtenmagazin
Verfassungschutzbericht:
Die Märchenstunde des Bundesinnenministers
Wurde Deutsche Bank-Chef
Alfred Herrhausen auf Befehl
internationaler Banker von
Geheimagenten hingerichtet?
Geld:
Der weltweite Weg in die Wirtschaftsflaute
USA:
Gemeinsamkeiten von Bush und Clinton
Bundesbank:
Die erste Klage wegen Amtspflichtverletzung
Bonn:
Sind die Ausländer-Krawalle erwünscht?
Pearl Harbor:
Tatsachen
und
Fakten
zum 50 Jahre
alten
Historiker-
Streit



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab __________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementpreis von 90.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

☐ Jährlich DM 90.–

☐ Zweimal jährlich jeweils DM 45.–

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

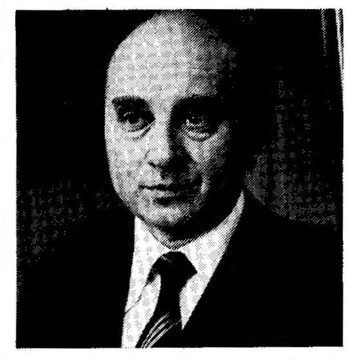
Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

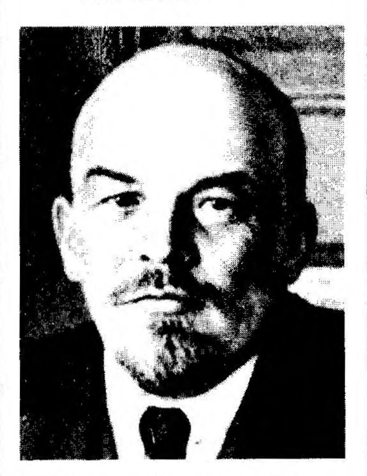


Deutschland



FDP-Chef Otto Graf Lambsdorff hat während der Sommerpause seine Gedanken zu Papier gebracht und dringenden Handlungsbedarf der Bonner Regierung reklamiert.

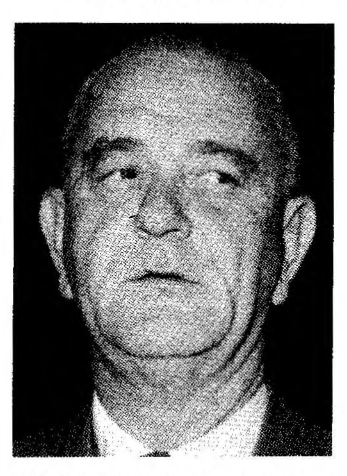
Finanzen



Seit Lenin befinden sich die Bauern Rußlands in einem Rechtszustand von Leibeigenen – auch heute noch.

6. Jahrgang Nr. 11 November 1992

Internationales



US-Präsident Lyndon Johnson log damals, als er verkündete, der Zwischenfall sei ein »tragischer Irrtum« gewesen.

Ständige Rubriken

Hetze gegen unbequeme Musikgruppe

Wie demokratisch und freiheitlich ein Land wirklich ist, zeigt sich oftmals an Kleinigkeiten. Hierzu gehört auch die Musik. Ein Musterbeispiel undemokratischer Hetze von Medien, Linken und Ausländern, die dann auch noch Bestätigung vor den Gerichten findet, ist die Geschichte der deutschsprachigen Frankfurter Rockgruppe »Böhse Onkelz«.

Die »Onkelz« gründeten sich 1979 als erste deutsche Skinhead-Band und entwickelten sich wegen ihrer recht aggressiven Texte schnell zur absoluten Kultband der Szene. Selbst das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz schrieb aber in seinem im Oktober des vergangenen Jahres erschienenen Spezialband zur Skinheadmusik und Skinheadbands: »In ihren Liedern betonen sie in erster Linie den subkulturellen Charakter der Szene, rechtsextremistische Inhalte finden sich darin nicht. Lediglich das ›Nationalbewußtsein‹ und der ›Stolz aufs Vaterland‹ wurden darin unterstrichen.«

Richtig informiert sind die Verfassungsschützer aber nicht, da die »Onkelz« 1979 das Lied »Türken raus« veröffentlichten. Allerdings waren die vier Bandmitglieder der damals zwischen 14 und 16 Jahren alt und schrieben das Lied in erster Linie, weil sie in Frankfurt immer von türkischen Jugendbanden zusammengeschlagen wurden. Und selbst wenn sie nach Ansicht mancher Leute mit diesem Lied rechtsradikales Gedankengut vorgestellt haben könnten, darf doch das, was einer im Alter zwischen 14 und 16 Jahren von sich gab, nicht Maßstab für eine andauernde Bewertung sein. Herbert Wehner überlebte als Mitglied des ZK auch die stalinistischen Säuberungen und wurde später von allen Demokraten anerkannter Chef der SPD-Bundestagsfraktion.
Warum wird dann auf rechter Seite mit anderer Elle gemessen als auf der linken?

Weiter heißt es bei den Verfassungsschützern: »1988 wandte sich die Band von der Skinheadszene ab. Die deutschen Skins reagierten enttäuscht. Die ›Onkelz‹ wurden fortan als ›linke Schweine‹ gemieden, da sie ihren Ausstieg auch mit zunehmenden rechtsextremistischen Tendenzen innerhalb der Szene erklärten.«

Seit dieser Zeit entwickelte sich die Band immer mehr zu einer sogenannten Heavy-Metal-Gruppe mit allerdings anspruchsvollsten zeitkritischen deutschen Texten. Obwohl Werbung praktisch nicht möglich war, weil alle Zeitungen und Zeitschriften Anzeigen verwehrten, die allermeisten Plattenläden ihre Alben boykottierten, die Verantwortlichen sich weigerten, sie in die Charts aufzunehmen, entwickelten die »Onkelz« sich zu einer der erfolgreichsten, wenn nicht sogar der derzeit erfolgreichsten deutschsprachigen Rockgruppe.

Allein die drei Alben »Kneipenterroristen«, »Es ist soweit« und »Wir ham' noch lang nicht genug«, die alle über die seriöse Firma Bellaphon vertrieben werden, wurden mehr als 500000mal verkauft! Das neue Album »Heilige Lieder« schaffte binnen einer Woche nach Veröffentlichung den Sprung von 0 auf Platz 86 in den Charts – die sich jetzt doch entschlossen, die »Onkelz« aufzunehmen; überhaupt ist zumindest in der Metal-Szene ein Sinneswandel festzustellen –. Ihr Live-Video von einem Konzert in Wien ist nach einem Konzertmitschnitt Marius Müller-Westernhagens sogar das derzeit zweitmeistverkaufte deutsche Rockvideo.

Die Fangemeinde der »Onkelz« setzt sich dabei aus allen Bevölkerungsschichten zusammen. Letztlich war in der ARD sogar ein Filmbeitrag zu sehen, in dem ein führendes Mitglied einer örtlichen Juso-Gruppe in den fünf neuen Bundesländern ein »Böhse Onkelz«-T-Shirt trug. Parallel zur Veröffentlichung der »Heiligen Lieder« wollte die Gruppe ihre erste offizielle Deutschlandtournee antreten. Vereinzelte Konzerte hatte es immer mal wieder gegeben. Dies paßte den linken Gruppierungen und vor allem auch Ausländern, und hier in erster Linie Türken, überhaupt nicht. Folglich machten sie mobil.

Weil trotz der oftmals geäußerten Vorbehalte noch immer viele Skins die Konzerte der Gruppe besuchen, die sich allerdings alle politischen Parolen bei ihren Auftritten verboten hat und mit Abbruch doht, und dies auch beim Tourstart in Aalen der Fall war, versuchten 400 Türken das Konzert zu verhindern. Ein Großaufgebot der Polizei konnte dies jedoch vermeiden.

Das Konzert selber ging ohne jegliche Zwischenfälle vorüber. Lediglich einige wenige Skins riefen zwei-, dreimal »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus«, was aber sofort von der Musik übertönt wurde. Dennoch reichte dies aus, daß der Süddeutsche Rundfunk in seinem zweiten Hörfunkprogramm sofort eine Sondermeldung brachte.

Am 13. und 14. September waren zwei Konzerte in Neu-Isenburg geplant, die dann rechtskräftig vom Landgericht Darmstadt verboten wurden. Begründet wurde dies damit, daß durch das Konzert Ausschreitungen zwischen linken und rechten Gruppierung zu erwarten seien.

Seltsamerweise kam es bei zwei Konzerten am 19. und 20. September in Kaiserslautern nicht zu den geringsten Ausschreitungen. Nichtsdestotrotz wurde das für den 21. September in Koblenz geplante Konzert vom Landgericht aus den gleichen Gründen wie in Neu-Isenburg verboten.

Dies alles rief dann auch weitere linke Gruppierungen auf den Plan. Diese versuchten nun, das für den »Tag der deutschen Einheit« am 3. Oktober geplante Konzert im pfälzischen Kuhardt zu verhindern – wie es ausging, war zum Redaktionsschluß dieser Ausgabe nicht bekannt –. Die Grünen im rheinland-pfälzischen Landtag stellten sogar hochoffiziell eine Anfrage an den Landesinnenminister, ob es bei »Onkelz«-Konzerten besondere Aktivitäten seitens der Polizei gebe – was verneint wurde –.

Nun hat sich auch der Kuhardter Gemeinderat einstimmig gegen die Veranstaltung ausgesprochen. Als Grund für die Ablehnung wurde die Vergangenheit der Gruppe und ein Teil ihrer Fan-Gemeinde (sprich Skins) angegeben. Nichts ist aber bekannt, daß sich auch dies ereignet bei Punkkonzerten oder wenn etwa die zur Gewalt aufrufende amerikanische Gruppe Guns 'n' Roses irgendwo auftreten will. Keinen stört es auch, wenn bei »Konzerten gegen rechts« Transparente wie »Schlagt die Glatzen, bis sie platzen« hochgehalten werden. In Kuhardt wird aber ein »Herxheimer Kreis gegen Neonazis und Fremdenhaß« mit Falschparolen aktiv – und keiner regt sich darüber auf.

Nicht anders handeln die Medien. So stuft etwa die »Pfälzische Zeitung« die »Böhsen Onkelz« im Text einfach als Skinheadbank ein, schreibt, daß sich die Gruppe bis 1984 »vor allem mit rechtsradikalen und rassistischen Texten hervorgetan« hat – was selbst der Verfassungsschutz verneint und auch nicht der Wahrheit entspricht – und schreibt dann: »Nicht überzeugt von der Harmlosigkeit der Gruppe ist die Bundesregierung. Am 22. Juli bestätigte sie, daß die Auftritte von ›Skinhead Bands‹ vom Verfassungsschutz wegen rechtsradikaler Aktivitäten beobachtet werden.« Kein Wort davon, daß die »Onkelz« gar nicht mehr als Skin-Band gelten und von daher auch gar nicht mehr beobachtet werden.

Daß natürlich auch »Der Spiegel« in diese Kerbe reinhaut und die Gruppe als »Rechtsrocker« bezeichnet, daß auch die öffentlich-rechtlichen Medien vor Ort ähnlichen Unsinn verbreiten, braucht wohl nicht extra erwähnt zu werden. Daß es gegen den Staatsvertrag verstößt, scheint niemanden ernsthaft zu stören.

Man kann über die »Böhsen Onkelz« denken, was man will, ihre Musik ist sicherlich nicht jedermanns Sache – hart, laut und mit unmißverständlichen Texten; die Plattenfirma Bellaphon bezeichnet es als »Beat of the street« –, nichtsdestotrotz sind sie ein Musterbeispiel dafür, wie dieser Staat, der »freiheitlichste, den es je auf deutschem Boden gab«, selbst auf unterster Ebene gegen Andersdenkende vorgeht und wie (unzutreffende) Feindbilder geschaffen werden. Daß dadurch vielleicht das Leben der vier Bandmitglieder und ihrer Familien zerstört werden könnte, beziehungsweise es ihnen unnötig

schwer gemacht wird, scheint diese Moralapostel aber nicht zu stören. Angepaßt sein, so wie es Aldous Huxley in seiner »Schönen neuen Welt« beschreibt, scheint vielmehr die Devise heutzutage in diesem, unserem Land zu sein! □

Bundesregierung schenkt den USA mehrere Milliarden Mark

Die Bundesregierung schenkt den USA mehrere Milliarden Mark. Wie jetzt bekannt und auch vor den Bundestag gebracht wurde, haben die USA aus dem Golfkrieg einen Überschuß von mehreren Milliarden Mark erwirtschaftet. Alleine der auf Deutschland entfallende Anteil macht dabei rund zwei Milliarden Dollar aus.

Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) hat aber trotz der dringenden deutschen Finanz-Probleme nicht vor, dieses Geld zurückzufordern. »Politik wird mit den Köpfen gemacht, aber nicht mit den Beinen«, wies er im Bundestag entsprechende Forderungen zurück.

Es stellt sich die Frage, was dies alles »mit den Köpfen« zu tun hat. Schließlich kann Deutschland angesichts der mehr als nur angespannten Finanzlage heute noch nicht einmal auf einige hundert Millionen Mark verzichten, geschweige denn auf mehrere Milliarden Mark. Umso unverständlicher ist es dann, wenn Waigel dieses Geld ohne Zwang den Amerikanern ohne Gegenleistung schenkt. □

Reges Treiben von Kirchenleuten bei Sex-Partys

Einen Stasi-Skandal der besonders pikanten Art ist Mitte September bekanntgeworden. Danach haben zahlreiche führende evangelische Kirchenleute lustig an von der Stasi veranstalteten oder zumindest überwachten Sex-Partys teilgenommen!

Direkt nach der Wende hatte sich herausgestellt, daß die Zentrale des DDR-Kirchenbundes eines der bevorzugtesten Unterwanderungsziele des Stasi war. Dabei wurde 1977 auch eine 24jährige Frau mit dem Decknamen »Micha« in den Kirchenbund eingeschleust, eine Jura-Studentin mit »rehbraunen Augen und südlichem Teint«, wie es in den Stasi-Akten heißt.

»Micha« war auch sehr erfolgreich. So fand sie recht schnell heraus, wer von den oberen Kirchenleuten homosexuell war. Da sie über einen Freund selbst Kontakte zur Ost-Berliner Schwulen-Szene hatte, organisierte sie dann lustige Kneipenabende in einschlägigen Treffpunkten, an denen sich dann zahlreiche der betreffenden 175er der Evangelischen Kirche der DDR beteiligten.

Damit die Normalos nicht zu kurz kamen, veranstaltete »Micha« auch für sie Sex-Partys. In einer Akte heißt es dabei über einen Oberkirchenrat: »Er bestellte mich telefonisch in sein Dienstzimmer. Wir unterhielten uns dann circa eine Stunde. Ich mußte mich bei ihm auf den Schreibtisch setzen, und er küßte mich sehr leidenschaftlich. Er wollte wissen, wann es wieder eine von diesen Sex-Partys gibt. Wir vereinbarten eine Fete in meiner Wohnung.«

Auch bei offiziellen Kirchentreffen ging es mitunter recht lustig zu. So heißt es über eine »Bibelrüste«, »daß bei dieser Tagung das Feiern im Vordergrund stand. Es wurde eine Menge von Alkohol verkonsumiert. Es standen zur Verfügung circa zehn Flaschen westdeutscher beziehungsweise französischer Cognac, je zwei Kästen Rot- und Weißwein. Es wurde jeden Tag bis drei Uhr nachts gefeiert. Getanzt wurde nach Tonbandmusik.«

Nicht nur, daß die Kirchenleute dadurch natürlich erpreßbar wurden, bekam »Micha« durch ihre Kontakte jede Menge geheimer und geheimster Papiere in die Hand und besorgte dem Stasi Abdrücke von sämtlichen Schlüsseln der Kirchenzentrale.

Auch der Name des brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe taucht den Informationen zufolge immer wieder in den betreffenden Stasi-Akten auf. Stolpe war ja bekanntlich von 1969 bis 1982 Leiter des Kirchenbundsekretariats. Bei einer »Bibelrüste« sollte »Micha«, laut den Stasi-Akten, zu Stolpe den »Kontakt festigen«.

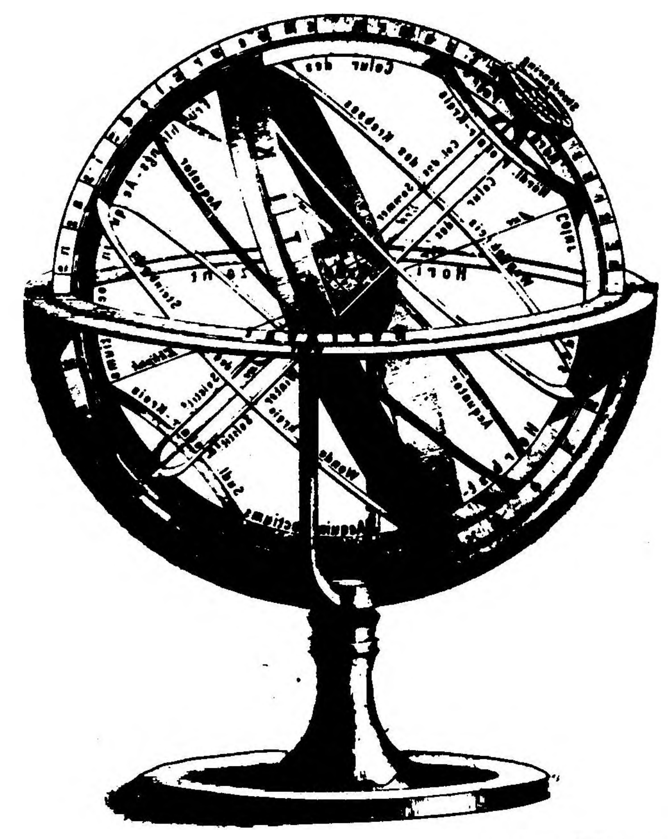
Ein weiteres Indiz ist auch, daß »Michas« Führungsoffizier Gerhardt Bartnitzek engen Kontakt zu dem Führungsoffizier des IM »Sekretär«, Klaus Roßberg, hielt. »Sekretär« war bekanntlich der Deckname für Stolpe. Doch selbst dieser neuerliche Skandal konnte Stolpe nicht zu dem einzig anständigen Schritt veranlassen: nämlich zu seinem Rücktritt! □

Genscher bald EG-Präsident?

Die Gerüchte rund um den früheren Bundesaußenminister und FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher reißen nicht ab. Nun soll er angeblich neuer EG-Präsident werden, falls der jetzige Amtsinhaber, Jacques Delors, wie vermutet wird, wegen der anhaltenden Spannungen im Europäischen Währungssystem (EWS) und dem Trubel um die Maastricht-Verträge bald zurücktreten wird.

Dadurch wird natürlich wieder die Frage laut, wer Nachfolger von Richard von Weizsäcker als Bundespräsident werden könnte. Dabei soll inzwischen, wie Bonner Insider wissen wollen, der frühere SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Vogel beste Chancen haben. Wie es heißt, soll er inzwischen ein ausgezeichnetes menschliches Verhältnis zu Bundeskanzler Helmut Kohl haben, nachdem die Beziehung beider früher eher gespannt war.

Die Chancen des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau (ebenfalls SPD) seien dagegen so gut wie Null. Die zunehmenden Skandale in der Düsseldorfer Ministerriege, die immer tiefer in die Krise gleitende Wirtschaft des Landes und auch die von der Opposition recht zahlreich gewonnenen Verfassungsbeschwerden gegen von der SPD-Regierung durchgesetzte Landesgesetze, hätten ihm seine urspünglich gar nicht einmal so schlechten Chancen vollkommen verbaut. □



Bonn

Die Märchenstunde des Bundesinnenministers

Alfred König

Früher hieß es »Die Märchen der Gebrüder Grimm« oder »Andersens Märchen«. Heute hat der Verfassungsschutzbericht diese Aufgabe übernommen. Denn was dort drin steht, hat mit der Wirklichkeit nicht mehr viel gemeinsam. Ganz im Gegenteil: Während auf der einen Seite der Rechtsradikalismus total aufgebauscht wird, Leute dort aufgenommen werden, die mit Rechtsextremismus oder Rechtsradikalismus so viel zu tun haben, wie Gregor Gysi mit der Demokratie, so sehr wird das Problem des Linksextremismus verharmlost. Und von einer Differenzierung hat Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU) anscheinend noch absolut nichts gehört, alles wird in einen Topf geworfen, tüchtig gerührt, und am Ende kommt ein Lügenbrei heraus.

Die Stoßrichtung der anscheinend immer mehr nach links und in den Internationalismus abdriftenden Bundesregierung geht aus der Presseerklärung Seiters' ganz klar hervor: »Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stand 1991 und auch noch jetzt das bedrückende Phänomen der Gewalttaten gegen Ausländer ... Die Gewalttaten gegen Ausländer waren und sind schändlich. Die Bundesregierung hat die brutalen Übergriffe auf das Schärfste verurteilt. Sie wird es nicht dulden, daß rechtsextremistische und neonationalsozialistische Schlägertrupps fremdenfeindliche Aktionen und schlimme Gewalttaten begehen. Es darf nicht geschehen, daß Menschen an Leib und Leben zu Schaden kommen.

An Klarheit fehlt es nicht

Die Bundesrepublik Deutschland ist und bleibt ein ausländerfreundliches Land. Das muß und wird auch in Zukunft so bleiben. Nichts und niemand gibt das Recht zu ausländerfeindlicher Hetze oder gar zur Gewalt gegen Ausländer.«

Und dann heißt es demzufolge weiter: »Insgesamt wird das Bundesamt für Verfassungsschutz in den kommenden Jahren über 400 Stellen abbauen. Die Arbeitsfähigkeit des Bundesamtes wird jedoch durch Schwerpunktbildung und qualitative Verbesserungen erhalten bleiben. So wurde zum Beispiel der für Aufklärung des gewaltorientierten Rechtsextremismus zuständige Bereich ausgebaut. Auf der anderen Seite wurden in dem für Linksextremismus zuständigen Bereich, insbesondere auf dem Gebiet der orthodox-kommunistischen Gruppierungen, Einschränkungen vorgenommen.« An Klarheit läßt dies nichts übrig!

Nach Angaben des Bundesinnenministers nahm die Zahl der politisch motivierten Gewalttaten auf der rechten Seite 1991 gegenüber dem Vorjahr von 270 auf 1483 zu, die auf der linken Seite dagegen von 587 auf 797. Damit würde der Rechtsextremismus also erstmals vorne liegen.

Zu den politisch motivierten rechten Gewalttaten wird aber schon dann gerechnet, wenn jemand etwa in einer Prügelei sagt »Du scheiß Türke« (oder was auch immer). Sagt aber ein Türke, Grieche, Italiener oder Neger im gleichen Fall »Du scheiß Deutscher«, dann wird dies aber seltsamerweise nicht dem Ausländerextremismus zugerechnet. Gibt es Gegendemonstrationen gegen rechte Veranstaltungen und kommt es dabei zu Schlägereien, so werden eventuelle Verhaftungen rechter Teilnehmer an Demonstrationen oder Veranstaltungen zu den politisch motivierten Gewalttaten gerechnet, die der Gegendemonstranten aber auf der linken Seite seltsamerweise aber nicht – mit der Ausnahme, wenn es sich jetzt um einen ganz eindeutig linken Bezug handeln sollte, etwa von der Hafenstraße –.

So heißt es dann auch im Verfassungsschutzbericht: »In Hamburg-Bergedorf kam es am 20. Juli zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen Skinheads und Türken. Ein Türke wurde durch Fußtritte gegen den Kopf lebensgefährlich verletzt.« Ein Fall mehr in der rechten Statistik, kein Punkt mehr in der Ausländerstatistik.

Ein Skinhead wird immer verurteilt

Außerdem ist es heute in diesem Staat schon soweit gekommen, daß ein Skinhead praktisch immer verurteilt wird, selbst wenn er selber, was kein Einzelfall ist, sondern sehr, sehr oft vorkommt, angegriffen wurde und sich wehrte. Hierzu ließen sich viele Beispiele aufführen, so machen etwa in Berlin Punker und Autonome nachts regelrecht Jagd auf einzelne Skinheads.
Ein gutes Beispiel, wie wenig gefährlich die Skinheads für den Normalbürger sind, zeigte doch auch die Demonstration von mehr als 2000 Skins im thüringischen Rudolstadt am 15. August anläßlich des fünften Jahrestags der Ermordung Rudolf Heß'. Obwohl dort nur etwa 100 Polizisten und 150 Gegendemonstranten anwesend waren, gab es nicht den kleinsten Zwischenfall. Kein »Normalbürger« wurde belästigt, keine Scheibe eingeworfen, niemand verletzt. Selbst wenn jetzt einige CODE vielleicht vorwerfen, die Skinheads »verherrlichen« zu wollen, muß es doch erlaubt sein, diese der Wahrheit entsprechenden Tatsachen auch einmal darzustellen.

Wenn man aber oben gesagtes berücksichtigt, dann ergibt sich auf einmal ein ganz anderes Bild; dann hat der gewalttätige Linksextremismus noch immer einsam die Spitzenstellung. Außerdem ist die »Qualität« der linken Gewalttaten viel höher anzusetzen als die der rechten Seite.

Die vielen Geheimnisse der Kölner

Um hier keinen falschen Verdacht aufkommen zu lassen: Jede Gewalttat ist abzulehnen; zumindest muß man aber nach den Ursachen hierfür fragen und muß man bei der Aufzählung der Gewalttaten bei der Wahrheit bleiben. Nicht berücksichtigt werden in dem Bericht des Kölner Amtes auch durchaus ernst zu nehmende Gerüchte und Meldungen, wonach ein großer Teil der als besonders gewaltbereit eingestuften mitteldeutschen Skinheads – im Verfassungsschutzbericht wird bezeichnenderweise aber immer von »Ostdeutschland« und der Oder-Neiße-Linie als »polnische Westgrenze« gesprochen – Ex-Stasi-Leute sein sollen, die die Aufgabe haben, die Sehnsucht nach der »Ruhe in der alten DDR« neu zu wecken.

Neben den Gewalttaten gab es darüber hinaus 2401 sonstige Gesetzesverletzungen (1990: 1578), darunter 351 (75) Gewaltandrohungen, 1624 Propagandadelikte (1232) und 426 sonstige Gesetzesverletzungen (271). Interessanterweise gibt es beim Linksextremismus keine Propagandadelikte. Während also die Verherrlichung von Hitler strafbar ist, kann man ungestraft Stalin oder Ehrenburg als Menschenfreunde bezeichnen.

Die Verwüstungen jüdischer Friedhöfe werden ebenfalls automatisch auf das Konto der Rechten gebucht, obwohl sich in der Vergangenheit mehr als nur einmal herausgestellt hat, daß dies Leute im Alkohol- oder Drogenrausch ohne jeden politischen Bezug vorgenommen haben oder daß es linke Propagandaaktionen waren, mit denen die Stimmung gegen alles, was rechts ist, geschürt werden sollte.

Der Verfassungsschutz hält es sogar für undemokratisch, wenn sich Zeitungen gegen die andauernde Subventionierung des pol-

nischen Staates durch Deutschland wenden oder: »Die deutsch-polnischen Verträge bezeichnen sie als ›völkerrechtswidrige Abmachungen‹, die ›vor der Geschichte keinen Bestand haben‹ werden.« Was etwa daran gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung dieses, unseres Staates spricht, wird wohl immer das Geheimnis der Kölner bleiben.

Selbst wenn eine Zeitschrift eine andere Meinung zur Kriegsschuldfrage hat, steht sie anscheinend nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes. Dabei mehren sich selbst in »etablierten« Forscherkreisen immer mehr Stimmen, die zumindest den Angriff des Deutschen Reichs auf Rußland als Präventivkrieg bezeichnen, mit dem man lediglich einen Angriff Stalins zuvor kam.

Politbeamte können nicht mehr recherchieren

Geradezu als Witz kann man es bezeichnen, wenn die Verfassungshüter schreiben: »Die Revisionisten werden als besonders sachkundig hervorgehoben. So enthält die Publikation Passagen wie: ›Fred Leuchter, der amerikanische Gaskammerexperte, sorgte mit seinem Gutachten über Auschwitz für weltweite Aufmerksamkeit‹.«

Daß Leuchters Gutachten »für weltweite Aufmerksamkeit« gesorgt hat, ist ein Faktum – selbst der Verfassungsschutz geht ja darauf ein –. Auch der Hinweis, daß Leuchter Gaskammerexperte ist, stimmt.

So schrieb auch der Leiter des Staatsgefängnisses von Jefferson City, Missouri, Bill M. Armontrout, am 13. Januar 1988: »Mr. Leuchter ist ein auf Gaskammern und Gaskammer-Exekutionen spezialisierter Ingenieur. Er ist gut bewandert auf diesem Gebiet und ist der einzige Ansprechpartner auf diesem Gebiet in den Vereinigten Staaten, den ich kenne.« (»Mr. Leuchter is an engineer specializing in gas chambers and executions. He is well versed in all areas and is the only consultant in the United States that I know of.«) Warum steht Mr. Armontrout nicht auch im Verfassungsschutzbericht, muß doch dann die wohl mehr als berechtigte Frage lauten?!

In Seiters' Pressemeldung heißt es: »Die Arbeit des Verfassungsschutzes richtet sich nicht gegen politisch Andersdenkende, sondern ausschließlich gegen Gegner der freiheitlichen demokratischen Grundordnung; also gegen solche Gruppen und Parteien, die unseren freiheitlichen Rechtsstaat abschaffen wollen.«

Auf dem linken Auge blind

Wie verträgt sich dies dann aber damit, »die vorgenannten ausländischen Revisionisten (Faurisson, Irving; die Redaktion) bei Einreiseversuchen in die Bundesrepublik Deutschland zurückzuweisen.« Obwohl sicherlich nicht unumstritten, zählt Irving aber zu den bedeutendsten Historikern der Welt und hat schon zahlreiche Lügen – etwa die Hitlertagebücher des »Stern« – entlarvt. Viele seiner Werke gelten auch heute noch als Standardwerke für militärische Führungsakademien. Sagt er aber unbequemes, bleibt die Tür für ihn zu.

Andere Maßstäbe werden aber für linksextreme Terroristen angesetzt. So soll der RAF-Terrorist Bernhard Rößner (45) am 15. November dieses Jahres aus der bayerischen Justizvollzugsanstalt Straubing entlassen werden. Er war vom Oberlandesgericht Düsseldorf wegen des Attentats auf die deutsche Botschaft in Stockholm im April 1975 zu zweimal lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt worden und ist seit 17 Jahren in Haft.

Die Welt schreibt hierzu: »Rößner gilt unter Terrorismus-Experten als ›Schlüsselfigur der RAF-Szene‹. Immer wieder trat er in den Hungerstreik, um eine Zusammenlegung mit anderen einsitzenden Terroristen zu erzwingen. Um seine Freilassung zu erreichen, haben andere RAF-Gefangene, die eher Aussicht auf vorzeitige Entlassung haben, ihre Begnadigungsersuchen zurückgestellt.

Der Psychiater Henning Saß hat in einem Gutachten eine ungünstige Sozialprognose gestellt. Er attestierte Rößner, dieser sei ›angesichts seiner psychischen Störungen einem Leben in Freiheit derzeit wahrscheinlich nicht gewachsen‹ und ›immer noch hochgradig verstimmbar‹.

Der 6. Strafsenat des Düsseldorfer Oberlandesgerichts, zuständig für die Prüfung einer vorzeitigen Entlassung, hat Rößner in der Haft besucht und bei Saß ein weiteres Gutachten in Auftrag gegeben. Rößner hat im Mai 1990, nach 15 Jahren verbüßter Freiheitsstrafe, einen Antrag auf Strafaussetzung zur Bewährung gestellt; er wurde abgelehnt.

Hoffnung auf eine Zeit ohne Attentate

Mit der Entlassung des gesundheitlich schwer geschädigten Terroristen im November wollen Justiz und Sicherheitsbehörden nicht nur vermeiden, daß die Terror-Szene bei Rößners Tod im Gefängnis eine Märtyrerfigur bekommt. Vor allem aber hofft man, dadurch die Zeit ohne Attentate zu verlängern.

Die Bundesländer haben sich darauf geeinigt, daß später in Abständen von drei bis vier Monaten jeweils einer von sieben bis neun einsitzenden RAF-Terroristen freikommen soll.«

Bei schwerkranken Greisen von weit über 80 Jahren, die seit Kriegsende nicht mehr negativ auffielen, zeigt sich dieser Staat aber nicht so barmherzig. Diese werden wegen angeblicher oder vielleicht auch tatsächlicher Taten vor rund 50 Jahren, gnadenlos weiter verfolgt und selbst im Greisenalter noch ins Gefängnis gesteckt – und dies, obwohl die Sozialprognose sicherlich sehr gut aussieht.

Umso bedenklicher ist die Freilassung Rößners und anderer Terroristen unter dem Gesichtspunkt, daß den Sicherheitsbehörden genügend Anhaltspunkte vorliegen, daß die RAF-Szene auch weiterhin terroristisch tätig sein will. Genauer gesagt, sehen sie die Gefahr, daß sie eine »staatsgefährdende Flächenunruhe« erzeugen will. Dabei wolle die RAF zusammen mit ihrem Umfeld, etwa der Hafenstraße, auch sehr »populistische Thesen« besetzen, wie etwa die Abwehr von Fremdenfeindlichkeit, Altersarmut, Wohnraumnot oder Blauhelm-Einsätze der Bundeswehr.
Die Behörden weisen darüber hinaus darauf hin, daß in dem berühmten RAF-Schreiben von Anfang dieses Jahres die Zurücknahme der Gewalt insofern eingegrenzt worden ist, als dort von »derzeit« und »jetzt« gesprochen wird. Außerdem werde von der RAF die Notwendigkeit beschrieben, eine »Gegenmacht« von unten aufzubauen und sich sozialrevolutionären Themen zuzuwenden. Es bleibe deshalb abzuwarten, wie die RAF reagieren wird, wenn sich ihre Erwartungen in die staatliche Reaktion vielleicht doch nicht verwirklichen.

Woher die wahre Gefahr kommt

Vor allem die militanten Randgruppen und Sympathisanten haben bereits erheblichen Widerstand gegen diesen »Waffenstillstand« angekündigt. So wurde dann auch der Nachrichtenagentur »dpa« aus dem »Umfeld der RAF« im April ein Schreiben zugespielt, in dem es hieß: »Wer nicht kämpft, stirbt auf Raten. Freiheit ist nur möglich im Kampf um die Befreiung. Und wir als Teil des Widerstandes in der BRD fügen jetzt (22.4.92) hinzu: Widerstand steht dafür, daß das, was in den letzten 23 Jahren war, nicht dem Staatsapparat und seinen Medien gehört. Diese Geschichte lebt in uns. Widerstand gegen die imperialistische Großmacht BRD bestimmt sich durch diese Erfahrungen. Der Kampf geht gemeinsam weiter.« Und die deutschen Sicherheitsbehörden nehmen dieses Schreiben auch sehr ernst.
Alleine diese wenigen Zeilen zur RAF und dem Linksextremismus zeigen, woher die wahre Gefahr kommt. Vor allem darf man doch auch eines nicht übersehen: Die Gewalt der Skinheads, wenn man es einmal so bezeichnen will, richtet sich ausschließlich gegen Mißstände, aber nicht gegen »Otto Normalverbraucher«. Währenddessen richtet sich die Gewalt des linken Mobs gegen alles Bürgerliche überhaupt. Wer nachts als Deutscher über die Hafenstraße, durch Berlin-Kreuzberg oder aber auch durch einige Münchener Bezirke geht, kann sich fast sicher sein, nicht unbehelligt durchzukommen; zumindest ist diese Gefahr sehr groß. □



Bonn

Wird die Straße zum Tatort?

Rudolf Seufert

Die Bonner Regierung als Sicherheitsrisiko Nr. 1 in einem Land. Oberbürgermeister von München sieht Volksaufstand am Horizont. Nahezu eine halbe Million unbearbeiteter Scheinasylantenanträge im Land. Die Volksseele kocht. Scheinasylantenheime brennen. Deutschland bald ausländerfrei? Weit gefehlt. Rund 700 000 Scheinasylanten drängen dieses Jahr zu uns herein. Die verschwiegene Wahrheit von Rostock: Zigeuner grillten am Lagerfeuer die Katzen und Hunde der Deutschen. Wohin steuert das neue Deutschland? Bonn als Tollhaus.

Die RAF hat ausgedient, es lebe die Bonner Regierung! Kein Sicherheitsrisiko in diesem Land, das größer sein könnte als diese. Die Saat der Multikultifreunde und Bonner Umvolker scheint aufzugehen. Dahingestellt bleiben kann freilich, in welchem Sinne.

Deutlicher geht es nicht mehr

Der ehemalige Regierungssprecher Peter Boenisch: »Es dauert alles viel zu lange. So geht es nicht weiter. Die Probleme werden immer drängender ... Diese Behäbigkeit ist unverantwortlich.«

Die Deutschen wollen Laut »Bild«-TED-Umfrage einen neuen Kanzler. Einer, der sagt, was Sache ist, einer der hinlangt: Franz Schönhuber. 39 Prozent der Stimmen beim »Bild«-TED für ihn, 25 Prozent für Kohl. Deutlicher geht's nimmer. Boenisch: »Die Wartezeit für Bonn ist um. Es ist Tatzeit. Sonst wird die Straße zum Tatort.«

Auf 18 Seiten hatte FDP-Chef Graf Lambsdorff seine Gedanken nach der Bonner Sommerpause zu Papier gebracht und dringenden Handlungsbedarf reklamiert, die verschwenderische Sozialpolitik gerügt. Verschwenderisch für wen? Gewiß nicht für die Deutschen, denen der CSU-Minister Seehofer rigoros die Leistungen beschneiden will.

Otto Graf Lambsdorff, FDP-Parteivorsitzender, hat sich Gedanken über die Bonner Politik gemacht und dringenden Handlungsbedarf reklamiert.

Eher schon für die Scheinasylanten, von denen beispielsweise fromme Leute im Namen Gottes wie der Augsburger Bischof Stimpfle bis zum Jahr 2010 sage und schreibe 120 Millionen nach Mitteleuropa herbeireden, insbesondere zu uns.

Während das Kaiserreich von 1871 über 500000 Quadratkilometer Staatsfläche bei nur 40 Millionen Einwohnern und einer Scheinasylantenquote von Nullkommanull zählte, leben im elften Jahr seit Kohl's Wendebetrug 80 Millionen Deutsche und bald sieben Millionen Ausländer im Schrumpfdeutschland von rund 340000 Quadratkilometer Fläche.

Dazu der französische Werbepapst Jacques Seguéla, der neben Mitterrand auch Jelzin berät, auf die Frage, wie er für Kohl werben würde: »Erstens, indem man sagt, Kohl's Politik ist richtig. Zweitens, diese Politik kostet Geld. Drittens, daß wir Deutschen durchaus zahlen könnten.«

Die Deutschen zahlen alles

Und wie sie zahlen, die Deutschen: Alleine für Scheinasylanten sind 1992 bald 40 Milliarden DM an direkten und indirekten Leistungen fällig. Explosionsartige Kostensteigerung nunmehr Jahr für Jahr.

Ist das die »verschwenderische Sozialpolitik«, die Lambsdorff gerügt hatte? Es darf weiter gerätselt werden. Die Kosten für Hotel- und Pensions-Unterbringung von Scheinasylanten lagen in München beispielsweise für 2400 Personen im Jahr 1990 bei rund 54 Millionen DM. Im ersten Halbjahr dieses Jahres lagen sie bereits bei 48 Millionen DM, aufs Jahr hochgerechnet bei 100 Millionen DM.

Hannover, eine Hochburg der Zigeuner aus Osteuropa, hat leere Kassen. Kann seine Stadtbediensteten nicht mehr löhnen. Muß sich Geld aus der Partnerstadt Leipzig ausleihen. Baut aber eifrig weiter Containerdörfer für Zigeuner auf. Der Oberbürgermeister Schmalstieg kann nunmehr die Früchte seiner Saat ernten, die er – unsere Leser wissen das – mit Geißler, Rommel, Süßmuth & Co ausgebracht hatte.

Es ist nicht nur seit der Französischen Revolution stets dieselbe Frage: Wer muß zahlen und wofür? Die Staatsverschuldung liegt mittlerweile bei 1,5 Billionen DM – und dies bei steigender Tendenz. Rund 3,5 Millionen Deutsche sind Sozialempfänger, zehn Millionen in Armut und weitere zehn Millionen an der Armutsgrenze. Was tut Bonn dagegen?

1,5 Billionen DM Staatsverschuldung

Bonn verteilt deutsches Geld für nichtdeutsche Zwecke in aller Welt und öffnet die Grenzen, sprich Schleusen, für alle Einschleuser und Kriminelle. Mit der Neujahrsnacht zu 1993 beginnt für die Multikriminellen und Scheinasylanten ein neues Zeitalter: Die Libanonisierung Deutschlands.

Tausendfünfhundert Moscheen stehen schon hierzulande. Wenn ein deutscher eine Baugenehmigung will, wird er oftmals schikaniert, muß endlos warten. Wenn wir in der islamischen Welt auch nur einen Bruchteil der bei uns befindlichen Moscheen bauen würden, gäbe es Krieg.

Aber zunächst ist hier erst einmal Bürgerkrieg: Die Skinheads gaben bereits einer Hamburger Illustrierten zu verstehen, daß sie ein Asylantenheim nach dem anderen abfackeln würden, solange bis Deutschland ausländerfrei ist.

Zahlen wird – wie immer – das Volk. Das deutsche Volk. Für seine ungebetenen Gäste, die plündern, stehlen, rauben, morden, dealen, vergewaltigen, Ur-

VERBANDSGEMEINDEVERWALTUNG
GRUENSTADT-LAND
- SOZIALAMT -

INDUSTRIESTR. 11
6718 GRUENSTADT

TELEFON:

Auf amtliche Veranlassung geheimgehalten

DURCHWAHL-NR. (06359) 8001-29
SACHBEARBEITER/IN: HERR WASSNER
SPRECHSTUNDEN:
MONTAG-FREITAG
8-12 UHR
MITTWOCH 13.30-18UHR

BEI RUECKFRAGEN BITTE ANGEBEN
GESCH.ZEICH.: 3012.513.7

GRUENSTADT, 08.01.1992

B E S C H E I D — MONAT FEBR 19

ÜBER DIE ÄNDERUNG VON LEISTUNGEN
NACH DEM BUNDESSOZIALHILFEGESETZ (BSHG)
UND ÜBER DIE GEWÄHRUNG VON WOHNGELD N.D. 5.TEIL DES WOHNGELDGESETZES (WOG

DURCH ÄNDERUNG IN DEN WIRTSCHAFTLICHEN, PERSÖNLICHEN UND
RECHTLICHEN VERHÄLTNISSEN WIRD VOM 01. FEBR 1992 AN EINE
LEISTUNG BEWILLIGT IN HÖHE VON 4.003,00

ZAHLUNGSEMPFÄNGER

HAJRIZAJ, SALI 2.253,00 DM
DIE ÜBERWEISUNG ERFOLGT DURCH DIE DEUTSCHE BUNDESPOST

WEITERE ZAHLUNGSEMPFÄNGER SIEHE A. 1.750,00 DM

L E I S T U N G — HILFE ZUM LEBENSUNTERHALT

B E D A R F S B E R E C H N U N G

HAJRIZAJ, SALI	*11.05.1959	474,00
STROMKOSTEN		140,00
PROZ./BETRAGSM. KUERZUNG REGELSATZ		140,00
HAJRIZAJ, NAZMIJA	*16.11.1962	379,00
HAJRIZAJ, AGRON	*23.06.1978	308,00
HAJRIZAJ, DEME	*11.10.1982	308,00
HAJRIZAJ, ANTIGONE	*20.05.1980	308,00
HAJRIZAJ, HIRSAN	*24.10.1984	308,00
HAJRIZAJ, ANTOLINE	*20.12.1984	308,00
UNTERKUNFTSBEDARF		1.610,00
G E S A M T B E D A R F		4.003,00
ZUSTEHENDE HILFE ZUM LEBENSUNTERHALT		4.003,00

IHNEN WIRD WOHNGELD GEM.PAR.32 ABS.1 WOGG IN HÖHE
VON 770,00 DM GEWÄHRT. DER BETRAG IST IN DER
BEWILLIGTEN LEISTUNG ENTHALTEN.
BERECHNUNG DES WOHNGELDES:

ANERKANNTE LAUFENDE AUFWENDUNGEN
FÜR DIE UNTERKUNFT IM SINNE DES WOGG: 1.610,00 DM
DAVON 47,80 V.H.: 769,58 DM
AUF VOLLE DEUTSCHE MARK GERUNDET: 770,00 DM

F O R T S E T Z U N G : B L A T T

»Auf amtliche Veranlassung geheimgehalten« steht auf diesem Bescheid über die Gewährung von Sozialleistungen. Offenbar soll die Gewährung von Sozialhilfe in diesem Ausmaß vor der deutschen Öffentlichkeit geheimgehalten werden.

kunden fälschen, betrügen und Hunde und Katzen flambieren und verspeisen. Die Haustiere der Deutschen. Kein Medium berichtete darüber anläßlich Rostock. Aber das gesamte Ausland, insbesondere die ausländische und deutschfeindliche Presse, hackte auf den bösen Deutschen herum.

Der Redaktion ging kürzlich erstmalig ein neuerer Bescheid über die Gewährung von Sozialleistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz und dem Wohngeldgesetz zu. Demnach gewährt das Sozialamt in Grünstadt in der Pfalz einer Ausländerfamilie sage und schreibe monatlich DM 4003,00, Krankenversicherung noch nicht eingeschlossen.

Wohin steuert das neue Deutschland?

Bemerkenswert ist die Häufigkeit, mit der die Leistungsempfänger ihre Kinder in die Welt und uns Deutschen vor die Nase setzen: Während Hirsan noch im Oktober 1984 geboren wurde, war schon zwei Monate später sein Schwesterlein Antoline da! Angesichts dieser ungeklärten Lage wurden bei der Staatsanwaltschaft in Frankenthal Strafanzeigen erstattet. Es bleibt abzuwarten, mit welcher fadenscheinigen Begründung diese weisungs- und somit landespolitikgebundene Behörde das Verfahren einstellen wird, wahrscheinlich mit einem sogenannten Schreibversehen. Eines von vielen.

Ungeklärt ist außerdem, wie und aus welchem Grund der im Faksimile oben wiedergegebene Stempel »Auf amtliche Veranlassung geheimhalten« aufgebracht wurde. Als ob die Gewährung von Sozialhilfe in diesem Ausmaß der deutschen Öffentlichkeit geheimgehalten werden müsse. Und jeder erinnert sich noch an die schamlose Bonner Diskussion über Renten für Trümmerfrauen.
Wohin steuert das neue Deutschland?, fragte kürzlich ein Hamburger Magazin, und setzte hinzu: »Politische Stabilität und wirtschaftlicher Wohlstand schwinden dahin; der nationale Konsens der Nachkriegsjahrzehnte zerbricht. Eine verbrauchte und zerstrittene Regierung erscheint unfähig, Deutschland vor dem Absturz zu bewahren.«

Und der Stuttgarter SPD-Führer im Landtag, Maurer, brachte es auf den Punkt: »Die Regierung ist ein Sicherheitsrisiko!« Deutschland auch im Schicksalsjahr 1992 führungslos! □



Bonn

Ausländer haben mehr Rechte als Deutsche

Alfred König

Die schönen Sonntagsreden der Politiker zur Eindämmung des Asylmißbrauchs waren nicht das Papier wert, auf das sie gedruckt wurden. Denn statt einer Abnahme der Asylantenzahlen und einer Beschleunigung des entsprechenden Verfahrens, ist genau das Gegenteil eingetreten. Die Zahl der Asylbewerber ist so hoch wie noch nie zuvor. Fast 50000 Menschen sprechen monatlich das Zauberwort aus, das ihnen Tür und Tor öffnet. Für das Gesamtjahr wird mindestens mit 500000 Asylanten gerechnet.

Doch was macht Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU)? Er stellt sich mit stolzgeschwellter Brust ins Fernsehen und verkündet lauthals, er sei »festen Willens«, den Asylmißbrauch zu stoppen. Schuld sei aber die böse SPD, die eine Änderung des Grundgesetzes ablehne.

Problemlos wären Negativlisten

CODE hat schon des öfteren darauf hingewiesen, daß zur Normalisierung der Asylantenzahlen eine Änderung des Grundgesetzes absolut nicht notwendig ist. Vielmehr würden schon entsprechende Verwaltungsanordnungen ausreichen. Denn auch nach heutigem Recht wäre es etwa problemlos möglich, »Negativlisten« zu erstellen, in denen diejenigen Länder aufgeführt sind, in denen es zum Beispiel nach Auffassung der UNO keine politische Verfolgung mehr gibt.

Dies gilt zum Beispiel für Polen und Rumänien sowie Jugoslawien, die derzeit die Hauptflüchtlingskontingente stellen. Denn von den über 10000 Jugoslawen, die im Juli in der Bundesrepublik einen Asylantrag stellten, kamen noch nicht einmal 800 aus den Kriegsgebieten Bosniens und Kroatiens!

Und auch in der Türkei sieht die »Verfolgung der Kurden« so aus, daß kurdische Extremisten, etwa der kommunistischen PKK, Anschläge begehen und sich dann in kurdischen Ortschaften verstekken. Daß die Türken dann vollkommen übertrieben gegen diese Ortschaften vorgehen und auch den Tod unschuldiger Menschenleben hinnehmen, ist verurteilenswert. Dennoch würde diesen Ortschaften nichts geschehen, wenn nicht die PKK wäre. Der PKK geht es nicht um einen »Freiheitskampf« oder um die Gründung eines eigenen freiheitlichen Kurdenstaates, sondern um die Errichtung eines stalinistisch ausgerichteten Sklavenstaats.

Auch ist es nicht hinzunehmen, wenn etwa tausende Libanesen nicht abgeschoben werden, weil in ihrem Land Bürgerkrieg herrscht. Zum einen sind nur Teile des Landes davon betroffen und man kann in anderen Teilen durchaus recht ruhig leben, und zum anderen besteht für diese Leute keine Notwendigkeit tausende Kilometer weit zu emigrieren, sondern es kann von ihnen erwartet werden, daß sie etwa nach Jordanien oder von anderen arabischen Bruderstaaten, etwa Tunesien, Libyen, Marokko oder anderen aufgenommen werden. Statt dessen flüchten 60 Prozent aller nach Westeuropa kommenden Asylanten in die Bundesrepublik!

Genauso ist es doch schon fast ein schlechter Witz, wenn Hotels in Istrien Werbung in Deutschland machen, um Touristen anzulocken. Die dort zuvor lebenden Kriegsflüchtlinge wurden zwangsausquartiert und müssen jetzt irgendwo versteckt in Wäldern campieren – oder kommen eben nach Deutschland. Und ob diese jemals die Bundesrepublik verlassen werden, ist mehr als nur unwahrscheinlich, sondern sogar ziemlich sicher.

Selbst wenn es kaltherzig klingt, muß man den Italienern zugestehen, daß sie im vergangenen Jahr mit den albanischen Flüchtlingen das einzig richtige gemacht haben: Sie nämlich mit Gewalt wieder auf ihre Schiffe zurückzutreiben und dann nach Albanien zurückzuschippern. Seitdem hat Italien Ruhe vor albanischen Flüchtlingen.

Wie sich die Italiener Ruhe verschafften

Es ist ein Naturgesetz: Um ein Übel wirksam zu bekämpfen, muß es an der Wurzel angepackt werden. Umgemünzt auf die Asylproblematik heißt es, daß den Menschen nicht damit gedient ist, sie aus ihrer kulturellen, familiären und auch klimatischen Umgebung herauszureißen und in einem für sie vollkommen fremden und in vielen Punkten auch unverständlichen Deutschland neu anzusiedeln, sondern vielmehr muß dem Land selber geholfen werden, nach dem Motto: Hilfe zur Selbsthilfe.

Nicht nur, daß dies letztendlich viel billiger ist, ist damit auch den Menschen dort mehr gedient. Gleichzeitig würden dann innenpolitische Schwierigkeiten in den jeweiligen Gastländern gar nicht mehr entstehen können.

Viele werden jetzt vielleicht einwenden »Das klingt ganz gut, ist aber ziemlich blauäugig«. Dem kann man nur antworten: »Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.« Denn wenn man noch immer sieht, wieviel Milliarden und Abermilliarden in die Rüstung geschmissen werden, wieviel Millionen Tonnen Lebensmittel alleine durch eine unsinnige EG-Politik Jahr für Jahr vernichtet werden, dann würde sich alleine hierdurch ein großer Teil der Probleme lösen lassen.

Müll wird weggeräumt, wenn das Fernsehen kommt

Gleichzeitig würden Probleme, wie sie nachfolgend aus der zentralen Anlaufstelle im schleswigholsteinischen Oelixdorf geschildert werden, gar nicht auftreten.

Oelixdorf ist ein kleines Dorf im Südwesten Schleswig-Holsteins mit rund 1900 Einwohnern. Statt der ursprünglich vorgesehenen 180 Asylanten leben derzeit offiziell rund 400 Asylbewerber dort, manche reden sogar von 700. Jeden Tag kommen zwischen 30 und 100 neue Personen, zumeist Rumänen, Jugoslawen und Neger. Wer erst nach 17 Uhr ankommt, muß bis zum nächsten Tag warten, ehe er seinen Asylantrag stellen kann. Bis dahin muß er sehen, wo er bleibt. »Oft lagern dann Zigeuner und Schwarze im Straßengraben, nächtigen in benachbarten Gärten oder versuchen, in Keller oder Garagen einzudringen«, heißt es in einem Zeitungsartikel.

Auch tagsüber prägten Ausänder das Straßenbild. Gruppenweise stünden oder säßen sie auf oder vor dem Heimgelände, hörten laut Radio, diskutierten noch lauter, würden sich reichlich Alkohol einverleiben und Berge von Müll hinterlassen. »Der wird, so berichten Anlieger, immer dann weggeräumt, wenn Minister Jansen (SPD) oder das Fernsehen zu Besuch kommt.«

Die Nachbarn des Asylantenheims finden keine Ruhe mehr. Immer häufiger würden Bettler an der Tür klingeln, und ein Abendspaziergang sei heute kaum noch möglich. »Meine Nachbarin bleibt solange neben ihrer Wäsche im Garten sitzen, bis sie trocken ist«, klagte eine Frau.

Eine direkt gegenüber dem Heim wohnende Familie findet kaum noch Ruhe. Der Lärm der plärrenden Radios und lautstarken Diskussionen sei unerträglich. Bei schönem Wetter spiele sich das Leben der Asylanten auch nachts weitgehend draußen ab,

was regelrechter »Terror« sei. Mindestens sechsmal am Tag würden sie bei den Heimbetreuern anrufen, jedoch ohne Erfolg. »Sie sagen, die Asylanten hätten ein recht darauf, Radio zu hören.«

Dem Terror der Ausländer ausgesetzt

Einmal, so berichtet die Frau, sei sie selbst hinübergegangen und habe durch den Zaun hindurch um Ruhe gebeten. »Die Antwort war entwürdigend: Einer von ihnen machte seine Hose auf und wedelte hämisch mit seinem Penis herum.«

Vor ein paar Wochen unternahm die Familie eine ausgiebige Fahrradtour. »Wir wollten mal für einen Tag abschalten, doch als wir wiederkamen, mußten wir erschüttert feststellen: Unser Gartenzaun war an mehreren Stellen niedergerissen, und Obstbäume und -sträucher waren völlig abgeerntet.« Daraufhin sagte die Familie einen geplanten Zwei-Wochen-Urlaub im Altmühltal ab. »Wir können doch unser Haus jetzt nicht mehr allein lassen.« Verkaufen oder vermieten läßt sich das Haus aufgrund der Lage aber auch nicht mehr, so daß der gequälten Familie nichts übrig bleibt, als sich dem Ausländer-Terror auch weiterhin auszusetzen.

Dem Asylantenheim gegenüber liegt ein Lebensmittelladen, dessen Vorbesitzer vor einem Jahr wegen der Asylbewerber aufgab, so daß sein Nachfolger wußte, was auf ihn zukommen würde – zumindest glaubte er es, denn die Realität übertraf all seine Erwartungen!

Die Polizei schaut tatenlos zu

Nicht nur, daß Monat für Monat Waren im Wert von jeweils vielen tausend Mark gestohlen wurden, wurde er auch regelmäßig bedroht und kürzlich sogar verprügelt. Die Stammkunden fuhren ohnehin lieber ein paar Kilometer weiter. Nun hat auch er seine Kündigung eingereicht. Die Lebensmittelkette, der der Laden gehört, hat ihm, bis für ihn etwas anderes gefunden wurde, einen Detektiv zur Seite gestellt, der nicht nur weitere Diebstähle verhindern, sondern den Pächter auch schützen soll.

In einem anderen Fall hatten Asylanten den Urlaub eines Forellenzüchters für sich genutzt. Insgesamt rund 2000 Fische im Gesamtwert von etwa 10000 Mark fischten sie mit Bettlaken aus den Weihern.

Die Polizei schaut dem tatenlos zu. Zwar werden verstärkt Streifen nach Oelixdorf geschickt und sind tagsüber zwei Beamte auf dem Gelände des Asylantenheims postiert, aber: »Im Grunde laufen wir den Problemen nur noch hinterher«, beklagt Revierleiter Manfred Wieck.

Schaut man sich nur die oben geschilderten Vorfälle an, denen unzählige andere hinzugefügt werden können, dann kann man nur zu dem Schluß kommen, daß die »grundgesetzlich verbürgten Asylrechte« heute bei den Politikern höher im Kurs stehen, als die Rechte der eigenen deutschen Bürger – und dies in ihrer Heimat.

Gleichzeitig muß man im Verfassungsschutzbericht lesen, daß die Gewalt gegen Ausländer immer größer wird. Auch in Oelixdorf und der nahen Stadt Itzehoe ist es zu vergleichsweise allerdings sehr geringen Auseinandersetzungen zwischen der deutschen Bevölkerung und Ausländern gekommen. Diese soll zwar nicht verteidigt werden, aber es ist wirklich menschlich unverständlich, daß Bürger zur Selbsthilfe greifen, wenn trotz monatelanger Appelle an Politiker und Polizei nichts zur Sicherheit der dort lebenden Dorfbewohner getan wird. Da die Polizei in Oelixdorf weitestgehend durch Abwesenheit glänzt, sahen sich die Anwohner des Asylantenheims sogar gezwungen, eine Bürgerwehr aufzustellen.

Doch was machen die Politiker und die Polizei? Zum Schutz der Asylanten verstärkte Landesinnenminister Hans Peter Bull (SPD) jetzt den Polizeiposten in Oelixdorf auf fünf Personen und schloß eine Gaststätte in Itzehoe, die als Treffpunkt Rechtsradikaler gilt. Dies zeugt nicht nur von entsetzlicher Bürgerferne, sondern beweist auch, daß die freie Marktwirtschaft eben doch nicht so frei sein kann, wenn eine Gaststätte wegen des dort verkehrenden Publikums geschlossen werden kann.

Die Polizei schimpft über die Bürgerwehr, da eine »derartige Organisation große Gefahren« berge, auch für die Organisatoren selbst. Was bleibt den Bewohnern Oelixdorfs aber denn anderes übrig, wenn die Polizei nicht ihre Sicherheit garantiert?

Kiels Sozialminister Jansen läßt aber keinen Zweifel daran, daß die zentrale Anlaufstelle erhalten bleiben soll. Seine seltsame Begründung: Wird Oelixdorf geschlossen, würde anderswo der Widerstand gegen Asylunterkünfte nur noch wachsen und weitere Planungen unmöglich machen.

Auf gut deutsch heißt dies nichts anderes, als daß der Minister die Anliegen von 96 Prozent Wohlstandsschmarotzern höher stellt, als die berechtigten Anliegen der deutschen Bevölkerung in ihrem eigenen Heimatland! Die rund 60 Prozent Zigeuner, die den größten Anteil der Asylbewerber Oelixdorfs stellen, erhalten dagegen Sonderrechte und können ohne großes Risiko Straftaten begehen, denn selbst wenn sie dabei erwischt werden, ist das Risiko minimal, daß sie abgeschoben oder eingesperrt werden. Eine Geldstrafe können sie ohnehin nicht zahlen, da sie angeblich mittellos sind – und Verstecke gibt es zuhauf –.

Die Kosten steigen ins Unermeßliche

Jetzt ist eine neue Zahl bekanntgeworden, die das Ausländerproblem drastisch verschlimmert. Denn nach Erkenntnissen der Grenzschutzdirektion Koblenz reisen alleine in diesem Jahr rund 150000 Ausländer illegal nach Deutschland ein. Sie tauchen zumeist bei Bekannten unter, arbeiten illegal oder leben von Straftaten. Zwei Drittel kommen aus Rumänien – vor allem Zigeuner –, ein Viertel aus Bulgarien und die übrigen unter anderem aus Jugoslawien, Afghanistan, Libanon, Vietnam und Nordafrika.

Da diese nicht erst in diesem Jahr nach Deutschland strömen, muß die offizielle Ausländerzahl wohl mindestens um eine Million Personen nach oben korrigiert werden. Damit liegt der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung aber schon über zehn Prozent. Da sich dies aber weitestgehend auf die Großstädte konzentriert, bedeutet dies aber nichts anderes, als daß dort bald mit einer Ausländerquote von mehr als 20 Prozent gerechnet werden muß – mit all ihren negativen Konsequenzen wie zunehmende Kriminalität und Ghetto-Bildung. Vorkommnisse wie vor wenigen Monaten in Los Angeles, wo ein hauptsächlich aus Negern und Lateinamerikanern bestehender Mob Jagd auf Weiße machte, können dann auch hierzulande nicht mehr ausgeschlossen werden.

Werden die illegalen Einwanderer dann aber wirklich einmal geschnappt, brauchen sie nur das Zauberwort »Asyl« zu flüstern – und schon sind sie wieder für einige Monate oder sogar Jahre sicher. Stammen sie gar noch aus dem Libanon oder Afghanistan, brauchen sie sich absolut keine Sorgen über eine Abschiebung zu machen, da sie wegen des dortigen Bürgerkriegs nicht abgeschoben werden – selbst wenn es dort genügend Orte gibt, wo sie sicher leben könnten oder im Nachbarland genügend Platz für Notunterkünfte vorhanden ist und es daher nicht einzusehen ist, warum sie tausende Kilometer weit nach Deutschland kommen müssen.

Gleichzeitig steigen die Kosten für die 96 Prozent Asylbetrüger ins Unermeßliche. Die Zahl von 15 Milliarden Mark muß dabei um ein Vielfaches erhöht werden. Denn so fallen zum Beispiel die Kosten für medizinische Betreuung nicht ins Asylbudget, sondern in die Krankenkosten, die aber nichtsdestotrotz trotzdem vom Staat und damit von uns allen getragen werden.

Rechnet man nur jährlich 100000 Asylanten, die wegen allerlei Krankheiten, zum Beispiel auch Krätze, hier behandelt werden und setzt die Kosten hierfür auf durchschnittlich 5000 Mark an – und beide Zahlen sind sehr konservativ geschätzt –, dann ist dies alleine eine halbe Milliarde Mark. Rechnet man noch die ausländischen Sozialhilfeempfänger hinzu, kommen mit Leichtigkeit einige Milliarden Mark zusammen, so daß eine Gesundheitsreform gar nicht mehr vonnöten wäre. □

Deutschland

Will Bonn den Bürgerkrieg?

Rudolf Seufert

Hoyerswerda und Rostock dürften wohl nur der Beginn einer verhängnisvollen Entwicklung sein, an der die Bonner Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien die Alleinschuld neben den Kirchen haben. Allzulange wurde der Wille des deutschen Volkes in biblischen Ausmaßen mißachtet. Mit Beginn der Grenzöffnungen in der Europäischen Gemeinschaft wird Deutschland vermutlich libanonisiert.

Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen zwischen Deutschen und Asylanten nahmen in den Wochen hierzulande in besorgniserregendem Maße zu. Deutsche Bürger und Behörden standen in den vergangenen Jahren fassungslos und empört vor der immer wiederkehrenden Tatsache, daß Scheinasylanten mehrfach über verschiedene Grenzen in die Bundesrepublik einreisten und vielfach, zum Teil mit falschen Pässen und trotz vorliegender Haftbefehle, die deutschen Sozialleistungen rechtswidrig in Anspruch nahmen.

Ebenso fassungslos und empört nahmen Deutsche es zur Kenntnis, daß beispielsweise Wirtschaftsasylanten deutsche Behördenbedienstete in Ausübung ihres Dienstes in Iserlohn derart zu Bargeldzahlungen bedrängten – »Sonst schlitzen wir Euch die Bäuche auf!« –, daß die Polizei die randalierenden Ghanesen aus dem Haus führen mußten.

Fassungslos sind deutsche Bürger und Kommunalbeamte gewesen, als offensichliche Scheinasylanten im Württembergischen ein eigens für sie renoviertes Haus zum Bezug abgelehnt hatten mit dem Hinweis, es sei ihnen zu mies. Aber auch kurdische Asylanten in Hamburg zeigten sich der Gemeindeverwaltung äußerst gereizt und ungehalten, weil ihnen hinten und vorne die größte Wohnung in einem völlig neu erbauten Wohnhaus für Asylanten nicht paßte: Die zur Verfügung gestellte Einrichtung hatte geringfügige Herstellermängel, eine Tür eines Schrankes schloß nicht richtig.

In Stuttgart drohte unlängst ein erregter Familienvater: »Wenn ich noch länger mitansehen muß, daß Scheinasylanten schneller Wohnungen kriegen als Deutsche, dann zünde ich das Wohnungsamt an!«

Ist es nun soweit? In und um Bamberg wurden Brandsätze gegen Asylantenheime geschleudert, sie gingen in Flammen auf, die aber gelöscht werden konnten. In München wurden 17 Fahrzeuge mit Ostblock-Kennzeichen durch Brandsätze immer nach der gleichen Methode zerstört. Die Täter warfen sie in das Fahrzeuginnere, nachdem sie Seitenfenster eingeschlagen hatten. In Berlin gingen wiederholt jeweils Gruppen von etwa 200 bis 300 In- und Ausländer aufeinander los. Ein Parteimitglied der Republikaner wurde von einem Türken erstochen. In verschiedenen Stadtteilen dort wagen sich ältere Deutsche schon ab Nachmittag nicht mehr aus ihren Wohnungen heraus, aus Angst, randalierenden Ausländern in die Hände zu geraten.

In München konnte die Polizei den 40jährigen Kopf einer rumänischen Einbrecher-Asylantenbande festnehmen, die in unzähligen Wohnungseinbrüchen über eine Million Mark erbeutet hatte. Etwa zur gleichen Zeit bereiste eine jugoslawische Einbrecherbande den Weser-Ems-Kreis und zog unbehelligt von deutschen Behörden, namentlich der Polizei, nach rund 40 Einbrüchen wieder in die Heimat ab.

Umherreisende Zigeunerinnen erleichterten wiederum in München ein altes Ehepaar unter trickreichem Mißbrauch dessen aufrichtiger Hilfsbereitschaft wegen eines Blatts Papier »zum Schreiben« um 75000 DM. Sie entkamen unerkannt.

Roman Rose, Vorsitzender der Sinti und Roma in Hamburg, fordert, die Polizei soll es unterlassen bei Straftaten von Zigeunern auf deren Täterschaft hinzuweisen.

Die Zigeuner drängen verstärkt in die Bundesrepublik. Viele von ihnen begehen Straftaten, wie überhaupt der Anteil der Ausländer überproportional an der bundesdeutschen Kriminalitätsstatistik stieg. Zigeuner überlaufen buchstäblich unser Land. In Hannovers City hängen sich Zigeunerkinder an die Arme deutscher Frauen und lassen erst gegen Geld ab. Da haben viele Deutsche kein Verständnis mehr, daß der Vorsitzende der Sinti und Roma Vereinigung in Hamburg, Roman Rose, gefordert hat, die Polizeibehörden sollen künftig es unterlassen, bei Straftaten von Zigeunern auf deren Urheberbeziehungsweise Täterschaft hinzuweisen. Noch steht eine klare Antwort aus. Es ist zu hoffen, daß die deutschen Behörden nicht etwa deswegen noch versucht sein werden, der Aufforderung des Herrn Rose zu folgen und damit den Eindruck heraufbeschwören, daß Deutsche künftig in der Statistik und in den Polizeberichten für die kriminellen Taten der Ausländer, insbesondere der Scheinasylanten und Asyltouristen verantwortlich gemacht werden.

Die Asylantenheime in diesem Land quellen über. Manche Komunalbehörden diskutieren schon die Schließung von Sammelunterkünften. Sie seien angeblich nicht menschenwürdig genug. In München etwa florierten manche Asylantenheime prächtig: als Rauschgifthandels- und -verteilerzentralen. Obwohl etwa 5000 Schulkinder akut gefährdet sind, stritten sich die Stadt München und die Regierung von Oberbayern um die Überwachung des offenen Dealerhauses.

Kohl als Asylanten-Kanzler?

Die Wohnungsnot wird trotz schönfärberischer Worte von unseren »Anti-Wohnungsbau-Ministern« nicht in dem erforderlichen Maße angegangen. Der Zynismus, den beispielsweise Exminister Schneider vor allem gegen Deutsche verströmte, ist nicht zu

überbieten. In den Wohnungsämtern deutscher Städte kommt es seit Jahren täglich auf den Gängen zu lautstarken Auseinandersetzungen. Der Unmut in der Bevölkerung wächst. Lunten sind gelegt, Flammen züngeln und können – noch – rasch im Keim erstickt werden. Zum Jahresende werden drei Millionen Wohnungen hierzulande fehlen.

Da tönt es schon aus Bonn, daß in diesem Jahr mit weiteren 500 000 Asylanten gerechnet werden müsse. Muß man wirklich? Das fragen sich inzwischen immer mehr Deutsche vor der inzwischen schon jedem Kind bekannten Tatsache, daß doch hierzulande über 95 Prozent Scheinasylanten sind, die unser üppiges Sozialnetz rücksichtslos zu Lasten unserer eigenen Armen ausbeuten.

Ein früherer Bundesinnenminister scheint als einziger die wahre Dimension des hieraus entstehenden Problems erkannt zu haben, als er in einem Interview sagte: »Ich habe ernste Sorgen um den sozialen Frieden in unserem Land.« Wir teilen seine Sorgen. Immerhin kosten den deutschen Steuerzahler die diesjährigen Asylanten weitere neun Milliarden DM, wo uns doch die Asylanten, die schon da sind, gleichfalls mindestens 15 Milliarden DM bereits kosten. Macht zusammen rund 24 Milliarden DM.

Auch die ernste Besorgnis des Ex-Generalbundesanwalts Rebmann vor zunehmender Militanz gegenüber Ausländern verhallten in Bonn ohne Reaktion. Ist Deutschland noch zu retten? Ist Bonn verrückt? Ist das die multikulturelle Gesellschaft, die die Verantwortlichen in Bonn und im Deutschen Städtetag sich herbeisehnen?

Kohl ist dafür bekannt, daß er viele seiner ungelösten Probleme einfach »aussitzt«. Manchmal ist dies gut gegangen. Aber ob es diesmal auch klappt? Es muß bezweifelt werden. Angesichts der Unruhen und der Gewalttätigkeit, die an allen Ecken und Enden dieses Landes bereits deutlich in Anzeichen festzustellen sind, erscheint es wahrscheinlicher, daß ihm der Stuhl, auf dem er bislang auszusitzen pflegte, weggerissen wird. Kohl vermeidet jede klare Führung, jede eindeutige Aussage zum hoch brisanten Asylantenzustrom.

Äußerte seinerzeit noch der damalige Fraktionsführer der CDU in Bonn, Dregger, daß bezüglich des Kommunalwahlrechts Ausländer nicht Bürger, sondern Gäste seien, fiel Kohl nichts besseres ein, als ein Flugblatt in drei Millionen Stück Auflage drucken zu lassen, in dem er eine Passage einer vor Jahren abgegebenen Regierungserklärung abdrucken ließ. Unbeholfener geht es nicht mehr, aber es paßt nahtlos in die Reihe von unverbindlichen Absichtserklärungen der CDU/CSU, den Ausländerstrom in unser Land »in den Griff bekommen zu wollen«. Unzählige solcher sinngemäßen Beteuerungen reihen sich seit Herbst 1982 aneinander, doch die Realität ist eine andere.

Alte Bauernfängertricks der Bonner Regierenden

Gewalt und Straftaten können keine Lösung darstellen, auf keiner der beiden »sich gegenüberstehenden Seiten«. Dennoch haben wir kein Verständnis mehr für die Untätigkeit und völlige Unbeholfenheit der Bonner Regierung und der Bonner Altparteien, die immer mehr Scheinasylanten zu uns hereinlassen und damit den »sozialen Frieden« dieses Landes und unserer Bürger, einschließlich unserer ausländischen Mitbürger, gefährden.

Die Bonner Parteien haben über zehn Jahre Zeit gehabt, die Asylantensache, wie von ihnen seinerzeit mit Nachdruck angekündigt, in Ordnung zu bringen. Indes war dies für Kohl & Company ganz offenbar einige Jahre »zuviel«. Und schon kommen die C-Parteien mit ganz neuen »Mätzchen« daher und gaukeln dem Wählervolk vor, man denke an die Schaffung eines Gesetzes »unterhalb des Grundgesetzes«, um das Problem in den Griff zu bekommen; und in der nächsten Legislaturperiode wolle man dann das Grundgesetz ändern. Die Wähler kennen längst die Bauernfängertricks Bonner Etablierter, die Bevölkerung in für die Parteien unangenehm erscheinenden Gesetzesvorhaben immer auf kommende Legislaturperioden zu vertrösten. Doch das hilflose Gerede, das die Bonner Politiker in ihrer Agonie noch mit letzter Kraft von sich zu geben bemüht sind, verfängt nicht: Zum einen wird jeder abgewiesene Scheinasylant auch im Falle eines neuen Gesetzes im Revisionsverfahren immerzu einen vermeintlichen Verstoß gegen den Artikel 16 Grundgesetz geltend machen, was die Verfahren gewiß nicht verkürzt. Zum anderen ist bekanntlich die Rüge einer vermeintlichen Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes im Grundgesetz beliebter Revisionssport. Und deutsche Verwaltungsrichter tendieren obendrein zunehmend dahin, den Schutz der Menschenwürde – vor den Deutschen? – nach Artikel 1 des Grundgesetzes im Sinne eines »Super-Asylrechts« für alle Armutsflüchtlinge der Welt zu unseren Lasten zu interpretieren.

Die FDP lehnte ihrerseits die vernünftige und notwendige Überprüfungsmöglichkeit des von Verwaltungsrichtern frei erfundenen »Super-Asylrechts« durch das Bundesverfassungsgericht ab. Schließlich ist noch zu bedenken, daß Kohl und Company wohl ihre Möglichkeiten, das deutsche Volk in biblischen Ausmaßen zu mißachten, völlig realitätsfern überschätzen; nichts, aber auch gar nichts spricht dafür, daß dieses Land noch eine weitere Legislaturperiode unter CDU-CSU-FDP-Hegemonie dankbar und ergeben hinnehmen wird. Dies zu erkennen sind die Blümschen Billigbrillen in Bonn für Kohl und Company nicht mehr scharf genug.

Kuckuckseier für die Deutschen

Inzwischen trat ein, was der unter dem drückenden Korruptionsverdacht zurückgetretene »Landesvater« Baden-Württembergs, Lothar Späth, vorausgeahnt hat: Die Straße wird das Wort ergreifen.

Bundesweit breitet sich in den Städten und auf dem Land die Spannung in allen Teilen der Deutschen Bevölkerung aus, die über die Jahre der Wendelüge hinweg den Verlust von Arbeitsplätzen, die Wohnungsnot, Inflation, steigende Ausländerkriminalität und endlos leere Versprechungen der Politiker erlebt haben und obendrein mit ihrem Geld den Strom der Scheinasylanten und Multikriminellen finanzieren mußten, da von den Bonner Politikern so verordnet. Ein buchstäblicher Funke hatte in Rostock genügt, um mit Bonner Unterstützung, beispielsweise solch weinerlicher Stimmen wie Seiters und Geißler, die Homogenität des deutschen Volkes zu zerreißen.

Weite Bevölkerungskreise sind nicht länger gewillt, die Kuckuckseier, die ihnen die Bonner Politiker mit ihren Scheinasylanten und Multikriminellen in die heimischen Nester immerfort legen, auch noch einen Tag länger auszubrüten.

Asylanten gehen – Politiker bleiben

»Keine Wohnungen für Deutsche, aber deutsche Wohnungen für Scheinasylanten«, das ist die offenkundige Devise der Bonner Lizenzparteien. Inzwischen hat sogar ein Landgericht bestätigt, daß sich jede deutsche Gemeinde auf Eigenbedarf berufen kann, wenn sie Deutschen kündigt, um für Scheinasylanten Platz zu machen. Vorreiter dieser deutschfeindlichen »Recht«sprechung war der Amtsgerichtsdirektor Schütz aus Waldshut im Südbadischen.

Die Bonner Politiker setzen wirklich alles daran, die Stimmung weiter aufzuheizen. Schon wurde der Einsatz der Bundeswehr gegen die deutsche Bevölkerung erörtert, um Scheinasylantenheime vor Deutschen zu schützen, ferner soll eine 1000 Mann starke Polizeitruppe mit gleichen Zielsetzungen etabliert werden. Multikriminelle sollen also staatlichen Schutz genießen, während Deutsche sich der ausufernden Ausländerkriminalität schutzlos ausgeliefert sehen.

In diese »Politik« fügt sich freilich nahtlos die Anordnung des Bundesinnenministers Seiters ein, die Fingerabdruckskartei krimineller Scheinasylanten zu vernichten, die ohne Pässe zu uns zum mehrfachen Abkassieren der Sozialhilfe kommen, und für deren Erstellung bundesdeutsche Polizeibeamte jahrelang tätig waren. Seiters zum Thema Scheinasylanten nach den Ereignissen von Rostock mit hilflos weinerlicher Stimme: »In meinem Kleintierzüchterverein ist auch ein Ausländer!« □

Mitteldeutschland

Sind die Ausländer-krawalle politisch gewünscht?

Alfred König

Das derzeit beherrschende Thema in Rundfunk, Fernsehen und den Printmedien sind die ausländerfeindlichen Krawalle in Mitteldeutschland. Es vergeht kein Tag, an dem nicht mit emotionellsten Bildern die angebliche »Stürmung« von Asylantenheim reißerisch geschildert wird. Betrachtet man die ganze Angelegenheit aber etwas genauer, so kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, daß hier mit der Öffentlichkeit – mal wieder – ein falsches Spiel getrieben wird.

Eins der jüngsten Beispiele hierfür findet man in Quedlinburg. Dort stellte sich eine Gruppe von etwa 20 Bürgerrechtlern demonstrativ vor das Ausländerheim, um eine angeblich angekündigte »Stürmung« zu verhindern. Und wirklich trafen nur wenig später 40 bis 50 »Neonazis« ein, die die Schutztruppe mit Steinen bewarfen. Die Polizei – insgesamt mehrere Hundertschaften – glänzte durch Abwesenheit, hielt sich mehrere hundert Meter entfernt in Bereitschaft und kam erst rund 20 Minuten nach Abzug der Gruppe von Bürgerrechtlern.

Warum greift die Polizei nicht rechzeitig ein?

Seltsam ist dabei folgendes: Wenn die »Neonazigruppe« wirklich vorgehabt hätte, das Asylantenheim zu stürmen, hätte sie sich wohl kaum von etwa 20 völlig unbewaffneten Pazifisten stören lassen. Auch hatten sie nach Abzug der Truppe 20 Minuten Zeit, ungestört das Asylantenheim zu stürmen. Wieso ist dies dann nicht geschehen?

Die nächste Frage, die sich stellt – und dies bei nahezu allen Vorkommnissen in Mitteldeutschland – ist: Warum greift die Polizei nicht rechtzeitig ein? Absurd sind Erklärungen, wie sie etwa von linker Seite immer aufgestellt werden, daß nämlich durch eine zeitweilige Akzeptanz der Krawalle durch Unionskreise die SPD und die FDP zur Zustimmung zu einer Änderung des Grundgesetzes veranlaßt werden sollen.

Dies ist gleich aus mehreren Gründen absoluter Blödsinn. Zum einen wäre der Kreis der Mitwisser viel zu groß und müßten alle an den entsprechenden Stellen positionierten Personen dem zustimmen. Daß dies aber geheim gehalten werden könnte, kann völlig ausgeschlossen werden. Zum anderen ist eine Grundgesetzänderung zur Eindämmung der Asylantenflut in Wirklichkeit gar nicht notwendig. Denn auch der jetzige Artikel 16 des Grundgesetzes erlaubt zum Beispiel ohne Schwierigkeiten die Erstellung einer Negativliste von Ländern, in denen es keine politischen Verfolgung gibt. Denn schließlich heißt es in dem Artikel lapidar: »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht« und nicht etwa »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht; jeder Antrag, ganz gleich aus welchem Land, muß geprüft werden«. Und aus einem Land, in dem es keine politische Verfolgung gibt, kann auch niemand als Asylant anerkannt werden. Also wäre die Erstellung einer Negativliste heute schon verfassungsrechtlich ohne Problem möglich!

Auffällig ist, wie etwa Mitte September in Wismar geschehen, daß mehrere Hundertschaften Polizei 30 bis 40 zumeist auch noch erheblich angetrunkene »Neonazis« 20, 30 Minuten wüten ließen, ehe energisch eingegriffen wurde.

Dabei könnten diese Personen ohne großen Aufwand bereits auf dem Anmarschweg zum Asylantenheim auf Waffen und Molotowcocktails überprüft werden. Auch dürfte es doch für 200, 300 Polizisten keine Schwierigkeit sein, binnen weniger Minuten mit den Angreifern fertigzuwerden, besonders unter Anwendung eines Wasserwerfers – was bislang mit einer Ausnahme in Rostock aber immer unterblieben ist. –

Folglich spricht doch einiges für die Hypothese, daß diese Krawalle von der politischen Führung in begrenztem Umfang toleriert werden, um durch das Aufbauschen einer angeblichen rechten Gefahr Sondergesetze gegen rechts erlassen zu können. Schon heute sprechen sich zahlreiche Politiker dafür aus, daß »angesichts der deutschen Geschichte und der sich hieraus ergebenden besonderen Verantwortung« Neonazis besonders drastisch bestraft werden sollen.

Auch hier müßte es natürlich entsprechende Anweisungen an die Polizei geben. Nur läßt sich dies weitaus einfacher bewerkstelligen. Man braucht etwa nur darauf hinweisen, daß angesichts der heiklen Situation und der breiten Zustimmung der mitteldeutschen Bevölkerung gegen das Vorgehen gegen Asylanten ein zu hartes Eingreifen der Polizei die Emotionen nur weiter schüren und auch den »Normalbürger« unter Umständen zu einer Beteiligung veranlassen würde.

Man achte doch nur einmal darauf, mit welchen Worten Front gegen rechts gemacht wird. Der israelische Ministerpräsident Rabin kann beim Besuch des KL Sachsenhausen sich ohne jeglichen Widerspruch massiv in deutsche Angelegenheiten einmischen und vor einer Wiedergeburt des Nationalsozialismus warnen. Der FDP-Vorsitzende Lambsdorff paßt sich den unsinnigen Äußerungen des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Stihl, an und fragte demonstrativ im Bundestag, welcher ausländische Unternehmer denn noch deutsche Ware bestellen werde, wenn die ausländerfeindlichen Krawalle weiter zunehmen werden.

Dies äußert gerade der Vorsitzende einer Partei, die zu den vehementesten Befürwortern des freien Welthandels gilt und sich auch nicht scheute, während der Diktatur des Kommunismus in der UdSSR Milliardengeschäfte zwischen deutschen und sowjetischen Unternehmen zu vermitteln.

Der Startschuß für eine massive Kampagne

Vielmehr kann man davon ausgehen, daß sich in Mitteldeutschland der Frust manifestiert und gegen den massenhaften Mißbrauch des Sozialstaats durch Ausländer wendet. Ein festes rechts Weltbild ist dagegen aber nicht vorhanden. So lobten etwa Skinheads in einem »Stern«-Interview den halbjüdischen PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi. Auch hat es gegen den Besuch Rabins nicht eine einzige antijüdische Demonstration in Mitteldeutschland gegeben, wie sie doch eigentlich zu erwarten gewesen wäre, hätte der Neonazismus dort so weit, wie von den Medien berichtet, um sich gegriffen. Zudem wurden Krawallmacher verhaftet, die ganz klar als frühere überzeugte Stasi-Leute identifiziert wurden beziehungsweise standen Rädelsführer mit Sprechfunkgeräten in Verbindung, obwohl die Polizei in ihren Erklärungen immer wieder darauf hinwies, daß es seitens der Skinheads keine Organisation untereinander gegeben habe.

Alles deutet also darauf hin, daß die Krawalle in Mitteldeutschland der Startschuß für eine massive Kampagne gegen rechts sind mit dem Ziel, derartige Sondergesetze wie in Frankreich auch hierzulande einzuführen. Denn

nichts anderes kann man den Worten von Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU) entnehmen, der jetzt ein »Sofortprogramm gegen den Terror« ankündigte.

Dieses sieht unter anderem vor, daß Polizei und Justiz schneller und konsequenter gegenüber »fremdenfeindliche Gewalttäter« vorgehen können und Urteile zügiger gefällt werden können. Des weiteren werden Vereinsverbote gegen rechtsextremistische Organisationen geprüft. Auch sollen Bund und Länder einen »Sondermeldedienst fremdenfeindliche Straftaten« einrichten, damit eine bessere Erkennung und Bekämpfung reisender Mehrfachtäter möglich wird. Ebenfalls soll der Bundesgrenzschutz (BGS) die Arbeit der Polizei in Mitteldeutschland verstärkt unterstützen. Ebenfalls sollen Bund und Länder einen abgestimmten Alarmplan für einen jederzeit abrufbereiten schnellen Einsatz von Kräften der Bereitschaftspolizei der Länder und des BGS erarbeiten.

Doch damit nicht genug, sollen auch massive Einschnitte in das grundgesetzlich gesicherte Privatleben vorgenommen werden. Danach soll, vordergründig allgemein als Prävention gegen die organisierte Kriminalität bezeichnet, auch erlaubt werden, daß die Polizei künftig Verdächtige auch in ihren Wohnungen abhören und Gespräche aufzeichnen darf.
Vordergründig ist dies deshalb, weil Gesetze gegen die organisierte Kriminalität schon seit Jahren bestehen, diese jetzt aber wegen der »rechtsextremistischen« Krawalle ergänzt werden sollen; denn anders als bei linken Krawallen werden Skinhead-Angriffe als organisierte Kriminalität gewertet.

So soll dann folglich auch der Landfriedensbruch-Paragraph dergestalt ergänzt werden, daß es den Tätern erschwert wird, in der Menge unterzutauchen. Alle Schaulustigen, die etwa einem »Angriff« gegen ein Asylantenheim zuschauen, sollen dann nämlich bestraft werden können, weil sie den Tätern eben ein Untertauchen ermöglichen. Bei Wiederholungsgefahr von Gewalttaten sollen Verdächtige darüber hinaus sogar in Untersuchungshaft genommen werden können.

Außerdem dringt Seiters darauf, die Möglichkeit des erschwerten Demonstrationsverbotes konsequent zu nutzen – daß dies nur gegen rechts angewandt werden soll, versteht sich von selbst –. Auch die strenge Prüfung von Vereinsverboten gegen rechtsextremistische Organisationen sowie schnelle gerichtliche Urteile gehören zum Positionspapier des Ministers.

Wenn man dieses alles hört, fühlt man sich unwillkürlich an George Orwells »1984« erinnert. Als die autonome Szene etwa in Hamburg oder Berlin jahrelang mobil machte, sich nicht nur Straßenschlachten mit der Polizei lieferte, sondern auch bei Privateigentum massiv Angriff und Plünderungen vornahm, wurde über derartig drastische Einschränkungen der persönlichen Freiheitsrechte nicht einmal im Ansatz nachgedacht. Regte einer auch nur minimale Verschärfungen an, so wurden diese immer mit dem Hinweis auf den Datenschutz abgelehnt. Geht es aber um vermeintlich Rechte, so gibt es anscheinend keinen Datenschutz.

Die etablierten Parteien – einschließlich der Grünen – verdammen es immer wieder als ein Zeichen der Diktatur, wenn etwa in Chile oder Südafrika Rechte für linke Gruppen oder Neger eingeschränkt wurden. Besonders deutlich wird die Kritik zu irgendwelchen Jahrestagen der Parteien, wenn darauf hingewiesen wird, daß die nationalsozialistische Regierung unter Aldolf Hitler etwa die SPD oder die kommunistische Parteien verbot.

Was ist es aber anderes, wenn mit massivsten Eingriffen in die Persönlichkeits- und Versammlungsrechte der rechten Gruppierungen eingegriffen wird? Es ist heute schon an der Tagesordnung, daß Versammlungen oder Demonstrationen rechter Organisationen deswegen abgesagt werden, weil wegen angekündigter linker Gegendemonstrationen Krawalle erwartet werden. Man stelle sich das einmal vor: Da kündigen Linke Gewalt an, und die Veranstaltung der Rechten wird abgesagt! Damit erreichen die Linken aber genau das, was sie sich vorgenommen haben. Gibt es eigentlich noch deutlichere Beispiele für eine Zensur im derzeitigen Deutschland?! □

Bonn

Politiker – die wahren Schuldigen an Ausschreitungen

Alfred König

Der vermeindliche Sündenbock an den zunehmenden Ausschreitungen gegen Asylantenheime war schnell gefunden. Wie immer, wenn man nicht weiter weiß, wurde das Gespenst des Neo-Nationalsozialismus neu an die Wand gemalt. Statt Ursachenforschung zu betreiben, hieß es nur lapidar, »Hitlers Erben« müßten entschieden bekämpft werden. Eine richtige Auseinandersetzung mit den Ursachen für die Krawalle wurde und wird nicht betrieben. Statt dessen sind es immer wieder die selben Politiker, die mit den selben Reden, die sie schon vor Jahren hielten, auch diesmal versuchen, die Gemüter zu beruhigen. Ändern tut sich jedoch nichts. Ganz im Gegenteil: Die Asylantenzahlen steigen auf Rekordzahlen – und die SPD blokkiert die wenigen guten Ansätze auch noch bis zu ihrem Sonderparteitag Mitte November dieses Jahres. Bis dahin sind aber 60 – 70.000 weitere Scheinasylanten nach Deutschland gekommen!

Die armen Asylanten werden immer als Opfer dargestellt. Dabei sind es erst die mehr als 90 Prozent falschen Asylanten, die die Probleme heraufbeschwören. Was diese Personen machen, ist aber nichts anderes als Asylbetrug. Hiervon hört man aber nichts! Wo bleiben denn etwa die Ankündigungen der Politiker, jeden Asylbewerber, der falsche Angaben macht oder mit irgendwelchen Märchen versucht, ein Bleiberecht zu bekommen, ins Gefängnis zu stecken und ihm dort härteste Arbeit aufzubürden? Das schlimmste, was ihnen droht, ist, daß sie in ein komfortables Flugzeug gesteckt werden, nach Hause geschickt werden, um dort mit dem hier bekommenen und oftmals noch zusätzlich ergaunerten Geld Urlaub zu machen, um nur wenige Wochen später unter falschem Namen einen neuen Asylantrag zu stellen.

Gerade unter den derzeit nach Deutschland kommenden Zigeunern gibt es kaum eine Familie, in der nicht wenigstens ein Mitglied straffällig geworden ist beziehungsweise noch wird, selbst wenn diese nur in den seltensten Fällen gefaßt werden. Funkelnagelneue Fernseher, Videorekorder und Hifi-Anlagen in Wohnungen erst vor wenigen Wochen nach Deutschland gekommener Zigeuner oder Neger sind keine Seltenheit. Hier wird aber nicht die Frage gestellt, woher diese Sachen wohl herkommen.

Die Pauschalurteile der Politiker

Ist es denn dann wirklich so verwunderlich, wenn mitteldeutsche Jugendliche, die oftmals ohne Beruf oder Job sind und von wenigen hundert Mark Arbeitslosen- oder Sozialhilfe leben müssen, wütend werden, wenn sie sehen, wie diese Leute mit kriminellen Methoden, die bis zum Drogenhandel und zur Erpressung gehen, das schnelle Geld machen? Oder wenn sie sehen,

Bonn

Politiker – die wahren Schuldigen an Ausschreitungen

daß eine Zigeunerfamilie mit fünf Kindern – wobei es oftmals sogar zweifelhaft ist, ob es ihre eigenen sind – ein paar tausend Mark Sozialhilfe kassiert, mehr als die meisten mitteldeutschen Arbeiterfamilien heute haben! Ist es nicht auch eine gewisse Notwehr, wenn gegen Asylantenheime vorgegangen wird, aus denen tagtäglich Straftaten begangen werden, ohne daß die Polizei diese ahndet?

Statt sich einmal diese Frage zu stellen und nach einer Lösung zu suchen, greifen die Politiker auf Pauschalurteile zurück. So etwa der frühere Bundesinnenminister und jetzige CDU/CSU-Fraktionschef im Bundestag, Wolfgang Schäuble: »Es ist völlig unakzeptabel, wenn solche Gewalttäter Strafen erhalten, die zur Bewährung ausgesetzt sind. Sie gehören hinter Schloß und Riegel, und zwar möglichst schnell nach der Tat.«

Die Tatenlosigkeit der Parteien

Auf ähnliche Verurteilungen, wenn es sich zum Beispiel um linke Gewalt handelt oder um jegliche Form von krimineller Gewalt gegen Deutsche – wie sie jeden Tag tausendfach von Asylanten begangen wird –, wartet man aber vergebens. Was ist mit den ganzen ausländischen Jugendbanden, die besonders in München, Frankfurt und Berlin, aber auch vielen anderen Städten ihr Unwesen treiben, und Deutsche überfallen, ausrauben und zusammenschlagen? Schlagen Türken in Berlin einen deutschen Jungen, der zudem gar nichts mit der rechten Szene zu tun hatte, so zusammen, daß er an den Folgen stirbt, bekommen sie dafür nur lächerlich geringe Bewährungsstrafen von wenigen Monaten, ist von dem selben Schäuble aber nichts zu hören.

Auch kein Wort davon, daß, wie bei Verhaftungen ganz klar festgestellt wurde, einige dieser Personen frühere Stasi-Aktive waren. Bundeskanzler Kohl sagte zwar einmal hierzu zwei Sätze, wiederholte diese dann aber nach lautstarker Kritik hieran nie wieder. Auch ist bei den randalierenden Jugendlichen nicht in jedem Fall ein »rechtes« Gedankenbild gegeben, wie sich etwa aus einem Interview ergab, das »Der Spiegel« mit randalierenden Lichtenhagenern Jugendlichen führte und in denen einige sich sehr positiv über den halbjüdischen PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi äußerten.

CODE hat schon vor zwei, drei Jahren davor gewarnt, daß die Tatenlosigkeit der bundesdeutschen Politiker über kurz oder lang zu massivsten Krawallen führen wird. Leider haben wir erneut recht behalten. Einer der – von CODE ebenfalls genannten – Hauptgründe ist daneben auch die von den etablierten Politikern und ihren Bütteln verweigerte sachliche Auseinandersetzung mit dem sogenannten rechten Gedankengut. Statt zu versuchen, die Argumente des Revisionismus zu widerlegen, werden diese einfach als »Unsinn« abgetan, was dazu führt, daß sie sich in den Gehirnen vieler Personen erst recht festsetzen.

Ein exemplarisches Beispiel hierfür ist der Chef des Hamburger Verfassungsschutzes, Ernst Uhrlau, der als einer der führenden Experten über den sogenannten Rechtsextremismus gilt. Auf die »Spiegel«-Frage, ob die Rechten denn überhaupt genug intellektuelle Köpfe haben – zuvor hatte er die Ansicht geäußert, daß die Rechtsextremisten die Gesellschaft mit umgekehrten Vorzeichen mehr verändern werden als es die Linken nach 1968 je vermocht haben –, antwortete der »Experte«:

»Neonazis sind längst nicht mehr nur tumbe Klopper. An den Universitäten werben Burschenschaften mit rechtem Gedankengut neue Mitglieder und haben großen Erfolg. Neonazis versuchen bereits, in diese Szene hineinzugelangen.

Dazu kommt eine pseudowissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich durch Historiker und selbsternannte Experten wie David Irving oder Fred Leuchter, die mit wachsender Anhängerschaft die Judenvergasung als Lüge abtun. Das ist ein gefährlicher Versuch, rechte Positionen zu intellektualisieren.«

»Nicht mehr nur tumbe Klopper«

Es ist erstaunlich, wie einfach es sich »einer der führenden Experten über den Rechtsextremismus« macht. Die Qualifikation von Irving und Leuchter sprechen für sich – CODE hatte bereits in der vergangenen Ausgabe ein US-staatliches Schreiben zur Qualifizierung Leuchters im Originalwortlaut zitiert –. Statt sich mit den von ihnen vorgebrachten Dingen ebenfalls kritisch auseinanderzusetzen und zu versuchen, diese zu widerlegen, werden sie als Hirngespinste abgetan, selbst wenn für jeden ersichtlich ist, daß sich aus ihren Vorträgen neue offene Fragen ergeben.

Als »Argument« für die Ignorierung dieser Personen durch die etablierte Politik wird immer darauf verwiesen, daß man diese »Rechtsextremisten« dadurch salonfähig machen würde. Genau das Gegenteil wäre aber der Fall, wenn man die Argumente etwa Leuchters, Irvings oder anderer »in der Luft zerreißen« würde und ihnen riesige Fehler nachweisen könnte. Aber dies geschieht nicht. Vielmehr bleiben ihre Vorträge unwidersprochen in der Luft hängen und haben damit bei vielen Leuten genau die Wirkung, die die etablierten Politiker durch ihre Ignoranz erreichen wollen. Dies ergibt logischerweise bei vielen die Schlußfolgerung, daß die Politiker diese Argumente vielleicht gar nicht widerlegen können und sie deshalb ignorieren. Welche Seite nun letztendlich recht behalten wird, bleibt offen, es muß aber festgehalten werden, daß durch das derzeitige Verhalten der etablierten Politiker die Hinwendung nach rechts geradezu gefördert wird.

Die Hilflosigkeit der Etablierten

Dies soll dann aber durch besonders entschiedenes Vorgehen gegen alles rechte verhindert werden. Publikationen werden mit Prozessen überzogen, schwerkranke Greise vor Gericht gezerrt etc. Wenn ein Skinhead, wie kürzlich passiert, im Fernsehen zu sehen ist, wie er eine Jacke mit NS-Symbolen trägt und den rechten Arm zum Hitlergruß erhebt, dann ist die Polizei am nächsten Tag sofort da und nimmt ihn wegen des Tragens von Kennzeichen verfassungswideriger Organisationen und dem Zeigen des ebenfalls verbotenen Hitlergrußes fest. Betrügen aber libanesische Hütchenspieler am laufenden Band geschieht nichts. Ist es dann nicht verständlich, wenn sich angesichts dieser krassen Ungleichbehandlung Emotionen erst aufbauen.

Wie hilflos die Etablierten sind, zeigt sich auch an folgendem: Da verdummt sich etwa der Vorsitzende des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) Stihl, nicht, öffentlich zu erklären, der deutschen Wirtschaft werde durch die Vorfälle in Mitteldeutschland geschadet. Wenn dies nicht bald aufhöre, sei zu befürchten, daß Ausländer ihre Aufträge an deutsche Firmen stornieren könnten.

Dies ist, noch milde ausgedrückt, absoluter Blödsinn. Ein Unternehmen kauft und/oder investiert dort, wo es sich den meisten Profit erhofft und nicht in dem Land, dessen Gesellschaftssystem ihm am besten paßt. Man übersehe doch auch nicht die Doppelmoral: Unter seinem früheren Präsidenten Otto Wolff von Amerongen hat sich der DIHT stets gegen jegliche Beschränkungen der Geschäfte mit der Sowjetunion ausgesprochen. Und daß es in der UdSSR schlimmer zuging als bei den insgesamt doch recht wenigen Krawallen in Mitteldeutschland muß doch selbst ein Mann wie Stihl eingestehen.

Selbst mit dem heute international so verhaßten Dritten Reich haben seinerzeit die damaligen Industrienationen in großem Stil Geschäfte abgewickelt. Dies zeigt sich unter anderem auch daran, daß Mitte der dreißiger Jahre die Exporte aus dem Dritten Reich in die heutige EG-Staaten nur um wenige Prozentpunkte niedriger lagen als heute – übrigens zeigt alleine diese kleine Statistik auf, wie wenig das »Argument«, Deutschland profitiere in großem Maße von der EG, stimmt –. □

Deutschland

Grundrecht auf Asyl – der auszuräumende Krebsherd

Hans A. Stöcker

Die Rostocker Krawallnächte haben – wen überrascht es? – heftige Diskussionen und Reaktionen ausgelöst. Wie schon so oft haben Politiker die Gelegenheit ergriffen, die überfällige Änderung des Asylrechtsartikels im Grundgesetz anzumahnen. Andere haben – auch dies gehört zum Ritual – die Herstellung eines Zusammenhangs zwischen »ausländerfeindlichen Ausschreitungen« und dem Asylgrundrecht als verwerflich angeprangert. Und zum tausendstenmale konnte man hören, daß die Änderung des Grundgesetzes – allein – noch keinen der nach Hunderttausende zählenden Asylbewerber bei uns außer Landes bringt. Wie wahr!

Wahr ist aber auch, daß es nachdenklich stimmt, wie ein Verfassungssatz von gerade vier Worten – »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht« – unser Gemeinwesen – die deutsche Gesellschaft und die Verfassungsordnung, auf der beide ruhen – zunehmend ruiniert. Alles scheint ins Rutschen geraten zu sein, was lange scheinbar festgefügt schien.

Das Deutsche Volk, von anationalen Linken seit langem als Teufelswerk des »Nationalismus« denunziert, soll als Nation verschwinden, um als Nationalität in einem supranationalen Bundesstaat aufzugehen. Ein ehemaliger CDU-Generalsekretär zieht durch die Vortragssäle, um uns alle auf die Umwandlung der Deutschen in eine multikulturelle Gesellschaft einzustimmen.

Staatliche und kommunale Stellen stöhnen unter der immer schneller immer größer werdenden Last der Asylantenflut. Ihre Unterbringung wird ein unlösbares Problem. Der Unterhalt der Asylbewerber verschlingt inzwischen Milliarden. Um hunderttausende von Asylverfahren schnell abzuwickeln, müßten gigantische Anstrengungen unternommen werden, die wir, wie jetzt schon deutlich geworden ist, trotz neuer Gesetze nicht leisten können. Immer mehr Sicherheitskräfte müssen aufgeboten werden, um die ungezählten Asylantenheime vor Übergriffen zu schützen.

Und dies geschieht alles vor dem Hintergrund des Versagens der Politik, die mit teils haarsträubenden, teils stümperhaften Methoden an den Symptomen der »Asylitiserkrankung« herumkuriert, die sich krebsartig wuchernd ausbreitet, um uns bis in das private Denken, Fühlen und Handeln hinein immer stärker und bedrohlicher zu belasten.
Alles dies ist oft genug beschrieben und geschildert worden. Merkwürdigerweise ist die Ursache allen Übels, das Asylgrundrecht selbst, nur mit größter Zurückhaltung in die Kritik einbezogen worden. Immer noch wird es von vielen als »heilig« gepriesen, obgleich die unheiligen Realitäten dieses Bemühen absurd erscheinen lassen. Daß die Richtigkeit einer Idee durch die Scherbenhaufen, die ihre Verwirklichung anrichtet, keinesfalls in Frage gestellt werde, scheint als Relikt der idealistischen Philosophie immer noch in manchen Köpfen zu spuken.

Jedoch läßt sich leicht erweisen, daß die vielfältigen Destruktionsphänomene, die sich mit dem Asylgrundrecht verknüpfen, letztlich im Unwertcharakter des angeblichen Grund- und Menschenrechts selbst ihre tiefste Ursache haben.

Das Asylgrundrecht ist ein Fremdkörper im System der Grundrechte. Die – in nationalen Staaten organisierten – Völker haben nach der von der UNO-Charta gelegten Weltfriedensordnung einen Anspruch darauf, in voller Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts – durch staatliche Souveränität nach außen und demokratische Volkssouveränität im Innern – hinter sicheren Grenzen in ihrem völkerrechtlich anerkannten Territorium zu leben. Ein Menschenrecht auf Ansiedlung in einem fremden Land kann es daher nicht geben, weil es das Recht der Völker, ihr Territorium ausschließlich für sich zu nutzen und nach eigenem Ermessen darüber zu entscheiden, wer einwandern oder zuziehen darf, aushebeln würde.

Der Fehlgriff des Verfassungsgebers von 1949, politisch Verfolgten in aller Welt ein gerichtlich durchsetzbares Einwanderungsrecht zu gewähren, ist darum ziemlich singulär geblieben und so von keiner anderen Verfassung getan worden. Bei uns wird in der Hitze des Asylrechtsstreits inzwischen Teilen der eigenen Landsleute das Heimatrecht im eigenen Land abgesprochen – etwa in dem Slogan »Ausländer bleiben! Nazis vertreiben!« Auch dies ist ein Indiz für den Fremdkörpercharakter des Asylgrundrechts, das nicht wie andere Grundrechte darauf angelegt ist, dem Wohle und Nutzen des Volkes zu dienen, sondern sozialzerstörerisch wirkt, indem es Linke wie Rechte anreizt, ihren Meinungsverschiedenheiten das eigene Volk, den gerade in Deutschland fragilen Zusammenhalt der Nation, zu opfern.

Der Sozialschädlichkeit des Asylgrundrechts ist seine ethische Minderwertigkeit an die Seite zu stellen. Sie besteht darin, daß die Last der Asylrechtspraxis bekanntermaßen darin besteht, die Gerechten und die Ungerechten auseinanderzusortieren, das heißt, es müssen die asylberechtigten politisch Verfolgten unter den vielen herausgefiltert werden, die, ohne politisch Verfolgte zu sein, aus verständlichen und achtenswerten anderen Gründen in Deutschland einwandern möchten.

Diese sogenannten Schwindelasylanten sind nicht asylberechtigt: Eine Unterscheidung, die schon in der Praxis nicht überzeugen kann. Aber theoretisch überzeugt sie noch weniger: Denn was um alles in der Welt hat jemand, der politisch verfolgt wird, für Verdienste, die es rechtfertigen, ihn gegenüber allen anderen Ausländer, die auch sehr gute Gründe haben, um nach Deutschland zu kommen, zu bevorzugen? Wieso ist ein politisch Verfolgter asylwürdiger als ein Bürgerkriegsflüchtling oder ein Verhungernder? Wieso haben politisch Verfolgte – im Gegensatz zu anderen Verfolgten – ein Recht auf Einwanderung ohne Rücksicht darauf, welche Nachteile ihnen tatsächlich am Ort der Verfolgung drohen?

Die Asylwürdigkeit kann doch wahrhaftig nicht davon abhängen, daß die Verfolgung gerade auf politischen Gründen beruht. Oder sollte das Asylgrundrecht für politisch Verfolgte seine Existenz im letzten Grunde dem Bestreben von Politikern verdanken, die im Falle eines Falles den eigenen Kopf aus der Schlinge ziehen wollen? »Politische Verfolgung«: Eine verschleiernde Umschreibung für den verfolgten Politiker? Wie dem auch sei: Das Asylgrundrecht für politisch Verfolgte ist, weil auf einem willkürlichen Abgrenzungskriterium ohne Sachgerechtigkeit beruhend, ein Musterbeispiel für verfassungswidriges Verfassungsrecht. Dies ist Grund genug, um schon jetzt so zu verfahren, als sei der Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 niemals in das Grundgesetz geschrieben worden.

Die Abschaffung des Asylprivilegs kann selbstverständlich nicht bedeuten, alle, die in Deutschland leben wollen, hereinzulassen. Wer dies propagiert, bereitet den Genozid des eigenen Volkes vor. Über die Frage, inwieweit eine Asylgewährung künftig auf administrativem Wege, als eine in das Ermessen der Verwaltung gestellte Gnadenentscheidung, beibehalten werden sollte, kann man diskutieren. Eine formelle Streichung des Asylgrundrechts ist jedenfalls unentbehrlich. □

Bonn

Religiöser Rassismus

Beat Christoph Baeschlin

Die staatliche Meinungszensur in Bonn hat am 5. März 1992 das Buch von Beat Christoph Baeschlin mit dem Titel »Der Islam wird uns fressen« mit dem Makel der »Indizierung« belegt. Der Hauptvorwurf gegen das Buch ist: »Aufstachelung zum Rassenhaß gegen Angehörige des islamischen Glaubens«.

Wenn von »Rassenhaß gegen Angehörige eines Religionsbekenntnisses« gesprochen wird, fragt man sich unwillkürlich: »Ist das ein makabrer Scherz oder die Sprache von Unkundigen?« Ist etwa der 30jährige Krieg aus »Rassenhaß« der Protestanten gegen die Katholiken – oder umgekehrt – geführt worden? Wie kommt in einem amtlichen Dokument eine derartige Sprachversehrtheit zustande? Rasse und Religion haben doch keinen inneren Zusammenhang.

Die Sprachverwirrung macht große Fortschritte

Noch vor einem Menschenalter wäre schallendes Gelächter ertönt, wenn jemand von »Rassismus gegen Anghörige eines religiösen Bekenntnisses« gesprochen hätte. Folglich hat die Denk- und Sprachverwirrung in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte gemacht – aber nicht nur in Deutschland.

Ende Mai 1992 hat im französischen Staatsfernsehen der Meinungsmacher Ivan Leval dem konservativen Parlamentsabgeordneten Philippe de Villiers die Worte an den Kopf geschleudert: »... wer sich wie Sie für christliche Überlieferung oder für kinderreiche Familien einsetzt, und wer die Abtreibung bekämpft, ist schon rassismusanfällig!«

Man beachte und bewundere die Sprachschöpfung »rassismusanfällig«! Da wird der Begriff »Rassismus« unbeschwert auf alles ausgedehnt, was der Einwanderungs-Lobby mißfällt – kinderreiche Familien natürlich nur, wenn es sich um Alteingesessene handelt –. Zudem ist die Anreicherung des Rassebegriffs mit Moral deutlich wahrnehmbar.

Da mit diesem Ausdruck Schindluderei getrieben wird, ist eine Begriffsklärung dringend geboten.

»Rasse (progenies classica) ist der Klassenunterschied organischer Körper eines und desselben Stammes, insofern dieser Unterschied unausbleiblich erblich ist.«

So definiert ein Zeitgenosse und Schüler Immanuel Kants die Rasse, Verfasser ist Dr. Christoph Girtanner, geheimer Hofrat, in seinem 416 Seiten starken Buch mit dem Titel »Das Kantische Prinzip für die Naturgeschichte«, veröffentlicht in Göttingen im Jahre 1796. Die ersten 280 Seiten des Buches handeln von den Menschenrassen, dann folgen die Säugetiere, die Vögel und schließlich die Pflanzen. Für simple Naturen sei ausdrücklich hervorgehoben, daß das Vorhandensein der Menschenrassen folglich nicht eine Erfindung der Nationalsozialisten sein kann.

»Antirassismus« als Vehikel für bürgerkriegsähnliche Zwietracht

Aus der von Dr. Girtanner gelieferten Definition ist klar ersichtlich, daß es keinen Zusammenhang zwischen Rasse und Religion gibt. Denn: Religion ist nicht ein organischer Körper. Zudem ist Religion nicht unausbleiblich erblich. Es ist folglich eine klare Zerfallserscheinung der intellektuellen Fähigkeiten, wenn eine Amtsstelle von »Rassenhaß gegen Angehörige islamischen Glaubens« spricht.

Rasse als Begriff der Naturwissenschaft kann nicht in irgendeine Ecke der Geisteswissenschaften – Religion, Psychologie oder Ideologie – eingeschmuggelt werden. Versuche zur Vermischung von Unvereinbarem sind einerseits hanebüchener Unsinn, andererseits aber ein Mittel, um das öffentliche Meinungswesen zu vergiften. Einmal mehr zeigt es sich, daß absichtlich ein bürgerkriegsähnliches Klima geschaffen wird, indem jedes Mittel recht ist, um die Gegner der Masseneinwanderung zu terrorisieren.

Der bürgerkriegsähnliche Zustand ist vornehmlich gegen den sogenannten »weißen Rassismus« gerichtet als ein Krieg gegen die Einheimischen der westeuropäischen Länder. Von diesen wird kurzerhand verlangt, daß sie vor den ungebetenen Gästen das Feld räumen sollen. Deshalb darf nicht mehr von einem französischen, einem italienischen oder gar von einem deutschen »Volk« gesprochen werden. Insgeheim ist der Sprachgebrauch geändert worden, und es ist nunmehr die Rede von der »Gesellschaft«. Mit Fleiß wird vermieden zu sagen: »Das Volk hat diese oder jene Befugnisse oder Eigenschaften«. Dafür aber steht nun: »Die Gesellschaft kann, muß oder soll ...«

Massenflucht der Politiker in die Magie

Und nun sind alle meinungsmachenden Instanzen am Werk, um der »Gesellschaft« beizubringen, daß »jedem hergelaufenen Laffen« das »Recht« zustehe, sich im Staatsgebiet häuslich einzurichten und nach seiner Manier zu leben, also ohne jegliche Rücksicht auf jahrhundertealte Gewohnheiten und Rechte der europäischen Völker. Massenmedien, Presse, Erziehungswesen, ja sogar die Reklame sind emsig bemüht, alle Tage von neuem diese »demokratische« Lehre anzupreisen. Je artfremder ein Zuwanderer ist, desto freudiger wird seine Anwesenheit begrüßt und desto weniger sollen die Einheimischen das Recht haben, ihre angestammte Lebensweise zu verteidigen oder gar aufzunötigen. Ein so widernatürliches Verhalten wird den einstigen »Völkern« nun zugemutet!

Bemerkenswert ist, daß der Krieg der Einwanderungs-Lobby gegen das Volk und gegen das Volksempfinden stets mit der Etikette »Demokratie« versehen wird. Theoretisch bedeutet das Wort »Demokratie« soviel wie Volksherrschaft. Aber wie der Begriff »Volksherrschaft« ausgelegt und in der politischen Praxis sich auswirken soll, das bestimmt seit jeher die Mafia der Freimaurer. Diese Geheimorganisation war stets entschlossen, dem Volke vorzuschreiben, was es zu wollen und zu meinen hat. Da sie überall das öffentliche Erziehungswesen und die Meinungsmache entscheidend zu beeinflussen verstanden, konnten die Freimaurer ihre Ziele in langfristiger Planung verwirklichen.
Erstaunlich ist, daß die willkürliche Verfälschung des Demokratie-Begriffs so vollständig aufgenötigt werden konnte. Handelte es sich doch von Anfang an um eine plumpe Falschdeklaration der »Demokratie«. Das kommt einem Betrug gleich, der jedoch kaum mehr ernsthaften Widerstand erfährt. Wer heute diese tückische Manipulation aufzeigt, bekommt mit gut geheuchelter Verwunderung die Gegenfrage vorgelegt: »Was wollen Sie sagen, mit dieser angeblichen Manipulation? Haben Sie irgendwelche Beweise betreffend heimlicher Machenschaften von Hintergrundmächten?«

Und sogleich nachher erfolgt die Flucht in die Magie mit dem simplen Wort »Faschist« oder – was dasselbe bedeutet – »Rassist«. Beiden Schmähworten ist magische Wirkung zugedacht, denn diese Worte besitzen keine semantische Aussagekraft. Beide bedeuten das gleiche, nämlich »Bösewicht«.

Da es im »wertfreien« und »pluralistischen« Staat keine Rangordnung moralischer und geistiger Grundsätze mehr gibt, treten magische Verwünschungsformeln an die Stelle intellektueller und ethischer Begriffe. Mit den Totschlagworten »Faschist« und »Rassist« sollen alle vernichtet werden, die sich der Rassenmischungspolitik und der Landnahme durch die Einwanderermassen noch widersetzen. □

Deutschland

Aktion SOS Leben

Benno Hofschulte

Gemeinsam können wir die notwendigen Voraussetzungen schaffen, die dem »nicht rechtswidrigen« Mord an ungeborenen Kindern ein Ende bereitet. In der ersten Stunde des 26. Juni 1992 hat der Deutsche Bundestag erstmals eine gesetzliche Ausnahme vom allgemeinen Tötungsverbot beschlossen. Um dies zu erkennen und darin eine Niederlage von Menschlichkeit und Rechtskultur zu sehen, muß man weder Christ noch Konservativer sein. Es ist lediglich eine Frage des gesunden Menschenverstandes. Wir dürfen nicht zulassen, daß das unschuldige Kinderblut der Preis der deutschen Wiedervereinigung ist.



Foto eines sechs Wochen alten Embryo. Das Wunder der frühen Entwicklung wird besonders augenfällig im Wachstum der Hand.

Nach der offiziellen Statistik werden in der Bundesrepublik unter dem Schutz des Gesetzes jährlich rund 80000 ungeborene Kinder abgetrieben. Die Dunkelziffer der Abtreibungen beträgt jedoch unbestritten mindestens 300000 jährlich!

Ein schwarzer Tag für unser Volk

Hätte es in der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit, die für die meisten Mütter und Väter wahrlich durch eine schwere soziale Notlage gekennzeichnet war, eine Zeit, die durch Hunger und Not, durch Bombenangriffe und Flüchtlingselend geprägt war. Hätte es da eine »Fristenlösung« gegeben, würden wohl viele, die sich heute so vehement für eine solche »Lösung« einsetzen, gar nicht existieren. Und trotzdem haben ihre Mütter Ja zu ihnen gesagt!

Solche Erwägungen geben uns Grund genug, mit Bischof Lehmann zu behaupten, daß »die Entscheidung des deutschen Bundestages, für eine bestimmte Zeit dem ungeborenen Kind jedweden Rechtsschutz zu verweigern, ein schwarzer Tag für unser Parlament und unser Volk ist«.

Eine Entscheidung, zu der es ja nur deshalb kommen konnte, weil Abgeordnete unter dem Zeichen »C« wie christlich dem Block der Sozialisten und Liberalisten zur Mehrheit verholfen haben. Dies kann nur als ein unerhörter Skandal in der deutschen Parlamentsgeschichte bezeichnet werden.

Sie rechnen mit Vergessen und Entmutigung

Dieser Skandal kann es uns in Zukunft nicht mehr erlauben, einfach nur das Parteikürzel zu wählen. Denn die »Fristenlösung« ist weder sozial noch liberal und vor allem auch nicht christlich. Sie ist entschieden im bösen Sinn des Wortes fundamentalistisch.

Vor der Abstimmung der Entwürfe im Bundestag wurden durch unsere Arbeit 100000 Bittschriftpostkarten gegen die Legalisierung der Abtreibung an die Bundestagspräsidentin geschickt. Diese und Aktionen anderer Gruppen machten aus dem Thema Abtreibung eine Gewissensfrage, die ein ganzes Land bewegte.

Wenn sich demgegenüber die Mehrheit der Politiker unsensibel zeigte, dann nur deshalb, weil sie mit unserem Vergessen und unserer Entmutigung rechnet: Doch da täuschen sich die Politikfunktionäre gewaltig!

Wir werden die schweigende Mehrheit zu einer Mobilisierungskampagne gegen die Abtreibung aufrufen und darüber hinaus unsere Unterstützung nur denjenigen Volksvertretern geben, die klar und deutlich für das Lebensrecht der ungeborenen



Eine Berührung der Lippen läßt das Kind in der zwölften Woche die Oberlippe heben. Eine Art Lächeln erhellt das Gesicht.

Kinder, der Behinderten und der Alten eintreten.

Wir werden die Stimmen der Ungeborenen zur Geltung bringen

Unser erster Schritt wird sein, den Politikern klar und deutlich unsere Meinung und Einstellung zum Thema Abtreibung zur Kenntnis zu bringen. Zweitens werden wir von ihnen fordern, uns einmal mitzuteilen, wieso sie zu ihrer inhumanen Einstellung zum Kind und der Frau gekommen sind.

Und dann: Entweder die Politiker ändern ihre Haltung gegenüber der Abtreibungsfrage oder sie bekommen nicht mehr unsere Stimme.

Hier sind die weisen Worte Papst Johannes II. anzuführen, denen sicher auch viele Deutsche anderen Bekenntnisses zustimmen:

»Eine gegen das Leben gerichtete Logik: In diesen zwanzig Jahren haben zahlreiche Staaten durch ihre Gesetzgebung zur Abtreibung auf ihre Würde, das unschuldige menschliche Leben zu schützen, verzichtet. Ein wahres Massaker an Unschuldigen wird jeden Tag in der Welt verübt.« (Ansprache an die Teilnehmer des Internationalen Familien-Kongresses 20 Jahre nach der Veröffentlichung der Enzyklika »Humanae vitae«).

Außerdem wissen wir sehr wohl, daß der Mord an diesen Unschuldigen von unseren Krankenversicherungsbeiträgen bestritten wird. Es sind dies jährlich 250 Millionen Mark.

Derselbe Staat, der aus Gewissensgründen die Tötung eines ungeborenen Kindes erlaubt, gibt Ihnen und mir nicht die Möglichkeit, unsere Beiträge nur an solche Krankenkassen zu zahlen, die derartige Tötungen nicht finanzieren.

Wenn das Volk – zu dem wir gehören – nach unserer Verfassung wirklich souverän ist, sind auch wir verantwortlich und stehen in der Pflicht.

Entweder machen wir uns durch Bequemlichkeit mitschuldig am Vollzug dieses Massakers oder wir stellen uns als freie Bürger stolz der Verantwortung für die Rettung der Hunderttausende Kinder, die sonst alljährlich ihren grausamen Tod finden.

Ein Versäumnis kann zur Wiederholung jener feigen Pilatusgeste werden, die sich der ungeheuerlichsten Schuld zu entziehen gedenkt, indem sie sich, wie berichtet, die Hände in Unschuld wäscht.

Es soll bloß keiner sagen, es handle sich hier nicht um Mord. Nach wissenschaftlicher Erkenntnis ist das ungeborene Kind von Anfang an Mensch, eine einmalige und unwiederholbare Person, die sich ohne äußeren Eingriff auf natürliche Weise weiterentwickelt.

Ein Mensch wird kaltblütig getötet

Schon bei einer Größe des Kindes von nur 0,2 Millimetern kann man die Herausbildung des Gehirns an einem kopfartigen Auswuchs feststellen. Beide Seiten des Gehirns beginnen ihre Entwicklung, wenn das Kind nur zwei Millimeter groß ist.

Wenn dann gegen Ende der vierten Woche die Schwangerschaft festgestellt werden kann, ist das Kind 3,5 Millimeter groß und sein Herz schlägt bereits.

Und dieses Wesen, ein Mensch, wird kaltblütig getötet! Auf welche Weise? Dies sind die Methoden:

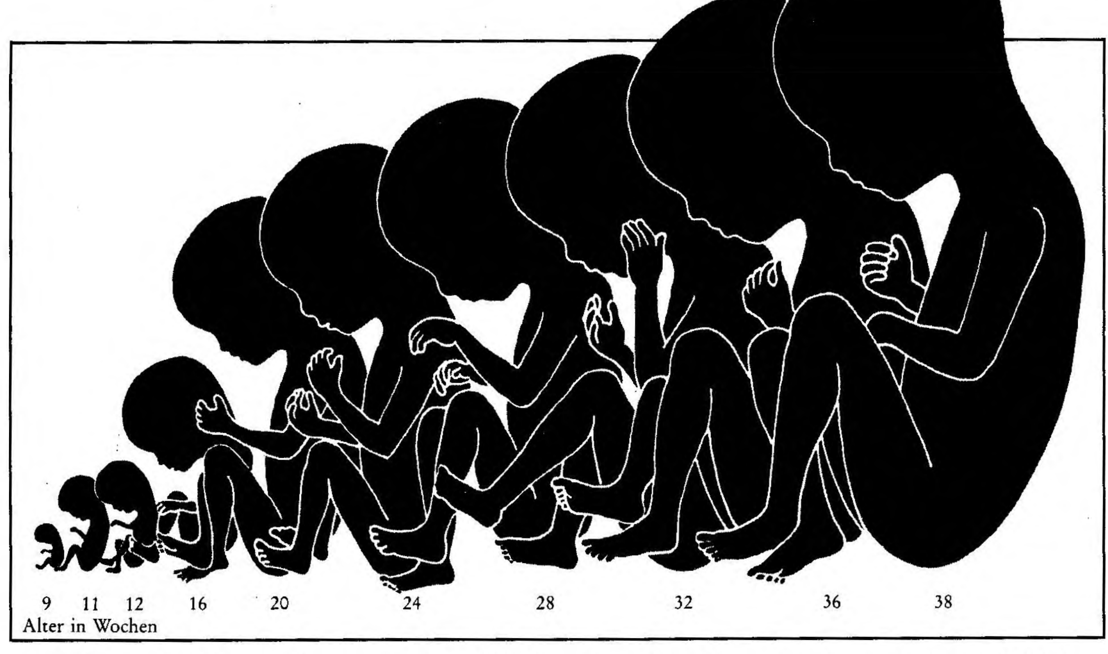
Curettage: Ein scharfes Instrument wird in den Uterus eingeführt, um das Kind von der Gebärmutterwand abzuschaben. Oft wird es dabei in Stücke geschnitten.

Absaugen: Mittels eines Sauggeräts, dessen Sog zehnmal stärker ist als etwa der eines gewöhnlichen Staubsaugers, wird das Kind zerrissen und als Gewebebrei entfernt.

Salzvergiftung: Nach der 16. Lebenswoche wird eine hochkonzentrierte Lösung in die Fruchtblase eingespritzt. Das Kind schluckt die zerstörend wirkende Flüssigkeit. Unter heftigen Zukkungen verbrennt es buchstäblich bei lebendigem Leibe. Diese Folter dauert bis zum Tode etwas mehr als eine Stunde. Innerhalb

Deutschland

Aktion SOS Leben



von 24 Stunden bringt die Mutter ein totes Kind zur Welt, dessen Haut völlig verbrannt ist.

Prostaglandin (hormonale Abtreibung): Hormonsubstanzen verursachen so starke Kontraktionen des Uterus, daß das Kind aus dem Mutterleib ausgestoßen wird, so daß manchmal der Kopf vom Rumpf gerissen wird. Andere werden zwar noch lebend ausgestoßen, dann aber getötet und in den Abfalleimer geworfen.

Und mit der in letzter Zeit ins öffentliche Gespräch gekommenen Abtreibungspille RU 486 ist die Tötungsmethode nicht minder grausam. Eher perverser. Denn hier ist es der eigene Mutterleib, der sich durch den Zufuhrstop der Nährstoffe für das Kind von sich aus in eine Hunger-, Folter- und Todeskammer verwandelt.

Ich habe den Film des amerikanischen Arztes Dr. Nathanson gesehen, in dem die Reaktionen des Kindes im Mutterleib während der Abtreibung gezeigt werden.

Der lebensgefährlichste Platz in Deutschland

Sie hätten dabei sein sollen, um den Widerstand des Kindes zu erleben. Man glaubt einen ausgewachsenen Menschen im Augenblick der Folter zu erkennen. Der Mund öffnet sich wie zum Aufschrei ... Das Kind versucht, auf die dem Folterwerkzeug und dem Tod entgegengesetzte Seite des Mutterleibes zu fliehen.

Solche Grausamkeit geschieht – allein in der Bundesrepublik – durchschnittlich alle zwei Minuten!

Der sonst schützende Mutterleib ist – wie in einer großen Tageszeitung zu lesen – zum lebensgefährlichen Platz in Deutschland geworden. Diese unmenschliche Tatsache läßt mich nicht ruhen, bis dem ein Ende gesetzt wird.

Der Einwand, daß ein Verbot der Abtreibung die freie Gewissensentscheidung der Frau verletzt, ist unzutreffend und unannehmbar.

Ich will nicht deutsche Frauen unter dem ungeheuren Gewissensdruck leiden sehen, den Verlust von Kindern beklagen zu müssen, die sie selbst getötet haben.

Und das oft nur, weil der Staat sie nicht gegen den psychischen Druck einer skrupellosen Umgebung in Schutz genommen hat.

Die Entscheidung für die Fristenregelung war keine Entscheidung für die Frau, sondern für den Mann, der die Frau zur Abtreibung drängt.

Eine derartige Entscheidung ist ein Schandfleck in der Geschichte unseres Landes. Es ist der Anfang eines Prozesses, an dessen Ende die »nicht rechtswidrige« Tötung aus den jeweils opportunistischen Gründen steht.

Denn eine Gesetzgebung, die Fristen für die Tötung des Lebens an dessen Anfang setzt, hat keine Rechtsgrundlage mehr, sich Bestimmungen zu widersetzen, die das Leben an seinem Ende verkürzen.

Wie kann diese Massenvernichtung verhindert werden?

In Holland fing es mit der Fristenregelung für Abtreibungen an. Heute zeigt uns diese Regelung, was wir in unserer Zukunft zu erwarten haben. Schon wurden dort 11575 Menschen über 60 Jahre ohne ihr Einverständnis euthanasiert! Eine vergleichbare Euthanasieregelung steht auch uns bevor.

Zum Schluß möchte ich noch hervorheben, daß kein Parlament und kein Verfassungsgericht das Recht hat, aus sozialen Gründen einen Teil seiner Bürger zum Tode zu verurteilen, etwa nur damit angeblich der Wohlstand der übrigen noch erhöht wird.

Wie können dann viele unserer Presseorgane und unserer Politiker, die sich durchweg alle wegen der Anwendung der Todesstrafe in anderen Ländern empören, das Gesicht wahren, wenn sie gleichzeitig die grausame Massenvernichtung unschuldiger wehrloser Kinder im eigenen Land zulassen oder gar noch propagieren?

Kinder, die nicht das Recht haben, würdig bestattet zu werden, vielmehr als Sonder- oder »infektiöser Müll« »entsorgt« werden.

Ich bin jedoch sicher, daß es eine große Anzahl Deutscher gibt, von denen die Medien nicht sprechen wollen, die aber, von Ihnen und mir aufgerufen, umgehend bereit sein werden, einzugreifen.

Mein Ziel ist es, während der kommenden Monate mindestens 1,5 Millionen Aufrufe an Personen zu verschicken, die, so wie Sie und ich, nicht mit der Abtreibung einverstanden sind. Mögen sie sich in großer Zahl unserer Aktion zur Aufhebung der Fristenlösung anschließen.

Aus dem, wie ein Punkt kleinen befruchteten Ei, wächst der Embryo im Lauf der ersten acht Wochen zu einer Größe von drei Zentimetern – gemessen vom Scheitel zum Steiß. Am Ende der zehnten Woche mißt der Fötus sechs Zentimeter, er hat seine Größe also verdoppelt. Das geschieht noch zweimal: Am Ende der 14. Woche – zwölf Zentimeter – und in der 26. Woche – 24 Zentimeter. Am Ende der 38. Woche, bei der Geburt, ist das Kind hockend 36 Zentimeter, ausgestreckt etwa 50 bis 52 Zentimenter groß.

Das heißt aber, daß wir 2,1 Millionen Mark zusammenbekommen müssen; denn jede einzelne Sendung kostet inklusive Porto 1,40 Mark.
Es ist schon soweit alles vorbereitet, daß ich in den nächsten 30 Tagen die erste Sendung von 500000 Briefen abschicken kann. Doch das hängt wesentlich von Ihrer Antwort ab.

Mit einer Spende von 70 Mark können also jeweils 50 Personen angesprochen werden. Wenn sie 140 Mark schicken, sind es schon 100 Personen, die mobilisiert werden.

Mit einer positiven Antwort auf meinen Appell werden Ihnen tausende Kinder, die ohne unsere Initiative nicht das Licht der Welt erblickten, ewig dankbar sein. □

SOS Leben – Deutsche Vereinigung für eine Christliche Kultur e.V., Emil-von-Behring-Straße 43, D-6000 Frankfurt 50, Telefon 069-58 98 99.

Mitteldeutschland

Bei den Länder-finanzen wird es ab 1995 kritisch

In den mitteldeutschen Länder-Haushalten regieren die roten Zahlen. Im laufenden Jahr sind die Ausgaben rund ein Fünftel höher als die regulären Einnahmen. Die finanzielle Lage wird sich 1995 verschärfen, weil die Mittel aus dem Fonds Deutsche Einheit dann nicht mehr fließen. Als Ersatz für diese zur Zeit wichtigste Finanzierungsquelle wollen die mitteldeutschen Länder voll in einen Länderfinanzausgleich einbezogen werden. Wie dies im einzelnen funktionieren soll, ist noch ungewiß. Denn in seiner heutigen Form ist der Finanzausgleich auf die westdeutschen Länder zugeschnitten.

Das Haushaltsdefizit der westdeutschen Bundesländer summierte sich 1991 auf 15 Milliarden DM – ohne Berlin gerechnet, das einen Sonderstatus genießt. Die fünf neuen Bundesländer schlossen das Jahr eins nach der Vereinigung bei wesentlich geringerer Bevölkerungszahl mit einem Minus von fast 11 Milliarden DM ab.

Ein Pro-Kopf-Vergleich der Ausgaben und Einnahmen zeigt die großen Unterschiede zwischen den mitteldeutschen Haushalten und westdeutschen Länderetats. Ausgaben: Im Jahr 1991 gaben die neuen Länder pro Einwohner 5247 DM aus – das waren 723 DM mehr als die Pro-Kopf-Ausgaben der westdeutschen Länder.

Einnahmen: 1991 flossen pro Einwohner 4518 DM in die mitteldeutschen Länder-Kassen – immerhin 235 DM mehr als im Westen.

Aber die Einnahmenstrukturen sind äußerst schief: Von den insgesamt 66 Milliarden DM stammen 50 Milliarden DM aus empfangenen Finanztransfers, davon allein 35 Milliarden DM aus dem Provisorium Fonds Deutsche Einheit.

Ganze 16 Milliarden DM konnten die neuen Länder 1991 aus Steuereinnahmen verbuchen. Pro Einwohner kassierten die mitteldeutschen Landesfinanzminister 1099 DM, gut 2000 DM weniger als ihre Kollegen im Westen.

Eine durchgreifende Besserung ist nicht in Sicht. Im Gegenteil:

Die neuen Länder sind Empfängerländer

Das Defizit in den mitteldeutschen Länder-Haushalten wächst von 10,8 Millionen DM in 1991 auf 55,7 Milliarden DM in 1995.

Ein Meilenstein in der mittelfristigen Finanzplanung ist das Jahr 1994 – dann nämlich läuft der Fonds Deutsche Einheit aus. Bis dahin stellen die Fonds-Gelder zwischen 53 Prozent (1991) und 37 Prozent (1994) aller Länder-Einnahmen in Mitteldeutschland.

Als Ausgleich soll Mitteldeutschland voll in den Länder-Finanzausgleich einbezogen werden.

Dann allerdings würde die Umverteilung eine ganz neue Größenordnung erreichen. Mit den Daten für 1991 gerechnet, ergibt sich dann:

Das Ausgleichsvolumen steigt auf das Siebenfache des bisherigen Betrages – von 4,4 auf 31,6 Milliarden DM. Über 99 Prozent der Gelder fließen in die neuen Bundesländer und nach Berlin. Von den westdeutschen Bundesländern würden nur Bremen und dem Saarland ein winziges Plus verbleiben – alle übrigen Länder müßten zahlen.

Für die einzelnen Länder ergeben sich daraus gravierende Veränderungen. Beispiele:

Nordrhein-Westfalen, das im rein westdeutschen Finanzausgleich 1991 weder gibt noch nimmt, wird im gesamtdeutschen Modell zum größten Geber: Fast neun Milliarden DM muß das bevölkerungsreichste Bundesland in den Länder-Topf einzahlen. Ähnlich geht es den Bayern, die derzeit weder etwas einzahlen noch etwas herausbekommen: Sie werden mit 5,8 Milliarden DM zur Kasse gebeten.

Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz im rein westdeutschen Finanzausgleich noch Empfänger-Länder, müssen im gesamtdeutschen Modell helfen, die Kasse zu füllen.

Die neuen Länder liegen nach der Modellrechnung allesamt auf der Empfängerseite. Sachsen, bei der mitteldeutschen Umverteilung noch größter Zahler, wird im gesamtdeutschen Modell zum größten Empfänger: Rund 8,3 Milliarden DM gehen an das bevölkerungsreichste Bundesland jenseits der Elbe.

Besser noch als die Milliarden-Beträge verdeutlichen die Pro-Kopf-Daten, was da umgewälzt wird. Hamburg speist den Topf mit knapp 1600 DM je Einwohner, sogar Niedersachsen ist noch mit 140 DM dabei. In Mitteldeutschland bekommen die Länder pro Einwohner zwischen 1500 DM (Berlin) und rund 1800 DM (Thüringen).

Die Finanzmittel der westdeutschen Länder schrumpfen im Vergleich zum Ist-Zustand um mindestens acht Prozent – so in Niedersachsen, in Rheinland-Pfalz, in Schleswig-Holstein und in Bremen. Am härtesten erwischt werden Hamburg und das Saarland, denen dann 15 Prozent weniger zur Verfügung stehen als zur Zeit.

Bei Kürzungen in solchen Größenordnungen würden jedoch die alten Länder von heute auf morgen finanzpolitisch weitgehend handlungsunfähig. Denn der gesamte gestaltbare Teil ihres Budgets würde durch die Ausgleichszahlungen abgeschöpft. Das Risiko dabei: Der Anreiz zu einer eigenverantwortlichen Haushaltsführung geht auf diese Weise verloren.

Die Einbeziehung der neuen Länder in die Umverteilung setzt folglich eine Reform des Ausgleichs-Systems voraus. Mögliche Ansatzpunkte:

Wegfall des Umsatzsteuervorwegausgleichs. Nach dieser Regel werden vor dem eigentlichen Finanzausgleich drei Viertel des Länderanteils an der gesamten Umsatzsteuer auf alle Bundesländer verteilt, und zwar entsprechend ihrer Einwohnerzahl. Vom übrigen Viertel erhalten die Länder mit unterdurchschnittlicher Steuerkraft nach einem komplizierten Schlüssel soviel, daß sie 92 Prozent der durchschnittlichen Steuerkraft erreichen.
Der Umsatzsteuervorwegausgleich ist so kompliziert wie sein Name und führt zu unsystematischen Belastungen. Statt dessen sollten die Umsatzsteuereinnahmen in die Berechnungen der Finanzkraft der Länder eingehen. Auf dieser Basis könnten die Überschüsse und Fehlbeträge wirklichkeitsnäher abgebildet werden.

Wegfall der Garantieklauseln. Die erste Garantieklausel stellt sicher, daß die Länder bei der Verteilung der Umsatzsteuer mindestens den Betrag erhalten, der sich bei einer Verteilung nach der Einwohnerzahl ergeben würde. Die zweite Klausel garantiert, daß ein finanzstarkes Land nach der Verteilung nicht plötzlich mit einer unterdurchschnittlichen Pro-Kopf-Gesamtsteuerkraft dasteht.

Beide Klauseln stehen am Ende des Ausgleichsverfahrens und müssen die unerwünschten Wirkungen des Systems korrigieren. Besser wäre es, solche Effekte von vornherein auszuschließen. □

Britanniens Premier machtlos gegen Wirtschaftsflaute

Die Confederation of British Industry (CBI) hat in ihrem letzten Vierteljahresbericht erklärt, daß Großbritannien sich in einer tiefen Wirtschaftsflaute befinde und keine Erholung in Sicht sei. Das trübe Bild der sinkenden Produktion und der rückläufigen Aufträge verstärkt die düstere Stimmung in der City of London, wie der Finanzdistrikt dort genannt wird, wegen des Zustands der Wirtschaft.

Der Generaldirektor der CBI, Howard Davies, beschuldigte die Regierung des Premierministers John Major, angesichts der Rezession einen ziemlich machtlosen Eindruck zu machen.

Der Wirtschaftswissenschaftler David Wigglesworth äußerte, die Wirtschaft sei in einem »Teufelskreis« verfangen, ohne Zuversicht, den Bedarf zu stimulieren und ohne den Bedarf, Zuversicht zu stimulieren. Die Untersuchungsergebnisse haben die CBI dazu veranlaßt, in Erwartung eines weiteren Rückgangs der Produktion in diesem Jahr ihre Wachstumsprognose für 1992 nach unten hin zu orientieren.

Konservative Parlamentsmitglieder fangen an, die Zukunft des Schatzkanzlers Lamont und des Premierministers in Zweifel zu ziehen, schrieb der Londoner »Independent« in einem Artikel auf seiner ersten Seite. John Carlisle, das am rechten Flügel des politischen Spektrums angesiedelte Parlamentsmitglied für Luton North, meinte über den Schatzkanzler: »Wenn dieser spezielle Doktor den Patienten nicht heilen kann, dann muß er natürlich gehen.« Er fügte in einem Rundfunkinterview der BBC hinzu: »Ich glaube, der Premierminister muß einige drastische Maßnahmen ergreifen, denn ich fürchte, daß seine Position selbst irgendwie bedroht sein könnte, wenn er dies nicht tut.«

Ein nicht namentlich genanntes gemäßigtes Parlamentsmitglied der Konservativen Partei warnte: »Was Margaret Thatcher passierte, könnte ihm auch zustoßen. Und er hat weniger Freunde als sie hatte.«
Die düstere Stimmung wird weiter verstärkt durch einen Bericht aus der britischen Bauindustrie, wonach diese im laufenden Jahr mit dem Verlust von 40000 Arbeitsplätzen rechne. Sir Brian Hill, der Präsident der Building Employers Confederation (Verband der Bauunternehmer) sagte, die Bauindustrie habe seit Mitte 1989 bereits 260000 Arbeitsplätze verloren. Er setzte hinzu: »Wir sind für eine starke Medizin, um die Inflation zu besiegen, aber das hat keinen Zweck, wenn der Patient dabei stirbt.« □

Probleme mit Grenzabkommen Argentinien-Chile

Ein Grenzabkommen, das Argentiniens Präsident Carlos Menem mit dem chilenischen Präsidenten Patricio Aylwin unterzeichnen möchte, mit dem Argentinien 1,057 Quadratkilometer Territorium in der patagonianischen Provinz Santa Cruz an Chile abtreten würde, hat in Argentinien heftigen Widerstand hervorgerufen. In einer in der Zeitung »La Prensa« veröffentlichten Erklärung, von den ehemaligen Präsidenten Arturo Frondizi und Juan Carlos Ongania unterzeichnet, wird behauptet, daß Argentinien durch Verlegung der Grenze nach Osten hin, wie in der Vereinbarung vorgesehen ist, nicht nur die Herrschaft über das Becken des Santa-Cruz-Stromes verlieren würde, sondern daß dies auch Argentiniens Ansprüche auf die Antarktis »zum ausschließlichen Vorteil Großbritanniens und Chiles« berühren könnte.

Der argentinische Verteidigungsminister Ermán González hob hervor, daß eine Regelung dieses Streitfalls, den die meisten Argentinier schon in einem päpstlichen Edikt von 1902 als gelöst anerkennen, die Entmilitarisierung beider Länder gewährleisten werde.

Es gibt jedoch noch keine ausreichende Unterstützung innerhalb des Kongresses für diesen Gesetzentwurf, den Menem in Chile vorlegte. Es gab Massenproteste vor dem Kongreß und hektische Bemühungen seitens des Außenministers Guido Di Tella, um die notwendigen Stimmen zusammenzubringen.

In einer Erklärung griff Oberst Mohammed Alí Seineldín, der nationalistische Führer, der nach dem Aufstand gegen das Oberkommando der Armee am 3. Dezember 1990 festgenommen wurde, Menems Schenkung als »skandalöse und schändliche« Entscheidung an, die mit dessen Politik der Demontage der bewaffneten Streitkräfte zusammenhänge.

Seineldín warnte Menem davor, daß, falls er seine Politik nicht ändere, »mit einer außer Acht gelassenen Bevölkerung, einem geraubten Territorium und einer verletzten Souveränität kein Staat oder Nation bestehen kann«. □

Die schlappe Wirtschaft der Welt-Supermacht

Der verdrießliche Zustand der amerikanischen Wirtschaft ist keine Grundlage für eine »neue Weltordnung«, wie von US-Präsident George Bush vorgeschlagen, äußerte der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt auf dem Symposium Europäischer Vorsitzender in Rottach-Egern. Schmidt sagte, daß das Projekt einer neuen Weltordnung außerhalb der Vereinigten Staaten nicht so ernst genommen werden, da es vom Bush hauptsächlich aus innenpolitischen Gründen konzipiert wurde.

Das Haupthindernis für eine stabile Weltwirtschaft und politische Ordnung, nach der »schwebenden Konstellation der Kräfte«, die sich aus dem Zusammenbruch des Ostblocks ergeben hat, sei der schlechte Zustand der amerikanischen Wirtschaft.

»Amerika ist nicht in der Lage, die Welt zu führen ... Die Vereinigten Staaten sind äußerst verwundbar, ohne daß die Amerikaner selbst dies bemerken«, stellte Schmidt fest.

Schmidts Einschätzung der Lage fand ein Echo in dem Schweizer »Tagesanzeiger«, in dem es dort heißt, daß die amerikanische Wirtschaft zu schwach sei, um der Außenpolitik der Vereinigten Staaten Muskelkraft zu verleihen. □

Österreichische Zeitung warnt vor neuem Versailles

Eine Realisierung von Plänen der Vereinten Nationen für eine neue irakisch-kuwaitische Grenze wäre »ein neues Versailles am Persischen Golf«, schrieb die österreichische Tageszeitung »Die Presse«. Die Zeitung warnte vor einer Wiederholung der Fehler von 1919, die Europa nach dem Ersten Weltkrieg keinen Frieden gebracht hätten.

Die Folge des Grenzplanes der Vereinten Nationen wäre die Einpflanzung von Unstabilität und Revanchismus in der Region auf längere Sicht gesehen und würde das Potential für neue Konflikte in der Zukunft erhöhen. Dies ist auch die Analyse arabischer Diplomaten, die Saddam Hussein zwar kritisch gegenüberstehen, aber gleichzeitig den Plan der Vereinten Nationen kritisieren, der, wie sie sagen, durch eine »kurzsichtige Politik der Amerikaner Rückendeckung bekommt«, berichtete die Zeitung.

Selbst oppositionelle Irakis wie General Hassan al Nagib, der in Damaskus im Exil lebt, sind gegen den Grenzplan der UNO als »Zeitbombe« gegen Stabilität in der Region am Persischen Golf. Dies deutet darauf hin, schrieb »Die Presse«, daß das Problem auch unter einer Regierung nach Saddam Hussein bestehen bleibt. Indessen wächst der Widerstand

gegen die Anwendung von Gewalt, um den irakischen Präsidenten Saddam Hussein zu stürzen. Der malaysianische Ministerpräsident Mahathir Mohammed sagte: »Wir werden keine Aktion, in den Irak einzumarschieren, nur um Saddam vom Thron zu stürzen, unterstützen. Unser Standpunkt ist klar. Wir sind gegen militärische Aggression«, berichtete die »New Straits Times«. Mahathir sagte, Iraks Nachbarn könnten ihre Verteidigung mit ausländischer Hilfe aufbauen, wenn sie das Gefühl hätten, daß Bagdad ihre Souveränität bedroht.

Der russische Präsident Boris Jelzin sagte nach seinem Zusammentreffen mit dem ukrainischen Präsidenten Leonis Krawtschuk in Jalta, es bestehe keine Notwendigkeit für eine Sonderaktion gegen den Irak, da dieser derzeit die UNO-Bedingungen erfülle. □

China könnte Tibet »Autonomie« anbieten

Für die Unabhängigkeit eintretende Tibetaner in Indien äußerten, daß Peking angeboten habe, mit ihren Repräsentanten Gespräche über Autonomie zu führen, berichtete Reuters. Ein aus 46 Mitgliedern bestehendes Exil-Parlament in Indien begann Gespräche über das jüngste Angebot der Chinesen, aber es war nichts darüber zu hören, daß eine Entscheidung getroffen worden sei.
Der chinesische Schritt erfolgte, nachdem Offizielle aus Peking Gyalo Dundrup, einen Bruder des Dalai Lama, des geistigen Führers Tibets, im Juni dieses Jahres empfangen hatten. Der hauptsächliche geistige Berater des Dalai Lama, Thupten Ngodub, meinte dazu, Dundrups Gespräche hätten zu einem »beträchtlichen Fortschritt« in Richtung auf eine Einigung zwischen China und Tibet geführt. Ngodub sagte, der Dalai Lama werde Gesprächen mit den Chinesen über Autonomie zustimmen, »wenn das tibetanische Volk mit einer solchen Lösung einverstanden ist«.

»Wir kämpfen um völlige Unabhängigkeit von China, die uns die Chinesen aber nicht geben wollen. Es ist klar, daß ein Kompromiß getroffen werden muß«, sagte Ngodub.

Der tibetanische Abgeordnete Karma Gyatsho sagte jedoch, die Geste werde anscheinend durch die Befürchtigungen motiviert, daß die tibetanische Unabhängigkeitsbewegung sich auf andere Provinzen ausbreiten könnte. »Sie standen unter einem beträchtlichen Druck durch den Kampf um Unabhängigkeit in den Provinzen Mongolia und Xinjiang. Beide haben uns um Unterstützung ersucht«, kommentierte er. Gyatsho warnte, daß den aufkommenden Bewegungen großer Schaden zugefügt werden könnte, wenn die Tibetaner mit Peking Gespräche führen.

Tibetanische Offizielle äußerten, der Dalai Lama habe sich in den letzten Monaten mit verschiedenen Führern der Dissidenten aus Xinjiang und Mongolia getroffen. »Sie baten um Hilfe durch Seine Heiligkeit (der Dalai Lama), sie zu organisieren und in ihrem Kampf um Unabhängigkeit zu führen. Im Gegensatz zu uns sind diese Bewegungen klein und schlecht organisiert«, sagte Migyur Dorjee, der Repräsentant des Dalai Lama in New Delhi. □

Kanadische NAFTA-Gegner gehen zum Angriff über

Kanadische Gegner des North American Free Trade Agreement (NAFTA) ritten eine Attacke gegen den Vertrag, schon bevor Regierungsbeamte aus den Vereinigten Staaten, Mexiko und Kanada die Verhandlungen darüber am 13. August 1992 beendeten, berichtete Reuters. Der Führer der Opposition New Democrats ging quer durch Kanada bis nach Chicago auf die Straßen, um NAFTA-Gegner um sich zu versammeln. Das vor mehreren Jahren unterzeichnete Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten sei »eine Katastrophe für Kanada«, sagte die Vorsitzende der New Democrats Audrey McLaughlin. »Michael Wilson hat kein Mandat, einen Schritt weiterzugehen und ein NAFTA zu unterzeichnen, ... kein Mandat des Parlaments und ganz gewiß keinen Wählerauftrag des kanadischen Volkes«, sagte sie.

Zwei den New Democrats nahestehende provinzielle Premierminister, Bob Rae aus Ontario und Michael Harcourt aus Britisch Columbia, haben die kanadische Regierung aufgefordert, sich von den Gesprächen zurückzuziehen.

Die Gegner beklagen sich darüber, daß sie aus den geheimen Verhandlungen ausgeschlossen wurden, obwohl das Abkommen zu gewaltigen Veränderungen in der Wirtschaft und zum Verlust von Arbeitsplätzen führen könnte. Laut Reuters ist ihre Opposition teilweise in dem starken Anstieg der offiziellen Arbeitslosenziffer, auf 11,6 Prozent der Beschäftigten, während der zweijährigen Wirtschaftsflaute – die höchste unter den Industrieländern der Gruppe der Sieben – verwurzelt. □

Wirtschaft erschüttert Ein-Weltler

Die durch die schlimmste wirtschaftlich-finanzielle Krise seit den dreißiger Jahren hervorgerufene »Raserei« erschüttert das Establishment in allen Ländern, schrieb Britanniens Lord William Rees-Mogg im Londoner »Independent«. Die Welt von heute erinnere an die Zeit der Fanzösischen Revolution, als eine »Qualität von Raserei herrschte, in der Einzelpersonen plötzlich auftauchen, eine bedeutende Rolle, aber vorübergehende Rolle zu spielen scheinen, und dann verschluckt und wie weggeworfene Puppen in der Spielkiste der Geschichte landen. Erst ein Gorbatschow, dann ein Kinnock, dann ein Perot; jeder spielt eine Rolle, wird geschlagen, tritt zurück.«

Rees-Mogg schrieb, daß »die vier Jahre der Bush-Präsidentschaft die schlimmsten vier Jahre für die Vereinigten Staaten seit der Präsidentschaft Herbert Hoovers Anfang der dreißiger Jahre sind«, und daß »die Tokio-Konjunktur wie die holländische Tulpen-Luftblase der dreißiger Jahre des 17. Jahrhunderts oder die Südsee- und Mississippi-Luftblase von 1720 oder die Wall-Street-Luftblase von 1929 geplatzt ist«.

Rees-Moog weiter: »Wir machen derzeit eine Weltwirtschaftskrise durch, die an einigen Stellen schlimmer als an anderen ist, wie die Welt sie aber seit den dreißiger Jahren nicht mehr erlebt hat. Die Europäer haben den Fehler jenes Jahrzehnts der Deflation in einer Depression wiederholt; sie werden das noch bitter bereuen. Die USA haben den Fehler begangen, leiden aber immer noch an der Weltkrise und haben ein schlimmeres Schuldenproblem als Europa. Die Krise wird sich schließlich von selbst lösen und großen Schaden in ihrem Kielwasser hinterlassen. Aber wo sind die politischen Führer, die damit begonnen haben, sie zu erkennen?« □

John Major unter Druck wegen fehlender Gelder für Infrastruktur

Zwei Institute haben vor einer sich vertiefenden Wirtschaftsflaute in Britannien gewarnt und die Regierung gedrängt, die Wirtschaft mit öffentlichen Investitionen für die Infrastruktur anzukurbeln.

Das Institute of Purchasing and Supply (IPS) berichtet, daß das Produktionswachstum in der Fertigungsindustrie auf Null stehe, und daß Neuaufträge merklich zurückgegangen seien.

Die Economic Forcasting Group in Oxford sieht voraus, daß das Bruttosozialprodukt im laufenden Jahr um 1,1 Prozent zurückgehen werde und schlägt höhere öffentliche Investitionen in die Infrastruktur und gezielte für den Wohnungsmarkt vor. □

Deutsche Bank

Wurde Herrhausen von Geheimdiensten ermordet?

Peter Blackwood

Am Vorabend des Gipfeltreffens der Staatschefs der Gruppe der Sieben in München wurden im deutschen Fernsehen sensationelle neue Enthüllungen ausgestrahlt, aus denen hervorging, daß Alfred Herrhausen, Deutschlands bedeutendster Bankier, von westlichen Geheimdienstagenten ermordet worden sein könnte. Am 1. Juli 1992 strahlte die ARD zur besten Sendezeit in ihrem Programm »Im Brennpunkt« eine 45minütige Dokumentation aus, in der der amtliche Polizeibericht, Herrhausen, der am 30. November 1989 ermordet wurde, sei Opfer einer Schlagtruppe der Roten-Armee-Fraktion (RAF) der »dritten Generation«, widerlegt wurde.

Obwohl kein Versuch gemacht wurde, die wirklichen Mörder Herrhausens zu identifizieren oder die Beweggründe für den Mord darzulegen, wurden in der Sendung Anklagen bestätigt, die kürzlich amerikanische Informationsdienste erhoben, nämlich, daß Herrhausen auf Befehl anglo-amerikanischer Finanzkreise ermordet wurde, denen es darum ging, Deutschland daran zu hindern, eine unabhängige Initiative zur Wirtschaftsentwicklung in den ehemaligen kommunistischen Staaten zu ergreifen. Herrhausen war ein enger persönlicher Freund und Wirtschaftsberater des Bundeskanzlers Helmut Kohl. In den Nachwehen des Mordes an Herrhausen und des Mordes an Detlev Karsten Rohwedder, des Leiters der Treuhand – der für die Wirtschaftsentwicklung Mitteldeutschlands verantwortlichen Dienststelle –, wurde diese politische Initiative von der Kohl-Regierung so gut wie aufgegeben.

Am 3. April 1992 klagte Helga Zepp-LaRouche unter Anführung von Kommentaren des Beamten aus dem US-Verteidigungsministerium, Oberst (i.R.) Fletcher Prouty, und unter Hinweis auf den Wortlaut einer Rede, die Herrhausen eine Woche nach seiner Ermordung in New York City halten sollte, in einem Bericht an, daß Herrhausen wegen seiner Initiative zur Wirtschaftspolitik für Osteuropa ermordet wurde. Sie rief die deutsche Regierung dazu auf, den Mordfall wiederaufzurollen, der in seiner strategischen Bedeutung, wie Prouty sagte, »der Ermordung Präsident Kennedys 1963 ähnelt«.

Ähnlichkeiten mit der Ermordung Kennedys

In der Dokumentarsendung der ARD wurde systematisch mit dem Gedanken aufgeräumt, der Mord an Herrhausen sei das Werk der RAF der »dritten Generation« gewesen. Sie legte ihren Schwerpunkt auf fünf Bereiche der Beweisführung, um darzulegen, daß die Existenz einer RAF der »dritten Generation« reiner Mythos ist.
Erstens, der Tatort: Bei allen größeren terroristischen Anschlägen der Baader-Meinhof-Bande und RAF vor Mitte der achtziger Jahre fand die Polizei stets gerichtlich verwertbare Beweise, die bekannte RAF-Terroristen mit den Zwischenfällen in Verbindung brachten. Es wurden immer entweder Fingerabdrücke oder andere Beweise gefunden, die keinen Zweifel hinterließen, daß die RAF ihre Hand im Spiel hatte.

Im Falle Herrhausen und bei all den terroristischen Anschlägen, zu denen sich die RAF der »dritten Generation« bekannte, fand die Polizei niemals irgendwelche gerichtlich verwertbaren Beweise dafür, daß Mitglieder der Gruppe am Tatort waren. Christian Seidler, einer der bekanntesten Mitglieder der angeblichen »dritten Generation«, verschwand nämlich Mitte der achtziger Jahre von der Bildfläche und ward seitdem nie mehr gesehen. Seidler war einer der angeblichen Mörder Herrhausens.

Zweifel über Zweifel an der Beweisführung

Zweitens, Verbindungen zur ersten und zweiten Generation der RAF: Nach amtlicher Theorie ordneten alteingesessene Mitglieder der RAF, die jetzt in Höchstsicherheits-Gefängnissen in Deutschland sitzen, den Mord an Herrhausen an und gaben detaillierte Anweisungen an die Mitglieder der »dritten Generation«, die dann angeblich den ausgeklügelten Bombenanschlag ausführten. Beamte der JVA, die in der Sendung befragt wurden, gaben detaillierte Erklärungen ab, warum eine solche Befehls- und Kontrollstruktur unmöglich gewesen wäre, angesichts der Bedingungen, unter denen die RAF-Terroristen festgehalten werden. Das Kommando über die Killermannschaft mußte daher von auswärts kommen.

Drittens, das RAF-Kommuniqué: Das Kommuniqué der RAF, mit der diese sich zu dem Attentat auf Herrhausen bekannte, war laut Mitteilung von Terrorismus-Experten, die mit der Gruppe vertraut sind, eine geschickte Fälschung, bei der man sich öffentlich verfügbare Kommuniqués aus früheren Schriften der RAF zunutze machte. Bei den meisten größeren terroristischen Handlungen, die von den ersten beiden Generationen der Gruppe ausgeführt wurden, waren die gleiche Schreibmaschine und das gleiche Logo verwendet worden.

Das Schriftbild des Herrhausen-Kommuniqués hatte keinerlei Ähnlichkeit mit den früheren Dokumenten und enthielt auch sonst keine Formulierungen, die auf irgendwelche Bindungen zur RAF hindeuteten.

Viertens, die Bombe: Laut Robert Schell, ein Bombenexperte, der in der ARD-Sendung befragt wurde, konnte der Laserzünder, den die Polizei am Tatort fand und der als Beweis für die Beteiligung der RAF angeführt wurde, nicht zur Aktivierung der Bombe verwendet worden sein. Durch Überprüfung der Pyrotechnik der Vorrichtung demonstrierte Schell, mit Rückendeckung anderer Experten, daß die Bombe, die in einem am Straßenrand abgestellten Fahrrad verpackt war, mit Hilfe eines Fernsteuerungsmechanismus zur Detonation gebracht worden sein muß, der in dem Augenblick aktiviert wurde, als Herrhausens gepanzerte Limousine an der Stelle vorbeifuhr.

Meineidiger Zeuge tritt auf

Fünftens, Zeugenaussage: Die kritischste Dokumentation der ARD-Sendung drehte sich um einen noch lebenden Zeugen, der der Polizei Einzelheiten über das Vorhandensein der »dritten Generation« der RAF und deren Rolle bei dem Mord an Herrhausen mitgeteilt haben soll. Dieser Zeuge, Siegfried Nonne, ein langjähriger, aber ziemlich dubioser Polizei-Informant für Landes- und Bundesbehörden in Hessen, widerrief in der ARD-Sendung seine früheren Aussagen und schilderte im Einzelnen, wie die Polizei ihn bestochen und später mit seiner Ermordung bedroht habe, falls er nicht bei dem »RAF-tötete-Herrhausen-Schwindel« mitmachen würde.

Nonne zufolge sind Beamte der hessischen Landespolizei und der Generalstaatsanwaltschaft im März 1990 an ihn herangetreten. Im Verlauf von drei Zusammentreffen sei ihm mitgeteilt worden, daß die Behörden die Untersuchung des Mordfalls Herrhausen kläglich vermasselt hätten und

ihn nun dazu benötigten, falsche Aussagen zu machen, die dazu dienen sollten, einige der gemachten Schnitzer zu vertuschen. Bei einem ersten Zusammentreffen mit seinem Kontaktbeamten der Polizei und einem hochstehenden Beamten des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV), der Untersuchungsbehörde des Landes Hessen, behauptete Nonne, habe man ihm 100000 DM angeboten, damit er sagen sollte, er habe die RAF-Killermannschaft in den Wochen bis zu dem Mord an Herrhausen sicher untergebracht.

Nonne sagte zu seinen ARD-Gesprächspartnern, er habe das ursprüngliche Angebot zurückgewiesen, ihm sei aber bei dem zweiten Zusammentreffen gesagt worden, man werde ihn in eine Anstalt für Geisteskranke schikken, »die er niemals wieder lebend verlassen werde«, falls er nicht kooperieren würde. Nonne, der eine Vorgeschichte des Drogen- und Alkoholmißbrauchs hatte, wurde schließlich in eine psychiatrische Klinik in Wiesloch eingewiesen. Bei dem dritten Zusammentreffen Ende März oder Anfang April 1990 erklärte Nonne sich bereit, mit der Polizei zusammenzuarbeiten und wurde in ein Zeugenschutzprogramm eingegliedert.

Dem ARD-Bericht zufolge nannte Nonne ein Hotel in der Nähe der Stadt Gießen, wo die letzte Sitzung stattfand, und Untersuchungsjournalisten der ARD kamen in den Besitz von Meldeunterlagen, aus denen hervorging, daß mindestens ein Beamter des LfV sich zur fraglichen Zeit in dem Hotel aufhielt.

Es war nicht das Werk des Stasi

Im November 1991 erschienen Berichte in der deutschen Presse, wonach die Polizei kurz davorstand, im Falle Herrhausen einen Durchbruch zu erzielen. Dann, am 21. Januar 1992, gab der neu ernannte Generalstaatsanwalt der Bundesregierung von Stahl bekannt, seine Dienststelle habe in Zusammenarbeit mit dem Generalstaatsanwalt des Landes Hessen »neue Spuren« in dem Fall ausfindig gemacht. Zu diesem Zeitpunkt wurde Nonne im Mordfall Herrhausen als »Zeuge der Landesregierung« herausgestellt, der behauptete, er habe vier Mitgliedern der RAF der »dritten Generation« in dem Zeitraum von acht Wochen bis zu dem Mord im November 1989 sicheren Unterschlupf gewährt.

Nonne behauptete, die vier RAF-Mitglieder seien Christian Seidler, Andrea Klump und zwei Männer gewesen, die nur mit ihren Decknamen »Peter« und »Stephan« bekannt gewesen seien. Die Polizei gab an, bei einer Untersuchung des Kellers in Nonnes Gebäude sei sie auf Spuren von Sprengstoffen gestoßen, die bei dem Bombenanschlag auf Herrhausen verwendet wurden. In dem ARD-Interview erklärte Nonne jedoch, alle Beweise, die für eine sichere Unterbringung von RAF-Leuten durch ihn sprechen, seien künstlich hergestellt worden. Untersuchungsjournalisten der ARD, die Nachbarn von Nonne befragten, erfuhren, daß es unmöglich gewesen wäre, vier Leute während der fraglichen zwei Monate in der Wohnung des Informanten sicher unterzubringen. Als weiteren Beweis legte Nonne Dokumente vor, aus denen hervorgeht, daß sein Halbbruder bis Mai 1990 hindurch bei ihm gewohnt hat. Der Halbbruder sei 1990 gestorben.

Der Leiter des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) Meier erschien ebenfalls in der ARD-Sendung. Nachdem er eingeräumt hatte, daß es niemals irgendwelche schlüssigen Beweise für die Existenz einer RAF der »dritten Generation« gegeben habe, gab Meier die Bewertung ab, daß das Attentat auf Herrhausen von »Professionellen mit Methoden des Geheimdienstes« verübt worden sei. Keine gerichtlich verwertbaren Beweise und keine Beweise aus Archiven der ehemaligen DDR deuteten jedoch darauf hin, daß das Attentat das Werk des Stasi, der Geheimpolizei der DDR, war, die bei früheren terroristischen Tätigkeiten der RAF eine zentrale Rolle spielte.

Wer hatte denn nun die Fähigkeit, Herrhausen zu ermorden und die falsche Fährte zu legen, die zu einer anscheinend nicht vorhandenen RAF der »dritten Generation« führte?

Wir haben die politischen Umstände, die zu dem Mord an Herr-



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burckhardt, Christine Olschewski.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 10.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 90.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

Deutsche Bank

Wurde Herrhausen von Geheimdiensten ermordet?

hausen führten, überprüft und ein Bild dessen zusammengestellt, was die Beweggründe gewesen sein könnten, und wer die Fähigkeit gehabt haben könnte, diese zentrale Figur zu vernichten.

Es ging um Schulden und um eine Entwicklungsbank

Herrhausen war nicht nur ein enger Freund und Wirtschaftsberater Kohls. Laut Michael Morrisey, Professor an der Universität Kassel, der die amtliche Version, wonach die RAF diesen Bankier getötet haben soll, kritisiert, war Herrhausen ein energischer Befürworter eines teilweisen Schuldenerlasses für die Staaten der Dritten Welt und die neu entstandenen Republiken Osteuropas.
Am 6. Juni 1989 legte er in der Finanzzeitung »Handelsblatt« Einzelheiten seines Vorschlags für eine teilweise Schuldentilgung vor. Am 25. September 1989, gerade zwei Monate vor seiner Ermordung, unterbreitete Herrhausen seine Ansichten auf der Jahresversammlung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington. Er sagte: »Mr. Reed, der für Citibank spricht, hat gesagt, sie seien eine ›Neugeld‹bank. Ich kann Ihnen sagen, daß die Deutsche Bank eine ›Schuldenverringerungs‹bank ist.«

Laut Prouty, Morrissey und anderen arbeitete Herrhausen zum Zeitpunkt seiner Ermordung aktiv daran, eine osteuropäische Entwicklungsbank ins Leben zu rufen, die speziell dafür vorgesehene Darlehen und Anleihegarantien in sorgfältig ausgewählte Infrastruktur-Projekte in Polen und anderen osteuropäischen Länder, darunter Mitteldeutschland, schleusen sollte.
Was vielleicht noch bedeutsamer ist, kurz vor seiner Ermordung leitete Herrhausen eine Maßnahme gegen die City of London mit dem Aufkauf von Morgan Grenfell für 2,7 Milliarden DM durch die Deutsche Bank in die Wege. »Der Spiegel« bezeichnete die Übernahme als »bedeutendste strategische Entscheidung der Deutschen Bank seit dem Zweiten Weltkrieg«.

Laut Prouty, der seine Laufbahn im Geheimdienstwesen dadurch krönte, daß er eine Zeitlang als Emissionsbanker diente, brachte die Übernahme von Morgan Grenfell durch die Deutsche Bank die City of London »höllisch durcheinander. Diese Aktion tat den Londoner Banken mehr weh, als alles andere was die Deutschen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs getan hatten. Es war Herrhausens Idee, Morgan Grenfells Schlagkraft zu benutzen, um seine eigenen Fähigkeiten zu steigern.«

Eine Vision für die Deutsche Bank

In einer Rede, die er am 4. Dezember 1989 auf der Jahresversammlung des American Council on Germany in New York City halten sollte, wollte Herrhausen in Einzelheiten die Richtung darlegen, in die er die Deutsche Bank zu steuern gedachte.

Obwohl die »New York Times« eine Kopie des Wortlauts dieser Rede erhielt und Auszüge daraus veröffentlichte, ließ sie diejenigen Passagen aus, die sich mit seiner Vision von der Integration Osteuropas befaßten. Herrhausens Hauptthema war Europas Reaktion auf die »friedliche Revolution von unten«, die damals durch die ehemaligen kommunistischen Staaten Osteuropas fegte und sich bis in die Sowjetunion hinein ausbreitete. Er wies warnend darauf hin, daß »Freiheit ein umfassendes Konzept ist und nicht auf nur einen Sektor des Staatslebens beschränkt werden darf«. Sie muß »einen bislang verweigerten Lebensstandard beinhalten«.

Auf sein Thema auf der IWF-Sitzung in Washington zurückkommend, betonte Herrhausen, der erste Schritt zur Hilfe beim wirtschaftlichen Wiederaufbau des Ostens sei die Verringerung der Schuldenlast. Auf das Beispiel Polen eingehend, erklärte er: »Um der Wirtschaftsreform wenigstens eine Chance zu geben, muß das Schuldenproblem unverzüglich gelöst werden. In der Vergangenheit haben die Banken regelmäßigen Umplanungen von Schuldendiensten zugestimmt, jetzt ist es jedoch Sache, der im Klub von Paris versammelten Regierenden, einen hilfreichen Beitrag zu leisten. Es handelt sich um rund Zweidrittel der Auslandsschulden des Landes. Wenn es eine dauerhafte Lösung geben soll, dann erfordert dies eine Erweiterung der bislang betriebenen Strategie unter Einschluß einer Verringerung der Schulden oder des Schuldendienstes.«

Herrhausen rief zur Gründung einer in Warschau ansässigen Entwicklungsbank auf. Er sagte: »Ich habe auf der diesjährigen Jahresversammlung der Weltbank und des IWF in Washington die Etablierung einer Entwicklungsbank an Ort und Stelle, das heißt in Warschau vorgeschlagen. Ihre Aufgabe wäre es, die hereinkommenden Hilfsleistungen zu bündeln und sie nach strengen Wirksamkeitskriterien zu verteilen. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, daß eine solche Institution nach den Richtlinien der Deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau, deren Ursprung auf den Marshall-Plan zurückgeht, aufgebaut werden könnte.«

London und Wall Street wollte eine andere Richtung

Herrhausen arbeitete tatkräftig an einer außenpolitischen Reaktion Westeuropas auf die schnell aufeinanderfolgenden Ereignisse in Osteuropa und in der Sowjetunion. Diese Politik stand in scharfem Gegensatz zu den Ansichten, die seinerzeit aus London und Wall Street herausflossen. Nur wenige Wochen vor dem Mord an Herrhausen hatten führende britische Sprecher wie Conor Cruise O'Brien und Transportminister Nicholas Ridley mit beinahe psychotischen Worten vor dem Spektrum eines »Vierten Reiches« gewarnt, das unter dem Deckmantel deutscher Großzügigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet in Erscheinung treten werde. Ridley flog zwar wegen seiner schlecht gewählten Worte in hohem Bogen aus dem Kabinett Thatcher hinaus, aber jedermann in London wußte, daß Ridley für Margaret Thatcher und die britische Krone sprach.
Haben die Initiativen Herrhausens London »höllisch genug durcheinandergewirbelt«, um dessen Hinrichtung auf Befehl der Banker Londons und New Yorks zu rechtfertigen?

Eine Tat der Mord AG

Prouty, der Jahre damit verbracht hat, sich in den Mord an Präsident John F. Kennedy und anderer Weltführer zu vertiefen – Prouty war die Inspiration für die Charakterrolle des »Mr. X« in Oliver Stones kürzlichem Film »JFK« und beriet Stone bei diesem Film – glaubt, daß die Londoner und New Yorker Banker, über das internationale Mordbüro arbeitend, Herrhausen getöten haben könnten.
»Das Geschäft mit der Ermordung von Weltführern ist ein großes Geschäft. Es wird schon seit Jahren betrieben und geht immer noch weiter«, äußerte Prouty in einem Interview. »Leute wie Alfred Herrhausen werden aus triftigen Gründen getötet. Die Leute, die solche Hinrichtungen befehlen, befinden sich auf den höchsten Ebenen, fühlen sich sanktioniert und gerechtfertigt, wenn sie solch eine Handlung befehlen. Sie beruht stets auf starken Beweggründen. Herrhausen sagte unverblümt, was man hätte logischerweise tun müssen. Er stand nicht unter der Fuchtel der City of London.«

Nach den Enthüllungen der ARD warf die Tageszeitung »Mainzer Allgemeine Zeitung« am 3. Juli 1992 eine Frage auf. Wenn die »dritte Generation RAF« ein Mythos ist, ausgeheckt, um die Urheberschaft des Attentats auf Herrhausen zu verbergen, was ist dann mit den anderen Tötungen, die von der gleichen Phantom-RAF in Anspruch genommen werden? Das Blatt führte an: den MTU-Vorsitzenden Ernst Zimmermann (Februar 1985), den Siemens-Direktor Karl-Heinz Bekurts (Juli 1986), den Beamten des Bonner Außenministeriums Gerold von Braunmühl (Oktober 1986) und den Treuhand-Vorsitzenden Rohwedder (April 1991).

Es ist höchste Zeit, die Akten über diese Morde wieder zu öffnen. □

Bundesbank

Klage wegen Amtspflicht-verletzung

Gerhard Baader

Die Bundesbank ist ein Staat im Staate. Sie ist im Bereich der Wirtschaftspolitik teilweise sogar mit mehr Macht ausgestattet als die Bundesregierung. So haben dann laut Bundesbank-Gesetz der Zentralbankrat und das Direktorium der Deutschen Bundesbank auch die Stellung von obersten Bundesbehörden. Keiner ihrer Beschlüsse kann also von einem anderen Bundesgremium aufgehoben werden, außer das er gegen die Verfassung verstoßen würde. Aus dieser Machtfülle ergibt sich, daß die Beschlüsse unmittelbare sofortige Auswirkungen auf das Geschehen in nahezu allen Bereichen des öffentlichen Lebens haben.

Von daher sollte sich eigentlich aus sich selbst heraus ergeben, daß die Bundesbank ihre Beschlüsse mit einer besonderen Verantwortung trifft. Besonders in den vergangenen Monaten paßten die Beschlüsse der obersten deutschen Währungshüter aber nicht mehr in die sich rapide verschlechternde deutsche Wirtschaftslandschaft hinein. Im Gegenteil fügten sie der deutschen Konjunktur sogar erheblich mehr Schaden zu, als durch einen Anstieg der Inflation um vielleicht einen Prozentpunkt entstanden wäre. Hierauf ist CODE bereits mehrfach in den vergangenen Monaten und auch im eingegangen.

Kritik an der fehlenden Kontrolle

Jetzt hat sich ein Aktionär (endlich) entschlossen, gegen die Mißwirtschaft der Bundesbank anzugehen und hat sie auf »Schadenersatz wegen Amtspflichtsverletzung« mit einem Streitwert von 100.000 Mark verklagt. Hierbei handelt es sich um Erich Nold, der schon mit seiner Anzeige gegen Co op den Skandal rund um den Einzelhandelskonzern ans Licht der Öffentlichkeit gebracht hat.

Besonders bemängelt der Anwalt Nolds dabei, daß der Paragraph 12 des Bundesbank-Gesetzes, dessen letzter Satz heißt: »Sie (die Bundesbank) ist bei der Ausübung der Befugnisse, die ihr nach diesem Gesetz zustehen, von Weisungen der Bundesregierung unabhängig« gegen das Grundgesetz verstößt.

So heißt es in dem Schriftsatz des Klägers: »Da damit auch die Bundesregierung nicht für die Fehlleistungen der beklagten Deutschen Bundesbank gegenüber dem Bundestag eintreten muß, obliegt die Beklagte insoweit keiner Kontrolle. Damit ist sie zwar, wie allgemein erklärt wird, keine vierte Gewalt. Die Beklagte ist aber viel mehr, sie ist eine Gewalt, die tatsächlich über anderen Gewalten steht... Da die Gewalt, die vom Volke ausgeht, vornehmlich sich im Bundestag darstellt, widerspricht § 12 Bundesbank-Gesetz den Artikeln 20 Abs. 1 und 2 und 65, 67 und 68 des Grundgesetzes.«

Darin steht unter anderem, daß alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt wird (Artikel 20) und daß der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt (Artikel 65).

Weiter schreibt Rechtsanwalt Heinrich Rodian: »Die Regierung und die Verwaltung unterliegen der Kontrolle des Parlaments. Es widerspricht folgerichtigem Denken, daß die Wirtschaftspolitik in ihren wesentlichsten Entscheidungen von Personen, den Mitgliedern des Zentralbankrats, geprägt werden, die keiner Aufsicht, sondern nur der Kritik der Öffentlichkeit unterliegen.

Die Planwirtschaft der Bundesbank

Die Richter sind zwar auch nicht im eigentlichen Sinn zu kontrollieren, aber für ihre Entscheidungen gibt es Rechtsmittel. Außerdem können sie grundsätzlich schon deshalb nicht gestaltend tätig werden, weil sie nur auf Antrag richten. Sie haben auch die Befähigung zum Richteramt, während die Mitglieder des Zentralbankrats nicht zwingend einen Befähigungsschein irgendwelcher Art vorzuweisen haben.«

In den hierauf folgenden Absätzen geht der Anwalt darauf ein, daß sich die Bundesregierung strikt gegen die nochmalige Erhöhung der deutschen Leitzinsen am 16. Juli dieses Jahres ausgesprochen hat. Hierdurch hat sich die Bundesbank aber nach Ansicht des Klägers einer Amtspflichtverletzung schuldig gemacht. Nold und sein Anwalt kritiseren auch, daß die Bundesbank eine Art Planwirtschaft betreibt, in dem sie bestimmte Dinge, zum Beispiel die Inflationsrate, in die Zukunft vorschreibt und ihre Politik so darstellt, als ob damit dieses Ziel erreicht werden könnte. Damit werde aber der im Grundgesetz vorgeschriebene Grundsatz der freien Marktwirtschaft unterminiert, besonders wenn dazu unsoziale Maßnahmen gehören.

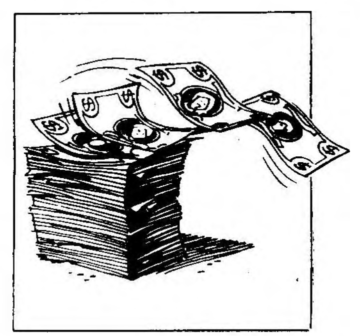
Die Pflichten der Bundesbank

Des weiteren zitierte Rodrian Auszüge aus dem Buch von Dr. Jonas Minoprio »Die Frankfurter Börse« aus dem Jahr 1882. In diesem Buch hatte Minoprio ausführlichst dargestellt, zu welch schädlichen Entwicklungen für die Wirtschaft die versuchte Lenkung der Geldströme durch die damalige Reichsbank geführt hat. Diese Ausführungen sind zwar sehr interessant, müssen aus Platzgründen aber entfallen oder, je nach Entwicklung, zumindest zurückgestellt werden.

Weiter führt Nold aus, daß die Entscheidung der Bundesbank, selbst wenn der Grundsatz der Setzung von Geldmengenziele richtig sei, am 16. Juli nochmals den Diskontsatz zu erhöhen außerhalb des erlaubten Ermessensrahmen liege, weil er »eklatant die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung schädigt«. Paragraph 12 des Bundesbank-Gesetzes schreibe aber vor: »Die Bundesbank ist verpflichtet, unter Wahrung ihrer Aufgabe die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen.«

Unmittelbar nach der Diskontsatzerhöhung habe aber ein Kursrückgang am deutschen Aktienmarkt eingesetzt, der beim Kläger zu einem Verlust in Höhe von rund 100.000 Mark führte. Da dieser Kursrückgang in kausalem Zusammenhang mit der Bundesbank-Entscheidung stehe, sei diese aufgrund des obigen Vortrags auch schadenersatzpflichtig. Spätere wieder ansteigende Kurse würden diese Verpflichtung nicht aufheben, da sie andere Gründe haben (könnten).

»Allerdings wird der volkswirtschaftliche Schaden, der durch eine Diskontsatzerhöhung zur Geldmengensteuerung verursacht wurde, weder der deutschen Volkswirtschaft, dem Aufschwung Ost noch der Weltwirtschaft durch eine (spätere) Minderung des Diskontsatzes wiedergutgemacht werden können. Verlorene Zeit durch mangelnde Investitionen ist volkswirtschaftlich nicht aufzuholen, denn die in der Zwischenzeit unterdrückten Initiativen der Bürger sind unwiederbringlich verloren. Sehr deutlich wird dieses bei der Erinnerung an die durch die Planwirtschaft verhinderten und für immer verlorenen Initiativen der ehemaligen DDR.« □



Geldmarkt

Bundesbank und Maastricht stürzen EWS in schlimme Krise

Gerhard Baader

Das Europäische Währungssystem (EWS) ist Anfang September in seine schwerste Krise seit Gründung 1979 geraten. Schuld an den turbulenzen, die die Kapitalmärkte auf der ganzen Welt erschütterten, war neben der vollkommen falschen Hochzinspolitik der Deutschen Bundesbank die Nervosität vor der weiteren Entwicklung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sowie gravierende Fehler in der Wirtschaftspolitik der anderen dem EWS angeschlossenen Länder.

Zuvor eine kurze Erklärung zum EWS: Das EWS löste 1979 den Europäischen Wechselkursverband der EG-Staaten ab. Es baute die währungspolitischen Elemente vorangegangener Zusammenarbeit – Währungsschlange, Wechselkursbeistand, stabile Wechselkurse – durch Straffung und Institutionalisierung entscheidend aus. Ziel war die Errichtung einer Zone währungspolitischer Stabilität in Europa. In diesem Zusammenhang wurde auch der ECU als Verrechnungseinheit geschaffen. Die im ECU zusammengeschlossenen Währungen dürfen dabei um nicht mehr als 2,25 Prozent von der vorgegebenen Gewichtung – in Sonderfällen um bis zu sechs Prozent – in beide Richtungen schwanken. Sollte es gravierende Probleme innerhalb der jeweiligen Staaten geben, ist eine Anpassung der Gewichtung und damit also eine Ab- oder Aufwertung vorgesehen.



Bundeskanzler Helmut Kohl gehört zu denen, die die Turbulenzen am Devisenmarkt als »Argument« für Maastricht benutzen.

Mehrere Gründe brachten das prinzipiell gar nicht einmal schlechte System in den vergangenen Monaten fast zum Einsturz. Einer der Hauptgründe hierfür war und ist die absolut ungerechtfertigte Hochzinspolitik der Deutschen Bundesbank. Von welch' Geistes Kind die Politik der Bundesbank gekennzeichnet ist, ergibt sich aus einer Äußerung von Bundesbank-Chefvolkswirt Ottmar Issing. Seiner Meinung nach ist die Bundesbank ausschließlich der Sicherung der Geldwertstabilität verpflichtet. Andere Punkte, wie etwa die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder einen Wirtschaftsaufschwung zu unterstützen oder durch entsprechende Maßnahmen in die Wege zu leiten, dürften für die Politik der Bundesbank keine Bedeutung haben, so jedenfalls Issing. Folge war und ist die Hochzinspolitik. Welch fatales Rechtsverständnis Issing hat, ergibt sich bei einem Blick in das Bundesbank-Gesetz. In Paragraph 12 (Verhältnis der Bank zur Bundesregierung) heißt es: »Die Deutsche Bundesbank ist verpflichtet, unter Wahrung ihrer Aufgabe die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen. Sie ist bei der Ausübung der Befugnisse, die ihr nach diesem Gesetz zustehen, von Weisungen der Bundesregierung unabhängig.«

Unumstrittene Tatsache ist, daß die Geldwertstabilität, also eine möglichst geringe Preissteigerungsrate (Inflation), eine der Hauptpunkte einer vernünftigen Wirtschaftspolitik ist. Durch Sonderfaktoren ist es aber manchmal nicht zu vermeiden, daß ein gewisser vorübergehender Inflationsdruck auftritt, der zwar nicht ignoriert, aber für eine gewisse Zeit toleriert werden kann. Einige dieser Sonderfaktoren sind die (Teil-)Wiedervereinigung Deutschlands sowie der Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa. Beides hat zu einem deutlich erhöhten Bargeldumlauf geführt, von dem zwar nur eine limitierte Inflationsgefahr ausgeht, der aber die entsprechende Geldmenge M3, die als der wichtigste Inflationsindikator in Deutschland gilt, künstlich aufgebläht.

Abgehalfterte Politiker im Zentralbankrat

Der drastische M3-Anstieg wirkt sich deshalb nur in geringem Umfang inflationssteigernd aus, weil es sich hierbei um überwiegend langfristige Anlagen handelt. Auch ist die Deutsche Mark in Osteuropa heute Ersatzwährung. Viele Milliarden Mark gehen dort täglich über die Ladentische. Dieses Geld bleibt aber dort, müßte also eigentlich aus der deutschen Geldmenge ebenso herausgerechnet werden wie die aufgrund der inversen Zinsstruktur – für kurzfristige Anlagen gibt es einen höheren Zinssatz als für langfristige – stark angestiegenen Termineinlagen. Bei einem Kippen der inversen Zinsstruktur werden diese Gelder nämlich wieder langfristig angelegt und kommen damit nicht in den Wirtschaftskreislauf, können demzufolge eben auch nicht die Preissteigerungsrate negativ beeinflussen.

Angesichts der immer schlechteren Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik wäre also eine Unterstützung der zumindest in Teilbereichen gar nicht einmal falschen Ankurbelungsversuche der Bundesregierung durch die Bundesbank vonnöten gewesen. Diese lehnt das aber ungeachtet des § 23 des Bundesbank-Gesetzes ab und steuert einen absoluten Konfrontationskurs. Am 16. Juli wurden die Leitzinsen sogar nochmals er-

höht und lagen mit 8,75 Prozent (Diskontsatz) und sogar 9,75 Prozent beim international bedeutenderen Lombardsatz auf dem höchsten Stand der Nachkriegszeit.

Hierfür gibt es vor allem zwei Gründe. Der Hauptgrund dürfte sein, daß im Zentralbankrat der Bundesbank zumeist abgehalfterte Politiker sitzen, denen die Partei noch etwas schuldet. Momentan überwiegen dort die der SPD nahestehenden Mitglieder, so daß selbst aus Kreisen der Bundesbank kolportiert wird, daß deren Politik auch als Oppositionspolitik gegenüber Bonn verstanden werden müsse. Schlimm ist, daß Parteiinteressen damit über das Wohl des Volkes gesetzt werden. Einer der zweiten Gründe ist, wie ein Frankfurter Börsenhändler es einmal sarkastisch ausdrückte, daß viele der zum Teil wirtschaftlich absolut nicht vorgebildeten Mitglieder des Zentralbankrates beim Wort Wirtschaft erst einmal an die Kneipe um die Ecke denken.

Nur so ist auch zu erklären, wieso die Bundesbank durch eine derart straffe Geldpolitik den Aufbau in Mitteldeutschland erschwert. Denn jeder zehntel Prozentpunkt höhere Zinsen fehlt bei der wirtschaftlichen Umstrukturierung und führt damit unmittelbar auch zu mehr Arbeitslosigkeit.

Die Probleme mit den Zinsen

Die Hochzinspolitik hat aber auch direkte Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und auf die Währungen der Industrieländer. Denn je höher die Zinsen in einem Land sind, desto mehr Anlagekapital fließt aus anderen Währungen dorthin ab. Dies bedeutet aber nichts anderes, daß diese Währung, in dem Fall die Mark, immer stärker wird, die anderen gleichzeitig aber immer schwächer. Man sieht es beim Dollar, der im August mit knapp über 1,39 Mark den niedrigsten gegenüber der Mark jemeils erreichten Stand notierte. Angesichts eines Zinsniveaus von knapp über drei Prozent in den USA und fast neun Prozent in der Bundesrepublik kein Wunder.

Um also eine Schwächung der Wirtschafft durch eine zu niedrige Währung zu verhindern, blieb diesen Ländern nichts anderes übrig, als die Zinssätze in ihren Ländern ebenfalls hoch, angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse viel zu hoch zu halten. Dadurch wurde aber die Weltkonkunktur insgesamt geschwächt und damit wegen ihres hohen Exportanteils auch wieder die deutsche Wirtschaft. Die Bundesbank hatte damit also eine Schlange losgelassen, die sich ständig in den eigenen Schwanz biß und eine Gesundung der Konjunktur nicht unbedingt unmöglich machte, diese aber doch in nicht tolerierbarem Maße erschwerte.

Irgendwann war einmal die Grenze für diese Staaten erreicht, wo sie einfach nicht mehr die Zinsen weiter erhöhen konnten. Folge war, daß die Währungen immer schwächer wurden, die Mark auf der anderen Seite aber immer stärker.

Erschwerend kommt noch hinzu, daß alle im EWS zusammengeschlossenen Staaten in den vergangenen Jahren eine verkehrte Wirtschafts- und Finanzpolitik betrieben, in erster Linie aber die Franzosen, die Briten und die südeuropäischen Staaten.

Gleichzeitig war jahrelang versäumt worden, die Wechselkurse im EWS der geänderten Wirtschaftskraft der angeschlossenen Staaten entsprechend anzupassen. Die letzte Anpassung, oder wie es heißt: Realignment, hatte es vor fünf Jahren gegeben.

Der Run auf die Mark

So kam dann mit der Zeit alles zusammen und wurde durch die Nervosität vor dem Ausgang des Frankreich-Votums über die Maastricht-Verträge noch verstärkt. Da sich die Möglichkeit einer Ablehnung durch die Franzosen oder zumindest Nachverhandlungen mit einer Stärkung des deutschen Einflusses abzeichneten, kam es zu einem Run in die Mark, was dann zu historischen Tiefständen bei den anderen Währungen führte. So notierte das britische Pfund zum Redaktionsschluß Ende September bei rund 2,52 Mark. Nur wenige Wochen zuvor hatte es dagegen noch bei deutlich über 2,80 Mark gelegen.

Dies löste dann hektische Turbulenzen nicht nur an den Devisenmärkten, sondern auch den Aktien- und Rentenmärkten aus. Wegen ihrer Verpflichtung aus dem EWS-Vertrag mußte die Deutsche Bundesbank dann kursstützend intervenieren. So kaufte sie etwa Anfang September innerhalb weniger Tage für rund 24 Milliarden Mark italienische Lira. Aufgrund des sich dennoch fortsetzenden Kursverfalls machten die Bundesbank dadurch binnen weniger Tage einen Verlust von einer Milliarde Mark. Mit der Zeit eskalierte das Geschehen so sehr, daß die britische und die italienische Regierung das Pfund beziehungsweise die Lira aus dem EWS vorübergehend zurückzogen. Der Zeitpunkt eines Wiedereintritts ist noch nicht abzusehen. Bei einem Verzicht auf die Leitzinserhöhung im Juli wären diese Turbulenzen wahrscheinlich nicht so stark ausgefallen.

Dabei kann man die Bundesregierung aber von einer gehörigen Portion Mitschuld nicht freisprechen. Gemäß Paragraph 13 Absatz 2 haben »die Mitglieder der Bundesregierung das Recht, an den Beratungen des Zentralbankrats teilzunehmen. Sie haben kein Stimmrecht, können aber Anträge stellen. Auf ihr Verlangen ist die Beschlußfassung bis zu zwei Wochen auszusetzen.«

Es wäre zwar sicherlich auf der einen Seite fatal, einen derartigen Konflikt um die Richtig- oder Unrichtigkeit der Hochzinspolitik in der Öffentlichkeit auszutragen. Vielleicht wäre es angesichts der noch fataleren Politik der Bundesbank diesmal aber vonnöten gewesen.

Der politische Druck auf die Bundesbank

Als die Eskalation der EWS-Krise immer größer wurde und selbst massive Interventionen den Kursverfall mehrerer Währungen nicht aufhalten konnte, sah sich die Bundesbank dann doch gezwungen, ein insgesamt zu gering ausfallendes Realignment durch eine Senkung der deutschen Leitzinsen zu unterstützen. So wurde dann auf einer Sondersitzung am 14. September der Diskontsatz von 8,75 auf 8,25 Prozent und der Lombardsatz von 9,75 auf 9,50 Prozent gesenkt. Dies war der erste derartige Schritt seit Dezember 1987.

Doch selbst dies sowie die Zustimmung der Franzosen zu Maastricht konnte die Devisenmärkte nur geringfügig beruhigen. Viel zu groß sind noch die Ungleichgewichte der verschiedenen Wirtschaften. Damit sind aber weitere Zinssenkungen der Bundesbank vorprogrammiert, damit die Sache in den nächsten Wochen nicht weiter eskaliert.

Dies alles hat aber den Ruf der Bundesbank als unabhängige Institution beschädigt. Denn sie war nur nach massivstem politischem Druck zu der Leitzinssenkung bereit. Auf der anderen Seite blieb ihr aber nichts anderes übrig, damit ihre Hochzinspolitik nicht der Auslöser einer verheerenden Weltwirtschaftskrise geworden wäre. Hätte sie auf eine weitere Zinserhöhung im Juli verzichtet, so wie es die meisten führenden Wirtschaftsverbände forderten, wäre sie gar nicht in diese peinliche Situation geraten.

Einige Europahörige versuchten dann, die Turbulenzen an den Devisenmärkten als »Argument« für eine einheitliche Währung zu nennen. Denn gibt es nur eine Währung, dann kann es auch zu keinen Turbulenzen mit all ihren negativen Auswirkungen kommen.

Dies ist natürlich lächerlich. Denn gegen einen insgesamt recht geringen Betrag können sich Unternehmen heutzutage an den Terminmärkten gegen Wechselkursrisiken absichern. Gibt es aber nur eine Währung, die die gesamte verfehlte Wirtschaftspolitik vieler EG-Staaten verdauen muß, dann ist diese Währung schwach, aber noch immer stärker als die betreffende Landeswährung gewesen wäre. Hiervon würden aber die Unternehmen dieser Staaten profitieren. Die Dummen wären die Unternehmen der wirtschaftlich starken Länder, die die anderen Unternehmen quasi subventionieren, dies aber etwa mit niedrigeren Gewinnen und damit Personaleinsparungen bezahlen müssen.

Die Rolle Deutschlands nimmt dann wirklich zu, aber nicht als Wirtschaftsmacht, sondern als Zahlmeister! □

Rußland

Trotz westlicher Geldströme keine Besserung

Alexis Sherbatow

Boris Jelzins Status als Retter des russischen Volkes schwindet dahin. Er läuft Gefahr, eine schlechte Note in Wirtschaftspolitik zu bekommen. Und das könnte zu seinem Hinauswurf führen. Aber es gibt eine Lösung für sein Dilemma.

Westliche Regierungen haben Milliarden in die russische Wirtschaft gepumpt, um sie vor dem völligen Zusammenbruch zu retten. Aber das Regime befindet sich in tiefen Schwierigkeiten. Nahrungsmittelknappheiten werden hier und dort im ehemaligen russischen Reich, in Orten wie St. Petersburg und Odessa, wo Schiffsladungen eintreffen, gemildert. Aber im übrigen Land verschlimmert sich die Lebensmittelknappheit. Im kommenden Winter könnte es sogar zur Massenhungersnot kommen.

Bauern im Rechtszustand von Leibeigenen

Es scheint, vor allem im Westen, Verwirrung darüber zu herrschen, warum die Dinge so liegen, angesichts der massiven Hilfeleistungen, die jetzt im Gange sind. Eine Lösung – die für jeden außer den Establishment-Medien des Westens offensichtlich ist – besteht darin, daß auch nach dem Sturz der bolschewistischen Führung nahezu 100 Prozent des Landes in Rußland zu 100 Prozent dem Staat gehört. Und die Bauern befinden sich immer noch im Rechtszustand von Leibeigenen, ein Zustand, der ihnen von Wladimir Iljitsch Lenin am Ende des russischen Bürgerkriegs 1920 auferlegt wurde.

Die Klasse der Kleinbauern wurden von Lenin (links) und Stalin bis auf den letzten Mann ausgelöscht. Die Leibeigenen blieben Leibeigene und sind es heute noch.

Sicherlich sind in Moskau die großkopferten Bolschewisten verschwunden. Aber Michail Gorbatschow und sein Nachfolger, Boris Jelzin, haben die kleineren Apparatschiks, vor allem in der Landwirtschaft, die die Kleinbauern weiterhin unter ihrer Knute halten, fast ganz in Ruhe gelassen. Sie werden auch nicht sang- und klanglos verschwinden, diese Kröten in ihren individuellen kleinen Teichen.
Die Lage ist jedoch nicht hoffnungslos. J. B. Stankewitsch, ein ehemaliger stellvertretender Bürgermeister von Moskau und derzeit Berater für Jelzin, hat die russische Regierung aufgefordert, das »russische Wesen« ihrer Politik auf wirtschaftlichem Gebiet und speziell auf dem Landwirtschaftssektor zu betonen. Stankewitsch ist ein Befürworter der Politik von Pjotr A. Stolypin (1862-1911), des russischen Premierministers und Innenministers unter Zar Nikolaus II.

Abbau der Herrschaft der Bürokraten

Stolypin begann mit dem Abbau der örtlichen Kommunen und wollte ein Bauerntum mit Landbesitz schaffen. Obwohl die Leibeigenen Mitte des 19. Jahrhunderts offiziell befreit wurden, und eine Menge Land von zentraler in örtliche Gewalt überging, waren die Bauern immer noch keine Grundbesitzer. Das Land geriet unter die Herrschaft ortsansässiger Bürokraten, die den Status quo, soweit es die Kleinbauern betraf, beibehielten.
Was spielte es für die ungebildeten Massen für eine Rolle, ob das Land der Zentralregierung in Petersburg oder einem ortsansässigen bürokratischen Großkopferten gehörte? Es gehörte immer noch der Regierung.

Was geschehen wäre, wenn der Erste Weltkrieg nicht dazwischengekommen wäre, kann nur vermutet werden. Aber der Krieg verlangsamte die Reformbewegung, und die Bolschewisten konnten das Volk mit Sprüchen wie »Ihr habt nichts zu verlieren als Eure Ketten« aufwiegeln.

Die Klasse der kleinbäuerlichen Landbesitzer (Kulaken) wurde von den Bolschewisten bis auf den letzten Mann ausgelöscht und die Kommunen im Gegensatz zu dem, was die Bolschewiken versprochen hatten, noch vergrößert. Und so blieben die Leibeigenen Leibeigene und sind es heute noch.

Tatsachen sind Tatsachen

Es mag sein, daß Gorbatschow und Jelzin glaubten, diese Apparatschiks aus taktischen Gründen zumindest zeitweilig in Ruhe lassen zu müssen. Aber die Tatsache bleibt bestehen: Russische Bauern sind allergisch dagegen, für jemand anderes arbeiten zu müssen. Daher geht die Lebensmittelerzeugung in Rußland ständig zurück, wie aus der jüngsten offiziellen Statistik hervorgeht.

Stolypins Idee bestand darin, die großen Weiten Rußlands in so etwas wie Dänemark zu verwandeln: Ein Land mit gedeihlichen kleinen Bauernhöfen, deren Eigentümer es den Kindern überlassen könnten, die kleinen Grundstücke neu zu verteilen, wie es in der Welt vor Stolypin Brauch war.

Stolypin wurde im September 1911 in der Kiewer Oper ermordet. Er stand den Bolschewiken im Weg.

Wenn die Westmächte ihre massiven Hilfsleistungen mit einer Landreform verknüpfen und darauf bestehen würden, daß Kleinbauern eine Chance bekommen eigene Höfe à la Stolypin zu besitzen, dann würde sich die Nahrungsmittelsituation in Rußland von selbst in Ordnung bringen und Rußland würde zu einem Lebensmittelexporteur, wie es das Land war bevor die Bolschewiken die Macht übernahmen. □

Alexis Sherbatow ist Professor für russische Geschichte und Literatur und lebt in New York. Er stammt aus einer Dynastie, die Rußland vom 9. bis zum 12. Jahrhundert beherrschte.

Hongkong

Im Außenhandel auf den zehnten Platz vorgerückt

Hongkong hat die am weitesten fortgeschrittene Newcomer-Volkswirtschaft der Welt. Mit einem Pro-Kopf-Sozialprodukt von 11 500 Dollar hat sie inzwischen Irland und Spanien überholt. Die längerfristige Wachstumsrate des realen Pro-Kopf-Sozialprodukts von 6,2 Prozent weist auf eine ungebrochene Dynamik hin.

Der Stadtstaat hat sich vor rund 25 Jahren für eine exportorientierte Entwicklung entschieden. Die Rechnung ging auf: Noch 1970 war Hongkong ein Handelszwerg. Mit 2,5 Milliarden Dollar hatte es gerade einen Anteil von 0,8 Prozent am Weltexport.
Im Jahr 1991 aber exportierte Hongkong im Wert von 98,6 Milliarden DM und war mit einem Weltausfuhr-Anteil von 2,8 Prozent zehntgrößter Exporteur der Welt.

Scheinbare Paradoxie: Hongkong exportiert sogar mehr als es produziert. Die Warenexporte lagen 1991 um 20 Prozent über dem im Stadtstaat erstellten Bruttosozialprodukt. Hintergrund: Hongkong exportiert in großen Mengen auch Waren, die es zuvor von anderen Ländern bezogen hat – fungiert also als Verschiebebahnhof.

Die wichtigste Rolle bei diesem Re-Exportgeschäft spielt die von Hongkong nach China ausgelagerte Industrieproduktion. Auf diese Weise umgeht der Stadtstaat seine inzwischen stark gestiegenen Produktionskosten.

Die Re-Exporte Hongkongs sind fast doppelt so hoch wie die Ausfuhren aus der heimischen Produktion.

Allerdings: Auch ohne diese Re-Exporte ist die Wirtschaft der Kronkolonie sehr ausfuhrintensiv:

Die Ausfuhren der Waren Made in Hongkong machten 1991 rund 36 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus.

Wichtigste Exportprodukte sind Textilien und Bekleidung. Sie steuern fast 30 Prozent zum Gesamtexport bei. Verglichen hiermit haben die anderen Exportwaren ein vergleichsweise geringes Gewicht. Leder, Schuhe: sieben Prozent; Telekommunikationsgeräte: sieben Prozent; Spielwaren: sechs Prozent; elektrotechnische Erzeugnisse, vor allem Halbleiter: sechs Prozent; Uhren: 4,3 Prozent und Büromaschinen: vier Prozent.

Der Stadtstaat Hongkong exportiert heute mehr als er produziert.

Im Jahr 1991 gingen 6,7 Prozent aller Honkong-Ausfuhren nach Deutschland, das auf dem dritten Platz der Kundenliste steht.

Aufgrund der lebhaften Importnachfrage durch den Konsum-Sog der deutschen Einheit wurde Japan auf den vierten Platz unter den Handelspartnern Hongkongs verdrängt. Mit Abstand größter Kunde ist die Volksrepublik China. Rund 27 Prozent der Ausfuhren Hongkongs fließen dorthin.

Als Lieferant Hongkongs spielt die Bundesrepublik eine nur untergeordnete Rolle.

Lediglich 2,1 Prozent der Gesamtimporte Hongkongs kommen aus Deutschland. Das bringt Platz sieben der Lieferanten-Liste.
Auf genau zehn Prozent bringen es Feinmechanik und Optik sowie Uhren.

Knapp zehn Prozent erzielen EDV-Produkte.

Japan rangiert mit einem Einfuhr-Anteil von 16 Prozent nach China auf dem zweiten Platz.

In der Warenstruktur des deutschen Imports spiegeln sich die spezifischen Wettbewerbsstärken Hongkons wider. Die Rangliste der nach Deutschland eingeführten Güter läßt sich wie folgt darstellen.
Etwa 53 Prozent der deutschen Einfuhren sind Textilien und Bekleidungswaren.

Einen Anteil von fast 15 Prozent stellen elektrotechnische Erzeugnisse.

Gut vier Prozent der deutschen Importe aus Hongkong sind Musikinstrumente.

Unter den deutschen Lieferungen dominieren chemische Erzeugnisse mit einem Anteil von fast 25 Prozent. Zweitgrößter Posten sind mit 14 Prozent elektrotechnische Erzeugnisse. Kraftfahrzeuge (gut neun Prozent) und Maschinen (fast 14 Prozent) sind im Handel mit Hongkong unterrepräsentiert. In diesen Sparten hinterläßt die erdrükkende Marktposition des großen Nachbarn Japan ihre Spuren.
Im unmittelbaren Warenhandel mit Hongkong bilanziert Deutschland seit Jahren ein Defizit von knapp 1,5 bis gut zwei Milliarden DM. Daran hat sich seit der Einheit nichts geändert. Werden bei dieser Rechnung die über Hongkong fließenden Re-Exporte noch berücksichtigt, ist der Fehlbetrag jedoch wesentlich höher. □



Europa-Journal

Viel Lob aus Rußland für den Papst

»Nezavisimaya Gazeta«, eine unabhängige russische Zeitung, nannte in einem Bericht über die jüngste Krankheit des Papstes Paul Johannes II. diesen den »Freund der Freiheit und Feind der Niedergeschlagenheit«. Sie stellte fest, daß Russen, sogar orthodoxe Christen, über seine Gesundheit besorgt seien. »Was ist das Geheimnis Johannes Paul II.?«, fragte des Blatt.

In dem Artikel wird die Rolle des Papstes innerhalb der katholischen Kirche und die Art und Weise, wie er die Prozesse der Veränderung in Osteuropa beeinflußt, hervorgehoben. »Für diejenigen, die auf Veränderungen warteten, für diejenigen, die in all diesen Jahren die Aktivitäten des Papstes verfolgten ... ist Johannes Paul II. der Freund der Freiheit und der Feind der Niedergeschlagenheit ... Es ist möglich ... sich an viele seiner Gebete, Reden und Ansprachen zu erinnern, in denen er über die Tatsache sprach, daß es für Pessimismus und Niedergeschlagenheit keine Rechtfertigung gibt ... Viele verfolgten seine täglichen Aktivitäten ebenso wie die der ›Solidarnosc‹, die in unserem historischen Bewußtsein mit ihrem geistlichen – und nicht nur geistigen – Vater – dem Papst – verbunden ist.« Verzweiflung, Niedergeschlagenheit und Pessimismus wurden von Johannes Paul II. nicht nur »in Worten, sondern auch in der Tat« zurückgewiesen.

In dem Artikel wird behauptet, daß wegen der Stärke, die die katholische Kirche unter der Führung des Papstes an den Tag gelegt hat, die Russische Orthodoxe Kirche zahlenmäßig gewachsen sei und eine neue innere Stärke entwickelt habe. »Ohne all das, was Papst Johannes Paul II. getan hat, ist es unmöglich, die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert – einschließlich der Geschichte der Rückkehr zum Christentum in Rußland ... am Ende dieses Jahrhunderts voll und ganz zu begreifen.« □

Britische Monarchie will Zensur wieder einführen

Der kürzliche Aufruhr in England wegen der in die Presse durchgesickerten Berichte über angeblich sexuelle Eskapaden des inzwischen zurückgetretenen Ministers John Mellor, die in ernsthafte Warnungen durch dem Presserat gipfelten, sind Teil einer Kampagne der britischen Monarchie zur Knebelung der Presse und zur Verhinderung weiterer Taktlosigkeiten bezüglich ihrer finanziellen und anderen Übeltaten, verlautet aus irischen Quellen.

Diese Bewertung stimmt mit Aktionen überein, die kürzlich von den Geheimdiensten gegen die Presse unternommen wurden. Zum Beispiel kritisierte das Oberste Gericht in London den Fernsehkanal 4, weil er sich weigerte, seine Quellen für eine Dokumentation zu enthüllen, in der behauptet wird, daß das britische Militär in Nordirland mit loyalistischen Todesschwadronen in Verbindung stand, und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 75000 Pfund. Die betreffenden Informanten würden höchstwahrscheinlich ermordet, wenn ihre Namen bekannt werden. Alle führenden Journalisten im Lande haben den Gerichtsbeschluß, wie ein Journalist es formulierte, als »das Ende des Untersuchungs-Journalismus in unserem Lande« verurteilt.

Dieser Gerichtsbeschluß ist von größter Bedeutung im Lichte der neuen Direktive der Miss Remington, Leiterin des MI-5, wonach britische Sicherheitskräfte sich im Inland als »Provokateure« an terroristischen Operationen beteiligen dürfen.

In gleicher Weise wurden Alan Muir von »The Sun« und Ron MacKay von »Scotland on Sunday« bei Razzien auf ihre Häuser in England und Schottland festgenommen, nachdem sie einen Bericht über einen mysteriösen Einbruch in das Präsidium der Polizei in Edinburgh veröffentlicht hatten, in dem die Sicherheitsmaßnahmen der Polizei scharf kritisiert und behauptet wurde, daß gestohlene Informationen an terroristische Gruppen weitergeleitet worden seien. McKay wurde des »reset«, ein schottischer Begriff für Hehlerei, angeklagt, obwohl es den Anschein hat, daß keiner der Journalisten die Akten jemals gesehen oder erhalten hat. □

Freimaurer wollen sich in Rußland ausbreiten

Jean-Robert Ragache, Leiter der französischen Freimaurerloge »Groß-Orient«, und Jacques Orifes, ein hochstehender französischer Freimaurer, reisten nach Rußland, um dort zu erörtern, wie sich das Freimaurertum im nachkommunistischen Rußland ausdehnen könnte, berichtete die italienische Tageszeitung »Corriere della Sera«. »Werden wir eine russische P-2 haben? Es ist nicht auszuschließen«, fragte die Zeitung und bezog sich dabei auf die Freimaurerloge P-2 in Italien, die in die Destabilisierung mehrerer italienischer Regierungen verwickelt war.

Die beiden Freimaurer seien von Pawel Wostschanow, ein Freund des russischen Präsidenten Boris Jelzin, eingeladen worden, der sie zu einem geheimen Ort in einer Datscha außerhalb von Moskau brachte, wo sie mit Intellektuellen und Journalisten von der Zeitung »Komsomolskaja Prawda« und den Redakteuren der Fernseh-Schau »Wjesti« zusammentrafen.

»Corriere« berichtete, daß die Ersuche von Russen, Mitglieder des Freimaurertums zu werden, immer mehr zunehmen. Die Namen der sogenannten Bewerber der »ersten Stufe« werden gemäß der internationalen Praxis des Freimaurertums geheimgehalten, aber ein prominentes Mitglied der »zweiten Stufe« ist Georgi Arbatov vom USA-Canada Institute. □

Papst drängt auf Wiederentdeckung christlicher Wurzeln

Papst Johannes Paul II. rief in seinen »Intentionen« Europa dazu auf, seine »christlichen Wurzeln wiederzuentdecken«, um »seine edle Rolle in der Welt zu spielen«. Der Papst empfahl, daß alle Christen für Europas Wiedererwachen beten sollten.

»Die Absicht des Papstes hier ist nicht das Gute für Europa allein, sondern Europas Aufruf, ›offen für die Probleme in aller Welt zu sein‹.«

»Die christlichen Wurzeln, zu deren Wiederentdeckung er auffordert, sind nicht nur im Inneren, sondern in Europas Kultur, Wissenschaft und Kunst verkörpert, die es die Aufgabe hat, zu verbreiten. ›Es geht‹, sagte er, ›um das Schicksal der Kirche und der Welt an diesem Ende des 20. Jahrhunderts‹.«

»Aber die Kultur Europas ist inzwischen durch eine Abkehr von Gott erkrankt, die aus Werten ein subjektives Ödland macht. Diese trennen die Menschen voneinander anstatt sie zu einigen und verwandeln die Kultur selbst in ein Ödland. Europa braucht ein neues christliches Erwachen, um sich zu erholen und seine edle Rolle in der Welt zu spielen.« □

Der Jihad in Bosnien ein Mythos

Der »Jihad« in Bosnien ist ein Mythos, behaupten bosnische Führungspersönlichkeiten, die von der Madrider Tageszeitung »El Pais« interviewt wurden.
Tarik Haberic, ein islamischer Gelehrter, der zur Führung der Bosnischen Liberalen Partei gehört, äußerte: »In Bosnien ein Moslem zu sein, entspricht keiner realen Kategorie. Es ist ein Vorwand, um Aggression gegen ein ganzes Volk zu rechtfertigen ... Es besteht keine Chance, daß hier ein Fundamentalismus in Bewegung geraten kann. Ich er-

warte die gleiche Hilfe von den moslemischen Ländern, die der Sudan, Mauretanien oder Palästina bekommen haben: nichts. Die einzige Hilfe, auf die ich hoffe, ist das Gewissen Westeuropas.«

Professor Mohammed Filipovic, Präsident der Moslemischen Bosnischen Partei, meinte: »Das Wort Moslem ist falsch , da es der historischen Wirklichkeit nicht entspricht; es erkennt eine falsche Nationalität an. Ich glaube nicht an den Fundamentalismus. Was wir vom Ottomanischen Reich geerbt haben, läuft auf materielle Kultur hinaus: Baukunst und Kunst. Wir Moslems haben uns niemals mit anderen Staaten, zum Beispiel mit der Türkei, identifiziert und wollten allein einen Staat gründen. Als sich zum Beispiel in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts die nationalistische Bewegung erhob, gaben die Moslems ihrem Wunsch Ausdruck, mit den Serben und Kroaten in Bosnien leben zu wollen.« □

Rußlands Resolution gegen Japan

Auf Anhörungen des Ausschusses für Verfassungsfragen des russischen Parlaments, die hinter verschlossenen Türen stattfanden, verabschiedete das russische Militär eine »Resolution des Generalstabs der bewaffneten Streitkräfte der Russischen Föderation über das Problem der territorialen Abgrenzung zwischen Rußland und Japan«. In der Erklärung wird Rußlands Außenministerium kritisiert, und es heißt darin, daß kein Kompromiß mit Tokio über die Kurilen möglich sei.

Die Resolution kritisiert die Japaner, weil diese »die Frage der ... Finanzhilfe, ... Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und die Unterzeichnung eines friedlichen Vertrages zwischen Rußland und Japan mit der Lösung der ›territorialen Frage‹ verknüpfen«.

Nachdem zunächst im Einzelnen die Bedeutung der Kurilen für Rußland herausgestrichen wird, heißt es in der Resolution: »Der japanische Besitz des südlichen Teils der Kurilen könnte, sollte es zu einem Krieg mit Japan kommen, eine ernsthafte Bedrohung für die übrigen Inseln sein, da die Eroberung oder zumindest die Herrschaft über diese das Ausschwärmen der Seestreitkräfte im Stillen Ozean völlig ausschließen würde. Dies würde ferner die Verteidigung vom Kamtschatka erheblich schwieriger gestalten und dem Gegner eine bedeutende Überlegenheit verschaffen.«

Weiter heißt es in der Resolution: »Die militärisch-politische Führung in den USA und Japan betrachtet die Insel Hokkaido als Hauptausgangbasis für Landetruppen gegen den russischen Fernen Osten.«

Das Dokument warnt, daß die Kurilen nicht »um eines vorübergehenden wirtschaftlichen Profits willen« verhökert werden dürfen. □

Polens Ministerpräsident will größere Vollmacht

Der polnische Ministerpärsident Hanna Suchocka möchte besondere Vollmacht haben, per Erlaß regieren zu können, und scheint zuversichtlich zu sein, daß eine Zweidrittel-Mehrheit solche Maßnahmen unterstützen wird. Es wird erwartet, daß sie ihre Initiative in Kürze im Sejm zur formellen Abstimmung vorlegen wird.

Suchocka hat wiederholt erklärt, daß sie über eine Veränderung der wirtschaftlichen Sparpolitik und über die Loyalität der Regierung zu den Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) – die beiden Themen ganz oben auf der Tagesordnung der Arbeiter – nicht diskutieren werde.

Die Unterstützung des Arbeitsministers Jacek Kuron für Suchockas Initiative war von entscheidender Bedeutung. Kuron ist eine langjährige Stütze angloamerikanischer Interessen in Polen und eine führende Figur in der Solidarnosc-Bewegung, die die Sparpolitik unterstützt hat. Kuron war einer der Ersten im neuen polnischen Kabinett, der darauf bestand, den Arbeitern bei ihren Forderungen keine Zugeständnisse zu machen. Suchocka erhielt auch den Segen von Staatspräsident Lech Walesa für Sondervollmachten.

Angesichts der Zurückweisung ihrer Forderung nach Gesprächen mit den 39000 streikenden Kupferbergleuten in Südpolen durch die Regierung, traten Arbeiter in der großen Mine bei Liegnitz am 30. Juli 1992 in einen Hungerstreik, um ihren Protest zu eskalieren. □

Verstärkte Luftangriffe gegen Armenien

Aserbaidschanische Streitkräfte haben ihre Luftangriffe gegen Armenier in der Enklave Nagorno-Karabakh in Aserbaidschan, darunter die allerersten Luftangriffe auf die Hauptstadt von Karabakh, Stepanakert, verstärkt. Bei einem Luftangriff Anfang August dieses Jahres wurden mindestens 29 Armenier getötet und 50 verwundet. Aus Protest stürmte die armenische Delegation aus der multinationalen Gesprächsrunde über Karabakh, die derzeit in Rom stattfindet, hinaus.

In einem Interview mit der BBC erstattete Britanniens Baronin Cox einen Bericht über die Verwüstungen in Karabakh, von denen viele Einzelheiten inzwischen bestätigt wurden. Unter Bezugnahme auf eine Reise in die Region sagte sie, daß die Lage sich »seit Juni dramatisch verschlechtert hat«. Die Armenier werden angesichts der ständigen Bombardements, Lebensmittelknappheit, Flüchtlingsströme und der Massen von Leuten, die in unterirdischen Bunkern hausen, immer verzweifelter. Azerische Streitkräfte hätten in den Städten und Dörfern, die sie erobert haben, eine Strategie der »verbrannten Erde« gegen die Armenier entwickelt, darunter der Einsatz von Brandbomben, um ihre Häuser niederzubrennen. Die Azeris haben »eine enorme Überlegenheit an Kriegsgerät« und unterwerfen die Armenier jetzt furchtbaren Luftangriffen. Die Armenier besitzen nicht die Fähigkeit, aus der Luft Vergeltung zu üben und haben ohnehin nicht die Absicht, dies zu tun.

Baronin Cox äußerte, die Stimmung in Karabakh sei eine der »größten Verzweiflung« und der armenischen Bevölkerung stehe ein »enormes Leiden« bevor. Sie warnte: »Sie laufen Gefahr, ausgelöscht zu werden, und die Welt läuft Gefahr, einfach wegzuschauen.« □

Oppositionsführer muß Usbekistan verlassen

Abdurakhim Pulatow, Mitvorsitzender der oppositionellen Birlik-Partei in Usbekistan, und Mirolym Adylow wurden in Taschkent von zehn Männern mit Eisenstangen geschlagen, wetterte Pulatow in einem Interview. Nachdem ihnen in einem Krankenhaus erste Hilfe geleistet worden war, wurde ihnen von den Behörden jede weitere Behandlung verweigert, und sie wurden schließlich gezwungen, Usbekistan heimlich zu verlassen. Die Angriffe erfolgten, nachdem die Birlik-Partei für den 2. Juli 1992, dem Eröffnungstag des usbekischen Parlaments, eine Massenversammlung angekündigt hatte.

Pulatow, der für engere Beziehungen zu Aserbaidschan eintritt, sagte, daß »Karimows Staatsberater, Oman Mowtschan, auf einer kürzlich stattgefundenen Sitzung gesagt habe, ... daß der ... Mordversuch an Birlik-Führern angeblich von russischen Demokraten inszeniert wurde, um die Lage in Usbekistan zu destabilisieren«. Er fügte hinzu, daß Birlik »darüber besorgt sei, daß die russische Führung mit Jelzin an der Spitze näher an häßliche Regime in den zentralasiatischen Republiken heranrücken wird«. □

Konjunktur

Die perfiden Propheten

C. Gordon Tether

Als sich die Wirtschaftsaktivität Ende der achtziger Jahre zu verlangsamen begann, waren offizielle Vorhersager in allen grundsätzlich schrittmachenden Ländern schnell damit bei der Hand, zu erklären, es gebe nichts, worum man sich Sorgen machen müsse. Um was es hier gehe, sagten sie, sei nichts weiter als ein kurzfristiger Rückschlag, der von den Maßnahmen herrührt, die getroffen werden mußten, um die inflationären Drücke, die ihre überschnelle Expansion in der zweiten Hälfte in ihrem Kielwasser hinterließ, einzudämmen.

Was ist zu den Voraussagen derjenigen zu sagen, deren Aufgabe es ist, die breite Öffentlichkeit über die Art und Weise, wie die Wirtschaft sich möglicherweise gestalten wird, zu unterrichten, und was könnte dies für den Mann und die Frau auf der Straße bedeuten? Dieser Baum hat zwei Hauptäste – vor allem die Finanzspalten der Zeitungen und die Verfasser von Investment-Briefen

Und die düstere Wirklichkeit ist, daß, mit wenigen bemerkenswerten Ausnahmen, ihre Leistung über das letzte Jahrzehnt hinweg alles andere als hervorragend war. Zum größten Teil trugen sie ebenso große Schuld daran, unberechtigten Optimismus zu ermutigen, wie ihre offiziellen und privaten institutionellen Gegenstücke.

Die Gelehrten, von denen wir reden, sind im allgemeinen Leute, die Wirtschaftswissenschaft studiert haben und wie diese in Theorie und Praxis funktioniert. Warum haben sie dann so erbärmlich versagt, mit der Herausforderung, mit der sie durch die Ereignisse der letzten zehn Jahre konfrontiert wurden, fertigzuwerden? Ein Teil der Antwort auf diese Frage mag zugegebenermaßen in der Tatsache liegen, daß solche Entwicklungen, wie die Deregulierung der Bankentätigkeit und die Internationalisierung der Kapitalmärkte, die Grundregeln des Wirtschaftsverkehrs jeglicher Art drastisch verändert haben. Aber es steckt noch mehr dahinter.

Wenn wir zunächst einmal das Verhalten der Behörden betrachten, dann wird mehr als deutlich klar, daß der übertriebene Optimismus, der seit Ende der achtziger Jahre für deren Haltung kennzeichnend war, weitgehend in dem Wunschdenken verwurzelt war, das von rein politischen Erwägungen zweierlei grundsätzlicher Art gefördert wurde. Die erste betrifft mit der Verschleierung des ganzen Ausmaßes, in dem die Schuld für die außergewöhnliche Zähigkeit der derzeitigen weltweiten Wirtschaftsflaute der von den maßgebenden Ländern die ganzen achtziger Jahre hindurch betriebenen miserablen Politik anzulasten ist.

Drei Jahre später wissen wir nur zu gut, daß diese Einschätzung absolut falsch war. Und das Gleiche bezieht sich auf die Versicherung, daß wir über den Berg seien oder auf das Licht, das am Ende des Tunnels zu erblicken sei, die seitdem von den offiziellen Wahrsagern immer wieder abgegeben worden ist.



Die Börse hat ihre eigenen Gesetze und widerlegt allzu häufig die Wirtschaftsprognosen.

Die überoptimistischen Fehlprognosen

Prognosen bezüglich der Aussichten auf dem Wirtschaftssektor solcher maßgebender Körperschaften wie die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Internationale Währungsfonds und die Finanzministerien der Vereinigten Staaten und anderer führender Industrieländer mußten regelmäßig gründlich revidiert werden – stets nach unten hin – nur Monate, nachdem sie erstellt wurden.

Und jetzt ist der Punkt erreicht worden, wo erkannt werden muß, daß die Welt in der Tat glücklich sein wird, wenn sie eine Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Expansion erlebt, die der Rede wert ist, bevor ein oder zwei Jahre vergehen.

Die Leistungen der Wirtschaftswahrsager, die den privaten institutionellen Sektoren dienen, sind kaum besser – in einem gewissen Sinn sogar noch schlechter. Allgemein gesagt, sie haben sich – zumindest bis vor ganz kurzer Zeit – zum Echo der von ihren offiziellen Pendants erstellten überoptimistischen Prognosen gemacht.

Darüber hinaus haben sie mehr als oft die Veränderungen des Wirtschaftsklimas, die im Laufe der Zeit ihre eigenen Organisationen in peinliche Verlegenheit bringen würden, nicht prognostiziert.

Was die Banken, zum Beispiel, anbelangt, so hätten sie sich die schweren Verluste durch uneinbringliche Schulden, denen sie sich durch ihre Geldverleihungsexzesse in den achtziger Jahren ausgesetzt haben, ersparen können.

Tatsache ist, daß, wenn die Verbraucher nicht dazu überredet werden können, das Wirtschaftswachstum dadurch voranzutreiben, daß sie mehr ausgeben, dies darauf zurückzuführen ist, daß sie dazu ermutigt wurden, sich durch die gewaltige Kredit-Explosion, über die die meisten Regierungen während der achtziger

Jahre den Vorsitz führten, mit Schulden zu überlasten.

Der andere wesentliche Ausgangspunkt für das offizielle Beharren darauf, Wunschdenken in dem Geschäft der Wirtschaftsvorhersage die Richtschnur sein zu lassen, liegt in dem großen Wert, den die regierende Parteien darauf legen, sich an der Macht zu halten. Es erübrigt sich, zu sagen, daß die von ihren potentiellen Nachfolgern betriebene Politik unter dem Motto »Zeit für eine Veränderung« auf die Öffentlichkeit weniger Eindruck hinterlassen wird, wenn diese davon überzeugt werden kann, daß das Wirtschaftstief tatsächlich vorbei ist.

Was die Institutionen des Privatsektors, wie zum Beispiel, betrifft, so neigt wirtschaftliches Wunschdenken auch dazu, durch Berücksichtigung verbriefter Interessen, die in zwei unterschiedliche Kategorien fallen, wesentlich beeinflußt zu werden. An erster Stelle steht die Entschlossenheit, das Ausmaß zu verringern, in dem diese Organisation selbst für die Liquiditätsschwierigkeiten, mit denen sie es derzeit zu tun haben, verantwortlich zu machen sind – vornehmlich wegen der übertriebenen Bereitstellung von Krediten, in der sie in den achtziger Jahren schwelgten.

Sie wollen naturgemäß nicht die Aufmerksamkeit ihrer Kunden auf die Tatsache richten, daß sie wegen der dringenden Notwendigkeit, den Schaden zu beheben, den dieses Fehlverhalten ihren eigenen Strukturen zugefügt hat, jetzt eine derartig harte Kreditvergabepolitik betreiben müssen.

Fähigkeit, sich über Wasser zu halten

Der zweite Grund, warum Wirtschaftsprognosen vieler Institutionen dieser Kategrie mit Argwohn betrachtet werden müssen, ist der, daß sie sich einer Sache schmerzhaft bewußt sind. Nämlich, daß ihre Fähigkeit, sich in den vor uns liegenden harten Zeiten über Wasser zu halten, hauptsächlich davon abhängt, ihre Kunden davon zu überzeugen, daß es keine Ursache dafür gibt, über die Sicherheit des den Banken anvertrauten Geldes beunruhigt zu sein.

Wenn wir uns den Finanzspalten der Zeitungen zuwenden, müssen wir im Auge behalten, daß die Qualität ihrer Darstellungen der Wirtschaftsszene heutzutage dazu neigt, von der Notwendigkeit der Schreiber, die Interessen der Pressebarone, die ihr Leben so oft beherrscht, wahren zu müssen, nachträglich beeinflußt zu werden. Viele der letzteren machen selbst harte Zeiten durch. Sie würden es natürlich lieber sehen, daß die Organe, die sie besitzen, ihre Schwierigkeiten verringern als sie zu verschlimmern, was immer die Realitäten der derzeitigen Situation sein mögen.

Die Schreiber von Investment-Briefen

Was nun die Schreiber von Investment-Briefen betrifft, so haben einige Veröffentlichungen von Zeit zu Zeit unter Beweis gestellt, daß deren Art und Weise, Wirtschaftskommentare zu verfassen, nicht immer von den wertvollsten Erwägungen geprägt ist – um es gelinde auszudrücken.

Darüber hinaus scheinen sie oft auf der Grundlage der Theorie zu operieren, daß die Auflage ihrer Briefe am besten gedeiht, wenn sie ihrer Arbeit ein aufregendes Image verleihen. Das bedeutet, daß das, was sie schreiben, nur allzu oft mit der sprichwörtlichen Prise Salz genossen werden muß.

Man denke nur an die Voraussagen von Goldpreisen über 2.000 Dollar pro Unze, die eine ganze Anzahl von ihnen Anfang der achtziger Jahre marktschreierisch propagierten.

Handelt es sich somit darum, was Wirtschaftsprognosen – die für alle Entscheidungen über Geldanlagen so wichtig sind – anbelangt, niemandem mehr zu trauen ist? Leider lautet die kurze Antwort auf diese Frage, daß, es sei denn ihre Informationsquellen haben eine Zeitlang unter Beweis gestellt, daß sie einer Überprüfung in diesem Sinne standhalten können, dies nicht anders sein kann. Im übrigen würden Sie viel besser daran tun, sich auf Ihr eigenes Urteil – vorausgesetzt, daß Sie es in geeigneter Weise auf dem laufenden halten – und nicht auf das Urteil suspekter verbriefter Interessen der einen oder anderen Art zu verlassen. □

Geld

Der weltweite Weg in eine Wirtschaftsflaute

C. Gordon Tether

Das Verhalten der Aktienmärkte legt schmerzhaftes Zeugnis dafür ab, daß die Welt sich in den Klauen einer sich immer weiter vertiefenden Wirtschaftsflaute befindet.

»Wir sehen jetzt allmählich Licht am Ende des Tunnels«, war das Thema offizieller Wirtschaftsmeldungen in solchen von der Wirtschaftsflaute besonders betroffenen Ländern wie die Vereinigten Staaten, Britannien und Japan Anfang dieses Jahres. Die Erholung werde langsam sein, wurden wir gewarnt, aber es bestehe kein Zweifel daran, daß sie mit Sicherheit kommt. Jetzt müssen wir erkennen, daß, wenn jemals ein Hoffnungsschimmer vorhanden war, dieser verschwunden ist.

Eine Geschichte unverminderten Trübsinns

Jenes höchst empfindsame Register des wirtschaftlichen Ausblicks – das Verhalten der Aktienmärkte – hat dies im Laufe des Sommers in unmißverständlicher Weise aufgezeigt. Zwischen Mitte 1991 und Anfang dieses Jahres verzeichnete der Weltindex der Aktienmarktwerte einen Anstieg von rund sechs Prozent. Seitdem ist der ganze Gewinn wieder dahingeschmolzen.

Ausnahmsweise hat der amerikanische Markt mit Hilfe einer Washingtoner Pumpenansaug-Politik, durch die der Diskontsatz der Federal Reserve Bank auf den niedrigsten Stand seit 40 Jahren sank, gerade soeben die Stellung gehalten. Aber anderswo ist es eine Geschichte des beinahe unverminderten Trübsinns. Im Vereinigten Königreich zum Beispiel erlitten Industrie-Aktien einen Rückgang von durchschnittlich 15 Prozent im Kielwasser eines Ausgangs der allgemeinen Wahlen, der auf den Finanzmärkten als höchst zufriedenstellend erachtet wurde.

In Japan – das so lange wegen seiner wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte beneidet wurde – liegen die Preise jetzt um sage und schreibe ein Drittel niedriger als vor einem Jahr.

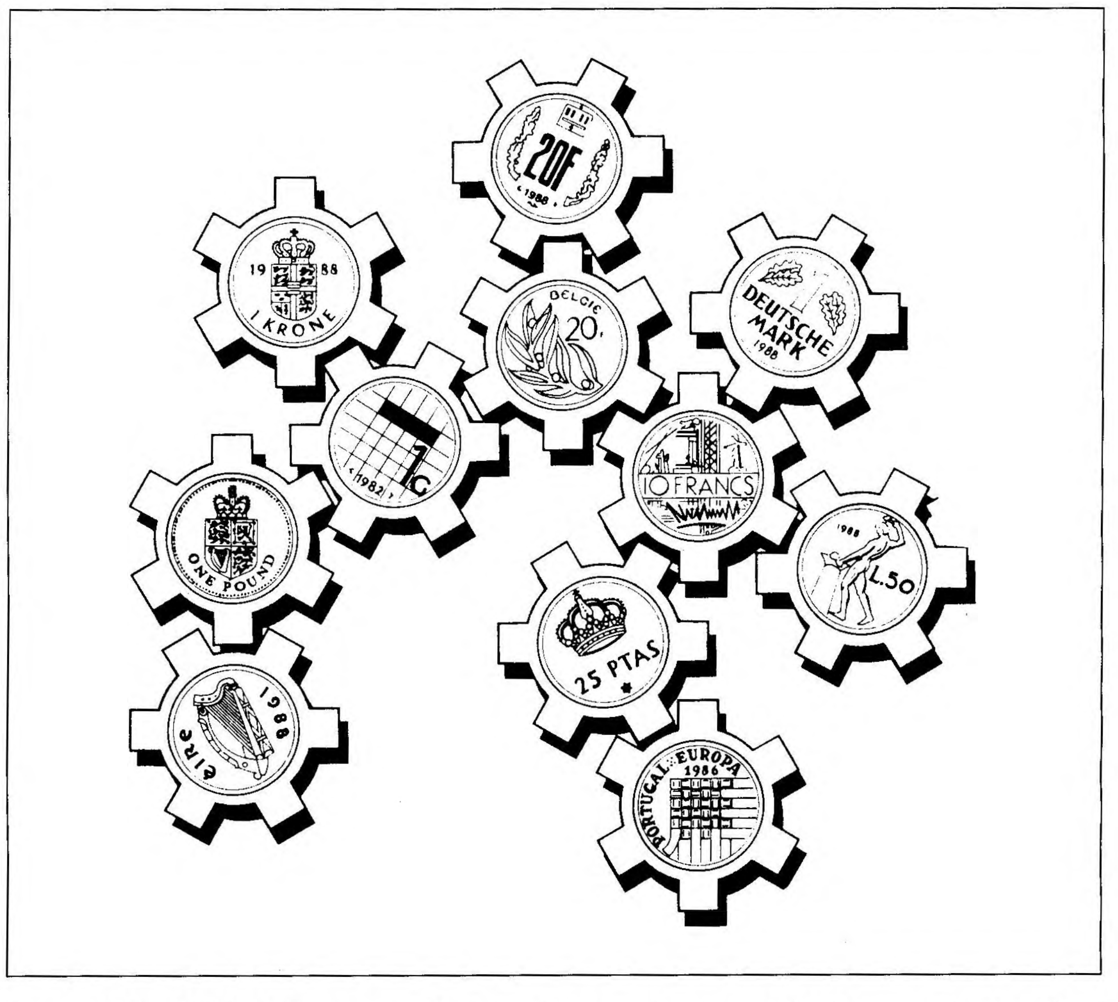
Was ist nun schiefgelaufen? Es muß zunächst erkannt werden, daß die optimistischen Töne, die in den Anfangstagen der weltweiten Wirtschaftsflaute erklangen, eher das Produkt des Wunschdenkens waren als eine nüchterne Bewertung der Schnelligkeit, mit der die Faktoren, die zu dem wirtschaftlichen Trudeln führten, sich höflich verabschieden würden. Aber es ist völlig klar, daß mehr dahintersteckt als dies.

Der größte Übeltäter war zweifellos die Verwüstung, die Deutschland auf dem überaus bedeutenden Sektor der Wirtschaftswelt – wie ihn die Europäische Gemeinschaft (EG) darstellt – angerichtet hat.

Deutschland ist schon seit einiger Zeit der größte Fisch im EG-Teich. Aber die Rolle, die es in diesem Sinne gespielt hat, hat sich drastisch verändert – und zwar sehr viel zum Schlechteren – im Laufe der letzten Jahre. Vorher funktionierte Deutschland sehr gut als höchst zufriedenstel-

Geld

Der weltweite Weg in eine Wirtschaftsflaute



lende Wachstumsmaschine. Sein jährliches Wirtschaftswachstum schwappte in die Wirtschaften anderer Mitgliedstaaten der EG über. Gleichzeitig setzte Deutschlands Beharren darauf, den geraden und engen Pfad der Geldstabilität einzuhalten, sie unter Druck, mehr und mehr Aufmerksamkeit auf die Ausrottung des Inflationsübel zu richten.

Was den Charakter, den die deutsche Regierung an den Tag legte, geändert hat, ist der Rückstrom einer intensiven Beschäftigung mit dem deutschen Einigungsprogramm und mit der Eindämmung der schweren Wirtschaftsprobleme, die dies im Inland herbeigeführt hat. Es ist nicht nur so, daß Deutschland, nachdem es entdeckt hat, daß seine Binnenwirtschaft Gefahr lief, stark überstrapaziert zu werden, gerade in dem Augenblick aufgehört hat, eine Maschine des Wachstums zu sein, als eine solche von den anderen Mitglieddstaaten der EG dringend benötigt wurde.

Es ist auch so, daß Deutschland sich, um mit der durch Überhitzung heraufbeschworenen Inflationsbedrohung fertigzuwerden, dafür entschieden hat, seine Zinsfüße hochzutreiben. Und diese Aktion hat – da die Geldmärkte so internationalisiert geworden sind – einen höchst ungünstigen Aufwärtsdruck auf die Zinsfüße anderswo ausgeübt.
Warum stellt sich diese Entwicklung der wirtschaftlichen Erholung anderswo so böse in den Weg, daß einige Länder – besonders die Mitgliedstaaten der EG – fast zur Verzweiflung getrieben werden? Hierfür gibt es drei Gründe: Der erste ist, daß die Manipulation der Zinssätze – wegen ihrer Bedeutung für das Niveau der Kapitalanlagetätigkeiten – so ziemlich die einzige Waffe der Beeinflussung des Wirtschaftslebens durch die Regierungen ist, die nach wie vor bedeutsam ist.

Der zweite Grund ist in der Tatsache zu sehen, daß die Deutsche Mark immer noch an der Spitze der Popularitätsskala der Landeswährungen steht. Denn dies bedeutet, daß hohe deutsche Zinssätze das Land zu einem kräftigen Magnet für ungebundenes Geld machen und somit eine ernsthafte Bedrohung für das wirtschaftliche Wohlergehen der Länder darstellt, aus denen es möglicherweise abgezogen wird.

Diese Bedrohung ist besonders beunruhigend – und dies bringt uns zu dem dritten Grund, warum Deutschlands Verhalten in anderen EG-Ländern soviel Besorgnis auslöst – dort, wo Regierungen nicht in der Lage sind, auf ihre Zinssätze die Belastung abzuwälzen, die ein Ausfluß ungebundener Gelder ihrer jeweiligen Zahlungsbilanz auferlegt.

Diese Option steht, so wie es geschieht, den Vereinigten Staaten zur Verfügung und wurde – wie die scharfe Abwertung, die der Dollar in den letzten Monaten erlitten hat, bezeugt – voll am Schopf gefaßt. Aber den Vereinigten Staaten steht es frei, diesen Kurs zu wählen, weil sie an keinem offiziellen Plan zur Stabilisierung der Wechselkurse beteiligt sind.

Das Gegenteil trifft für Mitgliedstaaten der EG zu. Ihre Einbindung in den europäischen Währungsverbund verpflichtet sie dazu, ihre Währungen innerhalb der engen Distanz erklärter Paritäten an die DM gebunden zu halten.

Diese obligatorische »Zuneigung« zur DM bedeutet, daß den anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft der nötige Spielraum zur Senkung ihrer Zinsfüße auf Niveaus, die mehr mit ihren derzeitigen wirtschaftlichen Umständen in Einklang zu bringen sind, verwehrt wird.
In vielen Fällen stehen sie tatsächlich unter Druck, ihre Zinssätze auf die Stände anzuheben, die sie in ein realistisches Verhältnis zu denen bringen, die, wie Deutschland nachdrücklich versichert, es benötige, um mit dem am Horizont erschienenen Inflationsproblem des Landes fertigzuwerden. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß dies das Letzte ist, was sie im Augenblick tun wollen.
Die Tatsache, daß Dinge geschehen sind – daß die Zinsfüße der ganzen Welt effektiv auf dem Altar der deutschen Wiedervereinigung geopfert werden –, wirft wichtige Fragen über den Wert der vielgepriesenen Liberalisierung des internationalen Finanzverkehrs auf, über die die führenden Länder in den letzten beiden Jahrzehnten den Vorsitz führten.
In naher Zukunft wird die Aufmerksamkeit darauf gerichtet sein, was die Länder der Europäischen Gemeinschaft tun sollen, um sich aus dem herauszuwinden, was klar und deutlich zu einer unhaltbaren Situation zu werden droht. Insbesondere, sollen sie weiter leiden oder sollen sie dadurch etwas Erleichterung bekommen, daß sie sich weit genug von den Härten des europäischen Währungsverbunds absetzen, um ihren Wechselkursen die Last in der gleichen Weise aufzubürden wie die Vereinigten Staaten dies tun konnten? Bis diese Krise behoben ist, scheint wenig Hoffnung darauf zu bestehen, daß am Ende des Rezessionstunnels wieder Licht zu sehen sein wird. □

Serbien

Die unrühmliche Rolle der US-Regierung

Warren Hough

Ebenso wie die Bush-Regierung, nachdem sie den Irak jahrelang unterstützt und geholfen hatte, diesem das grüne Licht zum Einmarsch in Kuwait gab, ermutigten amerikanische Regierungsbeamte den Einmarsch der Serben in ihre Nachbarstaaten und tragen die Verantwortung für die dort zur Zeit begangenen Greueltaten.

Die korrupten Intrigen von Spitzenbeamten der Bush-Regierung, die sich mit den kommunistischen Herren Serbiens in schmutzige Geschäfte einließen, waren die Ausgangssituation für den grausamen Bürgerkrieg unter Jugoslawiens völkischen Regionen, heißt es in einer neuen wissenschaftlichen Studie.

Eine Geschichte persönlicher Geldgeschäfte

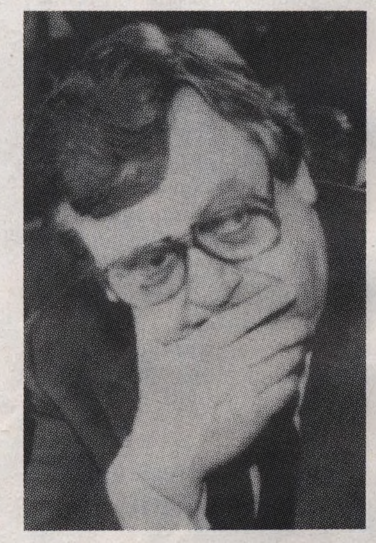
Die Erkenntnisse dieser Forschung, zusammengestellt von Dr. Patrick Glynn, ein im Amerikanischen Enterprise Institute (AEI) in Washington tätiger Gelehrter, beinhalten Schlüsseleinzelheiten über einen sich wie Pilze ausbreitenden Skandal, der erstmals in einem früheren umfassenden Bericht in »The Spotlight« enthüllt wurde. Darin wurden Auszahlungen unter der Tarnung »Beratungsgebühren« an Schlüsselgehilfen von US-Präsident George Bush mit der Entscheidung der amerikanischen Regierung, die grausame Unterdrückung von Unabhängigkeitsbewegungen anderer Nationalitäten der zusammenbrechenden jugoslawischen Föderation durch die Serben zu unterstützen, in Zusammenhang gebracht.

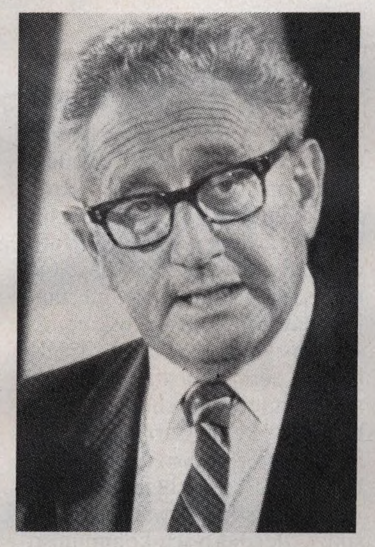
Es war »eine Geschichte persönlicher Geldgeschäfte« zwischen militanten serbischen Führern und den Politikmachern der Bush-Regierung, die die amerikanische Rolle in dieser Krise befleckte und sie in »eine Fall-Studie, wie Außenpolitik nicht zu betreiben ist«, verwandelte, schlußfolgerte die Glynn-Studie.

Glynns Bericht, unter der Agide des AEI herausgegeben, identifiziert den altgedienten Diplomaten Lawrence Eagleburger, jetzt amtierender Außenminister, als Schlüsselbeamten, dessen Verwicklung in fraglichen Geschäften mit dem grundsatzlosen serbischen Häuptling Slobodan Milosevic den Weg für bewaffnete Angriffe der Serben auf andere Volksgruppen in Bosnien, Kroatien und den benachbarten Regionen ebnete.

Eagleburgers unverhohlene Liebedienerei gegenüber serbischen Interessen, gemeinsam mit dem Berater des Weißen Hauses für nationale Sicherheit, Brent Scowcroft, schuf im amerikanischen Außenministerium eine träge Atmosphäre des »Klientismus«, die Milosevic dazu ermutigte, einen Ausrottungskrieg gegen rivalisierende Fraktionen zu führen, heißt es im Glynn-Bericht. Eagleburger und Scowcroft hatten mächtige persönliche Gründe, Milosevic zu unterstützen. Beide Männer verdankten ihren schnellen Aufstieg durch die Washingtoner Bürokratie hindurch ihrem langjährigen Schutzpatron, dem ehemaligen Außenminister Henry Kissinger.

Als Kissinger 1976 aus der Regierung ausschied, um Kissinger Associates, eine teure New Yorker Beratungsfirma, ins Leben zu rufen, folgten Eagleburger und Scowcroft ihrem Mentor; der erstere wurde Vorstandsvorsitzender der neuen Firma, der letztere dessen Stellvertreter.


US-Außenminister Lawrence Eagleburger hat als US-Botschafter für Jugoslawien Geschäfte mit Kommunisten getätigt.


Henry Kissinger kassierte über seine Beratungsfirma mehr als eine Million Dollar von den Belgrader Kommunisten.


Slobodan Milosevic glaubt von den USA grünes Licht zu haben für einen erbarmungslosen Unterdrückungs-Krieg.

Die Geschäfte mit Henry Kissinger

Eagleburger, der als US-Botschafter für Jugoslawien gedient hatte (1977-81), fand sehr bald Mittel und Wege, mit den kommunistischen Herrschern dieses Landes Geschäfte zu tätigen. Milosevic befahl der zweitgrößten Bank unter seiner Herrschaft, Ljubyanka Bank, eine amerikanische Tochtergesellschaft zu gründen. Bekannt als LBS-Bank, heuerte die neue Finanzzweigstelle der serbischen Kommunisten Kissinger Associates als Firmenberater und Eagleburger als Vorsitzender ihres Direktoriums an.

Jugoslawien rührte auch die Werbetrommel zum Verkauf seines billig hergestellen Kleinwagens – des Jugo – in Amerika. Dieser ist als der schlechteste Wagen, der jemals in den USA verkauft wurde, bekannt. Eagleburger und Kissinger Associates spielten wieder einmal eine führende Rolle bei diesem Unternehmen.

Eagleburger, Scowcroft und Kissinger »heimsten nämlich die einzigen wirklichen Profite bei diesen Geschäftsabschlüssen ein«, sagte Helen Ambrose, eine Wirtschaftsjournalistin.

Die LBS-Bank wurde innerhalb von zwei Jahren nach ihrer Eröffnung unter Anklage gestellt, schuldig gesprochen und geschlossen. Der Jugo erwies sich als derartiger »schäbiger Schrott«, wie ein Kritiker es formulierte, daß hunderte von amerikanischen Käufern ihn einfach wieder auf den Parkplatz des Händlers abstellen und die Zahlung dafür einstellten.

Eagleburger und Scowcroft, die mehr als eine Million Dollar an »Beratungs«- und Direktor-Gebühren unter sich aufteilten, fanden bald Gelegenheit, die kom-

munistischen Häuptlinge für ihre Großzügigkeit zu entschädigen. Die neue Bush-Regierung hievte beide – aus Gründen, die nie erläutert wurden – in Schlüsselpositionen. Eagleburger wurde stellvertretender Außenminister, während Scowcroft zum nationalen Sicherheitsbeamten des Weißen Hauses ernannt wurde.

Grünes Licht für eine erbarmungslose Politik

Die amerikanische Politik gegenüber Jugoslawien, wo große völkische Regionen ihre Unabhängigkeit behaupteten und sich von der von Serben dominierten Zentralregierung des Präsidenten Milosevic abwandten, nahm unverzüglich eine scharfe, serbenfreundliche Wendung.

US-Außenminister James Baker verkündete bei seinem Besuch in Belgrad im Juni 1991, daß die Vereinigten Staaten die »Einheit« und den »Zusammenhalt« der schlecht zusammenpassenden Bundesrepubliken Jugoslawiens unterstützen.

Dies war genau das grüne Licht, das Milosevic benötigte, um einen erbarmungslosen »Unterdrückungs- und Ausrottungskrieg« gegen abtrünnige völkische Rivalen zu beginnen. Im amerikanischen Außenministerium unterdrückte Eagleburger abweichende Meinungen regionaler Experten und Berufsbeamter des Außendienstes, die warnend darauf hinwiesen, daß eine Unterstützung von Milosevic die Schleusen eines Blutbads öffnen werde, enthüllt der Korrespondent für auswärtige Angelegenheiten, John Newhouse, in einem kürzlich veröffentlichten Bericht.

Am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York lösten erschütternde Fernsehbilder von serbischen Greueltaten eine Explosion der Wut und Abscheu über das, was ein Delegierter »Eagleburgers korrupte Komplizenschaft bei diesen völkermordenden Barbaritäten« nannte, aus.

»Jede bedeutende europäische Regierung hat die Bush-Regierung vor der mörderischen Taktik Milosevics gewarnt und Washington gedrängt, den serbischen Kriegsverbrechen ein Ende zu bereiten«, sagte ein britischer Stabsbeamter. »Eagleburger stieß sie alle zurück. Er bestand weiterhin darauf, die jugoslawische Einheit sei ›wesentlich‹, weil sie ein ›Modell, ein Beispiel‹ für die Sowjets sei. Wenn die jugoslawische Föderation in Volksstaaten zersplittern würde, dann gäbe es noch mehr Schwierigkeiten in der ehemaligen Sowjetunion. Dies war Unsinn – nur eine Lüge.«

Ein Skandal erster Größenordnung

Ob diese Doktrin nun Unsinn oder Täuschung war, jedenfalls taten Eagleburger und Scowcroft alles in ihrer Macht stehende, um sie zu erzwingen. CODE erfuhr, daß, als die Europäische Gemeinschaft 1991 versuchte, eine jugoslawische Friedenskommission ins Leben zu rufen, Eagleburger deren Vorsitzenden, den altgedienten britischen Diplomaten Lord Peter Carrington, aufforderte, Kissinger Associates als bezahlter Berater beizutreten.
»Kissingers Firma war die Speerspitze der serbisch-kommunistischen Interessensgruppe«, sagte der britische Beamte«. Wenn jemand wie Lord Carrington damit assoziiert ist, dann bedeutet dies das Ende der europäischen Friedenskommission für Jugoslawien. Und in der Tat, dieser wohlgemeinte Versuch, die serbische Unterdrückung zu stoppen, führte zu nichts.«
Nach Meinung dieser erfahrenen Beobachter auswärtiger Angelegenheiten stellen diese schmutzigen Verbindungen und Auszahlungen zwischen Beamten der Bush-Regierung und den serbischen kommunistischen Kriegsherren »einen Skandal erster Größenordnung« dar.
»Die Regierung würde in jedem europäischen Land, wo eine derartige Korruption ans Tageslicht kommt, stürzen«, kommentierte ein UN-Beamter. »Die Welt wartet darauf, zu erleben, was der amerikanische Kongreß in dieser Sache tun wird.« □

Serbien

Die moslemische Welt will helfen

Peter Blackwood

Die moslemische Welt spricht mit einer Stimme: Beendet das Töten und schlagt die serbische Invasion Kroatiens, Bosniens und Kosovos zurück. Und US-Präsident George Bush sollte endlich zuhören.

Moslemische Repräsentanten aller islamischen Länder beendeten ein Treffen im schweizerischen St. Moritz mit einer ernsten Warnung an das serbische kommunistische Regime und an jene westliche Politiker, besonders George Bush, John Major aus Britannien und François Mitterrand aus Frankreich, die dem Völkermord an kroatischen, bosnischen und albanischen Moslems Beihilfe geleistet haben: Beendet das Töten und schlagt die serbischen Invasoren in Kroatien, Bosnien und Kosovo zurück.

Gefährliche Pression auf Amerikas Alliierte

Über diplomatische Kanäle wurden Bush, Major und Mitterrand darauf aufmerksam gemacht, daß ihre fortlaufende heimliche Unterstützung des von dem serbischen Diktator Slobodan Milosevic, der Zeit seines Lebens ein kommunistischer Schläger war, orchestrierten Völkermords sämtliche von der westlichen Allianz während des Golfkriegs erzielten Fortschritte hinfällig machen und zum direkten Eingriff solcher moslemischen Mächte wie die Türkei führen wird.
Bush hat bereits aus seinen eigenen Geheimdienstkreisen erfahren, daß sich in allen moslemischen Ländern die Empörung unter den Massen verstärkt und gefährliche Pressionen auf Kundenstaaten der Amerikaner wie Saudi-Arabien, Ägypten und Marokko ausgeübt werden.

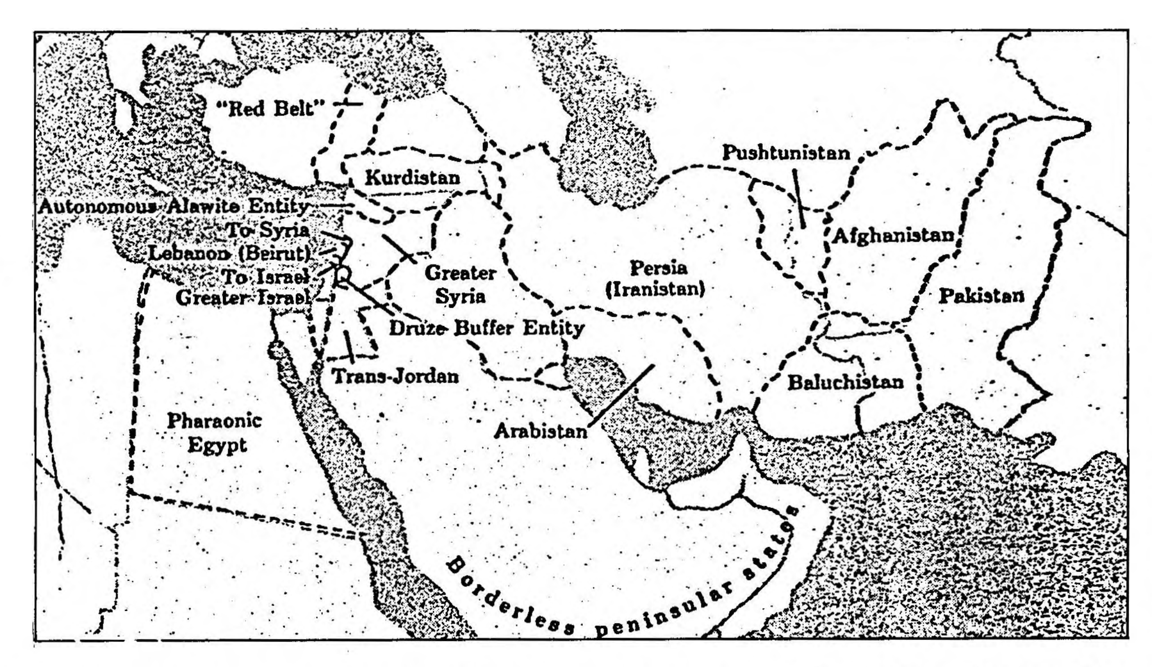
Der Volkszorn wütet bereits gegen Korruption auf hoher Ebene: Der Golfkrieg hat tatsächlich die Masse des Volkes verarmt, während die korrupte Führung gleichzeitig noch reicher wurde.

Der Völkermord kann einen Volksaufstand auslösen

Die Verfolgung moslemischer Fundamentalisten in Algerien, Marokko, Tunesien, Ägypten und Türkei hat die Wiedergeburt des islamischen Fundamentalismus nur beschleunigt und die Massen gegen die jeweilige politische Führung aufgebracht.

Geheimdienstberichte des CIA weisen darauf hin, daß der serbische Völkermord an europäischen Moslems einen Volksaufstand auslösen könnte, der alle vom Westen unterstützten Regime in der moslemischen Welt hinwegfegen werde. Nachdem die Völker jahrelang vom Westen nichts als Demütigung erfuhren und korrupte Diktatoren ertragen mußten, wollen sie nicht länger ruhig zuschauen wie moslemische Brüder und Schwestern von einem vom Westen unterstützten serbischen Diktator abgeschlachtet werden.

Selbst die unterwürfigsten arabischen Führer sahen sich gezwungen, eine Einheitsfront gegen den Völkermord in Serbien zu beschwören. In Saudi-Arabien, wo ein heftiger Machtkampf entbrannt ist, um den kränkelnden und korrupten drei Zentner schweren König Fahd abzulösen, haben mehrere Prinzen mehr als 100 Millionen Dollar aus eigener



Schatulle an die bosnischen Widerstandskämpfer gezahlt. Einige türkische Politiker haben auch alles auf eine Karte gesetzt und materielle Hilfe an die belagerten Bosnier geleitet, als Reaktion auf den wachsenden Volkszorn gegen die Serben und ihre westlichen Handlanger.

Dokumentarischer Beweis für den Völkermord

Obwohl die Presse streng aus den islamischen Gesprächen herausgehalten wurde, konnte CODE einige Auszüge aus Berichten der dreitägigen Notsitzung sichern. Den Delegierten wurden Fotografien und Videos von serbischen Konzentrationslagern und Massengräbern gezeigt, in die man die Leichen von kroatischen und bosnischen Moslems verscharrt hatte. Aus weiterem dokumentarischen Beweismaterial ging hervor, daß die serbische Armee Bulldozer einsetzte und verwundete und ausgehunderte Bosnier in offene Gräben geschoben und lebend begraben wurden.

Andere Berichte über Massenfolterungen und Tötungen wurden ebenfalls vorgelegt. Aus einem Finanzbericht ging hervor, daß die Serben systematisch sämtliches Eigentum, der von ihnen getöteten Menschen, an sich gerissen und anschließend unter hereingeholten Serben aufgeteilt haben. Den Delegierten wurden auch Berichte vorgelegt, die in »The Spotlight« und CODE erschienen waren, und die sich mit den Geschäften zwischen Lawrence Eagleburger und Milosevic befaßten. Solche Geschäfte führten für Eagleburger in seiner neuen Eigenschaft als amtierender Außenminister, der als »Vermittler« fungiert, einen Interessenskonflikt herbei.

Die Mitschuldigen wurden festgestellt

Auf der Konferenz wurde festgestellt, daß die Serben mit voller Billigung durch Bush, Major und Mitterrand in Slowenien, Kroatien und Bosnien einmarschiert sind, und daß die von den Vereinten Nationen organisierten oder von den Westmächten vermittelten sogenannten Feuereinstellungen den Serben noch mehr Gelegenheit zur Aggression eingeräumt haben.

Auf der Konferenz wurde auch festgestellt, daß Israel der Hauptagent war, der Serbien dabei half, die von den Vereinten Nationen gegen Serbien verhängten Sanktionen zu umgehen. Israel benutzte seinen Kundenstaat Rumänien dazu, Milosevic mit allen Waffen und dem Öl, das er braucht, zu versorgen. Diese Tatsachen seien Bush, Major und Mitterrand sehr wohl bekannt und sie hätten ihre Ämter dazu mißbraucht, um diese Dinge zu vertuschen.

Auf der Konferenz wurde auch ein Überblick über die Berichterstattung der westlichen Medien über den serbischen Völkermord gegeben, und diese wurde als irreführend erachtet, weil darin immer wieder von einem »Bürgerkrieg auf dem Balkan«, statt von einer nackten Aggression, Invasion und Völkermord Serbiens an seinen Nachbarn die Rede sei. Bush, der sonst immer so schnell allen Leuten zur Hilfe geeilt sei, die er als verfolgt oder unterdrückt erachtete, habe keinen Finger gerührt als die Serben 75 Prozent des bosnischen Territoriums besetzten und mehr als 300000 der Bevölkerung massakrierten und Millionen andere vertrieben.

Schon 1979 wurde dieser Plan für die Neuordnung des Mittleren Ostens vom Foreign Office in London veröffentlicht.

Die Konferenz faßte eine Resolution, Bush stillschweigende Hilfe an die Serben auszugleichen. Gleichzeitig wurden Österreich, Deutschland und Ungarn als die einzigen Länder, die echtes Mitleid und Anteilnahme gezeigt und die Opfer des serbischen Völkermords in ihrer größten Not unterstützt hätten, gelobt. Empfehlungen der Konferenz werden an alle islamischen Länder gehen, es dem Mut dieser drei Länder in Form verstärkter Handelsbeziehungen und Unterstützung auf diplomatischer Ebene gleichzutun.

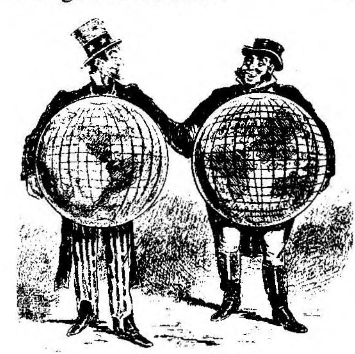
Deutschland hat die Hauptlast getragen

Österreich und Deutschland haben die Hauptlast des Hereinströmens kroatischer und bosnischer Flüchtlinge getragen, zusätzlich zu den enormen Belastungen durch die Kosten für die deutsche Wiedervereinigung. Ungeachtet der Kosten und Härten haben das deutsche und das österreichische Volk bislang diesen neuen Strom von Flüchtlingen mit Großzügigkeit akzeptiert.

Jetzt, wo die Nachrichten über den fortdauernden Völkermord überall durchsickern, sind alle Anzeichen dafür vorhanden, daß die islamischen Massen Aktionen fordern werden. Sollten die Türkei und einige der ehemaligen islamischen gefangenen Nationen der Sowjetunion sich dazu entschließen, ihre moslemischen Brüder zu retten, dann wird Bushs neue Weltordnung in Rauch aufgehen. Eine Rettungsintervention zugunsten der Bosnier wird in vielen moslemischen Hauptstädten als billiger Weg angesehen. Eine solche Intervention würde im Falle der Türkei ganz einfach das Hinscheiden der NATO bedeuten.

Es ist schon lange her, daß eine einzelne Frage wie Bosnien allgemeine Zustimmung in der islamischen Welt finden konnte. Ob in Pakistan, Irak, Iran, Saudi-Arabien oder Indonesien, die moslemische öffentliche Meinung ist zu 100 Prozent dafür, die Moslems auf dem Balkan zu retten. Anders als die Palästinenserfrage, die unter regionalen und politischen Meinungsverschiedenheiten unter den Arabern zu leiden hatte, war die Sache der Moslems auf dem Balkan ein mitreißender und einigender Faktor in den moslemischen Beziehungen.

Zum ersten Mal in einem Jahrhundert könnten geographische Erwägungen die Vereinigten Staaten, Frankreich und Britannien dazu zwingen, sich von den serbischen Machenschaften und Intrigen zu befreien. □



Serbien

Die Duldung von Ausrottung und Vertreibung

Alec de Montmorency

Nichtserbische Bewohner der Gebiete, die die zentrale jugoslawisch-serbische Regierung in Belgrad als Teil »Großserbiens« ansieht, werden aus ihren Häusern vertrieben, während die westliche Welt keine Kenntnis davon nimmt.

Die Vertreibung von Kroaten, Ungarn, Ruthenen und Ukrainern hat in verschiedenen Städten von Wojwodina, der nordöstlichen Provinz Serbiens, wo mehr als 20 Volksgruppen einträchtig beieinander leben, eingesetzt. Es ist ein Schritt, der an die Ausrottung und Vertreibung von Deutschen aus sowjetisch besetzten Gebieten während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg erinnert.

Systematische Vertreibung von Nichtserben

»Ich habe für Slobodan Milosevic (Präsident von Serbien) gestimmt, und er muß mir sagen, wohin ich gehen muß«, sagte Jelica, eine volksserbische Lehrerin in Hrtkovici, zu »El Pais«, einer Madrider Tageszeitung.

Hrtkovici ist ein Vielvölkerdorf, etwa 65 km nördlich von Belgrad gelegen, wo eine systematische Vertreibung von Nichtserben begonnen hat.

Seit ihrer Kindheit eine Waisin, erhält Jelica – die es vorzog, ihren Familiennamen nicht zu nennen –, jede Nacht drohende Telefonanrufe. »Wo gehen Sie hin? Wo ist Ihr Mann, Ustascha?« fragt eine weibliche Stimme.

Ustascha war der Name der Serben und der Alliierten für die Kroaten, die während des Zweiten Weltkriegs gegen die kommunistischen Serben kämpften.

Obwohl Jelica Serbin ist, ist ihr Ehemann Frankho Volkskroate. Er trat in die Bundesarmee – das heißt serbische Armee – ein und kämpfte fünf Monate lang in Slawonien, eine historische Region im nördlichen Ex-Jugoslawien, die jetzt zu Kroatien gehört – nicht mit Slowenien zu verwechseln –.

Das hätte für ihre Nachbarn genug sein sollen, ist es aber nicht. »Er kehrte traumatisiert von der Front zurück«, sagte Jelica zu »El Pais«. »Er konnte die Bedrohungen nicht ertragen. Er verließ die Stadt und schickte meinen Sohn nach Österreich, so daß er nicht beweisen muß, ob er Serbe oder Kroate ist.«

»Ich sagte zu meinem Sohn, sein Heimatland zu vergessen und nicht zurückzukehren. Ich verstehe nicht, wo sie uns hinschikken wollen. Von meinen Schülern sind 90 Prozent verschiedener Abstammung.«

Die meisten ihrer Nachbarn verlassen das Land. Bevor der jüngste Krieg begann, lebten 1098 Kroaten, 558 Serben, 518 Ungarn und Menschen aus einem Dutzend anderer Volksgruppen in Hrtkovici. Am 6. Mai dieses Jahres berief Vogislaw Seselj, ein ultranationalistischer-imperialistischer serbischer Führer, in Hrtkovici eine Sitzung ein und verlangte öffentlich, daß die Kroaten und Ungarn ausgewiesen werden sollen. Der Terror setzte in den darauffolgenden Tagen ein.

»In unserer Stadt nahmen wir hunderte von serbischen Flüchtlingen aus Kroatien auf«, sagte Deagulin Trifunovic, Direktor der Grundschule, zu »El Pais«:

Die Flüchtlinge brachten Seselj mit sich. Niemand in dieser Stadt gehörte zu seinen Anhängern.

»Jetzt kommen die Leute mit Aufstellungen von kroatischem und ungarischem Eigentum und zwingen die Menschen ins Exil. Mehr als 14 Kinder sind in den letzten drei Tagen fortgegangen«, sagte der Schulleiter.

Grausamer Terror und schlimme Pressionen

Die Familie Maglic hielt drei Tage aus, bevor sie ihr dreistöckiges Haus verließ. Die Nachbarn der Maglics, eine serbisch-ungarische Familie, reden aus Angst nur noch mit leiser Stimme. Janos, der Patriarch der Familie, weint und flüstert: »Es gibt viele Pressionen.«

Seine Schwiegertochter Jovanca, eine Serbin, sagte, sie wisse nicht wieviele Leute fortgegangen sind. »Sie haben Angst zu sagen, daß sie nächtliche Anrufe bekommen. Sie gehen heimlich fort und lassen alles hinter sich zurück«, sagte sie zu der Madrider Tageszeitung.

Der Austausch von Eigentum

In der Stadt beschleunigen Beamte den Papierkram für diejenigen, die das Land verlassen. Die Fenster des Rathauses sind mit Anzeigen für den Austausch von Eigentum bedeckt. Die Serben Sloweniens und Kroatiens bieten den Austausch von Häusern und Ländereien mit Kroaten aus Wojwodina an. Dieser Austausch von Eigentum und von Bevölkerungsteilen auf völkischer Grundlage geht schon seit Monaten vor sich.

»Fünfzig Grundbesitze in Kula werden im Austausch für gleichwertige Grundstücke einer Stadt in Wojwodina angeboten«, lautet eine Anzeige, und eine Landkarte und Erklärung der Vorteile der Stadt Kula in Kroatien ist beigefügt. »Sie hat Telefonverbindungen, ein Sportstadion, ein Kulturhaus und eine Autobusverbindung nach Zagreb, die Hauptstadt Kroatiens.«

Branko, ein Serbe aus Kroatien, hat keine Anzeige angeheftet. Er glaubt an direkte Verbindungsaufnahme. Seit zwei Monaten reist er schon durch die Städte der Wojwodina und bietet seine Besitztümer in Virovitica in Kroatien gegen etwas Gleiches in Wojwodina an. Er erklärte seine Situation einem Reporter von »El Pais« wie folgt:

»Ich bin aus Kroatien geflohen, weil ich nicht kämpfen wollte. Jetzt kann ich nicht zurück.« Er zeigt Fotos von seinen beiden Häusern, Traktoren, Anlagen für große Hühnerfarmen und Kamillefelder.

»Die Kamille allein war 60000 DM pro Jahr wert«, sagte Branko resigniert dazu. Er setzt hinzu, daß er alles verloren habe. »Ich hoffe, daß jemand in mein Haus ziehen wird«, sagt er. »Meine Eltern leben noch dort und schützen das Eigentum vor den kroatischen Behörden.«

Ein schleichender, heimlicher Exodus

Es gibt viele Leute wie Branko in Kovi und anderen Städten in Wojwodina, die sicher sind, daß der Austausch von Bevölkerungsteilen unmittelbar bevorsteht und beabsichtigen, den Übergang so wenig schmerzlich wie möglich zu gestalten.

Indessen erinnern die Bomben in den Gärten der Kroaten, Ungarn und Serben, die »unrechtmäßig« mit Personen anderer Volksgruppen verheiratet sind, daran, wie gefährlich das Leben für »nichtreine« Serben sein kann.

Laut »El Pais« liegen keine genauen Zahlen darüber vor, wieviele Familien dem Terror nachgegeben und sich dafür entschieden haben, ihre Häuser im Stich zu lassen. Der Prozeß geht ohne große Öffentlichkeit vor sich, verschleiert durch den massiven und dramatischen Exodus aus Bosnien und Herzegowina. □



Zweiter Weltkrieg

Serbische Greuel etwas Neues?

Martin Voigt

Mit Abscheu und Entsetzen verfolgt die internationale Fernsehgemeinde die Berichte von balkanesischen Greueln. Die serbische Soldateska bringt massenhaft Menschen um, verstümmelt, terrorisiert, zerstört, foltert in Hungerlagern, vertreibt die Bevölkerung und begeht Völkermord.

Nun fordert der UNO-Generalsekretär, deutsche Soldaten sollten in diese mörderische Barbarei eingreifen. Und deutsche Politiker schämen sich nicht und sind verantwortungslos genug, sich dieser Forderung anzuschließen.

Haben diese »Volksvertreter« und ihre Nachbeter vergessen, daß die UNO-Feinstaatenklauseln gegen Deutschland nach wie vor Gültigkeit haben und nicht aufgehoben sind?

Haben diese »Volksvertreter« und ihre Nachbeter vergessen, daß bis heute deutsche Soldaten verleumdet, geächtet und verurteilt werden, die 1945 bis fünf nach 12 in verzweifeltem Einsatz versuchten, deutsche Kinder, Frauen und Greise vor der Un-

Immer wieder mußten sich deutsche Soldaten gegen serbische Partisanen verteidigen.

menschlichkeit der jugoslawischen Partisanen-Mörderbande zu beschützen?

Wo blieb das Mitleid, die Empörung, ein Handeln der »Volksvertreter« und das Echo der Volksverdummungsmedien, als bereits vor Jahren aufgedeckt wurde, wie viehisch deutsche Soldaten in Jugoslawien umgebracht worden sind?

Ein in Kanada lebender Ex-Partisan Titos hatte berichtet, er sei Augenzeuge eines der schrecklichsten Nachkriegsverbrechen gewesen. Auf der Insel Rab be-

Zweiter Weltkrieg

Serbische Greuel etwas Neues?

fanden sich damals 3500 deutsche Soldaten.

Die Deutschen wurden bestialisch gefoltert

»Diese deutschen Kriegsgefangenen wurden von den Partisanen auf alle mögliche Art gefoltert und gequält. Danach wurden sie in einen Bunker abgeführt, der noch aus der Zeit des Königsreichs Jugoslawien stammte. Man band den Kriegsgefangenen die Hände mit Draht auf den Rücken und mauerte den Bunkereingang zu. Die Türen wurden betoniert. So starben alle diese Deutschen in dieser gewaltigen Grabkammer. Das Grab befindet sich in einem mit Fichten bewachsenen Hügel unweit des Hotels Imperial. Ich halte es nach so vielen Jahren für meine Pflicht, an dieses Verbrechen zu erinnern. Man sollte eine internationale Kommission einberufen, die das Grab öffnet und die schreckliche Wahrheit feststellt. Informieren Sie die deutsche Öffentlichkeit über dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit!«

Was geschah? Nichts, gar nichts!

Obwohl Bürger bergeweise Auskunftsersuchen, Anfragen und Proteste an alle heute so laut und erschrecklich lamentierenden Stellen sandten, geschah nichts.

Vom Bundespräsidenten über Kanzler und Minister bis zum Deutschen Roten Kreuz, keiner wollte etwas davon wissen oder gar nachforschen und Aufklärung fordern.

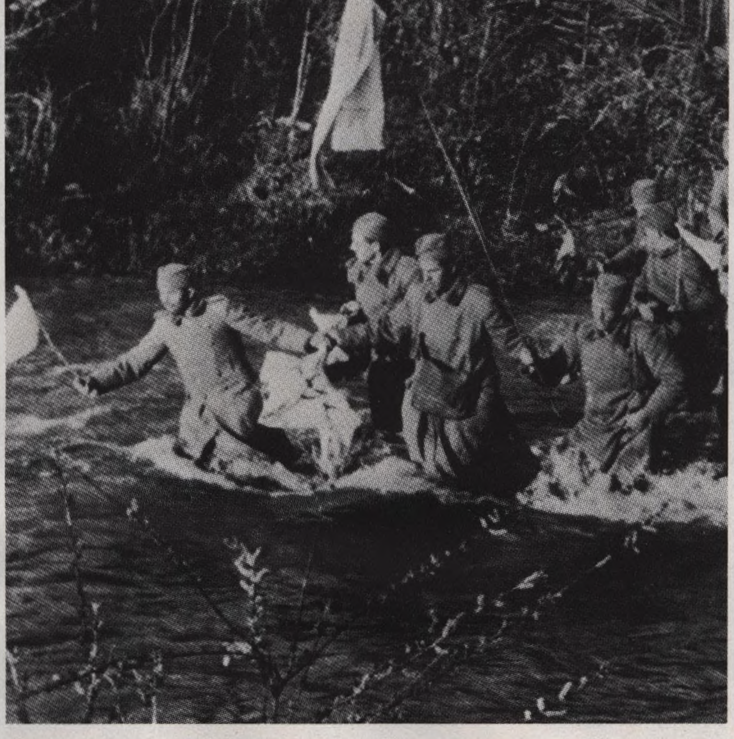
Im Gegenteil: Die freundschaftlichen Beziehungen zu den von Moskau »unabhängigen« Tito-Kommunisten in Belgrad wurde durch Wirtschaftshilfe gehegt und gepflegt. Es handelte sich ja auch nur um deutsche Soldaten, die einem »verbrecherischen Regime« gedient hatten. Gepriesen und mit Denkmälern geehrt wurden und werden in Rumpfdeutschland nur Deserteure ...

Alles redet von einem »Bürgerkrieg«. Ein völliger Unsinn. Es handelt sich um einen Eroberungs- und Vertreibungskrieg des von Frankreich und England gehätschelten, von Griechenland unterstützten Serbien, das in den USA eine starke Lobby hat.

Serbien vertreibt heute unter entsetzlichen Greueln 30000 Moslems aus Bosnien, morgen wahrscheinlich 200000 Albaner aus dem Kosovo. Die UNO verfaßt Papierresolutionen und Weltordner Bush droht mit einem Militärschlag, aber nicht den Serben, sondern dem Irak, wenn man ein paar Kontrolleure nicht in das dortige Landwirtschaftsministerium einläßt. Israel erhält zehn Milliarden Dollar, obwohl es wöchentlich einmal den Libanon bombardiert und seit Jahren die Menschenrechte der in Ghaza internierten Palästinenser mit Füßen tritt.

Und nun sollen deutsche Soldaten im Dienste dieser verlogenen Weltordnung »Frieden schaffen« (das heißt Krieg führen!) zwischen den von Haß zerfressenen Balkanesen?
Den zu Tränen gerührten Deutschen, denen tagelang auf allen Kanälen mit den aus privatem Geltungsbedürfnis organisierten »Baby-Bus« und mit Spendenaufrufen die Augen verkleistert werden, wird vernebelt, was man vorhat:

Deutscher Soldatentod als Menschendünger auf dem Balkan und zig- oder hunderttausende Moslems und Albaner, die eine neue Heimat suchen. Ziel: Das aufnahmebereite Multikulti-Deutschland. □



Durch den Fluß in die deutsche Gefangenschaft begeben sich versprengte serbische Soldaten.



Der Krieg in Jugoslawien war hart wegen der Spannungen zwischen den verschiedenen Volksgruppen.

George Bush

Was kostet die USA die Wiederwahl des Präsidenten?

Victor Marchetti

Vor einigen Wochen traf US-Präsident George Bush mit dem neu gewählten israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin zusammen und, voll zu seinem Wort stehend, daß er alles Notwendige tun werde, um wiedergewählt zu werden, stimmte er den Anleihegarantien in Höhe von zehn Milliarden Dollar zu, die der zionistische Staat braucht, um seine schwache solzialistische Wirtschaft über Wasser zu halten.

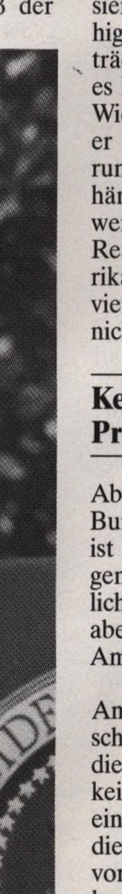
Als Gegenleistung erklärte Rabin sich bereit, bei dem Bestreben des US-Präsidenten, ein Friedensprogramm für Israel und seine arabischen Nachbarn, besonders für die Palästinenser des besetzten Westufers und des Gazastreifens zu kaufen, mitzumachen. Der amerikanische Kongreß wird keine Bedenken gegen das Abkommen erheben, das wahrscheinlich noch vor den Wahlen gebilligt werden wird.

Mehrheiten in beiden Häusern – 300 Kongreßabgeordnete und 70 Senatoren – stehen bereits dafür im Protokoll, daß sie diese neueste Verschenkung der amerikanischen Steuergelder befürworten. Was der Präsident im vergangenen Jahr genommen hat, gibt der Präsident zurück – gerade rechtzeitig für die Wahlen im November.

Die Wahl – ein schmutziger Burggraben

Das Zehn-Milliarden-Dollar-Geschenk an die Israelis – und an die mächtige zionistisch-amerikanische Lobby – ist nur eines in einer laufenden Reihe von Bushs Manövern, die darauf abgestimmt sind, sein Geschick auf dem Gebiete der Auswärtigen Beziehungen darzulegen, eine Qualität, die sein Wahlkampfprogramm in dem Wettlauf um das Weiße Haus mit dem Demokraten Bill Clinton herauszustreichen beabsichtigt. Am Tage, nachdem der Präsident seinen Deal mit Israel bekanntgab, teilte er dem amerikanischen Volk mit, daß er soeben ein anderes großes internationales Paket – das Nordamerikanische Freihandelsabkommen mit Kanada und Mexiko – geschnürt habe. Nur zwei Wochen zuvor arrangierte der Präsident mit schneller Einwilligung des Kongresses ein 15,5 Milliarden Dollar schweres Hilfspaket für seinen neuen russischen Kumpel, Boris Jelzin. Was kommt als Nächstes?

Es ist ein neues Buch herausgekommen, das einige tiefe Einblicke in die Persönlichkeit dieses amerikanischen, elitären Präsidenten des Establishments gewährt: »Marching in Place: The Status Quo Presidency of George Bush«, geschrieben von zwei Reportern der Zeitschrift »Time«, Michael Duffy und Dan Goodgame. Sie behaupten, daß der Mann, der sich zur Zeit im Weißen Haus befindet, glaubt, daß »Wahlpolitik ein schmutziger Burggraben ist, den er alle paar Jahre durchschwimmen muß, um seinen rechtmäßigen Platz im Regierungsschloß wieder einnehmen zu können«.



US-Präsident George Bush und sein Konkurrent sind zwei Männer, von denen eigentlich keiner Präsident werden sollte.

Es geht um die Speisekarte von morgen

Andere Beobachtungen der Verfasser sind gleichermaßen verdammend. Sie sagen, daß, obwohl Bush »in der Öffentlichkeit dankbar für das Privileg ist, in das er hineingeboren wurde, er »stets weniger daran interessiert ist, etwas Besonderes als Präsident zu tun als lediglich Präsident zu sein«. Sein »liebenswürdiger und zielloser« Stil spiegele die Tatsache wider, daß »seine Idee von langfristiger Planung darin besteht, die Speisekarte für das Mittagessen von morgen zusammenzustellen«.

Noch schlimmer: Bush scheint von Geburt an nicht an innenpolitischen Angelegenheiten interessiert zu sein; er ist vielmehr unfähig, in ihnen irgendetwas Folgenträchtigeres zu sehen, für ihn sind es Hindernisse auf dem Weg zur Wiederwahl. Die Folge war, daß er den Vorsitz über eine Regierung führt, die einer zusammenhängenden Reaktion, noch viel weniger einer grundsätzlichen Reaktion auf alles, was in Amerika geschah, seitdem er vor fast vier Jahren sein Amt übernahm, nicht fähig ist.

Keiner verdient Präsident zu werden

Aber der Präsident ist ein netter Bursche, sagen die Verfasser. Es ist »schwierig, ihn nicht zu mögen« – das heißt auf einer persönlichen Basis. Das ist bei Clinton aber auch der Fall, wird den Amerikanern gesagt.

Amerika ist jedoch kein Gesellschaftsklub, zumindest nicht in diesen Tagen. Die USA brauchen keine netten Kerle. Sie brauchen einen Führer. Einen Führer, der die Bedürfnisse seines Landes vor die Bedürfnisse fremder Völker stellt. Einen Präsidenten, der sich darauf konzentriert, Amerikas dahinsiechendes Wirtschafts- und Sozialwesen zu korrigieren. □

Wunderland Washington

Ist George Bush erledigt?

Joseph Sobran

Am ersten Tag redeten sie darüber, ob man Dan Quayle fallenlassen sollte. Seine ungeschickte Handhabung des Problems, daß seine Tochter eine Abtreibung vorgenommen hat, machte ihn reif für eine weitere Gesprächsrunde darüber, ob er den Hut nehmen soll. Es ist ein Dilemma für George Bush, denn obwohl Quayle eine politische Belastung sein mag, wird Bush sehr verzweifelt aussehen, wenn er ihn fallen läßt, nach so vielen Versprechungen der Loyalität und so vielem Hin und Her in der Vergangenheit.

Jetzt ist das Thema gewechselt worden. Die Leute – bedeutende Herren wie US-Senator Alfonse D'Amato und George Will – reden plötzlich freimütig darüber, ob es möglich und wünschenswert sei, daß Bush selbst aus der Wahlliste der Republikaner ausscheidet und zum Wohle der Partei und des Landes einer zweiten Amtszeit abschwört.

Es kann kaum schlimmer werden

Die eigentliche Schwäche der Wahlliste Bush-Quayle ist links vom Bindestrich. Bush ist ein müder alter Mann, der nicht weiß, was er will; er hat es mit einem kraftvollen jungen Herausforderer zu tun, der genau weiß, was er will. Bushs Wahl-Mannschaft nennt Clinton einen »Liberalen«, was sehr wohl stimmt, aber die Frage aufwirft, warum Bush sich nur in Zeitabständen von vier Jahren gegen Liberale stellt.

Es herrscht das allgemeine Gefühl vor, daß Bush diesmal beim Konvent der Republikaner keine Wunder bewirken konnte. Alles, was er sagte, wurde mit Ironie aufgenommen. Wenn es wortreich ist, geht das Lob automatisch an den Ghostwriter seiner Reden.

Aber das Bild für Bush ist nicht schwarz, nur furchtbar, furchtbar grau. Er hat den Boden erreicht, wo er mit abgrundtiefer Beständigkeit verweilt; es kann kaum schlimmer werden. Die Leute mögen Bush nicht leiden, aber sie wissen, wie sie mit ihm fertig werden können. Für Clinton müßten sie schon einen ganzen neuen Satz von Gegenkörpern entwickeln. Clintons Glück kann sich andererseits noch sehr verschlimmern. Er liegt in den Meinungsumfragen weit voraus, aber es ist weich und schrumpft bereits zusammen. Sein Hauptanreiz ist, daß die Menschen des Amtsinhabers müde geworden sind. Aber es ist immer noch Zeit, des Herausforderers müde zu werden. Jennifer Flowers wird in Kürze in einer Pornozeitschrift erscheinen, die ihr eine halbe Million Dollar gezahlt haben soll. Dies könnte einen sehr schlechten Geschmack hinterlassen, besonders nach Clintons Bemühungen, sich als Familienvater darzustellen und nach seinen Bibelzitaten in der Rede zu seiner Nominierung als Kandidat. Der Geruch des Geldes könnte andere Flittchen in die Öffentlichkeit bringen, um ihre Stories zum Besten zu geben.

Clintons Wahlmannschaft soll ein »Bimbo-Kommando« enthalten, dessen einzige Aufgabe darin bsteht, andere Jennifers abzuwehren. Dies kann nur bedeuten, daß man genau weiß, daß hier Gefahr im Verzug ist.

Die Geschichten mit den Frauen

Clinton ist sehr gerissen, aber er hat sich zeitweilig auch sehr leichtsinnig verhalten. Für einen Mann mit einem solchen konzentrierten Ehrgeiz hat er furchtbare Risiken auf sich genommen. Skandale könnten auf drei Gefahrengebieten ausbrechen: Er selbst, seine Frau und andere Frauen. Vor einigen Monaten sagte Hillary Clinton zu einem Gesprächspartner, es sei ungerecht, daß »die andere Jennifer« – die wie Gerüchte besagen Bushs Geliebte sein soll – von der Presse nicht beachtet wird. Wenn Mrs. Clinton noch einmal so daherredet, wird der Schuß nach hinten losgehen. Niemand hat bewiesen, daß »die andere Jennifer jemals etwas Unrechtes getan hat«. Es soll sich um eine mollige Frau mittleren Alters, keine »femme fatale« und von daher gesehen nicht um Stoff für Skandale handeln.

Ronald Reagan ist der einzige Präsidentschaftskandidat seit Dwight D. Eisenhower, der nicht durch Nichterscheinen seines Gegners gewonnen hat. Die diesjährige Wahl wird durch den weniger abscheulichen Mann gewonnen werden. Bush scheint an seiner Grenze angekommen zu sein, aber es könnte über Clinton noch Schlimmeres herauskommen.

Vielleicht erscheint der Gegner bei der Wahl nicht

Der Grund, warum sogar ein wiedergekäuter Sexskandal Clinton schaden könnte, ist darin zu sehen, daß Unmoralität auf sexuellem Gebiet dem philosophischen Kern der von ihm geführten Demokratischen Partei nahesteht. Es ist eine Partei, die mit ihrem Gerede über »nicht-herkömmliche Familien« der Beseitigung des Unterschieds zwischen einer Familie und einer Orgie gefährlich nahekommt. Abtreibung auf Verlangen ist ihr Sakrament.

Jesse Jacksons Rede auf der Parteiversammlung enthielt eine erstaunlich offensive Diskussion – ich möchte das hier nicht einmal umschreiben – über die heilige Familie; sie rief keine Stellungnahme in den Medien hervor. Plakate, auf denen Rechte für Schwule und Lesbierinnen gefordert werden, waren überall zu sehen. Clinton versprach bodenlose Gelder für die Aids-Forschung und ein Ende für das Verbot der Homosexualität in der Armee. Und selbstverständlich ist die Partei immer noch dem Wohlfahrtstaat und einer Annäherung an die Unehelichkeit auf der Basis des »Nicht-Verurteilens« verbunden.

Das Ideal der Demokraten von einer Gesellschaft ist ein System, wo das Sexualverhalten von Verantwortung für die Familie abgetrennt wird und die Steuerzahler gezwungen werden, die Folgen zu tragen. Dies ist ein Punkt auf den die Republikaner zusteuern könnten, in dem sie zum Beispiel den Homosexuellen das Recht verweigern, Kinder zu adoptieren.

Was könnte Clinton dazu sagen? Glaubt er an gleiche Rechte für Homosexuelle oder nicht? Ein aufgefrischter Sexskandal über Clinton wäre etwas mehr als eine Erinnerung an einen Abfall von der Gnade, vergangen und bereut. Er würde besondere Bedeutung gewinnen als Einschüchterung eines Mannes, der die Familie auf die leichte Schulter nimmt und dessen Ehefrau die Familie tatsächlich mit Sklaverei verglichen hat. Wenn die Bush-Wahlmannschaft Hillary Clintons radikale Verkündigungen nicht ausbeutet, ist sie hoffnungslos verloren.

Wir treten in die letzte Phase des Wahlkampfes ein, in der die Kandidaten Anfeindungen am stärksten ausgesetzt sind, aber mit maximaler Gewalt über das Format, mit dem sie diesen ausgesetzt werden. Die Wähler, angeblich die souveränen Herrscher über den Prozeß, bekommen wenig Gelegenheit, sie herauszufordern oder ihnen auch nur ein paar direkte Fragen zu stellen. Die ungewöhnliche Strategie der Kandidaten in dieser Phase besteht darin, so uninteressant wie möglich zu sein und sich stark auf sorgfältig vorbereitete Applaus-Effekte zu verlassen. Die einzige Pause in der Langeweile tritt gewöhnlich in den Debatten ein, wenn die Kandidaten gegeneinander eingesetzt werden in einem Format, wo irgendetwas weichen muß. Niemand erwartet von dem anderen Kandidaten, daß er etwas Interessantes von sich gibt, es sei denn ungewollt.

Amerikanische Präsidentschaftswahlen werden, wie ich sage, durch Nichterscheinen des Gegners gewonnen. Dies ist eine Wahrheit der zeitgenössischen Politik, die Bush vor der Niederlage bewahren könnte, die er verdient hat. □

USA

Gemeinsamkeiten von Bush und Clinton

US-Präsident George Bush und sein Konkurrent im Wahlkampf um die amerikanische Präsidentschaft haben ein schmutziges Geheimnis gemeinsam. Bush und der CIA steckten knietief im Drogenhandel und der damit zusammenhängenden Geldwäsche, die über den winzig kleinen Flugplatz in Mena, US-Bundesstaat Arkansas, abgewickelt wurden. Clinton weiß über den Skandal sehr gut Bescheid, vertuscht diese Dinge jedoch für Bush, behauptet Tom Brown, ein ehemaliger Vorsitzender des Arkansas Committee, einer Gruppe von Studenten an der University of Arkansas, die damit begann, die Benutzung des Flughafens Mena als Umschlagplatz für Waffen- und Drogenschmuggel für die nicaraguanischen Contra-Streitkräfte durch den CIA zu untersuchen. Unser Mitarbeiter Tom Valentine interviewte Brown. Er äußerte sich auch über Clintons wenig bekannte Verwicklung in den BCCI-Bankenskandal. US-Präsident Bush hat ebenfalls seine eigenen Verbindungen zur BCCI.

Wie ich erfahren habe, war der Gouverneur von Arkansas, Bill Clinton, nicht gerade kooperativ, als Ihr Ausschuß damit begann, die Situation auf dem Flughafen Mena unter die Lupe zu nehmen?

Brown: Überhaupt nicht. Schon 1989 sandte ich Petitionen an Gouverneur Clinton und bat um die Einberufung eines Untersuchungsschwurgerichts, das sich mit dieser Sache befassen sollte. Anfangs hatte auch einer unserer Kongreßabgeordneten, Bill Alexander, dazu aufgerufen.

Das Bombengeschäft mit Drogen

Ich bekam jedoch einen Antwortbrief vom Gouverneur, in dem es mehr oder weniger hieß: »Verschwinden Sie. Ich will nicht mit Ihnen reden.«

Ich war seinerzeit irgendwie schockiert. Mit der Zeit wurde mir seine barsche Reaktion jedoch mehr und mehr verständlich.

Inwiefern steht Clinton mit dem Waffen- und Drogenschmuggel des CIA, der über den Flughafen Mena abgewickelt wurde, in Zusammenhang?

Brown: Schon 1981 und 1982 benutzte ein Mann namens Barry Seal, der größte Drogen-Spediteur des Landes den Flughafen Mena als Operationsbasis. Wer ist Barry Seal? 1972 wurde er mit 14000 englischen Pfund Sprengstoffen in seinem Besitz auf dem Flughafen New Orleans erwischt. Er war auf dem Wege nach Mexiko, um Kubaner, die für den CIA arbeiteten, mit Nachschub zu versorgen, in der Absicht, in Kuba einzumarschieren. Er wurde ohne Prozeß wieder freigelassen, und alle Anklagen gegen ihn wurden fallengelassen. Dies war durch und durch eine CIA-Operation, und Seal steckte mitten darin.

Seal war nicht nur ein Großdrogenschmuggler und nicht nur der jüngste 747-Pilot, den es jemals gab, sondern unterhielt schon seit Jahren – lange vor Mena – enge Beziehungen zum CIA.

1982 war Terry Capehart, ein Hilfssheriff in Polk County – wo Mena liegt –, auch auf dem Flughafen Mena beschäftigt. Er sah wie das ganze Zeug hereinkam, ging zum Sheriff, A. L. Hadaway, und sagte: »Wir müssen in dieser Sache etwas unternehmen.« Bis spätestens 1983 waren die Staatspolizei von Arkansas und der IRS (Internal Revenue Service) alle an der Untersuchung dieses Drogenschmuggels, Geldwäsche und Contra-Ausbildung und -Versorgung über den Flughafen Mena beteiligt. Es gab Tonnen von Kokain und hunderte von Millionen Dollar, die über die örtliche Bank gewaschen wurden. Es war in dieser kleinen Stadt ein Bombengeschäft.

Die Arbeit für den damaligen Vizepräsidenten

Trotz aller Ermittlungen schlugen der örtliche Bundesstaatsanwalt Asa Hutchinson dort unten in Fort Smith und später Michael Fitzhugh, dem Sheriff und Hilfsheriff die Tür vor der Nase zu. Sie wollten nicht kooperieren und niemanden festnehmen oder ein Untersuchungsschwurgericht einberufen.

Inzwischen hatte die Staatspolizei 34 Bände – über 3000 Seiten – an Berichten. Es gab tausende von Seiten IRS-Berichte über Geldwäsche, die über die örtliche Bank abgewickelt wurde, und tausende von Seiten FBI-Berichte.

Im Oktober 1986 wurde ein Transportflugzeug der Southern Air über Nicaragua abgeschossen, als es Nachschub für die Contras anlieferte, und ein Sergeant, Eugene Hasenfus, überlebte und wurde festgenommen. Die Maschine, in der Hasenfus sich befand, hatte ihren Standort in Mena und gehörte Seal. Sie wurde nicht nur zum Drogenschmuggel, sondern auch zur Ausbildung von Piloten bei den vom CIA geleiteten Operationen zur Versorgung der Contras mit Nachschub benutzt.

Es wurde keine Anklage erhoben

Hasenfus sagte, er habe für den damaligen Vizepräsident George Bush und für den CIA gearbeitet. Jetzt begriffen die örtlichen Polizeibeamten, FBI-Agenten und IRS-Fahnder plötzlich, warum niemand mit ihnen zusammenarbeiten wollte.

Im Dezember 1987 lag der Druck auf dem örtlichen Bundesstaatsanwalt, und er forderte die Einberufung eines Untersuchungsgeschworenengerichts, aber es wurden keine Anklagen erhoben.

Nachdem dies alles vorbei war, traten Untersuchungsgeschworene und Zeugen des Untersuchungsgeschworenengerichts an die Presse heran und sagten, hier gehe eine Vertuschung vor sich. Sie riskierten ihre Freiheit dadurch, daß sie an die Öffentlichkeit gingen, weil es gegen das Gesetz ist, über das Verfahren eines Untersuchungsgeschworenengerichts zu sprechen.

Anfang 1988 ging Chuck Black, der assistierende Staatsanwalt für Polk County, zu Clinton und sagte: »Wir wissen, was da unten vor sich geht. Wir wissen von den Tonnen von Kokain und Tonnen von Waffen und hunderte von Millionen Dollar, die durch die örtliche Bank gehen. Wir wissen von hunderten von Leuten, die hier in Mena ausgebildet wurden.

Wir haben alles schriftlich festgelegt und müssen die Sache vor ein Gericht bringen, aber wir wissen, daß der Bundesstaatsanwalt nicht mitspielt. Wir sehen, daß George Bush sich hier in der direkten Befehlskette befindet.«

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß, als Hasenfus über Nicaragua abgeschossen wurde, ein Telefongespräch aus dem zentralen Hauptquartier dieser Operation – mit Standort in El Salvador – direkt mit dem Büro des Vizepräsidenten Bush im Weißen Haus geführt wurde. Alle Aufzeichnungen dieser Telefongespräche liegen vor.

Clinton vertuschte die Angelegenheit

Black sagte zu Clinton: »Sehen Sie, Bill, Sie erzählen den Leuten schon seitdem Sie auf der Uni waren, daß Sie Präsident werden wollen, und jetzt planen Sie, 1992 gegen Bush anzutreten.«

Black bat Clinton aus diesem Grunde, eine Million Dollar an Staatsgeldern für Polk County

USA

Gemeinsamkeiten von Bush und Clinton

zur Verfügung zu stellen, um weitere Ermittlungen anstellen zu können. Dies wäre für Clinton 20 Millionen Dollar wert an landesweiter guter Publizität für ihn und schlechter landesweiter Publizität für Bush gewesen.

Clinton versprach Black, er werde darauf zurückkommen. Jedoch von 1988 bis September 1991 sagte Clinton zu niemandem etwas über Mena. Dann, als Clinton sich in das Rennen um die Präsidentschaft stürzen wollte, führte unser Arkansas Ausschuß unten in Little Rock eine Demonstration durch und warf die Frage auf: »Wo war der Gouverneur als die Sache heiß war?«

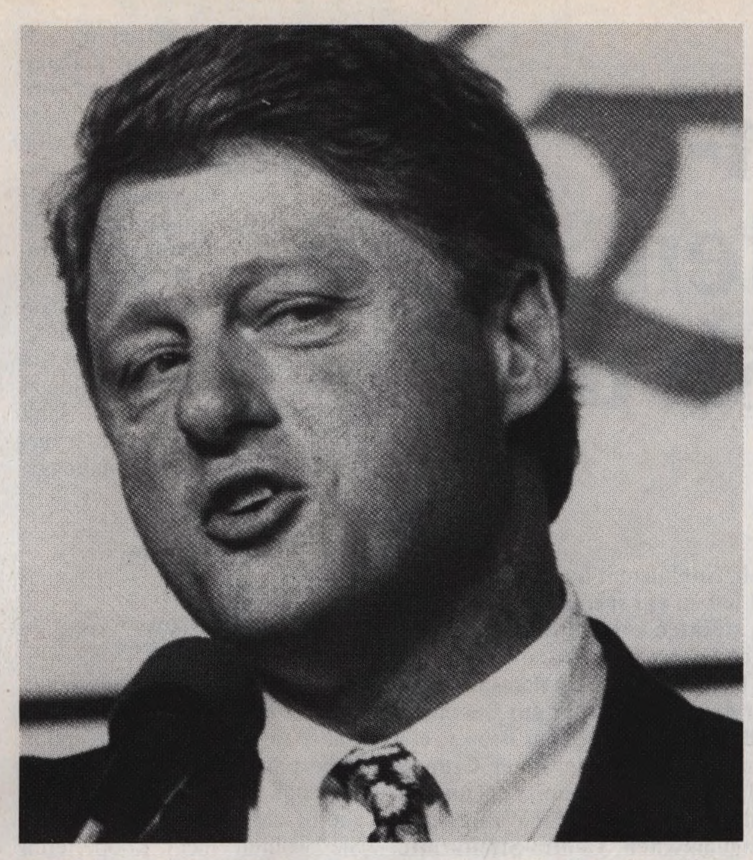
Clinton trat ans Rednerpult und sagte: »Nun, ich bewilligte 25000 Dollar für eine staatliche Untersuchung, aber ich habe nie wieder etwas von der Sache gehört.«

Clinton sagte uns, er wisse über den CIA, über Bush und über die Drogen Bescheid, aber aus irgendeinem Grund habe er nichts weiter darüber gehört.

Die Verbindung Clintons zur BCCI

Zu diesem Zeitpunkt baten wir Clinton, uns zu dokumentieren, daß die 25000 Dollar bewilligt worden waren. Wir erhielten ein Schreiben aus dem Büro des Gouverneurs, in dem es hieß, es gebe keine Dokumente über die Bewilligung der Staatsgelder.

Wir erhielten zwar ein Schreiben vom Leiter der Staatspolizei, in dem es hieß, er habe sich mit dem Gouverneur in dessen Büro getroffen und Clinton habe 25000 Dollar für eine Ermittlung bewilligt. In einem Telefongespräch teilte der Vorsitzende der Staatspolizei uns die Namen einiger der örtlichen Beamten in Polk County mit, denen er angeblich gesagt habe, daß die Gelder bewilligt worden seien.



Präsidentschaftskandidat William Clinton weiß über Skandale, die Bush und den CIA betreffen, Bescheid, schweigt aber aus Opportunismus.

Wir hatten uns aber bereits mit den Leuten in Polk County in Verbindung gesetzt und wußten, was in Wirklichkeit vor sich ging. Der Richter des örtlichen Gerichtsbezirks und der Oberstaatsanwalt sagten beide, sie hätten keinerlei Informationen darüber.

Der assistierende Staatsanwalt sagte nicht nur, er habe niemals etwas davon gehört, daß Gelder bewilligt worden seien, sondern daß die Bewilligung von 25000 Dollar für die Ermittlungen das Gleiche wäre, als wenn man in einen Waldbrand spuckt, um ihn zu löschen. Er hoffe, weiter in diese Vertuschung eindringen zu können – und was er meinte war Clintons Verwicklung darin.

Von Ihnen kamen auch Informationen über die Verbindung Clintons mit dem BCCI (Bank of Credit and Commerce International)-Skandal.

Brown: »The Spotlight« hat in dieser Hinsicht gute Arbeit geleistet mit Mike Blairs Bericht mit der Überschrift: »Demokratischer Kandidat in Bankenskandal verwickelt«. In diesem Bericht erwähnt er Curt Bradbury, einen ehemaligen Angestellten der Firma Stephens Inc. Diese Firma ist eine der führenden Kapitalanlagebanken und Verkaufsstelle für Schuldverschreibungen des Landes. Sie befindet sich direkt in Little Rock, Arkansas, und hat einen unverhältnismäßig großen Einfluß auf die Regierung des Staates Arkansas.

Schon 1977 lud Stephens Inc. einige Leute von der BCCI ein, nach Amerika zu kommen, und es wurde der Kauf dessen in die Wege geleitet, was inzwischen zu First American Bankshares wurde.

(Der ehemalige Verteidigungsminister Clark Clifford und sein juristischer Partner, Robert Altman, stehen derzeit beide wegen ihrer Beteiligung an dem Kauf von First American Bankshares unter Anklage – die Redaktion.) Im Dezember 1991 brachte der »Arcansas Democrat« einen Bericht mit der Überschrift: »Reports link Stephens to BCCI« (»Berichte bringen Stephens mit BCCI in Verbindung«). Verfasser dieses Berichts war Hal Brown, und darin wird der gleiche Curt Bradbury nicht nur als ehemaliger Angestellter der Firma Stephens Inc., sondern auch als Vorsitzender, Präsident und Generaldirektor der Worthen National Bank identifiziert. Bradbury soll gesagt haben: »Zunächst einmal weiß ich nichts von irgendwelchen BCCI-Verbindungen und Sie auch nicht.«

Die verschlungenen Banken-Verflechtungen

Dies war im Dezember 1991.

Ich sage noch einmal: 1977 lud Stephens Inc. die BCCI nach Amerika ein und arrangierte die ganze Übernahme von Clark Cliffords First American Bankshares durch die BCCI. Zufällig besitzt Stephens Inc. 38 Prozent der Worthen National Bank.

Kommen wir wieder auf August 1991 zurück. Zu diesem Zeitpunkt stand ein anderer Artikel in der inzwischen eingegangenen »Arkansas Gazette«. Dieser trug die Überschrift: »Little Rock in the BCCI route to power« (»Little Rock auf der BCCI-Route zur Macht«). Der Artikel wurde von Paul Barton geschrieben.

Ich zitiere daraus: »Curt Bradbury, seinerzeit Finanzexperte für Stephens Inc., jetzt Vorsitzender und Generaldirektor von Worthen National Bank of Arkansas, teilte einem leitenden BCCI-Angestellten seine Forschungsergebnisse über Financial General mit und fügte diesem Bericht ein Exemplar des letzten Jahresberichts dieser Firma bei. Financial General war die Muttergesellschaft der National Bank of Georgia, die von Bert Lance, ein langjähriger Kumpel des ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter, geleitet wurde«.

Dieser Kauf von Financial General und der National Bank of Georgia ist das, was sich zur First American Bankshares, Clark-Clifford-Bank in Washington, entwickelte.

Was ist nun die Clincton-Connection? Nun, Worthen National Bank – von dem oben erwähnten Bradbury geleitet – gab Clinton eine Reihe von Krediten in Höhe von 2,5 Millionen Dollar für seinen Präsidentschaftswahlkampf. □

Rabin über Angriff auf »USS Liberty« befragt

James P. Tucker

Der neu gewählte israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin, der 1967 den Angriff auf das amerikanische Kriegsschiff »USS Liberty« befahl, hatte Schwierigkeiten über seine eigene Verantwortlichkeit und die seiner Regierung bei diesem mörderischen Angriff die richtigen Worte zu finden.



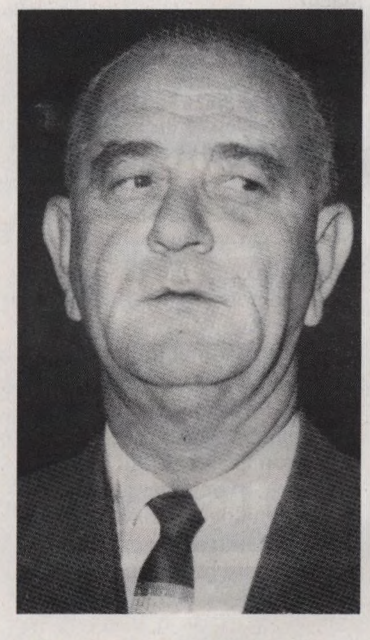
Israels Premierminister Yitzhak Rabin (links) wird von unserem Mitarbeiter James Tucker über die Angriff auf die »USS-Liberty« befragt.

»Warum befahlen Sie im Juni 1967 den Bombenangriff auf das amerikanische Kriegsschiff ›USS Liberty‹?« Diese Frage brachte den israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin offenbar arg in Verlegenheiten. Ich stellte sie ihm während eines Empfanges im National Press Club in Washington am 12. August 1992, dem Tag, nachdem er und US-Präsident George Bush die Vereinbarung darüber bekanntgegeben hatten, daß Israel eine Darlehensgarantie in Höhe von zehn Milliarden Dollar von amerikanischen Steuerzahlern erhalten soll. Nachdem er viele »Lieblings-Fragen« von einem wohl eingestimmten Pressecorps beantwortet hatte, war meine Frage ganz offensichtlich ein politischer Volltreffer.

Rabin wurde aschfahl im Gesicht

Rabin war zum Zeitpunkt des Angriffs auf die »USS Liberty« Stabschef der Israel Defense Force – das israelische Militär – und befahl den Angriff höchstpersönlich (CODE berichtete darüber).

»The Spotlight« war das erste amerikanische Nachrichtenmagazin das darüber berichtete, daß der Angriff willkürlich erfolgt ist. Mit einer kleinen Geste veranlaßte Rabin seine Leibwächter dazu, die anderen Reporter zurückzudrängen, und der kurze Wortwechsel wurde somit zu einem Privatgespräch.



Der damalige US-Präsident Lyndon Johnson log, als er den Zwischenfall als »tragischen Irrtum« bezeichnete.

»Ich habe erst am nächsten Morgen davon erfahren«, sagte Rabin schließlich. »Wir glaubten, es habe sich um eine andere Flotte gehandelt [sic]«.

»Aber warum hat Israel absichtlich ein amerikanisches Schiff angegriffen?«, frage ich. »Es war doch absichtlich.«

Rabin stammelte, der Vorfall sei doch schon »so lange her«. »Viele amerikanische Seeleute sind aber tot und ›Spotlight‹-Leser sind immer noch verärgert darüber«, antwortete ich Rabin.

Rabin, aschfahl im Gesicht, gab keine Antwort mehr. Seine Leibwächter rückten vor, um ihn zu retten.

Der Angriff geschah am 8. Juni 1967 und führte zum Tode von 34 Besatzungsmitgliedern und zur Verwundung von 171 weiteren. Es war ein Willkürakt, und der verstorbene US-Präsident Lyndon Johnson log, als er nach einer flüchtigen Untersuchung verkündete, der Zwischenfall sei ein »tragischer Irrtum« gewesen.

Die Amerikaner werden zum Narren gehalten

Die Presse des Establishments schützte Rabin mit Erfolg vor weiteren Fragen über den Angriff auf die »Liberty« nach einer offiziellen Ansprache vor dem National Press Club.

Die übliche Praxis ist, daß Fragen auf Karten geschrieben und diese zu dem Tisch geschickt werden, an dem der Gast der Pressekonferenz sitzt. Meine Frage wurde dorthin geschickt, schon bevor die Ansprache begann. Sie lautete: »Warum befahlen Sie im Juni 1967 den Angriff auf die ›USS Liberty‹?«

Viele dumme Fragen wurden auf der Pressekonferenz gestellt, diese Frage aber nicht. Es wurde jedoch später festgestellt, daß mindestens zwei andere Fragen über den vorsätzlichen Angriff auf die »Liberty« von anderen Journalisten zu dem Tisch geschickt worden waren.

Alle drei Fragen bezüglich der »Liberty« wurden ignoriert. Aber als die Karten von Hand zu Hand durch Dutzende andere Hände bis zum Rednerpult gelangten, begriffen viele in der Establishment-Presse, daß sie amerikanische Bürger nicht länger über diese Tragödie zum Narren halten konnten. □



Rabins Friedens-Deal gegen Jordanien gerichtet

»Es wird ein Deal zusammengebraut zwischen Israel, den Palästinensern und Jordanien, wodurch Jordanien in den Sicherheitsumkreis von Israel einbezogen werden soll«, sagte ein Spezialist für den Nahen Oster kürzlich.

Wie berichtet wird, würde das Abkommen Jordaniens Grenzen *zu anderen arabischen Staaten* als Sicherheitsgrenzen Israels festlegen. Das Abkommen würde Jordanien verpflichten, zuzustimmen, daß es nicht zulassen werde, daß sein Territorium oder Luftraum für Angriffe auf Israel benutzt werden und die Waffenarten beschränken, die Jordanien besitzen darf.

»Das Abkommen würde viel Geld erfordern, wie das Camp-David-Abkommen, daß den amerikanischen Steuerzahler vier Milliarden Dollar an Hilfsleistungen an Israel sowie zwei Milliarden Dollar für Ägypten kostete«, sagte der Spezialist. Israel wird nur Land abgegeben in einer Vereinbarung über Autonomie, als Gegenleistung für eine finanzielle Entschädigung, die »Milliarden kosten werde«. Das Abkommen würde keinen palästinensischen Staat oder ein Recht auf Rückkehr beinhalten. Palästinenser, die in Lagern außerhalb der besetzten Gebiete leben, wie im Libanon oder in Jordanien, werden jordanische Pässe und eine finanzielle Entschädigung erhalten, und es wird ihnen gesagt, das sie woanders leben sollen.

Das Abkommen würde Syrien ausfrieren und »die territoriale Frage über den Horizont« erstrecken.

Der Vorsitzende der PLO, Jassir Arafat, sagte vor einer Versammlung von Wissenschaftlern in Kairo, er sehe trotz der Bemühungen des israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin, den sogenannten Friedensprozeß zu beschleunigen, keinerlei Grund für Optimismus. Arafat stellte fest, daß Rabins Sprache sich seit seiner Wahl verändert habe. »Ich sage zu Rabin, Ihre politische Sprache hat sich nach den Wahlen gegenüber der Sprachregelung vor den Wahlen geändert. Rabin hat jetzt gesagt, er werde sich nicht aus den besetzten Gebieten zurückziehen ohne eine öffentliche Volksabstimmung... Ich sehe keinen Unterschied zwischen Rabin und dem ehemaligen Ministerpräsident Yitzhak Shamir. Leider haben einige unserer arabischen Brüder versagt und ihn willkommen geheißen.« □

Revolte in ganz China gegen »Reformen«

Im »Rostgürtel« Chinas, wie das alte industrielle Kernland in den Provinzen Sichuan und Manschurei jetzt genannt wird, nehmen Berichte über Aktionen der Arbeiter gegen die »Reform«-Politik mit wirtschaftlichen Sparprogrammen zu.

Arbeiter besetzten die Chongqing Knitting Mill (Strickfabrik) in der Hauptstadt von Sichuan und nahmen den leitenden städtischen Beamten als Geisel, als bekanntgegeben wurde, daß das Werk geschlossen werden soll, berichtete Reuters. Der Führer der Kommunistischen Partei der Stadt sagte zu Reuters: »Ich habe ihnen gesagt, wenn die Fabrik pleite geht, dies nicht bedeutet, daß sie hungern müssen. Es bedeutet jedoch, daß sie nicht mehr so gut essen werden.« Mehr als 40 Prozent der staatlichen Unternehmen Sichuans haben im ersten Halbjahr 1992 Verluste eingefahren.

Der chinesische Arbeitsminister Ruan Chongwu bestätigte Berichte darüber, daß unzufriedene Arbeiter Protestaktionen durchführen, bestritt jedoch, daß diese durch Reformen auf Staatsebene, die im laufenden Jahr zum Verlust von einer Million Arbeitsplätzen geführt haben, verschärft worden sind. Ruan sagte, Entlassungen verursachen Unzufriedenheit unter Arbeitern in Staatsbetrieben, aber aus drei kürzlich veröffentlichten offiziellen Studien gehe hervor, daß 94 bis 98 Prozent der Arbeiter mit Chinas Reformen auf dem Arbeitssektor zufrieden seien. »Es gibt eine geringe Zahl von Arbeitern, die mit diesen Reformen unzufrieden sind«, sagte er.

Indessen ließ Peking im ersten Halbjahr 1992 66 Firmen in Konkurs gehen, »bei dem Prozeß, die Betriebe dazu anzuhalten, ihre Verluste zu verringern und gut zu wirtschaften«, berichtete die Nachrichtenagentur Xinhua. Aus Angst vor Feierschichten und sozialen Unruhen habe sich Peking schwer damit getan, so viele Konkurse zuzulassen. Die Ziffer sei weit höher als Peking zunächst eingeräumt habe. Neun Unternehmen wurden allein in der Stadt Shenyang, in Chinas industriellem Nordosten, dicht gemacht. □

Chinas angeblich neue Tibet-Politik

Im Gleichklang mit der Schmiedung einer neuen »Seiden-Straße« quer durch Asien hat China, wie berichtet wird, entschieden, Tibet der Außenwelt völlig zu eröffnen. Der Ausschuß der Kommunistischen Partei der Region und die Regierung beschlossen, »von einer geschlossenen oder halbgeschlossenen Wirtschaft auf aktive Beteiligung am binnenländischen Handel überzugehen«.

Die Regierung wird günstige Gelegenheiten für Geldanlagen im Ausland, direkte Luftverbindungen mit Peking, Kathmandu und Hongkong anbieten und bei der Förderung des Tourismus aufs Ganze gehen.

Im Exil lebende Tibetaner sehen den Schritt als Tarnung dafür an, noch mehr Chinesen nach Tibet hereinzuholen. In einem Leitartikel der »Tibet Daily« heißt es, daß der Schritt unternommen wird, um »Tibets wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen und... die Einheit der Nationalitäten zu stärken – was bedeutet, daß, wenn dies einen schneller ansteigenden Lebensstandard für die Bevölkerung mit sich bringt, dies Tibets buddhistische Unabhängigkeitsbewegung schwächen könnte. Die Entscheidung ist voller Risiko.« □

Schweden fürchtet Neuauflage des »Großen Krieges«

Der schwedische Ministerpräsident Carl Bildt warnte in einem Interview mit der schwedischen Tageszeitung »Svenska Dagbladet«, daß es »nicht unwahrscheinlich« sei, daß Schwedens traditionelle Neutralität durch einen russischen Angriff auf Finnland oder die drei baltischen Staaten oder an einer anderen Stelle in der Zukunft aufgegeben werden muß. Schweden könnte eines Tages vor dem gleichen Dilemma stehen wie 1939, als Stalin in das benachbarte Finnland einmarschierte.

Bildt warnte vor der Machtergreifung eines autoritären russischen Regimes mit »revanchistischen« Ambitionen. Sollten die baltischen Staaten oder Finnland dann bedroht werden, »wer kann uns versichern, daß automatische Neutralität Schwedens Haltung sein muß?«, fragte er.

Die Professoren Gerner und Hedlung, zwei russische Experten von der Universität Lund, warnten in einem Artikel in der schwedischen Wochenzeitung »Sunday« vor Parallelen zwischen der Krise auf dem Balkan und dem, was sich jetzt in der ehemaligen Sowjetunion entfaltet. Unter der Überschrift: »Das bevorstehende Risiko eines großen Krieges« wiesen sie warnend darauf hin, daß es in der ehemaligen UdSSR mehr als eine Million interne ethnische Flüchtlinge gibt, was ein Anzeichen dafür sei, daß die Lage »vor einer Explosion« steht. Es drohe ein Konflikt zwischen Rußland und Ukraine, und eine große Auseinandersetzung zeichne sich im Baltikum ab, wo das Schießen bereits begonnen habe. Wegen all dieser Dinge, so argumentieren sie, »ist es höchste Zeit für schwedische Politiker, zu erkennen, daß die alten Modelle der Passivität und

des Wunschdenkens der Vergangenheit angehören.

Gerner und Hedlund schlugen vor, daß die russischen Truppen die baltischen Staaten unverzüglich verlassen sollten, als Gegenleistung dafür, daß die baltischen Regierungen den in ihren Ländern lebenden russischen Minderheiten ihre Rechte garantieren. □

Beschuldigungen gegen Kuwait wegen Menschenrechtsverletzungen

Die in Washington ansässige Menschenrechts-Gruppe Middle East Watch gab einen Bericht über die weit verbreitete schändliche Behandlung ausländischer weiblicher Bediensteter durch Kuwaitis, die nicht bestraft werden, heraus. Diese Dinge geschehen heute immer noch.

In dem Bericht heißt es: »Ein weit verbreitetes Muster von Vergewaltigungen, Gewaltanwendung und Mißhandlungen von asiatischen Stubenmädchen findet weitgehend straflos statt... Fast ohne Ausnahme sprachen die befragten Frauen von Nichtzahlung des Lohnes, Wegnahme des Passes und beinahe vollständige Einsperrung in der Wohnung ihrer Arbeitgeber... Alle diese Mißbräuche sind nach kuwaitischem Gesetz illegal, die Regierung hat sich aber weitgehend nicht darum gekümmert.«

Indessen könnten gemeinsame amerikanisch-kuwaitische militärische Übungen, einschließlich des größten Manövers in der Nähe der irakischen Grenze, »ebensoviel mit der Unstabilität innerhalb der kuwaitischen Königsfamilie wie mit dem irakischen Präsidenten Saddam Hussein zu tun haben«, verlautet aus einer Londoner Quelle. »In den letzten Wochen hat die Art der Geschäftsführung des kuwaitischen ausländischen Investment-Holdings KIO, gesteuert von der königlichen Familie al-Sabah, plötzlich große Skandale ausgelöst. Es gibt Anzeichen dafür, daß dies zu einem gewaltigen Machtkampf gehört, der auf den diktatorischen Griff der al-Sabahs in Kuwait abzielt. Vielleicht... entsandte Bush amerikanische Soldaten, um al-Sabah und damit möglicherweise einen beträchtlichen Strom von Geldern in Washingtoner Lieblings-Projekte zu unterstützen.« □

Aids erreicht in Asien eine alarmierende Ausbreitung

Die meisten der zehn Millionen Aids-Fälle der Welt bis spätestens zum Jahr 2000 werden in Asien zu finden sein, heißt es in einem Bericht der Asian Development Bank (ADB), wie Reuters aus Manila auf den Philippinen berichtete.

Indien und Thailand, die 1987 weniger als jeweils 1000 Fälle von Infektionen mit dem HIV-Virus, der Aids verursacht, zu verzeichnen hatten, haben jetzt tausende von Opfern, schreiben das Infrastructure Department und dessen Economic and Development Resource Center der ADB in dem Bericht. Thailand verzeichne schätzungsweise 200000 bis 400000 Fälle von Menschen, die mit dem Virus infiziert sind, während Indien zwischen 400000 und einer Million solcher Fälle verzeichne, heißt es in einem Auszug aus dem Bericht in der Vierteljahreszeitschrift der ADB. Es wird damit gerechnet, daß die Anzahl der Menschen, die den HIV-Virus in sich tragen, gegen Ende des Jahrhunderts 40 Millionen und darüber hinaus erreichen wird, und mehr als die Hälfte davon werden in Asien anzutreffen sein.

»Die Epidemie scheint in anderen Teilen der Region weniger ernsthaft zu sein, obwohl die aufgezeichneten niedrigen Infektionsquoten auf ein Zusammenspiel zwischen gesellschaftlichen Konventionen, die die Enthüllung der Infektion verzögern, weitverbreitetem Nichtwissen über die Krankheit und schlechten Testmöglichkeiten zurückzuführen sein könnte«, heißt es in dem Bericht. Es wird damit gerechnet, daß die Epidemie den davon betroffenen Ländern gewaltige wirtschaftliche Kosten auferlegen wird. □

Die Vereinten Nationen als Handlanger der USA

Der irakische Präsident Saddam Hussein hat in einer herausfordernden Rede zur Erinnerung an den Staatsstreich von 1968, der die Ba'ath-Partei im Irak an die Macht brachte, die Vereinten Nationen als »Amerikas Werbefirma« verurteilt. Hussein griff die Führer Saudi-Arabiens und Kuwaits an und erklärte: »Was wir brauchen ist ein Heiliger Krieg, um die arabische Nation von diesen verräterischen Führern, die eine beschämende Belastung für unsere Region geworden sind, zu säubern.« Er nannte Britannien einen »Partner im Verbrechen«, wobei die Vereinigten Staaten versuchen, den Irak wieder zu kolonialisieren.

Oman und Bahrain, zwei Mitglieder der Koalition im Krieg gegen den Irak und Jordanien, sandten Glückwunschbotschaften an Hussein. □

Ägypten verkündet strenge Maßnahmen gegen Radikale

Die ägyptischen Behörden haben als Reaktion auf eine Offensive der radikalen islamischen Partei »Gamaat« in Oberägypten eine Reihe von harten Maßnahmen angekündigt, berichtete die französische Tageszeitung »Libération«. Zu den Maßnahmen gehören die Erweiterung der Todesstrafe auf solche Verbrechen wie der Angriff auf Kirchen, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Aufnahme von Kontakten mit fremden Mächten, um Angriffe zu schüren. Harte Strafmaßnahmen seien auch für andere kriminelle Handlungen erlassen vorden, und das Innenministerium habe bekanntgegeben, es werde vier neue Gefängnisse in der Wüste errichten.

»Es gebe Meinungsverschiedenheiten über die Mittel, die jetzt angewandt werden sollen«, schrieb »Libération«, aber es herrsche ein breiter Konsens über die Notwendigkeit zur Ausrottung des Extremismus, vor allem nach dem kürzlichen Mord an dem ägyptischen Schriftsteller Faruq Foda. □

Einmischung in Malaysias Innenpolitik

»Einige überseeische Kreise wollen, daß wir den Problemen ins Auge schauen und uns trennen sollen wie in Jugoslawien, der Tschechoslowakei und in der ehemaligen Sowjetunion«, sagte der malaysianische Ministerpräsident Mahathir Mohamed auf einem Treffen der United Malays National Organization (UMNO), berichtete die Nachrichtenagentur Bernama.

Mahathir klagte an, daß die ausländische Presse die Regierung der rivalisierenden Partei in Malaysias nordöstlichem Staat Kelantin, die einzige Staatsregierung, die von der oppositionellen fundamentalistischen Parti Islam (PAS) beherrscht wird, lobt und damit versucht, die moslemische Einheit im Lande zu zerstören. Er stellte fest, daß vor allem die westliche Presse zwar speziell die islamische Fundamentalisten nicht mag, aber Lobeshymnen auf die von der PAS gesteuerte Regierung singt. Mahathir äußerte, daß Artikelschreiber mehrerer ausländischer Zeitschriften Kelantin besucht und berichtet hätten, daß es sich dort um ein gemäßigtes Regime handele, das niemanden unterdrücke, »aber in Wirklichkeit wollen sie mehr Konflikte unter den Moslems«.

»Die Regierung von Kelantin hieß diese Leute willkommen, obwohl sie diese Zeitschriften als anti-islamisch zu bezeichnen pflegten«, sagte er. Die PAS-Regierung sei »hitzköpfig geworden, weil sie glaubt, die Unterstützung der Völkergemeinschaft zu haben«. □

Yitzhak Rabin

Befohlener Angriff auf die Freiheit

Warren Hough

Der ehemalige Mossad-Agent Victor Ostrovsky bezeichnet den israelischen Geheimdienst als »die eigentliche Maschine der Politik in Israel«. Der neu gewählte Führer dieses Landes, Yitzhak Rabin, ist eine Bestätigung dafür.

General Yitzhak Rabin, Israels neuer Premierminister der Arbeiterpartei, der von der Bush-Regierung als »gemäßigt« gepriesen wird, hat eine lange Vorgeschichte als erbarmungsloser Hardliner. Es war Rabin, der als Israels Stabschef während des Krieges von 1967 den Befehl für den Angriff auf die »USS Liberty« gab, bei dem 34 amerikanische Seeleute getötet und 171 verwundet wurden.

Die Elite der Mossad-Agenten

Gut unterrichtete Nahost-Beobachter, die von »The Spotlight« interviewt wurden, bezeichnen Rabin als den einstigen Undercover-Agenten und Terroristen, der in dem Bürgerkrieg, der zur Gründung Israels führte, Sabotageakte und Morde organisierte. Israel ist das einzige Land in der Welt, das schon einen Geheimdienst hatte, bevor es ein Staat wurde. Der Geheimdienst hatte damals das Sagen – und hat es heute noch.

Rabin, 70, in Palästina geboren, war stets ein »führendes Mitglied des inneren Kreises, der sich aus hohen Mossad-Beamten und ihren Verbündeten in den bewaffneten Streitkräften zusammensetzt und Israels wirkliche politische Elite darstellt«, erklärte der französische Journalist Alain de Segonzac, der 14 Jahre lang über den Nahen Osten berichtet hat.

Rabin trat der regierenden Arbeiter-Koalition bei, als Israel 1948 ein Staat wurde und stieg schnell zu einer der mächtigsten politischen und militärischen Figuren Israels auf.

Das Weiße Haus ist eifrig darauf bedacht, Rabin als »Friedensmacher« darzustellen, der, anders als seine Vorgänger des »harten Kurses«, Menachem Begin und Yitzhak Shamir, sich nicht gegen die Strategie der USA in der Region stellen werde, die nach einem »Dialog« zwischen Palästinensern und Israelis und der Beendigung der Errichtung neuer jüdischer Siedlungen in den besetzten Gebieten verlangen.

Aus Geheimdienstkreisen verlautet jedoch, daß diese drei Männer eine bemerkenswert ähnliche Vorgeschichte haben und die kompromißlose Überzeugung vertreten, daß Israel die dominierende Macht in der Region bleibt.

Immer noch ein Terrorist?

1941 war der 19jährige Rabin bereits der Einheit für geheime Aktionen der Palmach, eines Flügels des bewaffneten Untergrunds, der sich anschickte, Palästina seinen historischen Einwohnern zu entreißen, beigetreten. Als Leiter einer Mannschaft von Terroristen inszenierte Rabin in Syrien und Libanon Bomben- und Mordanschläge gegen Repräsentanten der französischen Regierung, die seinerzeit als »deutschfreundlich« erachtet wurden.

Spätestens 1944 wandte sich Rabin, der als erfahrener Geheimagent bekannt war, terroristischen Razzien auf britische Streitkräfte zu, die Palästina besetzt hielten. Wie Begin und Shamir, wurde er von der britischen Polizei als hoch auf der »Fahndungsliste« stehender Terrorist gejagt, und im Juni 1946 wurde er schließlich festgenommen.

Aber 1948 gaben die Briten auf. Die Vereinten Nationen unterstützten die Teilung Palästinas, und Israel übernahm seinen Teil als unabhängiger Staat. Rabin, ein gerissener und ehrgeiziger Mann, trat der an der Macht stehenden Partei bei, machte eine steile Karriere in den bewaffneten Streitkräften des Landes und stieg 1966 zum Stabschef der Israeli Defense Forces (IDF) auf.

Aber im Herzen blieb Rabin seinen Anfängen als »erbarmungsloser Killer« treu, meint Dr. Amid Gargan, der angesehene Nahost-Historiker.

»Rabin verdankte seinen schnellen Aufstieg seiner geheimen Allianz mit dem inneren Kreis des Mossad«, sagte Professor Gargan. Am 8. Juni 1967, als Israel einen Angriff auf Syrien vorbereitete, befand sich Rabin in seinem Hauptquartier als Feldkommandeur der IDF, als er Aufklärungsberichte eines elektronischen Überwachungsschiffes nahe der israelischen Küste erhielt: Es war die »USS Liberty«.

»Obwohl Rabin wußte, daß es ein Schiff der amerikanischen Kriegsmarine war, das in internationalen Gewässern operierte, war er sich darüber im klaren, daß die elektronischen Abhörgeräte des Schiffes verräterische Meldungen über unmittelbar bevorstehende israelische militärische Schritte abgefangen haben könnten«, berichtete Gargan. »Über die Proteste erschrockener Gehilfen hinweg, die sich über die Folgen eines Angriffs auf ein Schiff der US-Navy Sorgen machten, setzte Rabin seine Kampfflugzeuge in Bewegung, mit dem Befehl, die ›Liberty‹ zu zerstören, um Israels bevorstehenden Einmarsch in Ägypten vor dem Westen geheimzuhalten.«

Die Folge war einer der brutalsten und blutigsten Angriffe, den die US-Navy jemals in Friedenszeiten erlebt hat. Israelische Kampfflugzeuge fegten dicht über die langsame, hilflose »Liberty« hinweg, richteten Bomben, Lufttorpedos und Bordkanonenfeuer auf ihr Ziel. Auf dem in Flammen stehenden, sich verbiegenden Deck des zerschmetterten Schiffes herrschte ein Tohuwabohu. Verwundete Matrosen, die versuchten, das Schiff in Rettungsbooten zu verlassen, wurden vom israelischen Piloten mit mörderischem MG-Feuer beharkt.

Lügen als Rechtfertigung für den Kredit

»Es war die Hölle«, sagt Joe Medros, ein überlebender des Gemetzels, der jetzt in Corpus Christi, Texas, lebt.

Die Versuche der Bush-Regierung, Rabin als »Friedensmacher« darzustellen, der neue Darlehensgarantien in Höhe von zehn Milliarden Dollar verdiene, sind von Nahost-Experten und Überlebenden der »Liberty« mit Besorgnis und Sarkasmus aufgenommen worden.

»Wenn Rabin in diesem Monat Washington besucht, werden der rote Teppich – und die Bargeldgeschenke – unter Begleitung von Fanfarenstößen ausgerollt werden«, warnte Segonzac. »Aber Amerikaner, die das inszenierte Spektakel, das den dringenden politischen Notwendigkeiten sowohl Bushs als auch Rabins dienen soll, beobachten, sollten sich nicht davon blenden lassen. Schalten Sie die Fernseh-Show für einen Augenblick ab und denken Sie an die amerikanischen Soldaten, die auf dem in Flammen stehenden Deck der ›Liberty‹ unter einem Todesurteil standen, das von niemand anders als von General Rabin verkündet wurde.«

Man denke weiterhin daran, daß es der gleiche General war, der die Unterdrückungspolitik »Brecht ihnen die Knochen« einführte, um die »intifada«, oder den Palästinenseraufstand, niederzuschlagen. Wie kann man von einem solchen Mann erwarten, in gutem Glauben mit den Opfern dieser unmenschlichen Behandlung zu verhandeln? Sowohl Palästinenser als auch gemäßigte Kräfte in Israel werfen die Frage auf. □

Palästinenser

Die Autonomie als Falle

Mark A. Bruzonsky

Mark A. Bruzonskys wöchentliche Kolumne erscheint in einer Reihe von Zeitungen in den USA und im Nahen Osten. Er ist der ehemalige Washingtoner Repräsentant des Jüdischen Weltkrongresses und Gründer und Vorsitzender des Jewish Committee on the Middle East (JCOME).

Es liegt im Augenblick eine gefährliche Vorstellung in der politischen Luft; und dies könnte schließlich in einigen Monaten und Jahren zu einer politischen Katastrophe führen. Es ist eine Vorstellung, die zuerst von vielen amerikanischen Regierungsbeamten propagiert wurde, die selbst nach einer kleinen schnellen Erleichterung schielten, und auch von vielen amerikanischen Juden, die verzweifelt nach einer Möglichkeit suchen, die amerikanisch-israelischen Spannungen und die Polarisierung in ihren eigenen Reihen zu beseitigen. Und es ist eine Vorstellung, die auch – in einigen Fällen offen, in vielen Fällen versteckt – von einer beträchtlichen Anzahl von Israelis unterstützt wird, die glauben, sich mit einigen weiteren schlauen politischen Täuschungen und semantischen Taschenspielertricks aus der politischen Schlinge zu ziehen, in der sich ihr Land im Augenblick verfangen hat.



Der inzwischen ausgeschiedene US-Außenminister James Baker verlangte nur von der arabischen Seite immer weitergehende Zugeständnisse.

Der Haken an den politischen Fakten

Und traurigerweise ist es eine Vorstellung, die sich einige Araber selbst eingeredet haben. Denn einige Araber – speziell diejenigen, die sich in den amerikanischen Traum eingekauft haben und Washington als Garant für die Stabilität ihrer jeweiligen Regierungen ansehen – stützen scheinbar weiterhin ihre Hoffnungen auf den Gedanken, daß, wenn wenigstens etwas – wenn auch Geringes und Nebensächliches – bei den derzeitigen »Friedensgesprächen« erreicht werden kann, dann gibt es irgendwie größere Hoffnung auf weitere Fortschritte in der Zukunft.

Jetzt, wo Yitzhak Rabin und die Arbeiter-Partei in Israel wieder an der Macht sind, hat diese gefährliche Vorstellung – das »Autonomie«-Konzept – eine Schwungkraft bekommen, die schwer zu stoppen sein dürfte, selbst wenn am Ende die Schiene, auf der die heutigen politischen Züge des Nahen Ostens rollen, zu einem Abgrund führt. In Wirklichkeit ist dies natürlich der gleiche Rabin wie in dem »Brecht-ihre-Knochen«- und »Eiserne-Faust«-Slogan, der als Shamirs Verteidigungsminister dafür verantwortlich war, die Palästinenser mit brutalsten Mitteln zu unterwerfen. Aber politische Launen haben ihre eigene Art, die Menschen und die Vergangenheit vergessen zu lassen und viele Gebete und Hoffnungen in einen Prozeß zu stecken, der die harte Wirklichkeit etwas mildert.

Das ist also der Haken an dem »historischen Augenblick«. Die lange heimlich beobachtete »Autonomie-Falle« könnte bald zuschnappen. Und die Chancen, daß eine solche Bantustanisierung der Palästinenser zu einem wirklichen und gerechten Frieden, statt zu einer zeitweiligen Patentlösung führt, die am Ende noch gewaltigere Eruptionen zur Folge hat, ist vielleicht weit geringer als viele heute zugeben wollen.

Die Folgen kurfristiger Patentlösungen

Der ehemalige amerikanische Außenminister Baker war natürlich der Reisende, der in erster Linie für die heutige Situation verantwortlich ist – der das herbeigeführt hat, was der unausweichliche Schritt in Richtung dessen zu sein scheint, was sich am Ende als falsche Autonomie herausstellt und der Camp David II-Deal sein könnte.

Politiker streben nach kurzfristigen Patentlösungen; Staatsmänner nach gerechten, dauerhaften Lösungen. Und die heutige Welt – nicht nur in Washington, sondern auch in allen nahöstlichen Hauptstädten – ist voller Politiker.

Bakers Hauptbeweggrund war eher die Befürchtung, daß die Dinge in der ganzen Region des Nahen Osten aus dem Ruder laufen könnten als die weit ernsthaftere und schwierigere Zielrichtung, einen wahren und gerechten Frieden herbeizuführen. Denn im Kielwasser, der bis dahin noch nie dagewesenen militärischen Intervention in nahöstliche Angelegenheiten und der bis heute andauernden Zerstörung des Iraks, sind die Amerikaner eindeutig zu der Schlußfolgerung gekommen, daß es von lebenswichtiger Bedeutung ist, sich – zumindest für eine Weile – den palästinensischen Affen von der Schulter zu schütteln. Und viele Araber, die mit Washington kooperiert haben, vertreten diese Meinung noch stärker.

Da die Amerikaner nicht bereit waren, den Israelis entgegenzutreten und die Zweistaaten-Lösung zustande zu bringen, für die ein Großteil der Welt schon so lange eintritt, war irgendetwas von geringerer Natur gefragt und mußte versucht werden.

Kenntnis von zuviel schmutziger US-Wäsche

Und als Anmerkung zu diesem Punkt muß gerechterweise hinzugefügt werden, daß selbst wenn die Amerikaner zu dem Schluß gekommen wären, daß die Zeit gekommen ist, einen arabisch-israelischen Frieden zu erzwingen und palästinensische sowie israelische Selbstbestimmung herbeizuführen, die Bush-Regierung wahrscheinlich weder genügend Unternehmungsgeist noch die Fähigkeit hätte, einen derart bedeutenden historischen Schritt zu tun. Einfach ausgedrückt, rivalisierende Zentren der politischen Macht, meistens in den Vereinigten Staaten selbst, hätten Bush und Baker von Anfang an bekämpft; und am Ende hätten sie und nicht die Regierung aller Wahrscheinlichkeit nach die Oberhand gewonnen.

Darüber hinaus haben die Israelis viel zu viel amerikanische schmutzige Wäsche, die sie eigens für eine solche mögliche politische Auseinandersetzung aufbewahrt haben – und diese Realität und Kontinualität wirkt als Hauptabwehrmittel gegen solche Zwangsmaßnahmen seitens Washingtons, speziell George Bushs Washington, das nicht nur seine eigenen Skelette, sondern auch die der vorangegangenen Regierung geerbt hat.

Und so fiel es auf die Schultern des amerikanischen Außenministers James Baker, einen anderen Handlungskurs zu verkaufen. Und das tat er, meisterhaft, indem er ein Zugeständnis nach dem anderen von der arabischen Seite erhielt, während er zeitweilig so tat, als ob die Israelis auch etwas Bedeutendes geben wür-

Palästinenser

Die Autonomie als Falle

den. Es war natürlich dieser Zusammenhang, der James Bakers unaufhörliches Hin- und Herpendeln zum Nahen Osten im vergangenen Jahr erklärt. Am Ende brachte Baker tatsächlich so etwas wie ein politisches Husarenstück zustande, für das, so sollte man annehmen, die Israelis eigentlich hätten sehr viel dankbarer sein müssen, als sie es waren. Oder ist das Ganze ohnehin nur so etwas wie eine Charade?

Nicht wurden die gleichen Vereinten Nationen, die den Krieg gegen den Irak sanktioniert und sich intensiv mit der Palästinenserfrage seit deren Entstehen befaßt hatten, beiseite geschoben, sondern auch die Vorstellungen über Völkerrecht, internationale Konferenz, Selbstbestimmung und die PLO.

Die alte Politik mit netteren Worten

In der Tat, als der süß redende Baker seine Arbeit beendet hatte, hatten sich die Araber – palästinensische Aristokraten in der Führung – dahingehend geeinigt, erst nach Madrid zu gehen, dann in eine endlose Reihe von ziemlich abstumpfenden »Gesprächen« und »Dialogen« einzutreten, obwohl die Israelis weiterhin illegale Siedlungen errichteten – und deren Tempo tatsächlich noch erhöhten! – und obwohl die Israelis darauf bestanden, »die palästinensischen Unterhändler zusätzlich zu ihren eigenen zuzulassen« – was doch eigentlich völlig selbstverständlich ist –.

Und dies bringt uns zu diesem Zeitpunkt, wo die israelische Arbeiter-Partei – die gleiche Partei, die uns in erster Linie alle heutigen Probleme beschert hat – seit all den Jahren des Likud irgendwie gut aussieht. Aber dies ist ganz entschieden ein Fall, wo der Anschein am meisten trügt. Der Likud-Stil ist der der frontalen Unnachgiebigkeit, der bis auf die Tage von Jabotinsky und der Stern-Bande zurückgeht, während die Arbeiter-Partei eine lange Geschichte ähnlicher Politik aufweist, über die nur netter gesprochen wird, bis auf Ben Gurion und die Palmach zurückgehend.

Autonomie, so wie sie sich eine Mehrheit des israelischen Establishments vorstellt, und dazu gehören die Hauptsegmente sowohl der Likud- als auch der Arbeiter-Partei, wird nicht nur für die mögliche Totenglocke des palästinensischen Nationalismus, sondern auch für die Einleitungsglocke einer Spaltung der palästinensischen Gesellschaft und schließlich eines palästinensischen Bürgerkriegs gehalten.

Wenn sie erst einmal in die Autonomie-Falle hineingetappt sind – so ist die Denkart –, könnten die Palästinenser wohl feststellen, daß sie keinen Ausweg mehr haben. Und bis weitere fünf oder zehn Jahre vergangen sind, könnte die Möglichkeit, daß die Palästinenser sich erheben, um zu kämpfen, ein für allemal dahin und die besetzten Gebiete sogar noch unwiderruflicher an ein Israel gebunden sein, das durch sowjetische Einwanderer weiter angeschwollen ist.

Es stimmt, andere sehen das »Autonomie«-Konzept durch eine andere Brille, darunter gute Freunde von mir. Aber für das, was es wert ist, kommen diese Worte von einem, der wirklich hofft, daß, bevor es zu spät ist, eine ehrliche und gerechte Möglichkeit gefunden wird, daß sowohl israelische als auch palästinensische nationale Bestrebungen gedeihen können ... wie das schon lange hätte der Fall sein müssen. Aber damals wie heute, befürchte ich, wenn es nicht gelingt die grundlegenden Probleme in den Griff zu bekommen und stattdessen falsche Heilkuren angeboten werden, dann wird nur der Boden für noch mehr Elend und Konflikte in den noch vor uns liegenden Jahren bereitet. □



Philippinen

Die Medien entdecken eine alte Story

George Nicholas

Cory Aquino war keine echte populistische Führungspersönlichkeit auf den Philippinen. Sie war eine Plutokratie und ein Werkzeug des CIA. Und der neue Präsident der Philippinen, General Fidel Ramos, verspricht nichts Besseres zu sein.

Als Präsident Ferdinand Marcos der Philippinen, langjähriger Führer des amerika-freundlichsten Regimes, im Februar 1986 gestürzt wurde, jubelten die Medien des Establishments.

Ein Meisterstück von Geheimagenten

Der Sturz des alternden Staatsmannes eröffnete »neue Ausblicke auf Demokratie, saubere Regierung und ›Macht‹ für das enttäuschte philippinische Volk« versprach ein vom Nachrichtendienst der »New York Times« verbreiteter Kommentar.
Allein unter den Medien der USA und Deutschland enthielt sich »The Spotlight«, das populistisches Blatt, und CODE jeder Stellungsnahme, bis wir selbst die verborgenen Kräfte hinter dieser Krise genau unter die Lupe nehmen konnten.

Stimmt es wirklich, daß Marcos gestürzt und sein Nachfolger, ein politischer Neuling namens Corazon »Cory« Aquino, durch spontane Umwälzungen, durch die Flutwellen des Volkswillens an die Macht gespült wurde, wie in den meisten Nachrichtenberichten behauptet wird?

In Washington lächelten Insider über diese Vorstellung. Der Staatsstreich sei das Meisterstück von Geheimagenten und Interessensgruppen der Geschäftswelt gewesen, sagten Informanten aus dem US-Außendienst und dem amerikanischen Kongreß in Privatgesprächen zu unseren Korrespondenten.



Die Schattenseiten von Mrs. Aquinos Regierung waren Korruption, Vetternwirtschaft und Schiebertum.

Was die Fernsehzuschauer in den Vereinigten Staaten sahen, war eine hausbackene, hochgesinnte, heldenhafte Cory Aquino, die durch jubelnde Volksmassen in den Präsidentenpalast getragen wurde. Aber ihr Triumph wurde durch Verdeckte-Aktion-Mannschaften des CIA inszeniert, die die Massen aufstachelten, falsche Gerüchte in Umlauf setzten, Demonstrationen veranstalteten, Verbindungswege sabotierten, die Polizei bestachen und verstimmte Offiziere in eine marcosfeindliche Verschwörung hineinzogen, berichteten Beobachter der Vereinten Nationen.

Als »The Spotlight« nach gründlicher Untersuchung enthüllte,

daß Marcos von einer Clique Washingtoner Nationale-Sicherheits-Bürokraten und internationale Finanziers aus der Macht verdrängt und in ein streng bewachtes Exil auf Hawaii geschickt wurde, schwiegen die amerikanischen Medien.

Aber auf den Philippinen schlugen die Enthüllungen unserer Korrespondenten wie eine Bombe ein.

Die »Spotlight«-Berichte wurden in tausenden von Exemplaren nachgedruckt und auf politischen Massenversammlungen verteilt. Die meisten Philippinos lasen sie begierig als »einzigen, sachlich richtigen und vorurteilsfreien Bericht über die Ereignisse«, sagte Dr. Carlos Medina, ein angesehener philippino-amerikanischer Arzt und politische Führungspersönlichkeit.

Ein Bauer im Schachspiel des CIA

Jetzt, wo Cory Aquino ihre Amtszeit beendet und die Präsidentschaft an einen anderen von der Bush-Regierung und deren Finanz-Hintermänner im Pazifik handverlesenen Kandidaten übergeben hat, ist eine weitere umfangreiche Dokumentation aufgetaucht, in der die sensationellen Berichte von »Spotlight« und CODE bestätigt werden.

Sogar hochstehende Journalisten des Establishments, wie Stanley Karnow, der ehemalige Chef des »Time«-Büros in Manila, der kürzlich ein Buch über die Philippinen herausgebracht hat, geben jetzt zu – nachdem sie Mrs. Aquinos Machtübernahme 1986 begrüßt hatten –, daß diese nur ein Bauer im Schachspiel des CIA war.

Benigno Aquino arbeitete für den CIA

Ihr verstorbener Ehemann, Benigno Aquino, ein Oppositionsführer, dessen Ermordung von 1984 Cory Aquino zu einer gefeierten Witwe machte, war die längste Zeit seiner politischen Laufbahn hindurch ein Geheimagent des CIA, wird in neu ausgegrabenen Geheimdokumenten bestätigt.

Nach dem Mord an Aquino trat seine Witwe als populäre Figur in



Philippinische kommunistische Guerillas der New People's Army feierten den Waffenstillstand mit Corazon Aquino.

Erscheinung, die noch besser als ihr verstorbener Ehemann dazu geeignet war, in der philippinischen Politik als Fassade zu dienen.

Frau Aquino versuchte nicht, irgendwelche der glühenden Voraussagen, die ihr von den Medien des Establishments für ihre Regierungszeit angedichtet wurden, zu erfüllen. In der Öffentlichkeit sprach sie von der »Macht des Volkes« und von Sozialreformen.

»Aber in Privatgesprächen sagte Präsidentin Aquino zu ihren Freunden: ›Manila ist der Ort, wo man ein Vermögen machen kann‹«, berichtete die gewöhnlich gut unterrichtete »Far Eastern Economic Review« im Juli 1990. Durch Gaunereien und Korruption, wenn überhaupt, schlimmer unter Frau Aquino als unter Marcos, rafften die Interessensgruppen, Finanziers, Spekulanten und Großfirmen hinter dem Aquino-Regime »inmitten des eiternden Elends der Massen ein riesiges Vermögen zusammen«, wie der Londoner »Economist«, eine andere einflußreiche Stimme im marcosfeindlichen Chor der achtziger Jahre, Anfang dieses Jahres zugab.

Profite von über 49 Prozent

Selbst gesäuberte amtliche Statistiken konnten, die von den Mauschlern und Unternehmern, die auf Mrs. Aquinos Karte setzten, zusammengerafften Gewinne nicht kaschieren. Eine 1988 – ein Jahr nach der Machtübernahme Frau Aquinos – erstellte Übersicht enthüllte, daß ausländische Geldanleger eine durchschnittliche Rendite auf Eigenkapital von 49,1 Prozent machten, was auf zehnmal höhere Gewinne als in den Vereinigten Staaten hindeutet.

Unter denjenigen, die von dieser reichen Ausbeute profitierten, befanden sich zwei kampfbereite Wall Street Banken, die zu den Unterstützern Frau Aquinos zählten: Chase Manhattan und CitiBank. Aber die größten Auszahlungen gingen an Präsidentin Aquinos eigene Familie.

»Für eine Fallstudie über Korruption nehme man die Laufbahn von Antonio »Tony-Boy« Cojuangco, Aquinos Lieblingsneffe, sagte Jacinto Lopez, ein erfahrener Zeitungsmann aus Manila, der jetzt in New York City lebt. »Vor sechs Jahren war er nur ein weiterer, gutgekleideter junger Karrierehengst, mit einem Grad in Betriebswirtschaftslehre von der Stanford University in California.«

Dem Neffen geht es gut

»Heutzutage, mit 40, ist Tony-Boy Leiter eines Konsortiums, zu dem Philippine Airlines und Philippine Telephone Co. – zwei der größten Firmen des Landes in Privatbesitz – gehören«, fügte er hinzu. »Nicht schlecht dafür, daß er nur ein Neffe ist, nicht wahr?«.

Da mehrere Investoren im Wettbewerb lagen, um die staatliche Fluggesellschaft zu übernehmen, enthielt Tony-Boys Angebot ein Bonbon, das ihm schließlich den Zuschlag brachte: Eine Zustimmung durch die Aquino-Regierung, die lähmenden Auslandsschulden der Fluggesellschaft in Höhe von 550 Millionen Dollar zu übernehmen, sobald Tony-Boy sie in Besitz nahm.

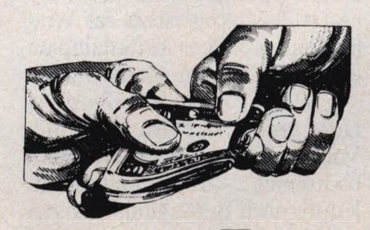
Trotz weitschweifender Versprechen zur Reform und zur Verbesserung des Sozialwesens nach Marcos Sturz, wurden Hunger und Entbehrungen unter den Armen in der Aquino-Ära immer schlimmer. Nach der eigenen Statistik der Regierung waren 1989 landesweit weit mehr Kinder im Vorschulalter unterernährt als 1985, im letzten Jahr der Marcos-Regierung.

Die Macht der Plutokraten

In Bicol und in der Region des östlichen Visayas, wiesen ein volles Drittel aller Kleinkinder Anzeichen von Unterernährung zweiten oder dritten Grades auf – fast zehn Prozent mehr als unter Marcos. Inflation und Spekulation drückten Millionen von gewöhnlichen Arbeitern unter die Armutsgrenze, berichtete die »Far Eastern Review« im Jahr 1990.

»Aquino wurde von ausländischen Interessensgruppen und einigen ortsansässigen Tycoons ins Amt gehievt; sie bezahlte diese Leute dadurch, daß sie unbegrenzte Ausplünderungen zuließ«, sagte Lopez. »Das übrige Volk muß die Rechnung begleichen.«

»In den letzten Jahren des Marcos-Regimes standen auf der Tagesordnung des Landes Pläne zur Landreform, Begrenzung der Auslandschulden, Eindämmung der Währungsspekulation und andere Sozialprogramme«, fügte er hinzu. »Aquino machte sie alle zunichte. Sie verwandelte die ›Macht des Volkes‹ in ›Macht der Plutokraten‹. Ihre Ablösung als Präsident durch General Fidel Ramos, wird ihn als die gleiche Sorte von Statthalter erweisen.« □



Die tickende Zeitbombe

Beat Christoph Baeschlin

In den 30 Jahren seit der Erlangung seiner politischen Selbständigkeit ist Algerien von einer unfähigen, phantasielosen, trägen und leider auch ganz korrupten Führungs-Mafia dank sozialistischer Planwirtschaft in die totale Pleite hineinmanövriert worden.

Um dem Volk eine Beruhigungspille darzureichen, sind Ende 1991 erstmals freie Wahlen veranstaltet worden. Als radikale Opposition zu den seit 30 Jahren herrschenden Marxisten meldete sich eine Islamische Front zu Wort und erhielt derartigen Zuspruch, daß ihr nach den Grundsätzen der Demokratie die Staatsmacht hätte übertragen werden müssen. Aber der Koran sieht weder Demokratie noch Menschrenrechts-Theorien vor. Darum herrschte helle Aufregung, und der eindeutig geäußerte Volkswille wurde kurzerhand für unstatthaft und somit als ungültig erklärt.

Ein Aufstand gegen den Volkswillen

Das war ein starkes Stück. Eine Art Aufstand der Demokraten gegen den klar geäußerten Volkswillen. Die Anullierung der Volkswahlen verursacht natürlich eine Verschärfung der bestehenden Krisensituation, indem die Islamisten gezwungen werden, den Weg der revolutionären Machtergreifung zu beschreiten.

Noch versucht die herrschende Sippschaft, mit verschärften Zwangsmaßnahmen die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Da die Wirtschaftsmisere nicht zu beseitigen ist, kann der revolutionäre Umbruch höchstens verzögert werden. Algerien lebt folglich in einer vorrevolutionären Zeit. Angesichts der Wildheit dieses Volkes ist das eine unheimliche Zukunftsaussicht.

Der unterschwellig brodelnde Volkszorn ist im höchsten Maße bedrohlich, weil aufgestaute Kräfte nach Betätigung drängen. Algeriens Volk hat sich seit der Unabhängigkeit mehr als verdoppelt. Algerien ist sozusagen der Weltmeister in der Bevölkerungsvermehrung. Schon sind etliche Millionen Algerier nach Europa ausgewandert. Aber angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit in der westlichen Welt, kann die Auswanderung keine wahre Entlastung der algerischen Bevölkerungsüberschüsse bringen.

Während des Afghanistan-Krieges sind offenbar zahlreiche algerische Freiwillige den Kämpfern gegen die Sowjetunion zuhilfe geeilt. Auf jeden Fall haben die Rückkehrer aus Afghanistan beim politischen Siegeszug der Islamischen Front eine führende Rolle gespielt. Es ist folglich anzunehmen, daß bei einer revolutionären Machtergreifung der Islamisten der Drang bestehen wird, über die Landesgrenzen hinaus tätig zu sein.

Der Ruf nach einem Heiligen Krieg

Ein islamischer Kraftausbruch in Algerien wird folglich nicht an den Landesgrenzen Halt machen. Ein mit religiösem Fanatismus angereicherter Angriffsgeist wird ansteckend wirken und auf ganz Nordafrika übergreifen. Tunesien und besonders Ägypten leben unter dem gleichen Bevölkerungsdruck. Der Ruf nach einem Heiligen Krieg in Richtung auf Jerusalem und Mekka könnte diese Menschenmassen in Bewegung setzen.

Dadurch entstünde eine politische Lage von folgenschwerer Bedeutung. Im Vergleich dazu wäre der Jugoslawien-Konflikt ein Kinderspiel.

Eines ist klar: die Probleme Algeriens haben heute ein derartiges Ausmaß angenommen, daß alle Kredite der Welt und alle Entwicklungshilfe nichts mehr zu ändern vermögen. Ein Volk, das jährlich um fast eine Million Menschen zunimmt, und wo der Großteil der Bevölkerung in äußerst kärglichen Verhältnissen dahinvegetiert, kann nicht mehr lange zuwarten. Da muß in allernächster Zeit etwas Entscheidendes passieren.

Ein verhängnisvoller Rassismus

Die Algerier sind von Natur aus nicht sehr haushälterisch veranlagt. Außerdem sind sie nicht sehr arbeitseifrig. Auch hat der Islam als Religion ihnen einen gewissen Fanatismus beigebracht, was die Emsigkeit nicht fördert. Algerien war aber im Laufe der französischen Herrschaft zu einem Land entwickelt worden, worin »Milch und Honig flossen«. 97 Prozent der Bevölkerung waren 1962 in der Landwirtschaft tätig.

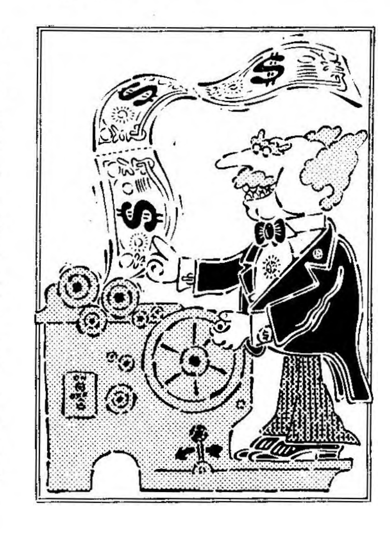
Das moderne Algerien aber wollte ein Industrieland sein. Darum wurde die Landwirtschaft als Stiefkind behandelt und serbelte dahin. Heute muß Algerien seinen Bedarf an Früchten durch Importe aus Marokko decken. Sogar der Grieß für seine Nationalspeise Couscous muß heute im Ausland gekauft werden, vorwiegend in Italien!

An diesen Fehlentwicklungen ist natürlich auch der sozusagen als zweite Staatsreligion gepredigte Sozialismus mitverantwortlich. Wie der Islam bewirkt auch der Sozialismus eine gewisse Trägheit und lähmt die Strebsamkeit.
Was sich aber ganz besonders gerächt hat, ist die Woge des Rassismus im Gefolge des Unabhängigkeits-Krieges 1954 bis 1962. Mit dem Hinauswurf aller Europäer und Juden haben sich die Algerier einen nicht mehr gutzumachenden Schaden zugefügt, indem alle unternehmungsfreudigen und die strebsamsten Elemente der Bevölkerung das Land haben verlassen müssen. Anderthalb Millionen französischer Staatsbürger mußten die Flucht ergreifen. Die Zögerer wurden kurzerhand umgebracht oder in Todeslager verschleppt und die Frauen in Bordelle eingesperrt.

Es darf nicht vergessen werden, daß die linke Meinungsmache weltweit dafür sorgte, daß diese rassistische Tat als ein »Akt der Gerechtigkeit« erklärt wurde. Diese Europäer waren meist Nachkommen von Einwanderern aus Spanien, Süditalien oder Malta, die sich in harter Arbeit zu bescheidenem Wohlstand aufgeschwungen hatten. Die Juden hatten von jeher in Algerien gelebt.
Besonders in Paris werden die Ereignisse und Fehlentwicklungen Algeriens mit wachsender Besorgnis verfolgt. Frankreich beherbergt auf seinem Staatsgebiet einige Millionen Algerier, wovon mehr als die Hälfte französische Staatsangehörigkeit besitzen. Noch bedenklicher ist, daß in Frankreich etwa hunderttausend Algerier leben, die ihren Militärdienst in der algerischen Armee geleistet haben. Auch von diesen mit algerischer Gehirnwäsche behandelten jungen Leuten sind tausende gleichzeitig Bürger Frankreichs. Dieses Ineinandergreifen der Bevölkerung zwingt Frankreich, in jeder Situation auch Algerien miteinzukalkulieren. Durch die ideologische Sturheit seiner antirassistischen Linksmafia ist Frankreich in diese Abhängigkeit von Algerien hineinmanövriert worden.

Ein unterirdisches Donnergrollen

Angesichts dieser bedrohlichen Situation drücken Mitterrand und seine Spießgesellen die Augen zu und sagen sich jeden Tag von neuem: Hoffentlich erfolgt der Kollaps in Algerien erst, wenn unsere Nachfolger die Verantwortung für die Staatslenkung tragen werden ...! □



Pearl Harbor

Fünfzig Jahre Historiker-Streit

Erster Teil

Charles Lutton

Am Sonntag, den 7. Dezember 1941, um 7 Uhr 49 in der Frühe, flogen 183 japanische Sturz- und Torpedo-Bomber, begleitet von Zero-Eskorten, den ersten von zwei Luftangriffen gegen den amerikanischen Stützpunkt bei Pearl Harbor. Eine zweite Welle von 168 japanischen Flugzeugen traf um 9 Uhr ein. Achtzehn einsatzfähige Kriegsschiffe, darunter vier Schlachtschiffe, wurden versenkt oder schwer beschädigt, 188 Flugzeuge wurden zerstört. 2.403 Amerikaner wurden getötet, darunter 68 Zivilpersonen, und 1.178 wurden verwundet.

Obwohl den Japanern an Ort und Stelle die Überraschung gelang, war ihr Erfolg alles andere als vollständig. Die drei Flugzeugträger der Pacific Fleet waren nicht im Hafen. Neun schwere Kreuzer, alle bis auf drei leichte Kreuzer und praktisch alle Zerstörer blieben über Wasser. Keines der U-Boote der Flotte ging verloren. Und der Kommandeur der japanischen Einsatztruppe, Admiral Chuichi Nagumo, weigerte sich, einen dritten Schlag zu befehlen, der zur Zerstörung der Werften und der Ölvorratstanks Pearl Harbors hätte führen können, deren Verlust Hawaii als Vorausstützpunkt für Gegenoffensiven gegen das Vordringen der Japaner in Richtung auf die Philippinen, Malaysia und Niederländisch-Ostindien neutralisiert hätte.

Die Entschlossenheit der Amerikaner

Der Angriff löste US-Präsident Franklin Delano Roosevelt dringendstes Problem: Wie soll der Widerstand der amerikanischen Öffentlichkeit gegen eine Einmischung in den Krieg, der in Europa schon seit sechzehn Monaten tobte – am Vorabend vor Pearl Harbor ging aus Meinungsumfragen hervor, daß 80 Prozent des Volkes nicht wollten, daß die Vereinigten Staaten sich aktiv an dem Krieg beteiligten – überwunden werden? Roosevelt erhielt eine überwältigende Unterstützung, als er den Kongreß um eine Kriegserklärung an Japan ersuchte. Die an der Basis operierende America-First-Bewegung löste sich in aller Stille auf. Am 11. Dezember erklärten Deutschland und Italien den Vereinigten Staaten den Krieg. Die Entschlossenheit der Amerikaner, »die Diktatoren zu besiegen« war beinahe einhellig.

Wenn auch die Öffentlichkeit bei den Kriegsanstrengungen vereint hinter Roosevelt und Churchill stand, so wurden doch von Anfang an ernsthafte Fragen über den Angriff, der Amerika in den Weltkonflikt hineinzog, aufgeworfen. Wer war für die Katastrophe zur Rechenschaft zu ziehen? War sie vermeidbar? Warum hatten die Japaner angegriffen? Lag eine Provokation seitens der Amerikaner vor? Und warum sind Pearl Harbors fähige Kriegsmarine- und Armee-Kommandeure, Admiral Husband E. Kimmel und General Walter Short, überrascht worden? Warum wurden sie schnell und unter ungewöhnlichen Umständen zum Rücktritt gezwungen?

Um die Kritik auf Kongreßebene und in der Öffentlichkeit abzuwehren, ernannte Roosevelt eilig eine Sonderkommission zur Untersuchung des Angriffs. Da der stellvertretende Vorsitzende des Obersten Gerichts, Richter Owen J. Roberts, ein führender Befürworter des pro-interventionistischen Committee to Aid America by Aiding the Allies, den Vorsitz über diese Sonderkommission führte, brauchte der Präsident nicht zu befürchten, daß die Kommission irgendetwas tun würde, um den Geist der Einheit, der nun vorherrschte, zu beeinträchtigen. Richter Roberts schloß seinen Bericht am Freitag den 23. Januar 1942 ab. Die Regierung gab ihn rechtzeitig für die Sonntagszeitungen für die Öffentlichkeit frei. Schlüsselmitglieder des politischen und militärischen Establishments wurden von jeder Schuld freigesprochen. Der Fehler, sagten sie, liege bei Admiral Kimmel und General Short.

Erste revisionistische Kritik

Aber nicht alle waren überzeugt. Im September 1944 startete John T. Flynn den Revisionismus in bezug auf Pearl Harbor, als er eine 64-seitige Broschüre mit dem Titel »The Truth about Pearl Harbour« herausgab. Flynn vertrat die Auffassung, daß Roosevelt und seine Kumpels spätestens seit Januar 1941 einen Komplott zum Krieg gegen Japan schmiedeten. Die Administration habe das ganze Jahr über die japanische Regierung unnötig provoziert, und am 26. November 1941 ein diplomatisches Ultimatum gestellt, das keine Regierung möglicherweise akzeptieren konnte. Flynn behauptete auch, daß Kimmel und Short aus dem Hauptquartier in Washington die falschen Anweisungen erhielten und somit wirksame Maßnahmen auf dem Stützpunkt vereitelt wurden.

Anfang 1945 veröffentlichte ein 30 Jahre alter Historiker, William L. Neumann, eine Broschüre mit dem Titel »The Genesis of Pearl Harbor«. Er gab darin einen Überblick über die diplomatische Vorgeschichte des Krieges und schilderte, wie die Roosevelt-Regierung im Sommer und Herbst 1941 einen Wirtschaftskrieg gegen Japan began. Neumann kam zu der Schlußfolgerung, daß beide Seiten verantwortlich waren, aber daß Washington angesichts der diplomatischen Aktivitäten Roosevelts in den Monaten und Tagen vor dem 7. Dezember über den Angriff auf Pearl Harbor eigentlich nicht überrascht sein konnte.

Nach VJ-Day (Sieg über Japan) genehmigte Präsident Harry Truman die Freigabe der Ergebnisse der Sondermitteilungen der Army und der Navy über den Angriff auf Pearl Harbor. Das Untersuchungsgericht der Kriegsmarine unter dem Vorsitz von Admiral Orin G. Murfin trat vom 24. Juli bis 27. September 1944 zusammen. Er kam zu dem Schluß, daß Admiral Harold R. Stark, der Chief of Naval Operations, es unterlassen habe, Admiral Kimmel alle Informationen, die Washingtons hatte, zukommen zu lassen und somit dem Kommando in Hawaii ein vollständigeres Bild von der Situation verwehrt habe, Kimmel wurde entlastet. Seine Pläne würden als »vernünftig« erachtet, seien aber von der »Vorauskenntnis, daß ein Angriff zu erwarten war« abhängig gewesen. Und in Anbetracht seiner begrenzten militärischen Hilfsmittel habe Kimmel entsprechend den Nachrichten, die er erhielt, und der Anzahl der Flugzeuge die ihm zur Verfügung standen, Langstrecken-Luftaufklärung betrieben.

Generalleutnant George Grunert war Vorsitzender des Army Pearl Harbor Board, das vom 20. Juli bis 20. Oktober 1944 zusammentrat. Beweismaterial von 151 Zeugen wurde in Washington, San Francisco und Hawaii zusammengestellt. Obwohl das Gremium General Short kritisierte, wurde zum ersten Mal die Aufmerksamkeit auf General George Marshall und das Kriegsministerium gerichtet.

Marshall wurde getadelt, weil er Short nicht voll über die sich verschlechternden amerikanisch-japanischen Beziehungen auf dem laufenden gehalten hatte; Shorts Vorbereitungen zum »Sabotage-Alarm« in Pearl Harbor – amerikanische Flugzeuge standen am 7. Dezember Tragflächenspitze an Tragflächenspitze dicht beeinander gedrängt, weil Washington Short angewiesen hatte, sich gegen Sabotage zu schützen. Wäre er vor einem möglichen Luftangriffe gewarnt worden, dann wären die Flugzeuge zum Schutz gegen Bombenangriffe weit zerstreut hinter Schutzmauern abgestellt worden – nicht korrigiert hatte; es am Abend des 6. De-

Pearl Harbor

Fünfzig Jahre Historiker-Streit

zember und in den frühen Morgenstunden des 7. unterlassen hatte, an Short äußerst wichtige Informationen weiterzuleiten; sich nicht davon überzeugt hatte, ob der Bereitschaftszustand in Pearl Harbor den potentiellen Bedrohungen für die Sicherheit des Stützpunktes entsprach.

General Leonard Gerow, Chef der War Plans Division der Armee, wurde ebenfalls gerügt. Das Gremium kam zu dem Schluß, daß er es unterlassen habe, den Befehlsstand in Hawaii über japanische Bewegungen, die in Washington bekannt waren, in Kenntnis zu setzen: die Warnung vom 27. November nicht klar und deutlich gemacht und auch nicht dafür gesorgt habe, daß gemeinsame Pläne der Armee und der Kriegsmarine ordnungsgemäß durchgeführt wurden.

Verantwortlich war Präsident Roosevelt

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß der Kriegsminister Henry Stimson und der Marineminister James Forrestal sehr darüber beunruhigt waren, daß die Schuld für den Erfolg des japanischen Angriffs von den örtlichen Kommandeuren auf deren Vorgesetzte in Washington abgewälzt worden war. Um den Bericht des Army Pearl Harbor Board zu ergänzen, wurde Major Henry Clausen zum Leiter einer Ein-Mann-Untersuchungs-Kommission ernannt. Aber es wurde kein Bericht darüber an die Öffentlichkeit freigegeben. Forrestal beauftragte Admiral W. Kent damit, weitere Untersuchungen über Pearl Harbor anzustellen. Es wurde kein separater Bericht herausgegeben, aber am 29. August 1945 verkündete Forrestal, sich auf die Untersuchungen Hewitts beziehend, daß »Admiral Husband E. Kimmel und Admiral Harold R. Stark, vor allem in der Zeit vom 27. November bis zum 7. Dezember 1941, nicht die überlegene Urteilsfähigkeit unter Beweis stellten, die notwendig gewesen wäre, um das Kommando entsprechend ihrem Rang und den ihnen übertragenen Pflichten auszuüben.«

Die Berichte der Armee und der Kriegsmarine waren neue Munition für den gefürchteten John T. Flynn, der im September 1945 einen 15-seitigen Bericht mit dem Titel »The Final Secret of Pearl Harbor« herausgab. Flynns Untersuchungsergebnisse waren auf die Unterrichtung eines Kreises interessierter Freunde beschränkt, erhielten aber dank der »Chicago Tribune«, die sein Werk groß herausstellte, weiteste Verbreitung. Flynn kam zu dem Schluß, daß Franklin Roosevelt für diplomatische Fehlleistung, für die weitere Stationierung der Pacific Fleet auf dem unsicheren Stützpunkt Pearl Harbor und für die Entblößung Pearl Harbors von notwendiger Verteidigungsausrüstung verantwortlich war.



US-Roosevelt war einer der Kriegstreiber, die mit eiskalter Berechnung die Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg lockten.

Eine sehr verlogene Story

In seinem Überblick über das diplomatische Vorspiel zu dem Angriff erläuterte Flynn, daß Roosevelt die Position japanischer Gemäßigter untergrub und somit die Ereignisse dahingehend beeinflußte, daß General Tojo und die »Kriegshetzer« in Tokio die Macht übernehmen. Ungeachtet der Provokation wurde klar, daß Deutschland nicht den Krieg gegen die Vereinigten Staaten erklären würde. Zu diesem Zeitpunkt, schrieb Flynn, legte Roosevelt den Japanern die Daumenschrauben an.

Flynn wies weiterhin auf die »Gabe der Götter« hin, die das Knacken der japanischen diplomatischen Kodes darstellte. Flynn stand unter dem Eindruck, daß die Briten den japanischen Kode zuerst geknackt und Washington mit Kopien von Botschaften zwischen Tokio und dessen Repräsentaten im Ausland versorgt habe. Er begriff die Bedeutung der Tatsache, daß Washington wußte, daß Japan seinen Diplomaten eine Frist bis zum 25. November gesetzt hatte, um zu einer Verständigung mit den USA zu kommen.

In einem Abschnitt »The Fog at Pearl Harbor« (»Der Nebel in Pearl Harbor«) hob Flynn hervor, daß den Kommandeuren in Pearl Harbor »buchstäblich nichts« über die abgefangenen japanischen Botschaftten und über den sich rapide verschlechternden Stand der Dinge mitgeteilt wurde. Short erhielt den Befehl, sich gegen Sabotage und innere Unordnung durch die große japanische Bevölkerung in Hawaii zu wappnen, und wurde gewarnt, daß bald militärische Operationen zu erwarten seien, aber gegen solche Ziele wie die Halbinsel Kra, Guam, Singapur und Malaysia. Und Flynn hob noch einmal einen Punkt hervor, der immer noch viel zu oft in Diskussionen über den Angriff verschleiert wird, nämlich, »daß Kimmels Flotte nicht dort war, um Pearl Harbor zu schützen. Der Hafen war lediglich als Treibstoff- und Nachschubbasis für sie da. Der Flotte war für den Kriegsfall eine Aufgabe zugeteilt worden. Der Schutz des Stützpunkts oblag der Armee und den Marineeinrichtungen des Stützpunktes.«

In seiner Besprechung »The Night Before Pearl Harbor« wetterte Flynn, daß die der Öffentlichkeit untergejubelte Story, Roosevelt sei über den Angriff auf Pearl Harbor überrascht gewesen, »äußerst verlogen« sei. Durch die abgefangenen Botschaften wußte Roosevelt ganz genau, daß die Feindseligkeiten bald beginnen würden. Was immer für »Warnungen« schließlich nach Hawaii gesandt wurden, so wurden diese vorsätzlich mit den langsamsten Mitteln übermittelt, und dies nur, um das Gesicht zu wahren.

Flynn legte weiterhin dar, wie die Schuld für die Katastrophe schlauerweise von Washington auf die Kommandeure in Hawaii, Kimmel und Short, abgewälzt wurde. Ebenso wie die Flotte dazu gekommen war, über die Einwände von Kimmels Vorgänger, Admiral Richardson, der davon überzeugt war, daß dort vor Anker liegende Schiffe ein leichtes Ziel sein würden, hinweg ausgerechnet in Pearl Harbor stationiert zu werden.

Flynn wiederholte seine Ansicht, daß Roosevelt beschlossen hatte, gegen Japan in den Krieg zu ziehen, trotz seiner öffentlichen Versprechungen gegenüber dem amerikanischen Volk, er werde seine Söhne nicht in ausländischen Kriegen kämpfen lassen, und daß er den Briten schon lange vor dem 7. Dezember versprochen hatten, kämpfen zu wollen.

Als der Angriff in Pearl Harbor erfolgte, habe der »Amateur-Oberkommandierende« versucht, die Schuld auf Kimmel und Short abzuwälzen. »Wenn auch nur ein Funken Anständigkeit im amerikanischen Volk verblieben ist«, schrieb er, »dann wird es jetzt fordern daß der Kongreß das ganze schmutzige Geschäft ans Tageslicht zerrt.«

Die Anhörungen im US-Kongreß

Mit einer gleichzeitigen Resolution des Kongresses wurde das Joint Congressional Committee on the Investigation of the Pearl Harbor Attack (Gemeinsamer Ausschuß auf Kongreßebene zur Untersuchung des Angriffs auf Pearl Harbor) ins Leben gerufen. Die Regierung hoffte, daß dieser Ausschuß, der eine Mehrheit von Demokraten hatte, die öffentliche Neugierde befriedigen und gleichzeitig das Ansehen der an der Macht stehenden politischen Partei bewahren werde. Senator Alben Barkley diente als Vorsitzender, die anderen Demokraten waren Senator Walter F. George, Senator Scott Lucas, Abgeordneter J. Bayard Clark, Abgeordneter John W. Murphy und Abgeordneter Jere Cooper, der stellvertretender Vorsitzender war. Die Demokraten wählten den Rechtsbeirat aus.

Es befanden sich vier Republikaner in diesem Ausschuß: Senator Owen Brester, Senator Homer Ferguson, Abgeordneter Bertrand Gearhart und Abgeordneter Frank B. Keefe. Die republikanische Minderheit hatte keinen eigenen Mitarbeiterstab.

John T. Flynn brachte jedoch aus privater Quelle Gelder auf, um Percy Greaves, einem ehemaligen assoziierten Forschungsdirektor für das Republican National Committee, zu ermöglichen, den republikanischen Mitgliedern des Joint Congressional Committee Hilfestellung zu leisten. Ohne Greaves tüchtige Arbeit wäre der Öffentlichkeit ein Großteil der Pearl-Harbor-Story verborgen geblieben.

Der Ausschuß tagte vom 15. November 1945 bis zum 31. Mai 1946. Es gelang der demokratischen Mehrheit, die Anhörungen zu steuern, um so viel Kritik von dem inzwischen verstorbenen Präsidenten Roosevelt abzulenken, wie sie konnten. Dank der Beharrlichkeit des Senators Ferguson, mit Unterstützung von Greaves, wurden einigen Zeugen »unpassende« Aussagen entzogen, und Beweismaterial, das dem Bericht der Roberts-Kommission widersprach, wurde zu den Akten gelegt. Zeugenaussagen, Beweisstücke, Anhörungen, Abschlußbericht machten rund vierzig Bände aus.

Der »Mehrheits-Bericht« kam zu dem Schluß, daß Japans brilliant geplanter Angriff völlig unprovoziert war, und daß es keinerlei Beweise dafür gebe, daß das Kabinett Roosevelt Japan in diesen Erstschlag hineinmanovriert hatte, um den Kongreß zur Kriegserklärung zu zwingen. Tatsächlich behaupteten die Demokraten, Roosevelt, Hull und Stimson hätten alles getan, was sie tun konnten, um den Krieg mit Japan zu vermeiden. Die Katastrophe von Pearl Harbor sei demnach auf das Versagen der Kommandeure am Ort zurückzuführen, ausreichende Maßnahmen zu treffen, um einen möglichen Angriff rechtzeitig zu entdecken und ordnungsgemäß dazu bereit zu sein, möglichen Bedrohungen entgegenzutreten.

In dem Bericht wird die Auffassung vertreten, daß das War Department (Kriegsministerium) General Short davon hätte in Kenntnis setzen müssen, daß seine »Sabotage-Alarm«-Maßnahmen nicht ausreichten.

Die Provokation eines offenen Angriffes

Außerdem hätten sich die Geheimdienste der Armee und der Kriegsmarine über die Bedeutung der japanischen Bemühungen, mit dem Standort der in Pearl Harbor vor Anker liegenden Kriegsschiffe ständig auf dem laufenden zu bleiben – es handelt sich hierbei um die »Bomb Plot«-Meldungen, die der militärische Nachrichtendienst entschlüsselt hatte –, im klaren sein müssen. Und schließlich hätten das Kriegs- und Marineministerium während der 48 Stunden vor dem Angriff einen höheren Alarmzustand beibehalten und Pearl Harbor über den unmittelbar bevorstehenden Abbruch der diplomatischen Beziehungen, den die Japaner mit Wirkung vom 7. Dezember, 1 Uhr morgens, planten in Kenntnis setzen müssen.
Ein »Minderheit-Bericht« wurde mit den Unterschriften der Senatoren Brewster und Ferguson herausgegeben. Sie führten rund zwanzig »Schlußfolgerungen zur Sache und zur Verantwortlichkeit« auf. Präsident Roosevelt wurde »für das Versagen verantwortlich gemacht, keine dauerhafte, wirksame und angemessene Kooperation zwischen dem Kriegsminister, dem Marineminister, dem Stabschef (General Marshall) und dem Chief of Naval Operations (Admiral Stark) aufrecht erhalten und keine klaren und positiven Befehle an die Kommandeure in Hawaii erteilt zu haben, als die Ereignisse sich zuspitzten und die größer werdende Gefahr eines unmittelbar bevorstehenden Krieges erkennen ließen.« Roosevelt habe speziell zwischen Samstagabend, 6. Dezember, und Sonntagmorgen, 7. Dezember, versagt, als er es unterließ, »jene schnelle und unverzügliche Durchführungsmaßnahme zu ergreifen, die in diesem Augenblick erforderlich gewesen wäre.«



Der von Roosevelt erwartete Angriff der Japaner auf Pearl Harbor war ein idealer Anlaß in den bestehenden Krieg einzugreifen und ihn zum Zweiten Weltkrieg auszuweiten.

George Morgenstern stürzt sich in das Kampfgetümmel

Der Abgeordnete Frank Keefe steuerte eine eigene »Additional Views« (»Zusätzliche Ansichten« bei, nachdem er zusammen mit dem republikanischen Abgeordneten Gearhart – der sich in einem harten Wahlkampf zu seiner Wiederwahl befand – den »Mehrheits-Bericht« unterzeichnet hatte. Keefe räumte ein, daß das »Konzept eines ›Zwischenfalls‹ als Faktor, der die öffentliche Meinung hinter einer totalen Kriegsanstrengung entweder im Atlantischen oder Stillen Ozean vereinigen würde, die Denkweise der Offiziellen in Washington lange Zeit beeinflußt hat«.

Schon im Oktober 1940 hatte Roosevelt eine Blockade gegen Japan ins Auge gefaßt. Keefe fand es auch bedeutsam, daß Roosevelt nur wenige Tage vor dem Angriff auf Pearl Harbor der Kriegsmarine persönlich befahl, drei kleine Schiffe von den Philippinen in den Kursweg japanischer Kriegsschiffe zu schicken, die zu diesem Zeitpunkt auf Südost-Asien zusteuerten. Der Kongreßabgeordnete vertrat die Auffassung, daß diese einzigartige Handlung darauf abzielte, einen »offenen« Angriff der Japaner auf amerikanische Schiffe zu pro-

Pearl Harbor

Fünfzig Jahre Historiker-Streit



Admiral Husband E. Kimmel (Mitte) wurde zusammen mit den anderen Marine- und Heeresbefehlshabern auf Hawaii nach dem Angriff auf Pearl Harbor in den Ruhestand versetzt.

vozieren, der dann als notwendiger »Vorfall« dienen konnte, um die Vereinigten Staaten offiziell in den Krieg hineinzuziehen.

Die Congressional Hearings, Memoiren von Diplomaten und Offizieren und andere Untersuchungen förderten genug Beweismaterial zutage, um jedem, der sich ernsthaft mit dem Angriff befaßt, ein ziemlich klares Bild dessen, was geschehen ist, zu vermitteln. George Morgenstern, ein Phi-Beta-Kappa-Anhänger von der University of Chicago, der während des Krieges als Hauptmann im US-Marine Corps Dienst tat, kämmte das verfügbare Material durch und schrieb den bis heute vielleicht besten Bericht über die Episode: »Pearl Harbor: The Story of the Secret War«. 1947 von der Devin-Adair Company veröffentlicht.

Suche nach Verständnis für die Tragödie

Morgenstern, der seinerzeit als Leitartikelredakteur für die »Chicago Tribune« arbeitete, brachte die Verfechter von Roosevelts Unschuld völlig durcheinander. Von einigen hart angegriffen oder mit Totschweigen übergangen, erhielt Morgensterns wissenschaftliche Arbeit auch von anderen, die nicht zum demokratischen politischen Establishment gehörten, viel Lob. Der hoch angesehene Charles A. Beard stellte fest, daß Morgensterns Buch für lange Zeit »ein dauerhafter Beitrag zur Suche nach einem Verständnis für die Tragödie von Pearl Harbor« bleiben werde. Ein ehemaliger Oberkommandierender der US-Asiatic Fleet, Admiral H.E. Yarnell, sagte, der Verfasser »ist zu beglückwünschen, weil er die verfügbaren Tatsachen dieser Tragödie so zusammengestellt hat, daß es jedem Leser klar wird, wo die Verantwortlichkeit liegt«. Der Historiker an der Georgetown University Charles Callan Tansill vertrat die Auffassung, daß Morgenstern »mit großem Geschick die Lektionen aus Geheimdiplomatie und Landesverrat offenlegt«.

Morgenstern begann sein Buch mit einer Beschreibung des japanischen Angriffs und notierte, eine Übung der amerikanischen Kriegsmarine von 1932 habe ergeben, daß Pearl Harbor für Luftangriffe durch Flugzeuge von Flugzeugträgern verwundbar ist. Ein ganzes Kapitel war der Frage gewidmet, warum die Flotte von Mai 1940 ab ihren Heimatstützpunkt in Pearl Harbor hatte. Der Verfasser zitiert die Aussage des ehemaligen Kommandeurs der Pacific Fleet, Admiral J. O. Richardson, der im Oktober 1940 gegen Roosevelts Entscheidung, die Flotte aus den geschützten Gewässern der amerikanischen Westküste zu dem verwundbaren Stützpunkt in Hawaii zu verlegen, protestiert hatte. Richardson wurde vier Monate nach seinem Zusammentreffen mit Roosevelt seines Kommandos enthoben und von Konteradmiral Kimmel abgelöst.

Japan war keine Bedrohung für die USA

»Vier Jahre vor Pearl Harbor hatte Mr. Roosevelt über Frieden gesprochen. Vier Monate hatte er für den Krieg geplant. Seine Taten straften seine Worte Lügen«, schreibt der Verfasser in seinem Kapitel, das sich mit der »Back Door to War« (»Hintertür zum Kriege«) befaßt. Darin führte er die Kette der Ereignisse, von Roosevelts Rede vom Oktober 1937 »Setzt die Aggressoren in Quarantäne« bis zu seiner Bewaffnung der Briten zu Lasten der amerikanischen bewaffneten Streitkräfte und dem »unerklärten Krieg«, den er im Atlantik führte, auf. Morgenstern legte dar, daß die Vereinigten Staaten keine großen wirtschaftliche oder politische Interessen mit China, das sich mit Japan im Kriegszustand befand, gemeinsam hatten.

In der Tat, während China weniger als drei Prozent des amerikanischen Außenhandels ausmachte, war Japan Amerikas drittbester Kunde. Wenn Japan eine »Bedrohung« für irgendwelche Interessen war, dann waren es die Großbritanniens, Frankreichs und der Niederlande, die riesige asiatische Kolonien hatten.

Das diplomatische Vorspiel wird in dem Buch ebenfalls unter die Lupe genommen. In »The Last of the Japanese Moderates« (»Die Letzten der japanischen Gemäßigten«) hob Morgenstern hervor, daß »die Diplomatie versagte, weil Diplomatie nicht angewendet wurde, um den Krieg abzuwenden, sondern um sicherzugehen, daß er kommt«.

Den amerikanischen Botschafter für Japan zitierend, enthüllte der Verfasser, wie die ehrlichen Friedensbemühungen des Premierministers Konoye von Roosevelt zurückgewiesen wurden, was zu Konoyes Ablösung durch General Tojo führte, der gelobte, alles Notwendige zu tun, um den wirtschaftlichen Würgegriff, den Amerika seit Sommer 1941 auf Japan ausübte zu durchbrechen.

Washington kannte die Pläne der Japaner

Die Joint Congressional Hearings brachten das ganze Ausmaß mit dem es amerikanischen Kryptographen gelang, die geheimen japanischen diplomatischen Botschaften zu lesen, ans Licht. Dieses »MAGIC«, wie es genannt wurde, versetzte Washington in die Lage, zu wissen, was die Japaner im Schilde führten, und, was noch wichtiger ist, was ihr Zeitplan für fortlaufende diplomatische Bemühungen war, deren Fehlschlag unvermeidlich zur militärischen Aktion führen mußte. Bis spätestens am 14. November 1941 wußte Roosevelt, daß der Krieg kommen würde, wenn die Verhandlungen zusammenbrechen; am 19. November warnte Tokio, daß ein völliger Zusammenbruch unmittelbar bevorstand und erteilte in einer Sonderbotschaft an seine Washingtoner Botschaft die inzwischen berühmt gewordene »Winds«-Anweisung, die vorsah daß:

»Im Notfall (Gefahr des Abbruchs unserer diplomatischen Beziehungen) und der Abschneidung internationaler Verbindungswege wird folgende Warnung mitten in tägliche japanische Nachrichtensendung über Kurzwelle eingefügt:
1) Falls die japanisch-amerikanischen Beziehungen gefährdet sind: Higashi no kaze ame (Ostwind, Regen).
2) Beziehung zwischen Japan und UdSSR: Kita no kaze kumori (Nordwind, wolkig).
3) Japanisch-britische Beziehungen: Nishi no kaze hare (Westwind, klar).«

Am 22. November setzte Tokio seine Sondergesandten zu den Vereinigten Staaten, Kichisaburo Nomura und Saburo Kurusu davon in Kenntnis, daß, sollte bis zum 29. November zwischen den Amerikanern, den Briten und den Niederländern keine Vereinbarung zustandekommen, »der Stichtag absolut nicht mehr geändert werden kann. Danach werden die Dinge automatisch vor sich gehen«.

In einer weiteren Botschaft, die Washington las, informierte To-



Auch Generalleutnant Walter S. Short wurde entlassen und sollte über die Ereignise um Pearl Harbor schweigen.

kio seinen Botschafter in Berlin am 30. November, daß diplomatische Bemühungen, die Schwierigkeiten mit den Vereinigten Staaten zu regeln, »jetzt unterbrochen – zerbrochen sind«. Er wurde angewiesen, Reichskanzler Hitler zu informieren, »daß äußerste Gefahr besteht, daß durch irgendeinen bewaffneten Zusammenstoß urplötzlich zwischen den angelsächsischen Ländern und Japan Krieg ausbrechen könnte... die Zeit für den Ausbruch dieses Krieges könnte schneller kommen als irgendjemand träumt«.

»Wir wußten, daß es Krieg bedeutet«

Während der Anhörungen des Joint Congressional Committees sagte Captain Laurance Safford, der Chef der Security Intelligence Communications der US-Navy (Op-20-G), daß Tokio die Botschaft »Ostwind, Regen« am Donnerstag, den 4. Dezember, um 8 Uhr 30 morgens, Washingtoner Zeit, im Rahmen seiner überseeischen Nachrichtensendung ausgestrahlt hat. Die amerikanische Empfangsstation in Cheltenham, Maryland, fing die Botschaft ab, die dann an das Kriegsministerium in Washington weitergeleitet wurde. Saffort teilte dem Kongreßausschuß mit:

»Es gab eine ›Winds‹-Botschaft. Das bedeutete Krieg – und wir wußten, daß es Krieg bedeutete.« Aber Washington weigerte sich, diese entscheidend wichtige Information an die Kommandeure in Pearl Harbor weiterzuleiten. Und, wie Morgenstern enthüllte, es wurden alle Anstrengungen unternommen, um alle Akten von Beweisen für den Eingang der abgefangenen »Winds«-Meldungen zu säubern und Captain Saffords Zeugenaussage unglaubwürdig zu machen.

Morgenstern machte es seinen Lesern klar, daß Kimmel und Short im Rahmen der ihnen von ihren Vorgesetzten gegebenen Anweisungen die geeigneten Maßnahmen getroffen hatten. Er führte noch einmal aus, daß ihnen drei prinzipielle Kategorien von Nachrichten verwehrt wurden:

Erstens: Kenntnis über die Führung der diplomatischen Verhandlungen auf amerikanischer Seite, wodurch Japan in eine Position gedrängt wurde, in der es klein beigeben oder kämpfen mußte.
Zweitens: Kenntnis von Hunderten von bedeutsamen japanischen diplomatischen verschlüsselten Funksprüchen, die Roosevelt und seinen Kreis nicht nur davon in Kenntnis setzten, daß Japan kämpfen werde, sondern daß Krieg im Anzug war.
Drittens: Kenntnis von Meldungen an und aus Tokio und dessen Corps von Spionen in Hawaii, die genau auf Pearl Harbor als Angriffsziel hinwiesen.

Roosevelt versuchte vieles zu verschweigen

Bis spätestens Ende November wußten Roosevelt und sein innerer Kreis, daß Krieg im Verzug war. Morgenstern zitiert den Tagebucheintrag des Kriegsministers Henry Stimson vom 25. November 1941 wie folgt:

»Er (Roosevelt) brachte das Thema aufs Trapez, daß wir wahrscheinlich (schon) kommenden Montag von den Japanern angegriffen werden, denn die Japaner seien berüchtigt dafür, daß sie ohne Warnung angreifen, und die Frage sei, wie wir sie in die Position, den ersten Schuß abzufeuern, hineinmanövrieren sollten, ohne uns selbst allzugroßen Gefahren auszusetzen.«

Nach Erörterung aller vorliegenden Beweise wirft der Verfasser die Frage auf: »Wer war schuldig«. Er erinnert seine Leser daran, daß Roosevelt und sein Kreis einige Dinge verschweigen haben:

»... die Rolle, die er spielte, um das Ergenis vom 7. Dezember herbeizuführen durch seine Kampagne der wirtschaftlichen Kriegführung, seine Geheimdiplomatie, seine geheimen Militärbündnisse, seine Forderungen, die Japan als ›demütigend‹ erachtete und seine eigene völlige Aufgabe der Neutralität zugunsten eines unerklärten Krieges... Als wenige Tage nach Pearl Harbor offen zutagetrat, daß das offenkundliche Versagen, das zu der niederschmetternden Niederlage bei Oahu führte, nicht allein den Japanern anzulasten war, erfanden Roosevelt und seine Mitarbeiter in der bürgerlichen Regierung und im Oberkommando neue Bösewichter, um die Schuld von sich selbst abzulenken. Für die Niederlage in Pearl Harbor wurde die Schuld – die ganze Schuld, nicht nur ein Teil davon – zwischen Admiral Kimmel und General Short aufgeteilt.«

Truman überhebliche Anklage

Später, als der Krieg sich dem Ende zuneigte und neue Zweifel auftauchten, schob Präsident Truman die Schuld von Washington auf das amerikanische Volk als Ganzes. Truman sagte: »Das Land war noch nicht auf Bereitschaft vorbereitet... Ich glaube, das Land ist ebenso sehr wie jede Einzelperson in dieser Endsituation, die sich in Pearl Harbor entwickelte, schuldig.«

Aber es war nicht das amerikanische Volk, das einen Wirtschaftskrieg gegen Japan geführt hatte. Und es war nicht die Öffentlichkeit, die zu Lasten der bewaffneten Streitkräfte Waffen nach Großbritannien und Rußland geliefert hatte.

Morgenstern wies Trumans überhebliche Anklage zurück und legte die Schuld genau dorthin, wo sie nach dem vorliegenden Beweismaterial lag:

»Die Vereinigten Staaten wurden weder informiert noch alarmiert, als Roosevelt und die Männer, deren Absichten mit den seinigen übereinstimmten – weil ihre Fortüne von ihm abhing –, die Nation 1941 zum Krieg verleiteten.

Die Beweggründe dieser Männer sind bis heute schleierhaft. Sie sind noch schleierhafter im Lichte der Nichterfüllung aller Versprechen bezüglich der Ziele des Zweiten Weltkriegs...

Alle diese Männer müssen für sehr viele Dinge zur Rechenschaft gezogen werden. Ganz genau wissend, daß ein Krieg bevorstand, weigerten sie sich, dieses Wissen klar und unzweideutig und rechtzeitig an die Männer im Feld weiterzugeben, auf die der Schlag niedergehen würde. Für das Stillschweigen in Washington gibt es keine andere Erklärung als der Wunsch, nichts zu tun, was den Angriff abwehren oder vereiteln würde, der schließlich jene offene Handlung herbeiführte, die man sich schon so lange und inbrünstig herbeigesehnt hatte. Als sich herausstellte, daß wir dieses Stillschweigen mit dem Verlust von 2326 tote Menschenleben bezahlen mußten, war es notwendig noch zwei weitere Opfer auf die Liste zu setzen – Admiral Kimmel und General Short.

Amerikas geheimer Krieg

... Die Kriegstreiber unterließen es – mit eiskalter Berechnung – die Vereinigten Staaten aus dem Krieg herauszuhalten und einen Zusammenstoß mit Japan zu vermeiden... Die ›Warnungen‹, die sie nach Hawaii sandten, schlugen fehl – und wurden so formuliert und so gehandhabt, daß ein Fehlschlag geradezu abgesichert war.

Pearl Harbor war die erste Handlung des anerkannten Krieges, und die letzte Schlacht eines geheimen Krieges, den die Regierung längst begonnen hatte. Der geheime Krieg wurde gegen Länder geführt, die die Führung unseres Landes schon Monate, bevor sie durch eine Kriegserklärung offiziell Feinde wurden, als Feinde ausgesucht hatte. Er wurde auch, mit psychologischen Mitteln, mit Propaganda und Täuschung, gegen das amerikanische Volk geführt, das von seinen Führungspersönlichkeiten dazu erzogen worden war, sich den Gedanken an Krieg nur sehr widerwillig zu eigen zu machen. Dem Volk wurde eingeredet, daß Handlungen, die einem Krieg gleichkamen, nur darauf abzielten, das Land aus dem Krieg herauszuhalten. Verfassungsvorgänge waren nur da, um umgangen zu werden, bis schließlich die kriegstreibende Macht im Kongreß nur noch den Akt der Ratifizierung einer vollendeten Tatsache vollziehen konnte.« □

Vertrauliches

Durch Weltraumflug neue Erkenntnisse über Immunsystem

Bestürzende neue Ergebnisse aus dem kürzlich erfolgten Flug eines Space Shuttle wurden in einem Vortrag umrissen, der während des Fünften Internationalen Kongresses über Zellbiologie in Madrid, einem Workshop über Cellular Response to Microgravity (Zellreaktion auf Mikroschwerkraft), gehalten wurde. Obwohl der im März geflogene STS-45-Einsatz sich hauptsächlich mit der Fernspürmethode der Erdatmosphäre befaßte, ermöglichte es ein neues Ausrüstungsteil, Space Tissue Loss Module (Raumgewebeverlust-Modul), Wissenschaftlern, neue Beobachtungen über den Stoffwechsel von Zellen zu machen.

Dr. Gerald Sonnenfeld von der University of Louisville berichtete, daß nach den neun Tagen im Raum menschliche Immunzellen nicht in reife Zellen differenziert werden konnten. Viele Wissenschaftler glauben, daß es der erhöhte Streß des Raumfluges ist, der die Tätigkeit des Immunsystems verringert. »Das Versagen des Körpers, reife, voll differenzierte Zellen im Raum zu erzeugen, könnte zu gesundheitlichen Problemen, darunter behinderte Heilkraft und erhöhte Infektionsgefahr, führen.«

Die Bestimmung der für diesen abnormalen Zustand verantwortlichen Mechanismen könnte auch Licht auf andere Versagen des Immunsystems werfen.

Dr. Emily Morey-Holton im Ames Research Center der NASA berichtete, daß auch in den Knochenzellen von Ratten an Bord beunruhigende Veränderungen festgestellt wurden. Es wurde beobachtet, daß eine bedeutende Anzahl von Knochenbildungszellen tot in der Gewebekultur schwebten. »Knochenzellen sterben, wenn sie sich nicht an etwas anschließen können«, sagte sie. »Daß wir so viele lose, tote Zellen gefunden haben, mag darauf hindeuten, daß Schwerkraft erforderlich ist, um den Zellen zu zeigen, wo sie sich anschließen sollen. Diese Untersuchungsergebnisse könnten bedeutsam sein, da viele biologische Prozesse ... von Zellenbefestigung abhängen.«

Befestigte Knochenzellen, obwohl gesund, wiesen keine Anzeichen der Erzeugung von Mineralien auf. »Es kann sein, daß Knochenzellen kein Mineral bilden müssen, um sich in der Mikroschwerkraft zu halten«, sagte sie. Diese Erkenntnis wirft offensichtliche Fragen über Menschen auf, die in der Zukunft im Raum geboren werden. □

China plant Verkauf von Atomanlagen

China plant, an Ägypten, Iran und Bangla Desh Atomanlagen zu verkaufen, berichtete die »China Daily«. Chinesische Regierungsbeamte sagten, daß Abgesandte aus den drei Ländern sich jetzt »um Abkommen bemühen«, um chinesische 300-Megawatt-Kernreaktoren kaufen zu können.

»Der Export von chinesischen Atomkraftwerken wird die friedliche Verwendung von Atomenergie in der Welt und den Umweltschutz fördern«, zitierte die Zeitung einen Regierungsbeamten. Alle Verkäufe würden nach den von der International Atomic Energy Agency festgelegten Richtlinien erfolgen, versicherte der Regierungsbeamte.

Im vergangenen Jahr habe Peking ein Abkommen mit Pakistan zur Ausfuhr einer 300-Megawatt-Anlage für eine nicht genannte Summe abgeschlossen. China habe auch Algerien ein viel kleineres 15-Megawatt-Atomkraftwerk für Forschungszwecke geschenkt.

Die »China Daily« schrieb, chinesische Kraftwerke seien für den Energiebedarf ärmerer Staaten am besten geeignet. »Obwohl das 300-Megawatt-Atomkraftwerk kleiner als ähnliche Anlagen ist, die derzeit in westlichen Ländern gebaut werden – viele davon mit einer Leistung von 1000 Megawatt –, ist es mit den kleinen Kraftstromnetzen von Entwicklungsländern kompatibel«, schrieb das Blatt. □

Probleme mit Nicht-HIV-Aids

Das Center for Disease Control (CDC) in Atlanta beschäftigt sich mit der Entdeckung von Patienten, die zwar Aids aufweisen, die aber nicht den »human immunodeficiency virus« (HIV), den Virus, von dem man glaubt, daß er Aids verursacht, haben. Fälle von Menschen, die Aids-Symptome aufweisen, deren Virustest aber negativ verläuft und die auch nicht in einer der offiziellen Risiko-Gruppe passen, wurden während der achten Internationalen Aids-Konferenz in Amsterdam der Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Die CDC haben zugegeben, von fünf solchen Fällen seit 1989 gewußt, diese Information aber unterdrückt zu haben, weil man glaubte, dies stelle keine Bedrohung dar. Indessen gab die National Commission on AIDS ihre Entschlossenheit bekannt, daß Sanitätspersonal nicht gezwungen werden sollte, zu enthüllen, ob es mit HIV infiziert worden ist. Robert Montgomery, Anwalt für die inzwischen verstorbene Kimberley Bergalis, die sich von ihrem Zahnarzt Aids zuzog, nannte die Entscheidung abscheulich, meldete die Associated Press.
Die Kommission führte eine CDC-Statistik an, aus der hervorgeht, daß 360 Chirurgen, 5000 praktische Ärzte, 1200 Zahnärzte und 35000 andere im Gesundheitsdienst Beschäftigte in den Vereinigten Staaten infiziert sind.

Anstatt dies als Grund für Besorgnis anzusehen, stellte die Kommission fest, daß Zwangstests und Einschränkung von Gewohnheiten »gegenproduktiv« sein könnten, dadurch daß »die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf etwas mit geringem Risiko konzentriert wird und die Menschen davon abgebracht werden könnten, risikoreicheren Gewohnheiten zu entsagen«. □

Pekings Kritik an westlicher Afrika-Politik

Die offizielle chinesische Zeitschrift »Beijing Review« wetterte, daß der Westen Afrika Veränderungen aufgezwungen habe, die dem Kontinent wirtschaftlich und sozial mehr Schaden als Nutzen bringen.

»In einer lautstarken erstaunlichen Metamorphose politischer Systeme ist über die letzten drei Jahre hinweg ein Land nach dem anderen von einem Einparteien- oder Militärregime zur Mehrparteien-Politik übergewechselt. Selbst Tansania, ein Land, das als ›Land der Ruhe und Friedlichkeit‹ galt, konnte dieser Versuchung nicht widerstehen«, heißt es in dem Artikel.

»Ein Drang auf breiter Basis, dem derzeitigen traurigen Stand der Dinge mit ganz gleich welchen Mitteln zu entrinnen, hat viele afrikanischen Länder dazu verleitet, überstürzt drastische Maßnahmen zur Veränderung zu ergreifen. Dieser Trend hat es den entwickelten Ländern sehr erleichtert, ihre ehemaligen Kolonien mit Werten und Modellen nach weltlichem Muster, wirtschaftliche sowohl als auch politische, zwangszufüttern.«

Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds wurden als die Schuldigen in diesem Prozeß genannt. »Viele afrikanische Länder, darunter Benin, die Elfenbeinküste, Gabun, Kamerun und Kenya, wurden gezwungen, sich diesem Druck zu beugen, obwohl einige dies nur widerstrebend taten... Fast ohne Ausnahme gingen Boykotts, Demonstrationen, Streiks, Sit-ins und Gewalttätigkeiten mit der politischen Veränderung in diesen Ländern einher und wiegelten zum Pluralismus auf. Diese Rückschläge haben das soziale Gewebe zerrissen und den wirtschaftlichen Wiederaufbau auf ein Nebengleis geschoben«, heißt es weiter in dem Artikel.

»An der Wirtschaftsfront haben die Einführung des Pluralismus und wirtschaftliche Liberalisierung bei der Versorgung der Hungrigen mit Brot und Butter keineswegs Wunder gewirkt. Im

Gegenteil, das Leben wird für den Durchschnittsmenschen noch härter.« □

ASEAN verurteilt Bedingungen für Handelsabkommen

Beamte der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) und leitende Personen aus der Geschäftswelt sagten zu ihren amerikanischen Pendants auf einer Sitzung in Bangkok, daß einseitige amerikanische Aktionen gegen Entwicklungsländer den internationalen Handel behindert habe, stellte Thailands ständiger Sekretär für das Handelswesen Bajr Isarasena fest.

ASEAN-Offizielle äußerten auch zum Deputy US-Trade Representative, Michael Moskow, daß Washington keine Umweltschutzfragen dazu benutzen sollte, um von anderen Ländern Zugeständnisse zu bekommen. »Wir glauben nicht, daß Fragen des Handels und des Umweltschutzes miteinander vermengt werden können. Letztere aufzuwerfen wird den Handel stören«, meinte Bajr, und bezog sich dabei auf eine kürzliche Entscheidung der USA, die Einfuhr von Dosenthunfisch aus Ländern, die der wahllosen Fischerei beschuldigt werden, zu verbieten. □

Rote Khmer wollen Krieg in Kambodscha

Der kambodschanische Außenminister Hor Namhong wies warnend darauf hin, daß die Roten Khmer Krieg wollen und bat um Hilfe der Vereinten Nationen, um sie zu bekämpfen. »Die roten Khmer haben ihr Hauptziel – mit allen Mitteln die Macht zu übernehmen – niemals aufgegeben«, sagte er laut Reuters. Selbst wenn die Maoisten zu dem von den Vereinten Nationen unterstützten Friedensprozeß zurückkehren sollten, meinte er, dann würde dies die Wiederaufnahme des Guerilla-Kriegs nur verzögern.

Der Außenminister rief zu »Wirtschaftssanktionen, zu internationalen Maßnahmen und zur Änderung der Rolle der UNTAC-Soldaten von Friedenserhaltern zu Friedenserzwingern« auf. Er sagte auch, die Armee des Pnom Penh sei bereit, das Kämpfen zu übernehmen, möchte jedoch technische Unterstützung und Nachschub von den Vereinten Nationen. Er rief die beiden anderen Parteiungen auf, die königlichen Sihanukisten und die antikommunistische Khmer People's National Liberation Front (KPNLF), die den ganzen Bürgerkrieg hindurch mit den Roten Khmer verbündet war, sich mit Phnom Penh zu verbünden. »Es wäre Selbstmord für diese beiden Parteiungen, sich wieder den Roten Khmer anzuschließen.«

Der australische Senator Chris Schacht, Vorsitzender des Joint Committee on Foreign Affairs, Defense and Trade (Gemeinsamer Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Handel) rief in einer Ansprache in Bangkok dazu auf, in Kambodscha Krieg zu führen. »Ich glaube nicht, daß die Vereinten Nationen oder die übrige Welt von den Roten Khmer als Geiseln festgehalten werden sollten. Ich glaube, deren Taktik ist teilweise Bluff und sollte auch so genannt werden«, sagte er. Wenn die Gruppe weiterhin auf ihrer Weigerung besteht, dann müssen die Vereinten Nationen ihre Truppen in die Zonen der Roten Khmer entsenden. □

Neue Ergebnisse bestätigen Kaltschmelzung

Dr. Edmund Storms vom National Laboratory in Los Alamos berichtete, er habe bei einem Versuch mit Kaltschmelzung Überschußhitze erzielt, was die von dem japanischen Kaltschmelzungsforscher Akito Takahashi berichteten Ergebnisse bestätige.

Takahashi bereiste Mitte April dieses Jahres die Vereinigten Staaten. In Ansprachen vor einer dicht gedrängten Zuhörerschaft im Massachusetts Institute of Technology und auch in der Texas A&M-University erläuterte er im einzelnen, wie es ihm gelungen sei, in einem Kaltschmelzungsexperiment hohe Überschußhitze zu erzielen.
Auf einer Reise in die Vereinigten Staaten drängte Dr. Takahashi amerikanische Erforscher der neuen Teströhren-Schmelzung, mit ihm bei der Festlegung der Zuverlässigkeit seines Experimentes zusammenzuarbeiten. Er teilte nicht nur voll und ganz seine Informationen über sein Experiment mit den Amerikanern, sondern bot amerikanischen Wissenschaftlern auch freizügig die Verwendung des gleichen Palladiums an, das er selbst verwendet. Tanaka Metals, die auf diesem Gebiet arbeitende japanische Wissenschaftler kostenlos zur Verfügung stellt, hat dieses Angebot auf die Vereinigten Staaten ausgedehnt.

Ein Forscher, der das Angebot sofort annahm, war Dr. Storms in Los Alamos. Er hat jetzt die Ergebnisse aus zwei Experimenten bekanntgegeben. Im ersteren Fall konnte er Dr. Takahashis Experiment mit Erfolg genau wiederholen und fand Überschußhitze von etwa 20 Prozent, bei einer durchschnittlichen Überschuß-Leistungsdichte von 7,5 Watt. Wegen eines Fehlers in seinem Apparat – eines Versagens des Wiederverbinders – mußte er sein Experiment leider nach zehn Tagen abbrechen. □

Indonesien fühlt sich von Rotchina bedroht

Indonesien hat angesichts der chinesischen Aggression die Verteidigung seiner Inseln im Südchinesischen Meer aufgewertet. »Wir sollten die Natuna-Inseln, die über mehr Öl- und Gasressourcen verfügen als alle anderen indonesischen Inseln, stärken«, sagte Präsident Suhartos Minister für Entwicklungskontrolle, Solihin Gautama, zur indonesischen Nachrichtenagentur Antara.
Die Natuna-Inseln sind nicht umstritten, aber sie liegen unmittelbar südlich des riesigen Gebiets, das China jetzt aggresiv für sich beansprucht.

Die Regierung werde die Präsenz ihrer Marine- und Luftstreitkräfte verstärken und versuchen, die Wirtschaft am Ort zu verbessern, sagte Gautama. »Wir dürfen die Natunas niemals machtlos lassen, weil das Territorium für unsere Sicherheits- und Verteidigungsstrategie sehr wichtig ist.«

Indonesien verhandelt immer noch mit Exxon über die Entwicklung der Erdgasvorkommen in dem Gebiet. □

Der Schwindel um die globale Erwärmung

»Apokalyptische Voraussagen über globale Erwärmung sind seit 15 Jahren überholt«, erklärte Dr. Robert Jastrow während eines Vortrags auf einer Konferenz in Washington, die von der Heritage Foundation gefördert wurde. Dr. Jastrow, Leiter des George C. Marshall Institute, enthüllte, daß die einzige Wechselbeziehung zwischen einer leichten Erhöhung der Erdtemperatur und einer anderen Erscheinung, die verstärkte Sonnentätigkeit sei. Auf ein Schaubild verweisend, auf dem die Temperatur der Erde und die Sonnentätigkeit miteinander verglichen wird, erklärte Jastrow, daß Turbulenzen auf der Oberfläche der Sonne und Veränderungen der magischen Strukturen der Sonne, was deren Energieausstoß erhöht, fast genau mit Temperaturveränderungen in Wechselbeziehung stehen.
Als er gefragt wurde, wieviele seiner Kollegen ebenfalls die Treibhausgastheorien über globale Erwärmung angreifen, sagte Jastrow, die Wissenschaftler hätten sich gescheut, die Dinge offen auszusprechen, weil sie eine »verständliche Abneigung dagegen haben, von den Medien geteert und gefedert zu werden.« Jastrow wies darauf hin, daß tatsächliche Beobachtungen in fast jedem Fall nicht mit den üblichen Voraussagen übereinstimmen, und daß diejenigen, die Klimamodelle forcieren, jedesmal ihre Annahme ändern, wenn ihre Daten angezweifelt werden. □

Briefe

Betr.: Ozon »Eine der größten Lügen dieses Jahrhunderts«, Nr. 5/92

»Code« ist keine naturwissenschaftliche Zeitschrift und insofern nicht das geeignete Forum für solche Auseinandersetzungen, die an den meisten Lesern zwangsläufig vorbeigehen müssen. Aber die Hintergrundinformation über die Du Pont – und Bronfman-Aktivitäten ist schon interessant, zumal sie sich an anderer Stelle wiederfindet. Wahrheit oder Unwahrheit derartiger Informationen wird man selten exakt ermitteln können, da man sich in diesem Leben durchweg leider darauf beschränken muß, Wahrscheinlichkeiten gegeneinander abzuwägen, – was Urteilskraft erfordert.

Wer glaubt, daß bürgerliche Politiker, die, noch dazu von Hintergrundmächten beeinflußt, nur die nächste Wahl vor Augen haben und kaum in der Lage sind, bis dahin ihre notwendigen Schularbeiten zu machen, das langfristige Wohl der ganzen Menschheit bedenken und die dafür erforderlichen Maßnahmen treffen, – der ist nur ein großes Kind.

Wer ferner glaubt, daß die bei uns erscheinenden (nicht: unsere!) Jedermann-Medien nur die getreue und wahre Berichterstattung im Sinne haben, der verkennt den Zweck dieser Institutionen: Sie haben Aufträge zu erfüllen. Man erkennt dies ohne Mühe an den gut organisierten, zeitlich aufeinander abgestimmten und inhaltlich kongruenten Kampagnen. Beispiele erübrigen sich.

Wer weiterhin glaubt, daß es der Wissenschaft grundsätzlich nur um die Wahrheitsfindung zu tun sei, ignoriert die finanziellen und sonstigen Abhängigkeiten, denen Wissenschaftler schon immer ausgesetzt waren. Die Kunst geht nach Brot, die Wissenschaft auch.

Nun zum Thema Ozonloch. Es ist höchst bemerkenswert, daß alle möglichen Leute, Leser der »Wirtschaftswoche« und Ihr Leser Wehr, über den Herausgeber dieser Zeitschrift, Herrn Professor Engels, wegen seiner in Nr. 9/92 erschienenen Glosse »Killergas« herfallen und dabei wohl die Fußnote »Zugleich Besprechung von Rogelio A. Maduro und Ralf Schauerhammer »Ozonloch – das mißbrauchte Naturwunder«, Böttiger Verlagsanstalt mbH, Wiesbaden 1991, übersehen haben. Denn eigentlich müßte sich die Kritik nicht gegen den Ökonom Engels, dessen kritische Einstellung gegenüber den von ihm so genannten Ökopaxen allerdings bekannt ist, sondern gegen das von ihm rezensierte Buch richten. Von den acht in der »Wirtschaftswoche« veröffentlichten Leserbriefen geht aber nur einer, der des Ökokraten von Lersner, des Präsidenten des Umweltbundesamtes, ohne Titelnennung des Buches darauf ein, als auf »eine Publikation ..., in der Meßergebnisse und physikalisch-chemisches Grundwissen (sic!) nicht berücksichtigt oder falsch interpretiert werden«.

Wenn die Publikation so minderwertig, folglich leicht zu widerlegen ist, möge man es doch tun!

Aber entweder waren die Briefeschreiber, darunter hochdekorierte Öko-Lobbyisten, zu sehr beschäftigt, um das Buch zu lesen, oder sie haben sich wohlweislich gehütet, es auch nur zu erwähnen. Gegen gefährliche Gegner hilft eben am besten das Totschweigen oder, wenn das nicht mehr möglich ist, der alte Kunstgriff der überheblichen Vornehmtuerei. Auf die von Engels vorgetragenen Argumente gegen die FCKW-Theorie wurde demzufolge gar nicht eingegangen, sondern sie wurden mit mitleidigem Lächeln als die eines Laien abgetan. Dabei hatte man, wie schon gesagt, die Fußnote übersehen.

Die Anschaffung des Buches von Maduro und Schauerhammer für 14,80 DM lohnt sich für alle, die an dem Ozonthema ernsthaft interessiert sind. Es enthält über 100 Literaturhinweise und 20 Diagramme und behandelt das Thema mit großer Gründlichkeit und Sachkenntnis. Mangelndes physikalisch-chemisches Grundwissen habe ich nirgends feststellen können.

Kapitel XI trägt übrigens die Überschrift »Das Bronfman Protokoll – oder wem gehören die Umweltschützer?«. Wenn Leser Wehr dieses Kapitel gelesen hat, wird ihm der von H. Schütz im Heft 5/92 des »Code« dargestellte Zusammenhang zwischen der FCKW-Theorie und den Interessen von Du Pont und ICI nicht mehr so primitiv und absurd vorkommen.

Der Bericht der Enquete-Komission des Deutschen Bundestages »Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre«, der sich in seiner dritten Fassung 1990 zu einem zweibändigen Konvolut von fast 1000 Seiten ausgewachsen hat, erbringt den Beweis für die Verursachung des Ozonlochs durch »anthropogenes Chlor«, vor allem die FCKW, auch nicht. Dies wird zwar im verbindenden Text immer wieder apodiktisch behauptet, aber dieses Verdikt wird in der wissenschaftlichen Darlegung der beobachteten Naturphänomene und Meßreihen verschiedentlich durch vorsichtige Formulierungen wieder abgeschwächt.

Die Behauptung, das erste Auftreten eines Ozonlochs in der Antarktis sei Anfang der siebziger Jahre festgestellt worden, kontrastiert in bemerkenswerter Weise zu der Tatsache, daß es bereits 1956 entdeckt wurde, zu einer Zeit also, als es noch keine FCKW in nennenswerter industrieller Produktion gab. Auffallend ist ferner, daß Zahlenangaben über die Emission chlorhaltiger Schadstoffe aus vulkanischer Tätigkeit, die als mögliche Ursache durchaus erwähnt und diskutiert wird, fehlen. Die Menge ist aber bekannt und wird von Fachleuten auf 36 Millionen Tonnen jährlich im Mittel geschätzt!

»So merkt man Absicht, und man ist verstimmt« (Goethe). Den Journalisten möchte ich übrigens sehen, der das wissenschaftliche Material dieses Berichtes wirklich versteht! Das FCKW-Theorem bleibt somit eine Hypothese.

Dr. Helmut Fasbender, Bergisch Gladbach

Betr.: Bonn »Kein Ende der Asylantenschwemme in Sicht«, Nr. 9/92

Es ist ein billiger Trick, den Aufstand der hauptsächlich Jugendlichen und Kinder in Rostock, mit dem Strickmuster »Rassismus und Neonazismus« zu brandmarken. Das Ventil platzte in erster Linie wegen sozialer Ursachen.

Die unerträgliche Bevorzugung von Ausländern bei der Wohnungs- und Arbeitssuche in den alten wie neuen Bundesländern und die ausufernde Kriminalität bei Asylschwindlern sind die primären Ursachen für die Wut der Verzweifelten, die keine Partei und überhaupt keine Lobby in Bonn haben.

Seit Jahren hat der Begriff Asyl in der Bundesrepublik seinen wahren Gehalt eingebüßt, da die mit Jets eintreffenden Asylbewerber überhaupt nichts mit Menschen zu tun haben, die ihr nacktes Leben retten wollen.

Bei steigender Obdachlosigkeit und Massenarbeitslosigkeit hat die liberale Einwanderungspolitik des Establishments in Bonn eine besonders unverantwortliche, ungerechte Komponente. Bei dieser Gelegenheit sollte nicht unerwähnt bleiben, daß die Explosion der Kosten im Gesundheitswesen sehr wohl eine Beziehung zu dem Scheinasylantenwesen in der Bundesrepublik hat. Bei uns bekommen Fremde medizinische Hilfe und Milliarden DM Kindergeld und Erziehungsbeihilfe ohne jemals einen Pfennig in eine deutsche Sozialversicherung eingezahlt zu haben.

Rostock ist ein Menetekel, welches eine Wandlung in der extrem liberalen Bundesrepublik der Ausländer- und Asylantenpolitik erfordert. In der Bundesrepublik werden monatlich mehr Einwanderer als in den USA, Kanada etc. im ganzen Jahr aufgenommen.

Gerd Wedemeyer, Wiesbaden

Betr.: Gegendarstellung zum Artikel »Gefahr für Republikaner durch frühere SED-Mitglieder«, Nr. 9/92.

In der Zeitschrift »Code« Nr. 9, September 1992, Seite 11, wird unter dem Titel »Gefahr für Republikaner durch frühere SED-Mitglieder« die Behauptung aufgestellt, der Münchener Großverleger Frey habe mich mit dem mit 10000 Mark dotierten »Europäischen Freiheitspreis der Deutschen Nationalzeitung« ausgezeichnet.

Diese Behauptung ist unzutreffend. Richtig ist vielmehr, daß mir Herr Frey über einen seiner Mitarbeiter diesen Preis angeboten hat, ich aber die Preisverleihung ablehnte.

Franz Schönhuber, München

Betr.: Europa-Journal »Englischer Professor für Faschismus mit ›menschlichem‹ Gesicht«, Nr. 8/92

Anscheinend haben die »One-Wordler« Angst der Versuch könnte durch Unwägbarkeiten des menschlichen Verhaltens scheitern. Greift man auf einen schon einmal gelungenen Versuch zurück?

Oda Olberg, eine bekannte internationale Sozialistin berichtet über den Faschismus und seine ausländischen Geldgeber: »Bei den Geldgebern hat es freilich nicht am Weitblick und Zwecksetzung gefehlt. So sagte der Ölmagnat Deterding im Jahre 1928 oder 1929: Der Faschismus in Italien hat noch nicht den Beweis erbracht, daß er wirklich das ist, was wir brauchen. Dieser Beweis kann erst in Deutschland erbracht werden. Deutschland wird das entscheidende Versuchsfeld dafür sein, ob der Faschismus wirklich die beste Regierungsform zur Erhaltung und Förderung der produktiven und konservativen Kräfte ist. Der Versuch muß gemacht werden. Von seinem Gelingen hängt für uns vieles, wenn nicht alles ab.«

Herbert Bolz, Regensburg

